

# Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



Adelheid Biesecker

**Verstaatlichung, Entstaatlichung — oder was?**

Rudolf Bahro

**Bedingungen einer sozialistischen Perspektive  
am Ende des 20. Jahrhunderts**



Elisabeth Weber

## Die OPPOSITION gegen die BLOCKBINDUNG DEUTSCHLANDS 1945-1955

Die Broschüre beschäftigt sich mit den Personen und Gruppen, die zwischen 1945 und 1955 gegen die Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in die von den USA und der Sowjetunion geführten Blöcke gekämpft haben. Sie fragt nach den Ansichten und dem Schicksal dieser Gruppen und versucht die Frage nach ihrem Scheitern zu beantworten.

Für die gegenwärtige Diskussion innerhalb der Friedensbewegung ist eine solche Untersuchung wichtig: Es geht um Traditionen und Erfahrungen, an die trotz veränderter politischer Bedingungen z.T. angeknüpft, aus denen auf jeden Fall gelernt werden kann.



*Wichtig für die Diskussion in der Friedensbewegung!*

Elisabeth Weber

## Die Opposition gegen die Blockbindung Deutschlands 1945-55

sender broschur, 48 Seiten, 5,00 DM

*Aus dem Inhalt:*

Von der Kapitulation Deutschlands bis zum Beginn des Kalten Krieges

Positionen der Blockfreiheit in der SBZ

Die Opposition gegen die Westintegration der Bundesrepublik: pazifistische Strömungen, protestantische Kreise, neutralistische Zirkel, KPD, SPD, Gesamtdeutsche Volkspartei, Paulskirchenbewegung

Der Weg der verschiedenen Kräfte nach 1955

Einige Schlußthesen zur Bedeutung der damaligen Opposition für die heutige Friedensbewegung

Der Text entstand im Rahmen eines Arbeitskreises über die Blockbildung in Europa und die Alternativen dazu, den die Russell-Friedensgruppe in Köln zur inhaltlichen Fundierung ihrer Arbeit durchführte.

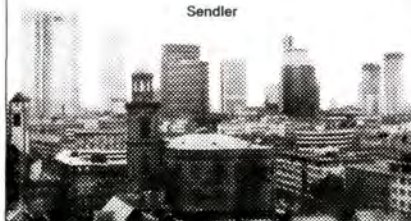
# SENDER

Michael Gerhards

Industriebeziehungen  
der westdeutschen

# BANKEN

Sender



270 Seiten, 24,00 DM

Gerd Koenen, Krisztina Koenen, Hermann Kuhn

Freiheit, Unabhängigkeit  
und Brot

Zur Geschichte  
und den Kampfzielen  
der Arbeiterbewegung  
in Polen



Sender

326 Seiten, 12,00 DM

Christine Wittrock

# Weiblichkeits Mythen

Das Frauenbild im Faschismus  
und seine Vorläufer in der  
Frauenbewegung der 20er Jahre



Sender

340 Seiten, 22,00 DM

# IN DIESEM **Kommune** HEFT...

Editorial / Impressum	4
In Wien und Genf – Abrüstung ohne Erfolgsaussichten	5
Gibt es Alternativen zur Nato-Strategie?	9
Um den eigenen Kopf geht's	11
Von der „Wende“ zur „Erneuerung“ Umriss der Regierungspolitik und parlamentarische Opposition dagegen	14
Systemveränderung – was sonst? Über wirtschaftspolitische Alternativen	16
Wirtschaft & Soziales	18/19
Olympia Leer – das Scheitern eines Versuchs, noch bevor er begonnen hat	20
Gewerkschaften	23
Polen: Solidarność in Gottes Hand?	24
Selbstverwaltungsexperiment in Schwierigkeiten. Aspekte der jugoslawischen Krise	25
Konflikt China / Vietnam: Neuerliche „Lektion“?	31
Internationales	32
Gewalt gegen Frauen – Frauen gegen Männergewalt	33
Wir brauchen einen Frauenausschuß!	35
Israel im März 1983: Eindrücke von einer Reise	57
Gespräche mit verschiedenen Vertretern der Bir Zeit-Universität	59
Zimbabwe Dance Theater in der BRD	61
Solange der Kopf lebt.	62
Luce d'Eramo – „Der Umweg“	65
Zeitschriften	65
Leserbriefe / Termine	66

## Schwerpunkt

<i>Adelheid Biesecker</i> · Verstaatlichung, Entstaatlichung – oder was? Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft	39
<i>Rudolf Bahro</i> . Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts	49

Titelbild: „Waffen zu Schrott“ von Pablo Picasso. © STADEM Paris / Verwertungsgesellschaft Bildkunst Bonn, 1983

## Jugoslawien – gescheitertes Modell?

Krise überall, doch Krise ist nicht gleich Krise. Die kleinen Länder des Ostens sind doppeltem Druck ausgesetzt. Die Sowjetunion versucht, gestützt auf ihre Rohstoffbasis, von Jugoslawien politische Konzessionen zu erpressen. Der IWF will die Mittelvergabe an die Änderung des Systems der Selbstverwaltung knüpfen. Daß diese Gesellschaft ihre Probleme in Selbstverwaltung zu lösen versucht, ist wohl weniger Grund der Krise. Eher ein Grund dafür daß



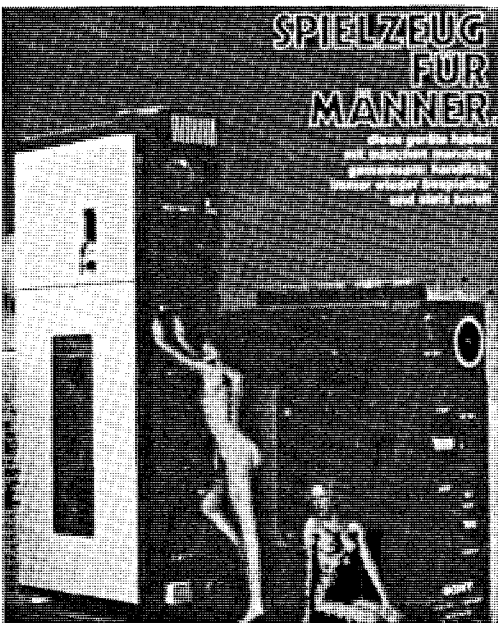
Widersprüche weniger unterdrückt werden können und somit behandelbar sind zu dieser These gelangt *Georg Duffner* in seiner Untersuchung der Praxis der Selbstverwaltungsorgane und „Interessengemeinschaften“ der Beziehungen zwischen Staat, Partei und Gesellschaft und der Fehler in der Agrarpolitik des neuen Jugoslawien

Seite 25

## Perspektiven der Befreiung

Revolution, die Frage der politischen Macht, Sozialismus solche Begriffe haben nicht gerade Hochkonjunktur, eher werden sie umgangen, was aber auch nichts zur Klärung der neu aufgebrochenen Fragen beiträgt. – Von unterschiedlichen Ausgangspunkten her und mit unterschiedlichen Ergebnissen behandeln die Artikel von *Adelheid Biesecker* und *Rudolph Bahro* Probleme einer sozialistischen Strategie heute. A. Biesecker entwickelt aus der Entstehungsgeschichte staatlicher Gewalt, was der Inhalt von Vergesellschaftung sein müßte und welche Ansätze die Diskussion im grün-alternativen Spektrum in diesem Punkt aufweist. R. Bahro verdeutlicht in einem in Venezuela gehaltenen Vortrag seine Vorstellungen von den Bedingungen der Entfaltung des gesellschaftlichen Individuums vor allem vom Standpunkt der an den Rand Gedrängten in der Dritten Welt.

Seite 39 – 56



## Die alltägliche Gewalt gegen Frauen

Frauenmißhandlung ist kein individuelles Problem, nicht etwas, was ein einzelner Mann einer einzelnen Frau antut. Frauenmißhandlung ist kein „Ausrutscher“ bei „Eheschwierigkeiten“ Frauenmißhandlung hat System, ist Teil und Resultat der gesamtgesellschaftlichen Verachtung der Frauen. Frauenmißhandlung hängt damit zusammen, daß Männer Frauen als ihren Besitz betrachten, mit dem sie machen können, was sie wollen. Das ergeben das umfangreiche Material und die Untersuchungen, die die Frauenbewegung in den letzten Jahren zu diesem Thema vorgelegt hat. *Gabi Böhmer* macht Fakten und Forderungen zugänglich.

Seite 33

## editorial

Der Erscheinungstermin dieses Heftes der *Kommune* fällt mit dem Ende des Kongresses für ein atomwaffenfreies Europa in Westberlin zusammen. Statt uns auf die „Hintergründe“ des Kongresses und die allfälligen Auseinandersetzungen während der Vorbereitung einzulassen, veröffentlichen wir zwei Artikel, die sich mit der Sache selber, die zur Debatte steht, auseinandersetzen.

Inzwischen wird angesichts der im Herbst drohenden Stationierung die Forderung nach einer Volksbefragung oder einem Volksentscheid debattiert. Die politischen Einwände, die gegen die Forderung nach einem Volksentscheid über den Bau der Startbahn-West erhoben werden konnten – die Bevölkerung der Region hatte bereits gegen die Startbahn-West entschieden, und es ging um die Anerkennung dieser demokratischen Entscheidung durch die Regierung, nicht aber um eine neue Entscheidungsinstanz –, entfallen hier. Es bleibt aber die Frage, ob es sinnvoll ist, neben der Auseinandersetzung um die Rücknahme eines Regierungsbeschlusses eine Auseinandersetzung auf verfassungsrechtlichem Gebiet zu eröffnen und von dieser die ganze Auseinandersetzung abhängig zu machen. Mehr spaßeshalber erinnern wir an die Empörung fast der gesamten Linken, als die Komitees gegen den §218 seinerzeit forderten „Weg mit dem §218! Volksentscheid!“ Dabei war damals, weil ein Spruch des Verfassungsgerichts vorlag, anders kaum weiterzukommen. Heute geht es schon um die Verteidigung des vom Verfassungsgericht festgeschriebenen Status quo. Bei der bevorstehenden Mittelstreckenraketenstationierung liegen die Dinge anders. Wenn überhaupt läßt sie sich am ehesten durch unmittelbaren Druck auf die Regierung verhindern, wobei auch das nur gelingen kann, wenn die Bewegung stark genug ist, die politischen Rahmenbedingungen insgesamt zu beeinflussen. Alles andere liefe auf die Hoffnung eines Regierungsturzes hinaus, die wohl kaum jemand hegen wird. Also ist zunächst, das heißt im Herbst, bestenfalls ein Aufschub der Stationierung zu erreichen, den die Regie-

rung dann nicht mit dem Widerstand, sondern etwa mit dem Stand der Genfer Verhandlungen begründen würde.

Zur Regierungserklärung und zur Bundstagsdebatte darüber konnte uns gegenüber dem letzten Heft nicht viel Neues einfallen. Dort hatten wir den Inhalt der Koalitionsvereinbarung behandelt und die Frage aufgeworfen, wie weit diese Regierung in der Wende überhaupt gehen kann. Das einzig Neue an der Regierungserklärung ist jetzt, daß nicht mehr von der „Wende“, sondern von „Erneuerung“ gesprochen wird. In der Sache ändert das nichts, wohl aber an der ideologischen Verbrämung des Regierungskurses. Diesem ideologischen Manöver gehen wir nach.

Im Schwerpunkt veröffentlichen wir einen Artikel von Rudolf Bahro. Obwohl der zugrundeliegende Vortrag nicht jüngsten Datums ist, bleibt er unter anderem deshalb interessant, weil Bahro hier die Entwicklung seiner Gedanken nach Veröffentlichung der „Alternative“ nachzeichnet. Seine Vorstellungen von Auszug aus der Industriegesellschaft und Bildung von autonomen Basisgemeinden werden jedenfalls in ihrer Entstehung aus den Problemen der Dritten Welt verständlich.

Wir hoffen, daß die Veröffentlichung von Rudolf Bahros Artikel wie auch das übrige Heft einen weiteren Schritt in Richtung „Forum“ bedeutet. Bisheriger Herausgeberkreis und Redaktion hören deshalb nicht auf, ihre eigene Meinung zu haben. Im übrigen geht unsere Aufforderung zur Mitarbeit nicht nur in eine Richtung. Thomas Ebermann hatte einen Kommentar zur Werftenpolitik der Hamburger Sozialdemokratie bereits zugesagt, mußte dann aber aus Zeitgründen abtelegrafieren.

In der letzten Nummer ist Willi Preßmar versehentlich nicht als Autor des Artikels über den Ostermarsch '83 genannt worden.

Wir hoffen, daß unsere Halbjahresabonnenten ihr Abonnement zum fälligen Termin erneuern. Schön wäre, wenn sich etliche der regelmäßigen Leser zu einem Abonnement entschließen würden und diejenigen, die die Herausgabe der Zeitschrift direkt unterstützen wollen, dies durch ein Förderabo tun würden. Bei einem Vertrieb von an die 3000 verkauften Exemplaren hat die *Kommune* jetzt rund 1550 Einzelabonnenten. Das ist für heutige Verhältnisse schon was, aber tragen kann sich die Zeitschrift so auf die Dauer noch nicht. Auch wer erst noch abwarten will, was schließlich herkommt, sollte also abonnieren.

## Liebe Abonnentinnen / Abonnenten,

dieses Heft erreicht Euch leider mit etwas Verspätung. Da am letzten Donnerstag (12.5) ein Feiertag war hat sich unser Produktionsplan verschoben und die *Kommune* konnte erst am Montag verschickt werden.

Zum 31.6. laufen eine ganze Reihe von Halbjahresabos aus. Alle die hiervon betroffen sind, erhalten von uns im Juni eine Verlängerungsaufforderung mit Zahlkarte. Um uns Zeit zu ersparen und um eine Unterbrechung in der Belieferung zu verhindern, zahlt das Geld möglichst schnell auf unser Konto ein. Bei den Abonnentinnen / Abonnenten, wo uns eine Einzugsvermächting vorliegt, ziehen wir den Abobetrag für das nächste halbe Jahr in der Woche 22 vom Konto ein.

Viele Grüße

Buchvertrieb Hager GmbH

Anzeige

## CARO Druck

sucht zum 1. Juni **Fotosetzer/in** (mögl. CG) mit guten Grammatik und Rechtschreibkenntnissen

Bitte melden bei:  
Giesel Heinemann  
Mainzer Landstraße 147  
6000 Frankfurt am Main 11  
Tel.: 0611 730235

## Impressum Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift

**Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegener, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla

**Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presse rechts: J. Schmierer

**Gestaltung:** M. Ackermann

Beiträge, die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder

**Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d

**Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 11 11 62, Mainzer Landstraße 147 6000 Frankfurt 11

Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983

**Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt  
**Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 11 11 62, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611 / 73 02 34

Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 187490-607 (BLZ 500 100 60)

**Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung

**Spendenkonto:** „Kommune“ Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00)

**Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zuzusenden

ISSN 0723-7669



Am 17. Mai sollen in Genf die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen fortgesetzt werden. Noch gerade rechtzeitig, bevor sich die Unterhändler in die Osterferien begeben hatten, hatte Ronald Reagan ein weiteres Mosaiksteinchen zu seinem Bild als „Friedenspräsident“ gefügt: „Was die nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa angeht, so wäre es besser keine zu haben, als auch nur einige, aber wenn es denn einige geben muß, so ist es besser einige wenige zu haben, als viele. Wenn die Sowjets jetzt nicht einer vollständigen Beseitigung dieser Waffen zustimmen, so hoffe ich doch, daß sie sich uns zumindest bei einem *Zwischenabkommen* anschließen werden, das diese Waffen beträchtlich und bis zu einem gleichen Umfang auf beiden Seiten verringern würde.“ (Reagan in einer Fernsehrede am 30. März 1983)<sup>1</sup>

Paßt dies nicht ganz in das Bild eines plötzlich zum Paulus gewandelten Saulus, wie es schon nach der Mission des Vizepräsidenten Bush im Januar durch die Presse geisterte? Oder wie es Theo Sommer in der

---

Von Gunther Kruse

---

Keine erfolgreiche Abrüstungspolitik ohne eine grundlegende Änderung der Militärstrategie. Eine Änderung der Militärstrategie setzt freilich eine demokratische Außenpolitik und demokratische Verhältnisse im Innern voraus. Die beiden folgenden Artikel ergänzen sich gegenseitig und gehen auf Diskussionen in einem Arbeitskreis über Abrüstung und alternative Verteidigung zurück. Sie konzentrieren sich auf den Zusammenhang von Wettrüsten und Militärstrategie der beiden Blöcke und skizzieren die immanenten wie alternativen Konsequenzen.

## In Wien und Genf Abrüstung ohne Erfolgsaussichten

*Zeit* unter der Überschrift „Weg frei nach Genf?“ beschrieb: „Wichtiger ist jedoch. Reagan hat eine Tür aufgestoßen, Gromyko hat sie nicht zugeschlagen. Das Gespräch der Großen könnte nun im Ernst beginnen.“

Aber selbst die *Zeit* hat ihre Zweifel. Und wenn man nur den unscheinbaren Halbsatz in Reagans Rede „bis zu einem gleichen Umfang auf beiden Seiten“ betrachtet, so weiß man schon, da kann eigentlich nicht viel herauskommen. Innerhalb der Friedensbewegung sind die Hoffnungen auf diese Verhandlungen wohl auch nicht gerade groß. Dennoch lassen sich mit ihnen offensichtlich einige Kräfte binden. Es sei nur an die SPD erinnert, wo die Führung in der Vergangenheit noch immer einen klaren Beschluß zur Nachrüstung mit Verweis auf die Verhandlungen hinauschieben konnte. Auch das Stockholmer Friedensforschungsinstitut steht, wenn man so will, auf der Seite der „konstruktiven Kritiker“. „Die Verhandlungen, die am 30. November begannen, verdienen so lange Unterstützung, wie sie eine reelle Erfolgchance haben.“<sup>2</sup>

Diesen Eindruck möglichst lange aufrecht zu erhalten, tun beide Supermächte ihr Bestes. Nach Reagans „Kompromißbereitschaft“ hat sich jüngst auch Andropow entgegenkommend gezeigt. An seinen Vorschlägen vom Ende letzten Jahres war unter anderem bemängelt worden, die westlichen Waffensysteme hätten ja jeweils nur einen Gefechtskopf, die SS 20 hingegen jeweils drei. Man müsse also schon Gefechtsköpfe vergleichen. Das hat er nun zugesagt. Keine der beiden Seiten will gegenwärtig die Schuld an einem Scheitern der Verhandlungen in die Schuhe geschoben bekommen. Aber haben diese damit auch eine „reelle Erfolgchance“?

### Bilanz: Qualitative Aufrüstung

Mechtersheimer resümiert: „Die Bilanz der nunmehr 20jährigen Rüstungskontrollpolitik ist eindeutig negativ wenn man als Maßstab die Entwicklung der Atomsprengköpfe für strategische Waffen verwendet. 1960 verfügten die USA und die Sowjetunion zusammen über 6500 strategische Atomwaffen. Nach 20 Jahren sind es rund 15000.



„Reisende in Friedensartikeln“ von George Gorsz, aus:  
Das neue Gesicht der herrschenden Klasse, makol verlag 1973

Selbst wenn SALT II ratifiziert und eingehalten werden sollte, wird sich die Zahl der nuklearen Sprengköpfe in den nächsten fünf Jahren auf 23000 oder 24000 vergrößern. Ohne den SALT Vertrag würde sich die Zahl vermutlich auf ca. 26000 erhöhen.“<sup>3</sup>

Doch Zählerei der Atomsprengköpfe ist unzureichend. Denn es ist nicht die schiere Existenz von Waffen oder Atomwaffen, die die – gegenwärtig immer weiter zunehmende – Gefahr eines Krieges heraufbeschwört. Es ist die Rivalität zweier die Welt beherrschen wollender Supermächte, die jeweils auf Dauer keine weitere Supermacht neben sich dulden können. Die Kriegsfahr wird vor allem dadurch erhöht, daß Waffen, und das heißt hier in erster Linie Atomwaffen, entwickelt werden, die einen Krieg *fürbar* und *gewinnbar* erscheinen lassen. Die *Führbarkeit* eines Atomkrieges existierte vor 10 Jahren nicht. Es gab die MAD, die „mutual assured destruction“, die gesicherte gegenseitige Vernichtung mit Atomwaffen, aber was war sie im Falle eines tatsächlichen Kriegsausbruchs denn wert? Entscheidend für die weitere Entwicklung bei den Atomwaffen war nicht die weitere Anhäufung, sondern ihre qualitati-

ve Veränderung, die Entwicklung hoher Treffgenauigkeit, Mehrfachsprengköpfe, einzeln steuerbar etc. Das alles wurde gerade weiterentwickelt. Warum die Entwicklung in erster Linie von den USA vorangetrieben wurde, dafür gibt es über die technologische Rückständigkeit der SU hinausgehende Gründe, auf die weiter unten noch eingegangen werden soll.

Um noch einmal A. Mechttersheimer zu zitieren. „Zusammenfassend läßt sich die Antwort auf die schwierige Frage nach dem kriegsverhütenden Wert der SALT-Politik folgendermaßen eingrenzen. Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges wird durch die qualitative Entwicklung der strategischen Systeme, insbesondere der Zielpräzision und Zuverlässigkeit, stärker begünstigt als durch die bloße Vermehrung der Sprengköpfe. Jede SALT Vereinbarung über Offensivwaffen hat bisher den Druck auf die jeweils nicht erfaßten qualitativen Komponenten der strategischen Arsenalen verstärkt. Behindert hat keine der SALT Vereinbarungen die Tendenz, den Nuklearkrieg wieder *fürbar* zu machen. SALT hat die technischen Voraussetzungen der Kriegswahrscheinlichkeit begünstigt, war also kontraproduktiv wenn man von

der Entwicklung der hardware und software der strategischen Potentiale ausgeht.“<sup>4</sup>

Mechttersheimer geht noch weiter: „Bei genauerem Besehen hatte die USA stets nur vereinbarungsgemäß oder unilateral auf Rüstungsschritte verzichtet, solange ihr strategisches Gesamtpotential, vor allem gemessen an der Zahl und Qualität der Sprengköpfe, dem sowjetischen überlegen war“<sup>5</sup> Mittlerweile aber hat die Sowjetunion die ihr in den Verträgen gerade für strategische Nuklearwaffen eingeräumte Parität weitgehend erreicht. Die Grundlage für die bisherige Art Rüstungskontrollverhandlungen ist entfallen.

Die Beschreibung der Entwicklung klingt plausibel. Aber es ist eben doch erst eine Beschreibung, wir müssen noch einen Schritt weiter gehen und uns mit der Strategie der beiden sich gegenüberstehenden Militärblöcke und der vorherrschenden Supermächte sowie mit ihrer Rückwirkung auf Rüstungskontrollverhandlungen befassen. Dabei sollten nicht alleine die Verhandlungen über atomare Waffen betrachtet werden, sondern auch die seit nunmehr 9 Jahren laufenden, sich aber nicht von der Stelle bewegenden Verhandlungen über einen beiderseitigen Truppenabbau (MFBR Verhandlungen in Wien) in die Überlegungen miteinbeziehen.

## Unterschiedliche Strategie – unterschiedliche Vorstellung über Abrüstung

Es handelt sich um Probleme auf zwei Ebenen:

1 Die beiden Militärblöcke Nato und Warschauer Pakt haben unterschiedliche Militärstrategien. Die des Warschauer Paktes ist offensiv, was heißt, sie ist darauf ausgerichtet, einen Krieg, sofern er geführt werden muß, sofort auf Territorium außerhalb der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten zu tragen. Die der Nato ist darauf gerichtet, einen solchen Schlag der SU zu verhindern, ihn in erster Linie auf dem Boden der Mitgliedstaaten zu verhindern. Diese Kennzeichnung der beiden Strategien darf keineswegs mit einer Aussage darüber gleichgesetzt werden, welche Supermacht aggressive Absichten verfolgt. Darauf wird noch genauer einzugehen sein.

2. Die gültige Nato-Strategie der „flexible response“ läßt zwei mögliche Interpretationen zu. Die eine ist die „Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten“<sup>6</sup> eine Strategie, die einen Krieg, auch einen Nuklearkrieg, für *fürbar* und *gewinnbar* hält. Diese Seite der Nato-Strategie betonen Sprecher der Supermacht USA in den letzten Jahren immer stärker (auch wenn sie schon immer eine mögliche Variante der Nato-Doktrin war). Die andere Interpretation ist die Doktrin der „Ab-

schreckung durch Strafandrohung“ Sie sieht „in der gegenseitigen Bedrohung beider Militärblöcke durch nukleare Zerstörungspotentiale eine völlig neuartige Situation, in der Überlegungen über die Führbarkeit oder Gewinnbarkeit militärischer Auseinandersetzungen auf verschiedenen Eskalationsstufen obsolet geworden sind“<sup>7</sup>

**Offensivstrategie der SU – Defensivstrategie der USA**

Die sowjetische Militärstrategie ist durch zwei Faktoren bestimmt: Ihre geographische Lage sowie die historischen Erfahrungen im und nach Ende des zweiten Weltkrieges. Beides zeigt: bei einem Krieg in Europa wäre das Gebiet der SU relativ schnell betroffen, während auf der Gegenseite die USA durchaus Krieg in Europa führen könnte, ohne daß ihr eigenes Staatsgebiet überhaupt davon berührt würde. Das gilt sowohl für einen konventionellen wie für einen nuklearen Krieg. Aus der Sicht der SU wird so unter bestimmten Bedingungen ihr Vorteil, relativ rasch Truppen an die wichtigsten Krisengebiete der Welt bringen zu können, da ihr eigenes Staatsgebiet fast angrenzt, zu einem Nachteil. In einem Krieg (und ich gehe hier davon aus, was wohl am wahrscheinlichsten ist, daß keine der beiden Supermächte einen Krieg in Europa *beginnen* würde, um das Gebiet des Gegners zu erobern, sondern daß sich ein Krieg aus Konflikten in anderen Regionen entwickeln würde), wäre die Taktik der Sowjetunion, den Kampf rasch auf das Gebiet der Nato-Verbündeten zu tragen und so die USA zu zwingen, entweder aufzuhören oder in einem weltweiten Nuklearkrieg zu enden.

Nach wie vor läßt die Sowjetunion in ihrer Propaganda keinen Zweifel, daß sie einen Nuklearkrieg nicht begrenzen will. Sie droht den USA also an, ihn rasch auch auf deren Gebiet auszudehnen. „Die WVO setzt deshalb auf eine Militärstrategie, durch die ein Krieg in Europa sich mit Sicherheit zu einem *allgemeinen* Nuklearkrieg ausweiten würde. So paradox es klingen mag: Im Abschreckungssystem, wie es sich historisch nach dem II. Weltkrieg entwickelte, hat die militärische Offensivstrategie der WVO genau die gleiche Funktion wie die Defensiv-Strategie der Nato. Beide Strategien dienen der Abschreckung, beide sind also politisch gesehen Defensivstrategien.“ (Herv im Original) So Stephan Tiedtke, Kenner der sowjetischen Militärstrategie.<sup>8</sup>

Mittlerweile bereitet sich die SU in ihren tatsächlichen Rüstungsmaßnahmen, besonders mit der SS-20, sicherlich auch auf einen auf Europa begrenzten Nuklearkrieg vor. Die allgemeine Vernichtungsdrohung,

damit die Drohung mit dem eigenen Selbstmord, wird unglaublich, wenn die andere Supermacht erkennbar einen Krieg auf Europa begrenzen will (was noch allemal die Vernichtung dieses Kontinents bedeuten würde).

Die Militärstrategie der Nato ist demgegenüber in dem Sinne defensiv, daß sie sich in erster Linie auf einen Krieg einstellt, der auf dem Territorium der Verbündeten in Europa, vor allem der BRD, zu führen ist. Das schließt keineswegs einen offensiven Einsatz der Truppen, so wie sie ausgerüstet sind, aus, ist also keine Defensivbewaffnung im Sinne einer alternativen Verteidigung.

Eine entscheidende Rolle spielt in dem Konzept der Nato der angedrohte Einsatz von Atomwaffen. Wäre ein militärischer Vorstoß der WVO-Staaten mit konventionellen Truppen nicht zu stoppen, so sollen Atomwaffen die Kriegführung unterstützen. Zum Beispiel durch Angriff auf militärische Ziele im Hinterland den Nachschub unterbinden. Wobei diese so einsetzbaren Nuklearwaffen, eben Pershing II und Cruise Missiles ja auch einsetzbar wären als Drohung bei einer militärischen Auseinandersetzung etwa am Persischen Golf. So zumindest sehen es führende Politiker der USA. Über die Differenzen hierüber weiter unten, doch es läßt sich festhalten. Diese Konzeption ist keine Eroberungsstrategie im klassischen Sinne, eher ist es eine Strategie, die durch Androhung eines unakzeptablen Schadens die Sowjetunion zu Wohlverhalten oder (je nachdem, in welchem Umfang eine Drohung ausgesprochen werden kann) zu einem politischen Rückzug zwingen will.

**Und die Konsequenzen für Abrüstungsverhandlungen**

Grundlage von Abrüstungsverhandlungen ist bisher noch immer eine Vergleichbarkeit von Bewaffnung und Mannschaftsstärke und das Erstellen gleicher Größen. Wie aber sollen unterschiedliche Bewaffnungen, die sich zwangsläufig aus unterschiedlichen Militärstrategien ergeben müssen, verglichen werden? Es könnte höchstens (nehmen wir nur die konventionellen Waffen) so aussehen, daß sich der Verbund von Waffensystemen der beiden Blöcke auf dem Gefechtsfeld gerade aufhebt. Das aber würde bedeuten, daß die östliche Militärstrategie schon von vornherein unmöglich würde. Die Sowjetunion kann sich darauf nie einlassen. Wie also anders vergleichen? Kein Wunder, daß bei den Wiener MBFR Verhandlungen der Streit noch immer in erster Linie um die „Datenbasis“ geht. Weiter: Da und solange „Überlegenheit“ der SU auf konventionellem Gebiet besteht,

braucht die Nato in ihrer Logik Nuklearwaffen, taktische und eurostrategische, mit denen sie in einen Krieg eingreifen kann. Es müssen also *Kriegführungswaffen* sein. Und die Antwort der SU? Der Einsatz der Mittelstreckenraketen muß verhindert werden, dazu sind eigene Potentiale notwendig. Es lassen sich also aufgrund unterschiedlicher Militärstrategien nicht Panzer gegen Panzer aufrechnen, oder Raketen gegen Raketen. Kann die eine Supermacht ihre Militärstrategie verwirklichen, ist die der anderen unmöglich gemacht. Die Sichtweise der einen Supermacht könnte sich nur durchsetzen, wenn die andere auf ihre Sichtweise und Militärstrategie verzichtet, wenn sie sich also unterwirft. Das wird wohl auch Reagan meinen, wenn er davon spricht, man müsse aufrüsten, um dann abrüsten zu können.

**Unterschiedliche Interpretationen der „flexible response“**

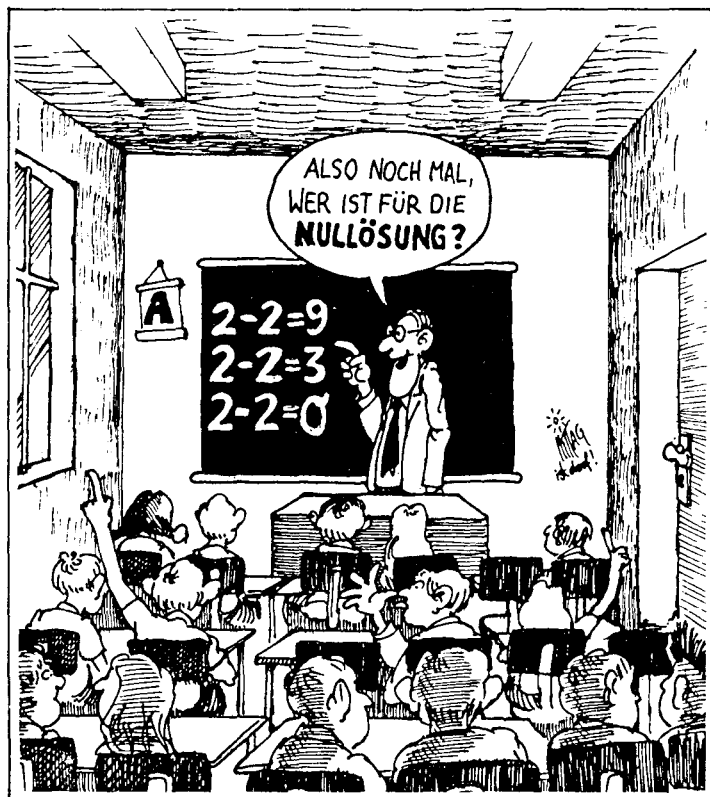
Wir müssen noch zu der zweiten Ebene der Widersprüche kommen. Die „Abschreckung durch Verweigerung von Erfolgsaussichten“ geht nicht so sehr davon aus, einen Gegner durch den Einsatz von Atomwaffen und damit die Gefährdung der sozialen Werte, der Bevölkerung, der Industrie, abzuschrecken, ihm soll vielmehr auf jeder Konfliktstufe ein militärischer Erfolg versagt werden, wenn nicht sogar die militärische Auseinandersetzung auf jeder Stufe zu den eigenen Gunsten entschieden werden soll. „Diese Konzeption der Abschreckung

„Seifenblasen“ von George Grosz, aus: Das neue Gesicht der herrschenden Klasse, makol verlag 1973



mißt naturgemäß sämtlichen militärischen Potentialen beider Seiten und ihrem fortwährenden Vergleich große Bedeutung bei. Ihre Vertreter sind in den Vereinigten Staaten wesentlich häufiger zu finden als in Europa, weil flexible Reaktion als „Kriegführungsstrategie“ den Vorteil bietet, bei ihr entsprechenden konventionellen Potentialen der Nato die Wahrscheinlichkeit der Notwendigkeit nuklearer Eskalation in Europa – oder gar bis zur strategischen Ebene – zu senken.“<sup>9</sup> Diese Strategie beinhaltet naturgemäß die Möglichkeit, einen

und zwar von Kriegführungswaffen. Daher kann sie beispielsweise nie akzeptieren, daß gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen die Waffen von Frankreich und Großbritannien aufgerechnet werden, denn letztere sind mit Sicherheit keine „Kriegführungswaffen“ einsetzbar, um einen Krieg auf der europäisch-nuklearen Ebene zu seinen Gunsten zu entscheiden. Sie sind nur einsetzbar im Sinne der zweiten Interpretation der „flexible response“, und gerade aus dem Grunde ist diese von der Sowjetunion geforderten Anrechnung für Kreise



Aus: Zitty-Magazin 10/82, Westberlin

Krieg von den USA aus mit einiger Aussicht auf Erfolg zu entfesseln.

Im Gegensatz dazu die Strategieinterpretation in Europa: Die „flexible response“ sei eine „Abschreckung durch Strafandrohung“ „Die strategische Doktrin der gesicherten Vergeltung (assured destruction) führt dem Gegner die Aussicht vor Augen, bei einer Aggression durch keinerlei militärischen Einsatz *verhindern* (Herv. d. Verf.) zu können, daß er durch strategische Gegenschläge als lebensfähige Industriegesellschaft vernichtet wird“<sup>10</sup>

Wiederum die Frage, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Abrüstungsverhandlungen? Daß die USA in diesen Verhandlungen immer anstreben wird, möglichst auf allen Ebenen ungefähr ein Gleichgewicht oder Übergewicht zu haben,

aus der SPD wie Bahr etc. durchaus denkbar. Es ergibt sich damit schon bei der Zielformulierung für die Abrüstungsverhandlungen über Mittelstreckenwaffen zwischen den Nato-Partnern eine Differenz, deren „kleinster gemeinsamer Nenner“ bei der Position der USA liegt. Für die SU wiederum ist diese Position nicht akzeptabel. Oder mit anderen Worten: Vielleicht gelingt es einem beispiellosen öffentlichen Druck auf die USA, sie dazu zu zwingen, geringfügig weniger Mittelstreckenwaffen

zu stationieren, als ursprünglich beabsichtigt. Mehr als Schönheitsoperationen werden dies nicht sein. Und verantwortlich für solche Maßnahmen wären auch nicht die Verhandlungen, sondern innenpolitischer Druck. Nach wie vor kann gesagt werden, daß die gegenwärtig laufenden Verhandlungen Deckmantel für Überlegenheitsstreben sind. Tatsächlich erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen haben geänderte Militärstrategien zur Voraussetzung. Diesem Thema ist ein anderer Artikel in diesem Heft gewidmet.

**Und die Schlußfolgerung?**

Tatsächlich gibt es zwei Konsequenzen, die, soweit ich es überblicken kann, alle Auto- ren ziehen, die sich auf eine prinzipielle

Auseinandersetzung mit den Abrüstungsverhandlungen und ihrem bisherigen Scheitern einlassen. Die eine Konsequenz ist, wie gesagt, daß erfolgreiche Abrüstung eine Änderung der Militärstrategie voraussetzt. Die andere erscheint auf den ersten Blick eher als Ausdruck von Hoffnungslosigkeit: Bis fundamentale Abrüstungsverhandlungen möglich sind, müssen vor allem „vertrauensbildende Maßnahmen“ ergriffen werden. Schlotter/Tiedtke z.B. meinen:

„Unter dem Aspekt der Kriegsverhütung glauben wir, daß folgende vertrauensbildende Maßnahmen, die bislang von den Bündnissen nur teilweise angestrebt werden, politische Bedeutung gewinnen können:

- die Einrichtung von sogenannten Pufferzonen (d.h. militärisch verdünnte oder ‚entmilitarisierte‘ Zonen, d.Verf.), die im Interesse der Nato sein müßten, und
- der Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, den die WVO-Staaten vorschlagen“<sup>11</sup>

In diesem Sinne wäre auch die Einrichtung von atomwaffenfreien Zonen eine „vertrauensbildende Maßnahme“

Sieht man das ganze nicht bloß unter dem bornierten Gesichtswinkel, wieviele Waffen stationiert sind, so hätten solche „vertrauensbildende Maßnahmen“ weniger eine militärische als vielmehr eine politische Dimension: Sie würden nämlich nicht nur die militärische Präsenz der beiden Supermächte in Mitteleuropa einschränken, sondern auch gewisse Bewegungsspielräume für ein Zusammengehen mit blockfreien Staaten ermöglichen. Nicht ohne Grund kommen z.B. gerade bei der KSZE verschiedene Vorschläge, die ein wenn auch langsames Vorankommen ermöglichen, von der Gruppe der nicht paktgebundenen Staaten. □

1 zit. nach Stichworte zur Sicherheitspolitik, 4/83, S. 28  
 2 SIPRI: Atomwaffen in Europa, Hamburg 1983 (rororo aktuell 5022)  
 3 A. Mechttersheimer: Hat Rüstungskontrolle noch eine Chance? In: Sicherheitspolitik am Scheideweg, Bonn 1982, S. 480  
 4 ebenda, S. 482  
 5 ebenda, S. 484  
 6 Hans Rattinger: Strategieinterpretationen und Rüstungskontrollkonzepte. In: Sicherheitspolitik am Scheideweg, Dieter S. Lutz (Hrsg.), Bonn 1982, S. 432  
 7 ebenda, S. 433  
 8 Schlotter/Tiedtke: Gibt es noch eine Alternative zur Aufrüstung in Europa. Der gegenwärtige Rüstungswettlauf in Europa und die Bedingungen militärischer Entspannung. In: Das kontrollierte Chaos: Die Krise der Abrüstung, Frankfurt 1980, (edition suhrkamp 1031), S. 49  
 9 Rattinger, a.a.O., S. 433  
 10 ebenda, S. 434  
 11 Schlotter/Tiedtke, a.a.O., S. 61



# Gibt es Alternativen zur Nato-Strategie?

Eine defensive Verteidigung wäre hochgradig abrüstungstauglich. Aber auf diesem Feld gibt es offene Probleme.



Von Willi Preßmar

Unter dem Eindruck eines drohenden Krieges zwischen den beiden Supermächten ist eine öffentliche Diskussion über die Bündnis- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik in Gang gekommen wie sie seit den fünfziger Jahren nicht mehr geführt worden ist. Die von Friedensforschern und einigen hochrangigen Offizieren (meist außer Diensten) formulierte Kritik an der Nato-Strategie, ihre kaum beachteten Vorschläge konkreter Alternativen zur offiziellen Verteidigungspolitik, sind plötzlich Gegenstand öffentlicher Erörterung. In der Friedensbewegung allerdings wird auf diese Themen noch weitgehend zurückhaltend bis ablehnend reagiert. Zwar sind Forderungen nach atomwaffenfreien Zonen und Abrüstung populär. Die Befassung mit konkreten verteidigungspolitischen Fragen jedoch kommt ziemlich schnell in den Geruch des Militarismus. Völlig zu Recht hat kürzlich der norwegische Friedensforscher Johan Galtung darauf hingewiesen, daß die Kritik der heutigen Politik nicht ausreicht, sondern konkrete Alternativen notwendig seien: „In der Friedensbewegung haben wir die negative Seite sehr deutlich gemacht, die Bevölkerung weiß jetzt, was ein Atomkrieg bedeutet. Aber wir haben die positiven Seiten nicht entwickelt – eben die Al-

ternativen. Ich finde die Friedensbewegung ein wenig konservativ weil es ihr nur darum geht, die negativen Seiten aufzuzeigen. Es muß Diskussionen über Alternativen in Hunderten, Tausenden, Millionen von Gruppen in Europa geben.“<sup>1</sup>

## Das Nato-Konzept ist zur Verteidigung untauglich

Zur selbstgestellten Aufgabe der Nato gehört, der Sowjetunion die Möglichkeit der Expansion in Europa zu nehmen und die politische Wirksamkeit von Drohungen und Erpressungsversuchen, die es ja zum Beispiel um Berlin gegeben hat, gering zu halten. Daraus resultiert das europäische Interesse am Bündnis mit den USA, und zwar durchaus nicht nur als Interesse der westeuropäischen Bourgeoisien. Die USA konnten sich so den bestimmenden Einfluß auf Nord- Süd- Mittel- und Westeuropa sichern.

Von vornherein war die Nato jedoch mehr als ein transatlantisches Verteidigungsbündnis zur Sicherung des Status quo in Europa. Sie war und ist wichtigster Bestandteil des globalen Bündnis- und Stützpunktsystems der USA zur militärischen Absicherung und Durchsetzung amerikanischer Weltmachtinteressen – und zwar

nicht nur in der Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Rivalen, sondern auch gegenüber Ländern der Dritten Welt. Diese Seite des Nato-Auftrages bekommt einen immer größeren Stellenwert. Das zeigt das amerikanische Interesse an der Ausdehnung des Geltungsbereichs der Nato. Das westeuropäische militärische Potential soll in den „Krisenregionen“ also den Teilen der Welt, in denen die direkte Konfrontation der beiden Supermächte unmittelbar droht (derzeit am akutesten im Nahen und Mittleren Osten), in die US-imperialistische Waagschale geworfen werden. Spätestens seit der Carter-Doktrin vom Januar 1980 gehört die Eröffnung einer zweiten militärischen Front im europäischen Geltungsbereich der Nato zu den Optionen weltweiter amerikanischer „Eindämmungspolitik“

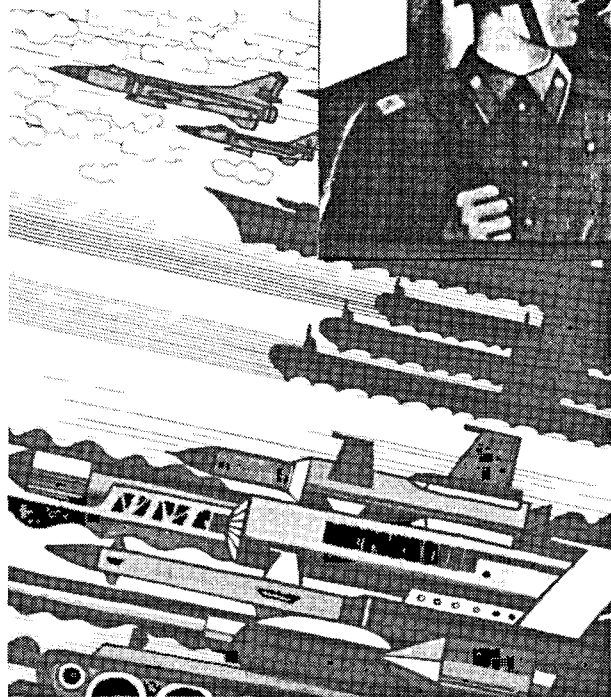
Das politische Problem besteht für die Bundesrepublik und die anderen europäischen Nato-Länder darin, daß sie durch das Bündnis mit den USA zwangsläufig *Anhängsel imperialistischer Weltmachtspolitik* bleiben, weil dieses Bündnis von den Interessen der amerikanischen Supermacht dominiert ist. Diese Dominanz drückt sich nicht nur darin aus, daß die USA versuchen, Westeuropa auf ihren außenpolitischen Kurs festzulegen, was sich immer



Das Emblem der Feldvorschrift über Kernwaffenwirkungen für US-Army und Marine-Corps



Sowjetische Militärpropaganda-Plakate



schwieriger gestaltet. Sie drückt sich noch viel deutlicher in Strategie, Struktur und Bewaffnung der Nato aus. Die Entwicklung der Nato-Strategie der letzten dreißig Jahre folgte immer wenn auch zögerlich, den bereits vorformulierten amerikanischen strategischen Interessen. Neu ist, daß sich die europäischen und amerikanischen Interessen im Bereich der Militärpolitik in den letzten zehn Jahren immer weiter auseinanderentwickeln. Seit den frühen siebziger Jahren arbeiten die USA an Optionen zur Begrenzbarkeit und Führbarkeit eines amerikanisch-sowjetischen Krieges in Europa. Für Mitteleuropa hat die Nato für den Fall eines solchen Krieges nur die Option der Vernichtung.<sup>2</sup>

Alternativen zur herrschenden „Verteidigungspolitik“ müssen deshalb aus der Nato herausführen. Nur in dem Maße, wie sich Europa außen- und sicherheitspolitisch von den USA emanzipiert, ist eine Verteidigungspolitik möglich, die den politischen Interessen der europäischen Völker ent-

spricht. Alfred Mechttersheimer hat diesen Zusammenhang immer wieder betont: „Es wird keine neue Sicherheitspolitik geben können, wenn sich die Bundesrepublik nicht zusammen mit den anderen europäischen Ländern von der bipolaren Rivalität der beiden Supermächte emanzipiert. Unter den Blockbedingungen laufen alle sicherheitspolitischen Anstrengungen letztlich auf eine Unterstützung der ‚eigenen Supermacht hinaus.“<sup>3</sup> Solange die europäischen Länder die Vorherrschaft der Supermächte hinnehmen, werden sie zwangsläufig in den drohenden Krieg hineingezogen.

Die herrschende Klasse läßt sich auf dieses hohe Risiko deshalb fast unbeschwert ein, weil sie ihre weltweiten Interessen nur in Anlehnung an eine Supermacht wahrnehmen kann. Die Bundesrepublik wird diese Anlehnung an die amerikanische Supermacht suchen, solange ihre internationale Politik unterdrückerisch ist. Der Zusammenhang von Außen- und Verteidigungspolitik ist evident.

Ulrich Albrecht hat Grundzüge einer europäischen Sicherheitspolitik formuliert, die auf die Schwächung der militärischen Position der Supermächte in Europa zielen: „Rückzug aller amerikanischen und sowjetischen Soldaten hinter die eigenen Landesgrenzen Gemeinsame Garantie der vorhandenen Grenzen und der Integrität der europäischen Staaten.“<sup>4</sup> Dabei wäre durchaus in Kauf zu nehmen, daß die Initiative für eine solche Politik einseitig von westeuropäischen Staaten ausgeht.

Der Austritt der Bundesrepublik aus der Nato müßte nicht notwendig Ausgangspunkt einer solchen Politik sein. Unter Umständen mögen sogar die Nachteile eines sofortigen Austritts die erhofften Vorteile überwiegen. Ein solcher Schritt könnte zu viele Widersprüche zwischen den europäischen Ländern schaffen; die Bundesrepublik stünde in der Gefahr sich politisch zu isolieren. Auch die Differenzen unter den Volksmassen sind so groß, daß ein alsbaldiger Nato-Austritt kaum realistisch scheint. Statt dessen könnte bereits im Bündnis eine Sicherheitspolitik konzipiert werden, die sich der amerikanischen Vorherrschaft verweigert und sich auf die Interessen der europäischen Völker verständigt. Eine solche Verteidigungspolitik, die sich eher auf die Verteidigungsbereitschaft der Volksmassen stützt als auf die strategische Nukleargarantie der USA wird immer gegen die Bourgeoisie und ihre politischen Repräsentanten durchgesetzt werden müssen. Sie ist letztlich auch nur denkbar wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse von verschiedenen Seiten her in Bewegung kommen.

Wie könnte nun ein Verteidigungskonzept aussehen, das auf die konkreten Bedingungen und Bedürfnisse Europas zugeschnitten ist und dem es um nichts anderes geht als darum, das eigene Territorium gegen militärische Aggression, Drohung und Erpressung zu sichern?

Obwohl es zu diesem Thema zahlreiche Veröffentlichungen gibt, kann nicht davon ausgegangen werden, daß bereits ein zusammenhängendes Konzept vorliegt, das die schwierigen Probleme zufriedenstellend gelöst hätte. In diesem Artikel sollen einige Gesichtspunkte für eine Verteidigungspolitik behandelt werden, die ohne den militärischen Beistand und die atomare „Schutzgarantie“ der USA auskommen kann und sich vielmehr gegen die Vorherrschaft der USA wendet.

### Statt militärischem Kräftegleichgewicht – angemessene Gegenwehr

Unter der ideologischen Tarnkappe vom militärischen Kräftegleichgewicht betreiben die beiden Supermächte samt ihren Militärbündnissen ihre Aufrüstungsprogramme. Sie folgen zwingend den außenpolitischen

## Um den eigenen Kopf geht's

Implikationen, militärische Macht und Überlegenheit in politische Vorteile umzusetzen und ihre expansionistischen Ziele mit militärischen Mitteln zu verfolgen.

Europäische Sicherheitspolitik, die keinen Weltmachtinteressen dient, ist weder auf militärisches Kräftegleichgewicht noch gar auf militärische Überlegenheit angewiesen. Eine Verteidigungspolitik, die den Einsatz militärischer Mittel nur für die Abwehr einer Aggression gegen das eigene Territorium vorsieht, benötigt ohnehin nicht die gleichen militärischen Mittel. Sie müßte sich von der Militärstrategie und Rüstungspolitik der Supermächte grundlegend unterscheiden und sich bewußt nicht der gleichen, sondern *anderer* Mittel bedienen. Nur so ist denkbar daß trotz starker militärischer Überlegenheit der Sowjetunion und geostrategisch ungünstiger Lagebedingungen die europäischen Länder sich gegen eine sowjetische Aggression verteidigen können.

### Keine Ziele bilden, deren Zerstörung sich militärisch lohnt

Horst Afheldt und andere Autoren haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Nato-Strategie Zentraleuropa schon deshalb keine *Verteidigungs*-Aussichten lasse, weil die aufgebauten Optionen im Kriegsfall unausweichlich zur völligen Zerstörung führen müßten. Über die Vorverteidigung, Herzstück der konventionellen und nukleartaktischen Ebenen der flexible response fällt Afheldts Urteil vernichtend aus: „Die beweglich geführte Vorverteidigung entwickelt ein monumentales Bild von militärisch wichtigen Zielen, die die Zerstörung der Bundesrepublik geradezu erzwingen.“ Er fährt fort: „Wegen ihrer Verletzlichkeit ist die Bundesrepublik genötigt, nur militärische Instrumente aufzubauen, die keine Ziele bieten, die den Einsatz großer Zerstörungsmittel des Gegners *militärisch* lohnen. Die eigene bewaffnete Macht darf folglich nur in kleinsten Einheiten und mit Kampfmitteln auftreten, die nicht durch elektronische Aufklärung von weitem geortet und zerstört werden können. Zur Erfüllung ihres Kampfauftrages dürfen diese kleinen Einheiten nicht in relativ engen Räumen zusammengezogen werden, weil sie sonst wieder geeignete Ziele für die modernen Waffenvernichtungsmittel des Gegners (Kernwaffen) werden. Schutz vor solchen flächendeckenden Waffen bietet ihnen nur die Tiefe des Raumes. Daraus mußten wir folgern, daß wir keine Fronten bilden, keine Grenzen verteidigen können.“<sup>5</sup> Afheldt setzt darauf, daß die technische Ausrüstung der Verteidigungsstreitkräfte der des Gegners überlegen sein kann und zwar für die spezielle Form des Kampfes in kleinsten Einheiten, weit ver-

Man solle sich nicht den Kopf der Bourgeoisie zerbrechen, unter diesem Motto kann es eine Zeitlang ganz gut gelingen, den eigenen Kopf zu schonen, wo es in Wirklichkeit darum geht, zu überlegen, welche konkreten Perspektiven und Vorstellungen wir eigentlich entwickeln müssen, um unsere Kritik an den Verhältnissen in Politik umzusetzen. Als Teil des radikalen Flügels der 68er Bewegung weiß ich ganz gut, wovon ich rede.

Auch eine Klassengesellschaft, die durch unversöhnliche Widersprüche gespalten ist, bleibt *eine* Gesellschaft, deren Teile vor die *gleichen* Probleme gestellt sind, obwohl sie entgegengesetzte Interessen haben und die Probleme ganz unterschiedlich erfahren. Es geht um entgegengesetzte Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme, nicht aber um ganz andere Probleme, denen sich die verschiedenen Klassen gegenübergestellt sehen. Die Gewerkschaftsbewegung reagiert auf diesen Sachverhalt immer noch so, daß sie als Antwort auf die gesellschaftlichen Probleme nach gemeinsamen Lösungen sucht. Die Tatsache, daß es sich auch bei der kapitalistischen Gesellschaft um *eine* Gesellschaft handelt, überwiegt noch fast völlig die andere Tatsache, daß diese Gesellschaft in *Klassen* gespalten ist und Problemlösungen in gemeinsamem Interesse nur in illusorischer Form zuläßt. Umgekehrt hat der radikale Flügel der 68er Bewegung mit dem Hinweis auf die Klassenspaltung immer oder meistens die schlichte Wahrheit umschiffert, daß es sich bei den Problemen der Kapitalistenklasse auch um die Probleme der Arbeiterklasse handelt, weil es eben zwar Klassen mit entgegengesetzten Interessen, aber Klassen *einer* Gesellschaft sind, die *alle* Kräfte vor die gleichen Probleme stellt, auch wenn sich Charakter und Grad der „Betroffenheit“ diametral unterscheiden und dementsprechend die Richtung verschieden ist, in der die Widersprüche, die sich als Probleme äußern, behandelt werden müssen.

Ökologische und ökonomische Krise, die wachsende Kriegsgefahr haben den Reformismus der Gewerkschaftsbewegung wie den Revolutionarismus eines Teils der 68er Bewegung erschüttert, aber überhaupt nicht überwunden. Arbeitszeitverkürzung kann man gerade in der Krise nicht als Dreingabe der Kapitalisten erwarten. Um sich in der Krise zu erhalten, entfaltet das Kapital seine Tendenz, Arbeiter und Natur als Quellen des stoff-

lichen Reichtums zu unterhöheln, erst recht. Da das Kapital weltweiten Bewegungsraum braucht, lehnt sich die Bourgeoisie an die USA an, obwohl gerade von der Rivalität der beiden Supermächte die Gefahr eines Krieges ausgeht, der wenigstens Mitteleuropa vernichten würde. Der Versuch, gemeinsame Lösungen mit der Bourgeoisie zu finden, muß in Bewegungsunfähigkeit umschlagen. Aber einfach auf die Notwendigkeit der Revolution zu verweisen, bringt es offensichtlich auch nicht. Umgekehrt können sich Notwendigkeit und Charakter der Revolution nur in dem Grad konkretisieren, wie sich „alternative“ Lösungen der gesellschaftlichen Probleme abzeichnen und anders als durch Revolution sich nicht verwirklichen lassen. Gegenüber Reformismus und Revolutionarismus ist die Alternativbewegung insofern was wirklich Neues, egal ob sie sich in ihren verschiedenen Teilen nun mehr reformerisch oder eher revolutionär begreift. Weit gekommen ist das alles noch nicht. Auch zeichnen sich schon neue Verwirrspiele ab, etwa der scholastische Streit, ob die Gattungsfrage oder die Klassenfrage den Vorrang habe, wo es doch darum geht, wie die verschiedenen Klassen auf die Gattungsfrage reagieren. Natürlich spukt auch immer noch der Spruch herum, man dürfe sich nicht den Kopf der Bourgeoisie zerbrechen, das heißt man solle gefälligst der Denkfaulheit frönen, wenn man als Revolutionär gelten wolle. Sich Gedanken nicht nur über Abrüstung, sondern auch über „alternative Verteidigung“ zu machen und gar zu behaupten, daß erst eine demokratische Außen- und Militärpolitik Abrüstungsinitiativen tatsächlich ermöglichen wird, wird da ebenso schnell zur „Vaterlandsverteidigung“ erklärt, wie die Versuche, Vorstellungen einer alternativen Ökonomie zu entwickeln und zu erproben, rasch in den Ruch des kleinbürgerlichen Utopismus kommen. Gedankenloser Revolutionarismus kann sich dabei gut verschwistern mit dem fortwirkenden Sozialdemokratismus der Bewegung, der nur gegen „Auswüchse“ des Systems antritt, den Status quo aber auf dem Zerstörung der Umwelt, Arbeitslosigkeit und Wettrüsten grassieren, prinzipiell anerkannt. Es ist der eigene Kopf, den man sich zerbricht, wenn man über Möglichkeiten der alternativen Verteidigung nachdenkt. Die Bourgeoisie hat schon nachgedacht und bereitet die Stationierung vor



teilt in der Tiefe des Raumes. „Solche Waffen können aber kaum gegen andere Objekte wirken als diejenigen Truppen des Angreifers, die in das Territorium der Bundesrepublik eingedrungen sind.“

**Defensive Verteidigung**

Eine Verteidigungsstrategie ist dann unweidlich defensiv, wenn sie nicht über Optionen verfügt, das gegnerische Territorium zu erobern. Strategie und Bewaffnung der Nato-Streitkräfte sind zwar im wesentlichen defensiv, enthalten aber zahlreiche offensive Momente, die einerseits von der Sowjetunion, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gesamtpotential der USA, als Bedrohung verstanden werden können und andererseits die Verteidigungsfähigkeit in Mitteleuropa verringern. Die Vertreter alternativer Verteidigungskonzepte stimmen darin überein, daß sich durch die Verwandelung der offensiven Komponenten in defensive die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik sogar verdoppeln lasse.

derungen gelten: klein, hohe Feuerkraft, mobil und autonom.“<sup>6</sup> Von allen Autoren wird die Überlegenheit moderner präzisionsgelenkter Abwehrwaffen gegenüber der aufwendigen und monströsen Bewaffnung eines Aggressors hervorgehoben.

Unzureichend geklärt ist bislang die Frage, wie die Streitkräfte eines Aggressors geschlagen und wieder aus dem Land geworfen werden können. Für Afheldt hat der Einsatz militärischer Mittel ohnehin begrenzte Aufgaben, nämlich: „der Sowjetunion die Option des *schnellen* Sieges in Europa zu nehmen.“<sup>7</sup> Er setzt im übrigen auf schnelle Verhandlungen und die Drohung mit dem Einsatz atomarer Mittel, um so den Aggressor zum Abbruch seiner Kampfhandlungen und Rückzug seiner Streitkräfte zu veranlassen.

Ebenfalls dunkel bleibt das Problem der *Verteidigung der Städte*. Sowohl Afheldt als auch Löser gehen davon aus, daß die Städte als Fluchtpunkt für die Zivilbevölkerung nicht verteidigt werden sollen, um so

**Demokratische Wehrverfassung**

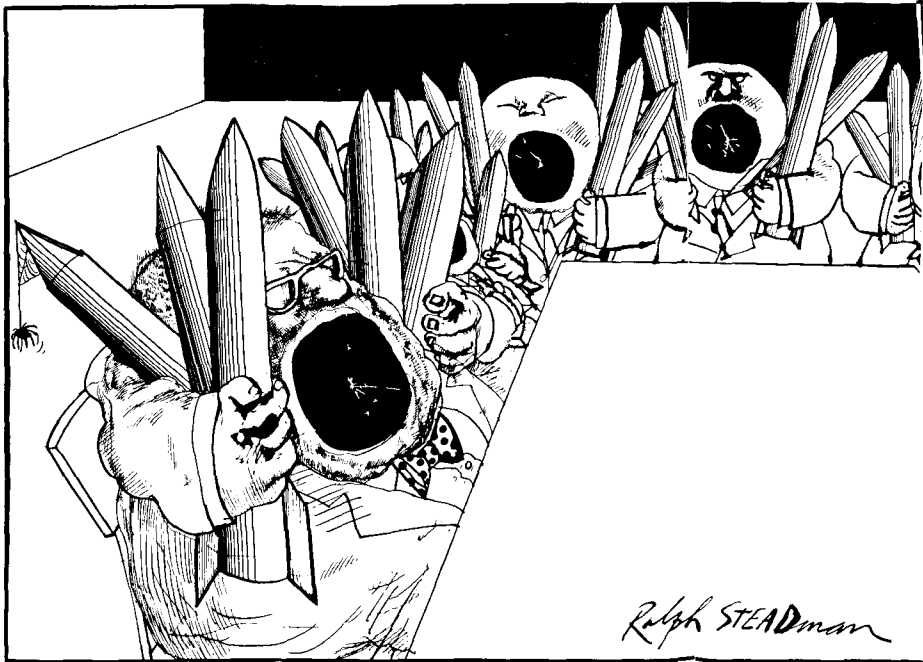
Eine defensive Verteidigungsstreitmacht, die als flächendeckende Raumverteidigung organisiert wird, ist mit der heutigen Struktur der Bundeswehr unvereinbar. Langer Grundwehrdienst, heimatferne Stationierung, Kasernierung, Entrechtung – all dies wäre mit einer effektiven, auf kleinen autonomen Einheiten basierenden Raumverteidigung, die eher als (heimatbezogene) Miliz zu organisieren wäre, überhaupt nicht zu vereinbaren.

Mecktersheimer fordert, „eine antimilitaristische Militärorganisation zu schaffen, die die Aufgaben der Landesverteidigung nicht Spezialisten überläßt, sondern basisdemokratisch als Notwehr ermöglicht. Es wird gegen einen Aggressor nicht „die Armee eingesetzt“ sondern die Bevölkerung wehrt sich kollektiv in einem Volksaufstand, der durch die vorbereitende militärische Organisation wirksam gemacht wird. Das Ziel des organisierten bewaffneten Aufstandes gegen die drohende Fremdherrschaft ist mehr die Vertreibung des Eindringlings als seine Vernichtung in Panzerschlachten.“<sup>8</sup> Mecktersheimer kritisiert die „Entgesellschaftlichung der Landesverteidigung, die in den Militärapparaten immer angelegt war“ und schließt seine Überlegungen: „Es gilt mehr denn je der Kantsche Satz: „Stehende Heere sollen mit der Zeit ganz aufhören.“ Und besonders gilt der Satz für „fremde stehende Heere““

Unter solchen Bedingungen unterliegt die Frage der *Beteiligung der Frauen* an der Verteidigung einer völlig anderen Bewertung als dies unter den heutigen Umständen der Fall ist. Männer und Frauen sollten gleichermaßen in der Miliz ausgebildet werden. Selbstverständlich müßte das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung verwirklicht sein. In eine milizartige, auf die Massen gestützten Verteidigungsorganisation könnten auch alle Formen sozialer Verteidigung aufgenommen werden.

**Defensive Verteidigung – hochgradig abrüstungstauglich**

Unter Beibehaltung der Nato-Strategie, bei Aufrechterhaltung der amerikanischen Dominanz in der Nato, sind spürbare Abrüstungserfolge ausgeschlossen. Abrüstung läßt sich nicht isoliert, ohne Änderung der außen- und sicherheitspolitischen Konzeption, durchsetzen. Mecktersheimer der sich kritisch mit der jahrzehntelangen Rüstungskontrollpolitik zwischen den Supermächten und in Europa befaßt hat, kommt zu dem Ergebnis: „Abrüstung ist nur erfolgversprechend, wenn die Sicherheitspolitik und die Waffen abrüstungstauglich sind.“ So wie die heutige Rüstungsstruktur der außen- und sicherheitspolitischen Kon-



„Disarmament Talks“ von Ralf Steadman

Mecktersheimer hält eine Kombination bisheriger alternativer Modelle für optimal und plädiert für eine Verbindung von flächendeckender Raumverteidigung, Verdichtung im östlichen Teil der Bundesrepublik und Verstärkung entlang der wahrscheinlichen Angriffslinien. „An Waffen werden vor allem leichte Panzer und Flugabwehrraketen benötigt sowie Waffensysteme, deren Komplexität und Größe bestimmt sein muß von Forderungen nach leichter Bedienbarkeit und Wartung, Finanzierbarkeit und Vermeidung leicht bekämpfbarer Ziele. Für die defensiven Kampfverbände müssen die folgenden For-

den Schaden und die Verluste unter der Bevölkerung möglichst niedrig zu halten. Soll aber verhindert werden, daß ein Aggressor die Kontrolle über das Land bekommt, dürfen die Städte gerade nicht aufgegeben werden, sondern müssen die Möglichkeiten moderner Panzer und Luftabwehr genutzt werden, um den Aggressor an der Einnahme zu hindern. Historische Beispiele zeigen, daß ein Aggressor vor der Zerstörung von Städten, allein, um die Bevölkerung zu demoralisieren, nicht zurückschreckt (Hanoi, Dresden). Sie zeigen aber auch, daß die Städte nicht einfach einzunehmen sind (zuletzt Beirut).

zeption der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte entspricht, müssen konkrete Abrüstungsvorschläge einer alternativen Sicherheitspolitik entsprechen. Auch dieser Zusammenhang wird in der Friedensbewegung noch weitgehend ignoriert.

Solange verteidigungspolitisch an der Nato-Strategie festgehalten wird, bleiben auch Vorschläge wie die des Palmer-Berichtes Makulatur. Da die Verfasser z.B. Egon Bahr darauf setzen, daß politisch alles beim alten bleibt und lediglich dieser oder jener Abrüstungsschritt erfolgt, muß die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen fragwürdig erscheinen. Atomwaffenfreie Zonen z.B. sind nur denkbar wenn insgesamt die außen- und verteidigungspolitische Erstarrung der Blöcke in Europa in Bewegung kommt. Bahr und ähnliche Leute dagegen wollen den heutigen Status quo der Vorherrschaft der Supermächte, die Doktrin des militärischen Kräftegleichgewichts (die bekanntermaßen das Wettrüsten zusätzlich anheizt) usw. gerade festschreiben. Unter diesen Bedingungen wird es halt nie und nimmer zur Verwirklichung ihrer schönen Forderungen kommen.

Eine alternative Verteidigungskonzeption, die sich in der Richtung an den hier skizzierten Gesichtspunkten orientiert, könnte dagegen zu einschneidenden Abrüstungsschritten kommen: da nukleare Gefechtsfeldwaffen in einer Verteidigungskonzeption keinen Sinn hätten, könnten sie vollständig, auch einseitig, abgebaut werden, einschließlich der Trägerwaffen. Da Panzerverbände und Luftwaffe in einer defensiven Verteidigungskonzeption allenfalls untergeordnete Bedeutung haben könnten, wäre ein einschneidender Abbau, allerdings bei Umrüstung auf leicht handhabbare Abwehrsysteme, möglich. Mit dem Wegfall der nuklear-taktischen Optionen entfällt je der Grund für die Anwesenheit amerikanischer Truppen, zumal sie im Rahmen der milizartigen flächendeckenden Raumverteidigung ohnehin keine Aufgabe hätten. Ihr Abzug würde die Verteidigungsfähigkeit kaum mindern – die Schließung ihrer zahlreichen Stützpunkte im Rahmen der „schnellen Eingreiftruppe“ u.ä. wären geradezu zwingend.

Eine solche Entwicklung würde gewiß auf Resonanz im Lager des Warschauer Paktes stoßen. Der Sowjetunion würde die politische Rechtfertigung ihrer erdrückenden konventionellen Verbände in den Ostblockländern und in den Westbezirken der Sowjetunion ziemlich schwerfallen. Die osteuropäische Friedensbewegung, die ja nicht nur gegen die Militarisierung der Gesellschaft, sondern auch gegen die sowjetische Besatzung und die Beseitigung der staatlichen Souveränität zu kämpfen hat, bekäme politischen Rückenwind.

**Offene Probleme alternativer Verteidigungspolitik**

Die militärische Schwächung der USA in Europa, eine Verteidigungspolitik in Richtung Auflösung der Nato und Schaffung einer europäischen Verteidigungsstruktur ist gewiß ein Beitrag zur Vermeidung eines Krieges zwischen den beiden Supermächten in Europa. Zumindest der einen Supermacht fehlten schlicht die militärischen Möglichkeiten, einen solchen Krieg um Europa führen zu können.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die Gefahr besteht, daß die sowjetische Supermacht aus dieser Situation politische Vorteile mittels Androhung oder Einsatz militärischer Macht sucht. Die Apologeten der Nato weisen gerade auf diese Möglichkeit immer wieder hin. Erst kürzlich haben sich erneut führende außenpolitische Forschungsinstitute der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande mit Empfehlungen für eine europäische Sicherheitspolitik in Erinnerung gebracht. Kerngedanke ihrer Studie: Die relative Stabilität zwischen Ost und West in Europa sei durch ein funktionsfähiges, auf nuklearer und konventioneller Verteidigung basierendes Abschreckungssystem gewährleistet. Die Intention einer selbständigen Verteidigung ohne die USA sei nicht nur unrealistisch, „sondern würde sogar die europäische Sicherheit in hohem Maße gefährden“<sup>9</sup>

Diese Leute leben seit Jahrzehnten davon, daß der Abschreckungswert der Nato-Strategie, trotz aller Selbstmordoptionen, ziemlich hoch ist. Sie ziehen daraus den unlauteren Schluß, die 38 Jahre Nicht-Krieg in Europa seien diesem Tatbestand geschuldet. Nun läßt sich das weder beweisen noch widerlegen. Allerdings bestand in den zurückliegenden Jahrzehnten für beide Supermächte kein wirklicher Kriegsgrund in Europa, auch nicht in Zeiten des Kalten Krieges, denn der europäische Status quo bildete die Bedingung ihres Kampfes um die Dritte Welt. Das wird sich ändern, wenn sich die internationalen Beziehungen vollends zu einem kriegsträchtigen Szenario verdichten dann ließe sich unter den heutigen Bedingungen ein Krieg zwischen den Supermächten kaum noch vermeiden auch nicht durch die gegenseitige Abschreckung. Weil beide Seiten das auch so sehen, arbeiten sie seit Jahren an Optionen, einen solchen Krieg möglichst auf europäischen Boden zu begrenzen.

Unter Bedingungen, daß sich die europäischen Nato-Länder von der strategischen Nukleargarantie der USA abgekoppelt haben, ist die Abschreckungswirkung gegenüber der Sowjetunion wesentlich geringer und für die Sowjetunion wäre das Risiko einer militärisch vorgetragenen Expansion in

Europa möglicherweise wieder kalkulierbar. Hier wird deutlich: Auch ein Konzept defensiver Verteidigung ist ein gehöriges Wagnis für die europäischen Völker. Ohne hin ist die atomare Bedrohung nicht aus der Welt, indem man selbst Friedfertigkeit signalisiert. Trotzdem ist ein solches Risiko eher kalkulierbar als das Risiko eines Zu-



„Galilei ist vom neuen Aussehen der Erdoberfläche sehr überrascht.“ (Le Charivari, 21.2.1867) – Karikatur von Honoré Daumier

sammenpralls der Supermächte in Europa dem sich die Bourgeoisie verschrieben hat. Im Falle einer sowjetischen Aggression, sofern sie Westeuropa nicht gerade im Handstreich nehmen kann, sondern auf anhaltende und effektive Verteidigungsfähigkeit stößt, muß die Sowjetunion das hohe Risiko veranschlagen, daß sich die osteuropäischen Völker vom Joch der sowjetischen Fremdherrschaft befreien. □

1 Galtung in einem Interview mit dem friedenspolitischen Kurier (fpk) vom 27.4.83. Der fpk erscheint wöchentlich und wird herausgegeben vom Informationsbüro für Friedenspolitik, Pestalozzistr. 6, 8000 München 5.  
 2 Auf diesen Sachverhalt hat bereits im Jahre 1960 Helmut Schmidt hingewiesen. Siehe dazu sein Buch „Verteidigung oder Vergeltung?“ Im Jahre 1970 kam die sogenannte Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ zu einem ähnlichen Ergebnis. Und bis heute hat sich die Situation nur noch verschärft.  
 3 Alfred Mechttersheimer: Rüstung und Frieden, München 1982, S. 202  
 4 Ulrich Albrecht: Kündigt den Nachrüstungsbeschluß, Frankfurt/M. 1982, S. 140  
 5 Dieses und das folgende Zitat aus Horst Afheldt: Verteidigung und Frieden, München 1976  
 6 Mechttersheimer, a.a.O., S. 217  
 7 Horst Afheldt: Kernwaffenkrieg begrenzt auf Europa?, Befreiung Nr. 22/23, S. 95 (Nachdruck aus Wehrwissenschaftliche Rundschau 5/79)  
 8 Dieses und das folgende Zitat aus: Mechttersheimer, a.a.O., S. 215  
 9 Empfehlungen für eine europäische Sicherheitspolitik, FAZ vom 13.4.83 (Auszug aus der Denkschrift der fünf Institute)

# Von der „Wende“ zur „Erneuerung“

Umriss der Regierungspolitik und parlamentarische Opposition dagegen

Von Joscha Schmierer

Die etablierten Parteien lernen schnell, wenn es darum geht, wirksame Slogans auf ihre Art sich anzueignen und für die eigene Wirkung auszubeten. Der Slogan von der Wende mußte in Widerspruch zum Anspruch Kohls geraten, eine Koalition der Mitte zu führen. Dieser Anspruch aber muß aufrechterhalten werden und zwar nicht nur dem Koalitionsfrieden zuliebe. Einen entschiedenen Rechtskurs nicht zur zielstrebig zu verfolgen und Schritt für Schritt in die Tat umzusetzen, sondern auch offen zu proklamieren, würde die Grundlagen der CDU als Volkspartei, das heißt einer Partei, die einen Interessenausgleich zwischen ihren unterschiedlichen Wählerschichten wenigstens vortäuschen muß, selber erschüttern. Nicht nur die Sozialdemokratie, auch die CDU muß versuchen, Gewerkschaften und Kapitalistenverbände möglichst lange zu klammern und kann die gesellschaftlichen Bedingungen für diese Klammer nicht beliebig umwälzen. Dazu existiert gegenwärtig weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit. Würden die Gewerkschaften frontal angegriffen, konzentrierte sich der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnabhängigen sofort im Zentrum der bisherigen Übereinkünfte der bundesrepublikanischen Gesellschaft und würde eine ganze Reihe von Krankheiten aufbrechen lassen, die ihren Namen bisher von anderen Ländern haben. Die Kunst der Regierung wird gerade darin bestehen, diesen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital an den Rändern der Gesellschaft auszutragen.

Die Wende kann nur nach rechts gehen

und je deutlicher sie nach rechts geht, desto eher berührt sie sensible Bereiche der bisherigen ideologischen und politischen Stabilität, eine Stabilität, für die bisher keine neuen Grundlagen sichtbar sind.

Die Grünen sind weder rechts noch links, sondern vorn, hieß der Slogan, als die Grünen ihre tatsächliche Linkswendung ideologisch und politisch neutralisieren wollten und der Furcht vor Polarisierung in der BRD Rechnung zu tragen versuchten. Nicht mehr Wende heißt das Schlagwort der Regierung, sondern „Erneuerung“ Vielleicht ist die „Koalition der Mitte“ ohnehin nicht nur Propagandaschein, jedenfalls aber muß der Schein der Mitte aufrechterhalten werden, wenn das Wendemanöver nicht allzufrüh in stürmische See führen, das heißt alle Kräfte gleichzeitig und in gleichem Maße treffen soll, die unterschiedlich und nach und nach anzugreifen und aufzureiben leichter fällt.

Mit dem Slogan der „Erneuerung“ ist der ideologische Kniff der Regierungserklärung Kohls umrissen. Es wird alles daran gesetzt, zu suggerieren, daß die Reaktion zu neuen Ufern führe. Entfesselung des Kapitals

in einer Gesellschaft brauchen, wo sie sich nicht mehr mit Subsistenzproduktion durchschlagen können und an die Verwirklichungsbedingungen ihres Lebens nur über Geldeinkommen herankommen. Kohl will „die moderne Gesellschaft“ Der technische Fortschritt eröffne der Schöpferkraft der Menschen „neue Räume“ Arbeit sei nicht nur Broterwerb. Und das in einer Gesellschaft, in der Arbeit als Arbeit nur gilt, wenn sie sich in Geld auszahlt, und der Broterwerb vieler gefährdet ist, weil ihre Arbeitskraft außer Kurs gesetzt ist. Der Staat werde auf den Kern seiner Aufgaben zurückgeführt. Wenn aber die kollektiven Fähigkeiten der Menschen in der „sozialen



heißt dann Entfaltung des Geistes und der Leistungskraft der sozialen Marktwirtschaft, obwohl gerade die Sicherungen wie der herausgedreht werden sollen, die aufgrund der relativen Stärke der Arbeiterbewegung die „Marktwirtschaft“ sozial erscheinen ließen. „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ wird dafür gesagt, daß die Mittel gekürzt werden, die die Individuen

Marktwirtschaft“ gerade im Kapital und im Staat verkörpert sind und sich anders nicht entfalten können, dann bleibt das Reaktion, auch wenn sie noch so sehr am Unbehagen vieler über ihre eigene Ohnmacht anknüpft. „Erneuerung“ in der Außenpolitik klingt von vornherein altbacken: „Wir gehören zum Westen“ „unsere Kultur braucht den europäischen Horizont“, „die deutsche Nation besteht fort“

Diese Regierung hat eine Reihe nüchterner Einschnitte vor in Sachen sozialer Sicherheit, demokratischer Rechte etc. Sie will auf jeden Fall die Nato-Aufrüstung. Auf allen Gebieten will sie Reaktion gegenüber den selbständigen Bestrebungen, die sich in dieser Gesellschaft äußern. Von der vorigen Regierung unterscheidet sie sich gerade in der Nüchternheit, mit der sie diese

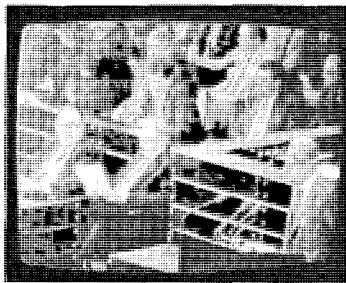




Einschnitte vornimmt, und in den Zukunftshorizonten, die sie dabei vorzugaukeln versucht. Politisch gefährlich ist beides. Die Einschnitte werden zielstrebig über die Bühne gebracht, und in dem ideologischen Nebel verflüchtigen sich die Perspektiven, auf die das Ganze zielt: die gesellschaftlichen Individuen auf den einzelnen und seine Familie zurückzuschneiden und ihre gesellschaftlichen Äußerungsformen zu unterdrücken.

Zwischen jetzigen Einschnitten und den Perspektiven der Reaktion vermitteln bisher keine konkreten Maßnahmen, sondern nur die Kohlschen Wortwolken, die mehr ahnen lassen als beweisen, daß es mit der „Wende“ nicht nur um diese oder jene Kor-

schaftlichen Widersprüche und den außen- und militärpolitischen Interessenunterschieden die Rolle des Vasallen gewählt, weil bei dieser Rolle weltpolitisch am meisten herauspringen könnte und mit bürger-



lichen Mitteln da eh nicht viel zu machen ist.

Trotz der eindeutigen Angriffe der Bundesregierung auf einzelne Interessen (etwa Rentner Ausländer) und auf allgemeine Interessen in einzelnen Fragen (etwa Demonstrationsrecht) bleibt die politische Situation merkwürdig unverändert und unbestimmt. Daran hat auch die Bundestagsdebatte nichts geändert. Die Sozialdemokratie klagt im allgemeinen konkretere Aussagen ein und erhebt an einzelnen Punkten schon mal Einwände. Aber man hat nicht den Eindruck, daß sie irgendwelche Vorstellungen darüber hätte, wo's lang gehen soll. Eher scheint Erleichterung vorzuherrschen, daß man in der Opposition ist und gegenüber Forderungen der Grünen Verständnis zeigen kann, ohne daß daraus politische Konsequenzen zu ziehen wären.

Die Grünen waren noch so damit beschäftigt, das Terrain zu erkunden, daß ihnen in ihren Reden meist nicht viel mehr einfiel als die traditionellen Versatzstücke linker Agitationsreden, wo es doch wirklich nicht um Agitation gehen konnte. Diese Versatzstücke sehen ungefähr so aus: Gegenüber den Wachstumshoffnungen der Regierung wird betont, daß diese Hoffnungen schwach begründet seien, wenn sie aber einträten, an der Arbeitslosigkeit nichts änderten. Daß im übrigen aber die Wachstumspolitik sowieso am Ende sei. Darauf wird dann von seiten der Regierungsparteien geantwortet, daß ein Industrieland sich entwickeln müsse oder untergehe.

Das tatsächliche Problem ist aber doch eher daß Wachstum, d.h. Akkumulation des Kapitals, und wachsende Befriedigung sich entwickelnder Bedürfnisse nicht mehr Hand in Hand gehen, was aber eine ganze Zeitlang in der BRD noch der Fall war oder doch der Fall zu sein schien. Die Polemik gegen das „Wachstum“ droht sich so immer noch gegen die unbefriedigten und ver-



letzten Bedürfnisse zu richten, statt von ihnen auszugehen.

Ein anderes Versatzstück ist die empörte Enthüllung korrupter Machenschaften der Regierungspolitiker. Die Flickaffäre ist ein gefundenes Dauerfressen. Aber das kennt man. Das Erstaunen ist doch bei den meisten größer darüber daß so ein Skandal gelegentlich mal aufkommt, als darüber daß es solche Skandale gibt. Daß Politiker korrupt sind, ist ein allgemeines Volksvorurteil bis hin zur Furcht, auch die grünen Abgeordneten könnten sich korrumpieren lassen. Moralische Empörung wird da bald langweilig. Die Standardantwort der Etablierten lautet: es handle sich um Vorabverurteilungen.

Noch ein Versatzstück ist der Versuch, die Empörung über Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung dadurch schüren zu wollen, daß man die Regierungspolitiker als versteckte Nazis entlarvt. Das, was passiert, wird aber nicht weniger schlimm, wenn die keine Nazis sind. Nazi ist einer nicht, sondern wird es nach Umständen.

Nüchterne Verwirklichung sozialer und anderer politischer Einschnitte in die Interessen der Bevölkerung und verblasene Phrasen über die „Erneuerung“ – Ablehnung dieser Einschnitte und das vage Bewußtsein, daß es so nicht weitergehen kann, so ungefähr sehen die Fronten im Parlament aus. Sie sind immer noch deutlicher als in den großen Volksmassen, die tatsächlich die breite Mitte bilden, an die Kohl als Basis appelliert. Vielleicht sind die Perspektiven links deshalb so unbestimmt, weil hier noch kaum Bewegung sichtbar wird. Kohls „Koalition der Mitte“ setzt darauf daß das so bleibt. □



rektur des Sozial- und Rechtsstaates geht. Aber es sind durchaus Strategen am Werk und nicht bloß Taktiker. An die Regel, am schwächsten Kettenglied anzusetzen, halten sie sich eisern. In der Innenpolitik geht es gegen die Ausländer und da wiederum vor allem gegen die aus der Dritten Welt, geht es gegen die Rentner und die Behinderten, geht es gegen die Frauen, da aber schon wieder auf Umwegen und an einzelnen Punkten. Ihre Abhängigkeit von der Familie, d.h. vom Mann, wird verschärft, und am Scheidungsrecht wird gedreht, indem angebliche Schuld wieder in Mark und Pfennig verrechnet werden soll.

In der Außenpolitik wird nicht, selbst nicht von Strauß, die Konfrontation direkt mit der Sowjetunion gesucht, wie sollte das auch gehen, sondern wird versucht, jede Gelegenheit zu nutzen, um die Beziehungen zur DDR anzuspinnen.

Der Dritten Welt wird allgemein eine Politik der Blockfreiheit zugestanden, was aber blockfrei ist, soll durch die Bundesregierung definiert werden. Also wird als erstes das Klima gegenüber den Ländern angeheizt, die sich angeblich oder tatsächlich dem Einfluß der Sowjetunion öffnen oder ihre Unabhängigkeit dahin mißverstehen, als wären ihre inneren Angelegenheiten ihre eigenen.

Gegenüber den USA wird trotz aller wirt-

# System- veränderung — was sonst?

Es gibt keinen Ausweg aus der Sackgasse kapitalistischer Wachstumspolitik innerhalb des Systems“ war der Schlusssatz einer kurzen Betrachtung der Kohlschen Wirtschaftspolitik in der letzten Ausgabe der Kommune. Dieses System der Gewinnmaximierung zwingt zur ständigen Ausbeutung von Mensch und Natur und kann seine Krisen nur mit Wachstum oder Krieg lösen. Was bleibt, wenn Wachstum nicht mehr machbar ist? Die Vorbereitung auf den Krieg mit Pershing II und Eingreiftruppen – oder die Veränderung des Systems? Doch da waren wir 1968 auch schon nach wochenlangen Seminardiskussionen.

Trotzdem erhielt der reaktionäre Block aus CSU/CDU/FDP am 6. März über 55% und darunter auch zahlreiche Stimmen der Arbeiter. Von einer Veränderung des Systems sind wir also, was die Mehrheiten in Bonn anbetrifft wie auch von der Stimmung in der Bevölkerung weit entfernt. Die Krise wird sich weiterentwickeln. Nun aber nicht mehr unter einer vermeintlich „linken“ Koalition, sondern offener als das Ergebnis rechter Politik. Darin liegt eine Chance, ebenso wie auch die Krise in sich Ansatz zur Neuorientierung sein könnte. Die Not der Betroffenen, die strategisch militärische Lage als besetztes Land an der Front der Blöcke ebenso wie die historische Erfahrung lassen es nicht ratsam erscheinen, auf die große Revolution zu warten. Der Kampf muß heute einsetzen und Veränderungen so ansetzen, daß sie die Ursachen der Krise beseitigen und die Strukturen verändern:

## Die Verkürzung der Arbeitszeit

Die einzige Möglichkeit, die Arbeitslosigkeit drastisch zu verringern, ist eine rasche und weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit. Die Koalition scheint sich inzwischen dieser Forderung auch nicht mehr zu verschließen. Sie wird ihre Initiative jedoch auf Verkürzung der Lebensarbeitszeit beschränken.

### a) Die vorgezogene Altersgrenze

Nichts läßt sich mit der Unternehmerstrategie leichter vereinbaren. Sie sind längst dazu übergegangen, Personalabbau durch Abfindungen von beschäftigten, die sich der altersgrenze nähern, zu betreiben. Dies wurde auch von den Betroffenen meist begrüßt und von den Betriebsräten zumindest anderen drohenden Entlassungen vorgezogen, auch wenn dadurch die Zahl der Be-

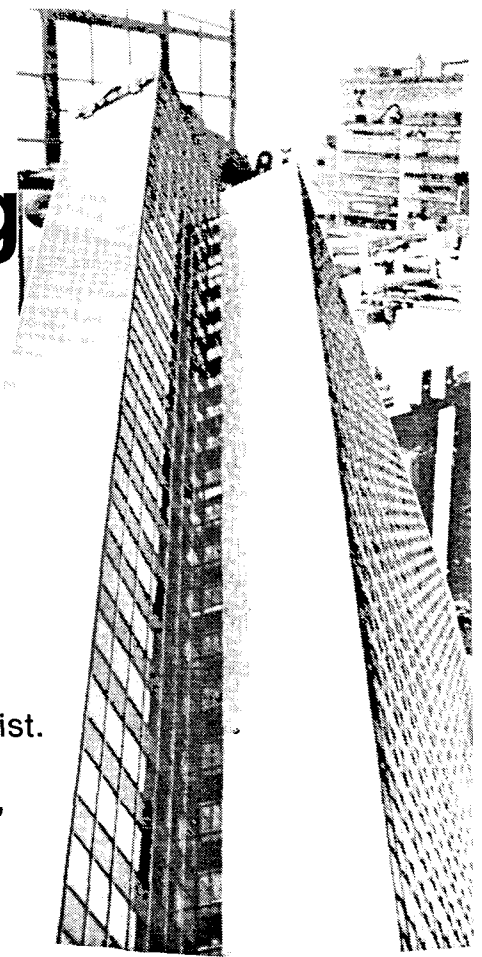
Arbeitszeitverkürzung und soziale und ökologisch sinnvolle Investitionen sind Eckpunkte einer Wirtschaftspolitik, die über den Kapitalismus hinausweist. Die Grünen im Bundestag werden dazu Initiativen ergreifen, der Druck zur Durchsetzung einer solchen Politik muß aber von außerhalb des Parlaments kommen.

schäftigten sank und die der Arbeitslosen zunahm, weil keine neuen Leute eingestellt wurden. Nun sollen nach Vorstellung der CDU auch die Kosten von den Betroffenen selbst, von den Beschäftigten oder vom Steuerzahler getragen werden.

Unbestreitbar, daß den älteren Menschen im Betrieb, die in langjährigen Arbeitsleben verschlissen sind, der immer größere Leistungsdruck und die zusätzliche Belastung durch neue Technologien und Arbeitsmethoden so zu schaffen machen, daß sie lieber heute als morgen dieser Arbeitswelt den Rücken kehren.

Gerade bei meinem letzten Besuch im Betrieb wurde ich von vielen meiner älteren Kollegen gebeten, daß wir uns für eine vorgezogene Altersgrenze einsetzen sollten. Dieses Bedürfnis der Betroffenen ist in jedem Fall zu berücksichtigen.

Es wäre jedoch zu verlangen, daß die Finanzierung von denen getragen wird, die den Erfolg der Rationalisierung für sich verbuchen. Dazu gibt es die Forderung, daß angesichts menschenleerer Fabriken die Sozialabgaben der Betriebe nicht mehr personenbezogen erhoben werden, sondern z.B. auf den Umsatz. Nur wenn dies gelingt, kann die vorgezogene Altersgrenze als echter Erfolg verstanden werden, der auf das System zurückwirkt insofern, als die volkswirtschaftlichen Folgen der Rationalisierung von den Rationalisierenden mitgetragen werden und sich dadurch das Verhältnis der Kosten von Arbeit und Maschinen zugunsten der Arbeit verändern und damit die Rationalisierung bremsen würde.

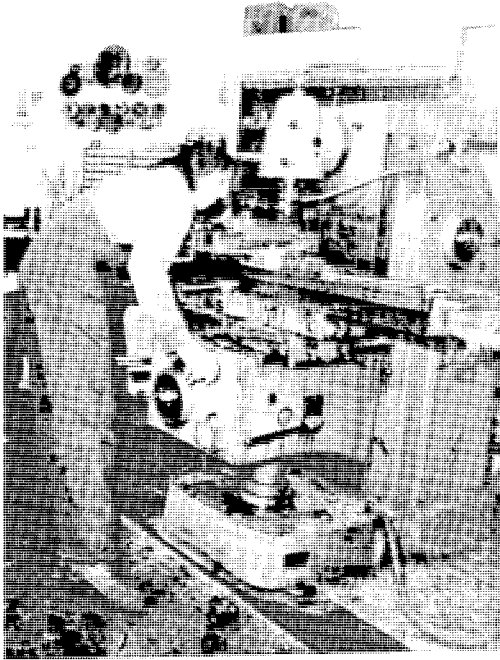


b) Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit hat an sich natürlich auch keinen verändernden Charakter. Sie wird aber dringend notwendig, um nicht noch größere Arbeitslosenzahlen angesichts der neuen Rationalisierungswelle zu erhalten. Dabei müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir damit der tatsächlichen Entwicklung ständig hinterherlaufen. Dennoch gibt es über die notwendige Anpassung an fortlaufende Rationalisierungsprozesse hinaus zwei entscheidende Gründe, die gerade auch die Grünen zu Verfechtern solcher Arbeitszeitverkürzung werden läßt.

1 Die Verkürzung der Belastungszeit im Arbeitsprozeß und die Verlängerung der Erholzeiten. Angesichts der stark gestiegenen Belastungen im Arbeitsleben mit der Folge, daß bereits jeder zweite arbeitsunfähig wird, bevor er die Altersgrenze erreicht, wird es immer dringender Entlastungen im Arbeitsleben zu erreichen. Dazu ist die Verkürzung der Arbeitszeit ein Beitrag. (Das darf jedoch nicht dazu führen, unmenschliche Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren. Vielmehr muß die Veränderung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsprozesse, die Akkord- und Fließbandarbeit und die weitere Zerstückelung der Arbeitsprozesse gleichzeitig angegriffen werden).

2. Die Verringerung der Lohnarbeit schafft mehr Zeit für Freizeit, Kultur Politik, selbstbestimmte Arbeit und soziale Aufgaben.

Damit muß der Stellenwert der Lohnarbeit und das Recht auf Arbeit thematisiert werden angesichts der unmenschlichen



Bedingungen am Fließband oder anderen von Maschinen bestimmten Prozessen. Hier sollte man lieber vom Unrecht denn vom Recht auf Arbeit sprechen. Aber es gibt ein Recht auf Leben und damit verbunden auf Einkommen und Erwerbsmöglichkeit. Die Durchsetzung des Rechts auf menschenwürdiges Einkommen unabhängig von der industriellen Arbeit wäre allerdings ein revolutionärer neuer Ansatz, der alle bisherigen Industrie und Arbeitsstrukturen grundsätzlich verändern müßte. Unter diesem Gesichtspunkt könnte die Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei entsprechender Veränderung des Bewußtseins und der Bedeutung der Lohnarbeit tatsächlich zu einem systemverändernden Ansatz werden. Dem Trend zu verstärkter Rationalisierung müßte im Sinne des oben Gesagten durch Verschiebung der Sozialabgabepflicht auf den Umsatz entgegengesteuert werden.

### Teilzeitarbeit

Die Teilzeitarbeit ist unter ähnlichen Gesichtspunkten zu sehen. Sie stellt eine weitgehende Arbeitszeitverkürzung dar, verringert dadurch den Stellenwert der Lohnarbeit und schafft neue Möglichkeiten der Selbstentfaltung. Besonders in Partnerschaftsverhältnissen, wo man sich die Erwerbsarbeit und die Hausarbeit, Kinderbetreuung usw. teilen möchte, stellt die Teilzeitarbeit ein echtes Bedürfnis dar das man unterstützen muß. Dies sollte sich auch nicht ändern, wenn diese Möglichkeit nun verstärkt von der Regierung diskutiert wird.

Wichtig ist, daß den Teilzeitarbeitskräften die soziale Absicherung gewährt wird, die auch die Vollzeitbeschäftigten haben, also Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung und eine relative Beteiligung an genereller Arbeitszeitverkürzung.

Die Schaffung von mehr Teilzeitarbeit aus dem Interesse vieler Beschäftigten heraus ist aber kein Ersatz für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, die im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen muß.

### Ökologisch und sozial sinnvolle Investitionen

Der Bau von Entschwefelungsanlagen und Klärwerken verbessert zwar Luft und Wasser ändert aber nichts am System, das immer neues Wachstum braucht und damit die Zerstörung der Umwelt in sich trägt. Außerdem stellt uns dies dann, wenn die Klärwerke und Filteranlagen gebaut sind, erneut vor die Frage, was nun zu bauen sei, um dem Wachstumsdrang zu genügen. Wenn wir jedoch eine dezentrale, alternative Energieversorgung aufbauen, mit Sonnenkollektoren und Biogasanlagen aus kollektiv organisierten Kleinbetrieben, ergibt sich eine neue Möglichkeit zur Umstrukturierung. Eben solchen Effekt hätte ein Programm zur Neugestaltung der Altbauwohnungen und der Innenstädte, wenn dazu die Arbeitsloseninitiativen und andere Kollektive herangezogen würden.

Statt Millionen in die EG-Kassen zu zahlen für die Vernichtung der Überproduktion landwirtschaftlicher Produkte, wären die Summen einzusetzen zur Umstellung der Bauernhöfe auf biologischen Landbau und für den Aufbau eines genossenschaftlich organisierten Verteilernetzes. Man könnte diese Vorschläge beliebig fortsetzen. Sie laufen immer darauf hinaus, statt in sinnlose, naturzerstörende Großtechnologien zu investieren, jene neuen Strukturen aufzubauen, die wesentlich mehr Arbeitsplätze schaffen und so dringend benötigt würden.

Aber es geht nicht nur um Arbeitsplätze. Es würden dezentrale und regionale sich weitgehend selbstversorgende Strukturen entstehen, die den Weg in eine ökologische Kreislaufwirtschaft öffnen würden. Die alternative Energieversorgung basiert auf einfachen Technologien, für die kein großer Forschungsaufwand erforderlich ist und die man in kleinen Betrieben billig herstellen kann. Die damit erreichte Energieeinsparung wiederum macht uns abhängiger von den großen Energieversorgungsunternehmen und auch vom Energieimport. Die dadurch erzielte Deviseneinsparung verringert wiederum die Exportabhängigkeit, d.h. den Zwang, mit Industriegütern auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, um die Devisen für die Energie und Rohstoffeinführen zu erwirtschaften.

Ähnlich wirkt sich der biologische Landbau aus, durch den die Einfuhr von Energie, Kunstdünger und Futtermitteln drastisch reduziert werden könnte. Eine dezentrale Weiterverarbeitung würde ebenfalls Arbeitsplätze auf dem Lande schaffen und gleichzeitig eine schonendere Behandlung der Nahrungsmittel ermöglichen, was sich wieder auf die Gesundheit des einzelnen auswirken müßte.

Eine solche Ablösung von der großindu-

striellen Produktion hätte aber neben dem ökologischen Effekt und einer strukturellen Verbesserung der Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten auch Auswirkungen auf die gewünschte Demokratisierung der Wirtschaft. Eine selbstverwaltete Wirtschaft kann nur in überschaubaren dezentralen Einheiten funktionieren. Die Multis werden nie demokratisch kontrollierbar sein. Sie zu unterlaufen durch Schaffung dieser neuen Strukturen, die von kollektiven Betrieben gebildet werden, ist der eigentlich gesellschaftlich revolutionäre Ansatz einer ökologischen Wirtschaftsweise, der über gezielte Investitionen eingeleitet werden könnte. Solche Investitionen müssen ergänzt werden durch die Übernahme von Betrieben in Selbstverwaltung, wenn der Eigentümer sich der Verantwortung entzieht.

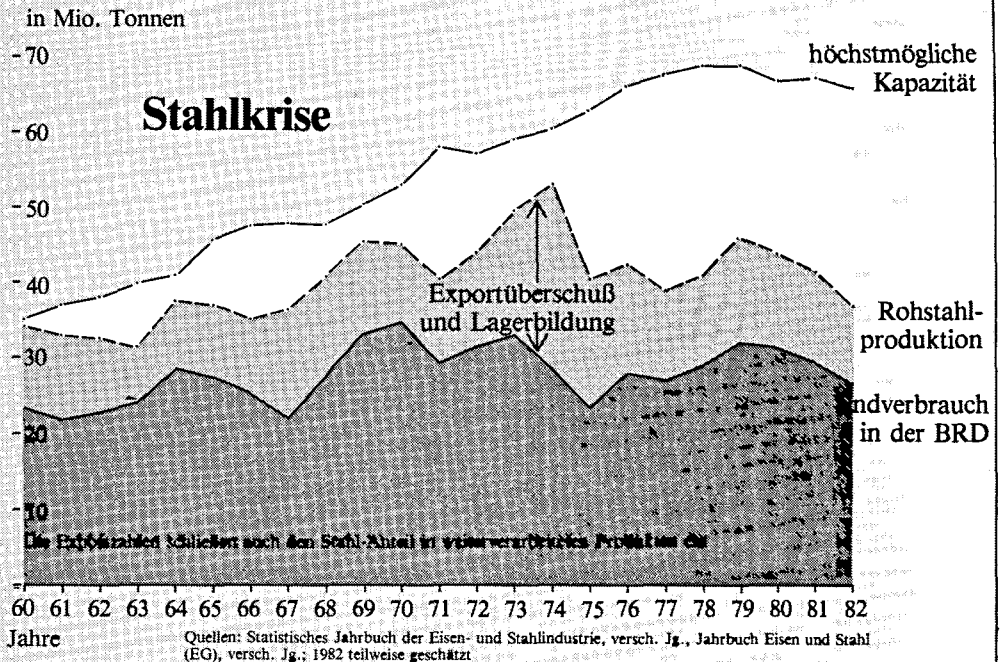
Die Maxhütte (Oberpfalz) in Selbstverwaltung organisiert, mit einer beispielhaften Anbindung im regionalen Bereich durch Erz aus der eigenen Grube, Absatzmärkte im süddeutschen Raum und Fernwärmeversorgung der nahegelegenen Wohngebiete, könnte zu einem Musterbeispiel ökologisch und regional angepaßter Stahlproduktion werden. Beim Festhalten an dem Prinzip der Gewinnmaximierung dagegen wird sich die Stahlproduktion ganz unvermeidlich in zwei oder drei Riesenanlagen an Rhein und Ruhr konzentrieren, und weiter sind sechs bis 7000 Menschen in der Oberpfalz arbeitslos.

Wir stehen an einer Schwelle, wo nach nur noch wenigen Schritten es kein Zurück mehr geben wird aus dem totalen Kapitalismus, in dem sich Geld und Macht so konzentrieren wird, daß nichts mehr geht außer dem Ausbruch in den nächsten großen Krieg. Noch aber bietet die Krise, wie sie sich darstellt, einen Ausweg.

Die 5,5% Grüne im Parlament aber werden alleine den Prozeß der Kapitalakkumulation, der Konzentration, der Umweltzerstörung nicht aufhalten können. Entscheidend wird sein, ob die Stahlarbeiter der Maxhütte bereit sind, zusammen mit der übrigen Bevölkerung in der Oberpfalz den Widerstand gegen die WAA und die Stilllegung der Maxhütte, der sich bereits zusammengefounden hat, so weit zu treiben bis zu der Besetzung des Bauplatzes und der Betriebe, daß sie ihr Wollen durchsetzen können. Die Aufgabe der Grünen wird sein, im Parlament die notwendigen Initiativen und Gesetzesvorlagen einzubringen und die Debatte auf dieser Ebene zu führen. Der Druck aber muß von außen kommen. Das gilt für die Verkürzung der Arbeitszeit wie für die richtigen und notwendigen Investitionen genauso wie für die Übernahme und den Aufbau selbstverwalteter Betriebe. Es gibt keine Lösung innerhalb des Systems, aber es gibt einen Ausweg daraus. □



Die Ausgangspunkte der Stahlkrise lassen sich im nachhinein relativ leicht erkennen: Die Rekordproduktion 1973 und 1974, der ein Exportboom zugrundelag, beflügelte die westdeutschen Stahlkonzerne zur forcierten Erstellung hochmoderner Produktionsanlagen – obwohl der inländische Endverbrauch seit langem praktisch stagniert. Jeder einzelne versprach sich Konkurrenzvorteile und zusammen versprachen sie sich Vorteile gegen ausländische Konkurrenten, deren Produktionsmethoden technisch rückständig sind. Doch die Spekulation, durch Eroberung neuer Anteile am Weltmarkt die zusätzlichen Kapazitäten auszulasten, war ein Schlag ins Wasser. Strategien, die auf unveränderten oder womöglich wieder steigenden Bedarf an Stahl bauen, sind heute unverantwortlich; sie vernachlässigen das Rohstoffproblem. Zum grundlegenden Umbau der Industrieproduktion gehört auf jeden Fall die radikale Reduzierung des Roh- und Grundstoffverbrauchs. Hier müßten auch Lösungskonzepte beim Stahl ansetzen.



### Regierung entscheidet sich für Durchpreschen beim HTR/SNR

Die Bundesregierung hat sich jetzt endgültig darauf festgelegt, die „fortgeschrittenen“ Reaktoren in Kalkar und Schmehausen zu Ende zu bauen. Dabei geht sie von Baukosten in Höhe von 6,5 Mrd. DM beim Schnellen Brüter und von 4 Mrd. DM beim Hochtemperatur-Reaktor aus. Das entspricht zusammen in etwa dem Jahresprodukt von über 200000 Arbeitern; diese Arbeit bleibt unwiderruflich festgeritten. Sie ist nicht nur für sinnvolle Aufgaben verloren, die Fehlleitung wird auch zur Fußangel für die christlich-liberale Wirtschafts- und Haushaltspolitik werden. Die Baukosten für den Brüter waren ursprünglich auf 1,5 Mrd. DM veranschlagt worden, diejenigen für den HTR auf 670 Millionen Mark. Nach jetzigem Stand tragen die Elektrizitätsunternehmen und Hersteller 27 bis 13% der Baukosten.

### Traditioneller Export

In kaum einem Wirtschaftsbericht fehlt derzeit der Hinweis, die Entwicklung dieses Jahres hänge von der Entwicklung des Exports ab. Abgesehen von der Flaute zum Jahresende war 1982 ein gutes Exportjahr, erstmals seit 1978 wies die Leistungsbilanz wieder einen Überschuß auf. Eine genauere Analyse allerdings zeigt, daß die Auslandsmärkte kaum die Rettung aus der Krise bringen werden. Wie die *Dresdner Bank* feststellt, wurden nämlich die jüngsten Erfolge im Handel mit dem Ausland vornehmlich von den traditionellen Industrien erzielt. So hat die Automobilindustrie das

4,3fache dessen exportiert, was an Fahrzeugen importiert wurde. Das ist erheblich mehr als 1978, allerdings immer noch „schlechter“ als 1974. Ähnlich verhält es sich bei chemischen Produkten und Maschinen. Verhältnismäßig schlecht hat die westdeutsche Industrie in den Zweigen abgeschnitten, die als besonders zukunftsträchtig gelten. Obwohl ohnehin unter dem Durchschnittsniveau, blieb das Export/Import-Verhältnis für Büromaschinen, Datenverarbeitungsanlagen, Nachrichtentechnik, Maß- Prüf- und Kontrollinstrumente sowie fotografische und optische Geräte ungeachtet expandierender Weltmärkte hinter den Werten von 1978 zurück.

### IWF und Weltbank im Dienste von Reagans Hinterhof-Doktrin

Daß die USA ihre Doktrin von der begrenzten Souveränität der mittelamerikanischen Staaten auch mittels der internationalen Finanzinstitutionen durchsetzen, hat jetzt eine Studie des Washingtoner „Centre for International Policy“ bestätigt. Danach hat die Reagan-Regierung erreicht, daß der Währungsfonds, die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank in den letzten drei Jahren ihre Kredite an die Regimes in El Salvador und Guatemala erhöht und für Nicaragua gestrichen haben. Im IWF verfügen die USA über 19% der Stimmen, in der Weltbank über 21% und in der Interamerikanischen Entwicklungsbank über 35%. Während die Carter-Regierung in den ersten 18 Monaten nach dem Sturz des Somoza-Regimes die Kreditanträge Nicaraguas an IWF und Weltbank noch befürwortet hatte, wurden die Anträge des

Landes nach der Regierungsübernahme Reagans abgelehnt. Seit 1980 hat Nicaragua kein Geld mehr erhalten; Ergebnis ist, daß sich das Land immer mehr Hilfe aus der Sowjetunion und ihrem Block holt – namentlich seit die US-finanzierte Interventionstruppe zu einer akuten Bedrohung geworden ist.

### Drohgebärden für Brokdorf

Um das Kernkraftwerk Brokdorf steht eine neue Machtprobe, diesmal auf institutioneller Ebene, unmittelbar bevor. Nachdem der bisherige Aufsichtsrat der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW), an denen das Land Hamburg 72% des Aktienkapitals hält, entgegen dem letzthin geänderten Willen des Senats, an Brokdorf festgehalten hatte, will der Hamburger Senat jetzt auf der Hauptversammlung am 23. Juni eine neue Besetzung des Aufsichtsgremiums durchsetzen. Die Wirtschaftsregisseure sind entsetzt, es müßten nämlich nicht nur die hamburgischen Vertreter ausgewechselt werden, sondern so ehrenwerte Vertreter des Gesamtinteresses wie Siemens-Chef Plettner AEG-Chef Dürr die Delegierten der Hamburgischen Landesbank und der Commerzbank. Obwohl Hamburg formal eine Neubesetzung herbeiführen könnte, gibt die *Frankfurter Allgemeine* zu verstehen, daß hinter den Kulissen mit dem Zaunpfahl gewedelt wird: „Die Frage ist allerdings, ob sich der Senat leisten wird und kann, mit eventueller „Herauswahl“ der Vertreter der Nachbarländer der Banken und der Industrie diese derart zu brüskieren und vor den Kopf zu stoßen.“ Ein kleines

# Sozialversicherung und Reichtum

Gegen Sozialversicherungen und Sozialleistungen wird gegenwärtig von allen Seiten geschossen, während Prasserei und Steuerhinterziehung der Reichsten zur schieren Staatsnotwendigkeit hochstilisiert werden. Die wissenschaftlichen Propagandisten bringen's ganz unverblümt, so etwa der Kieler Wirtschaftsprofessor Giersch: „Soziale Gerechtigkeit verlangt ein Umverteilen von oben nach unten. Aber dies senkt das Niveau der Motivation in der Gesellschaft.“ Ungerechtigkeit als Voraussetzung für Motivation, das Schicksal der Gesellschaft hängt vom Wohlbefinden der Reichen und Superreichen ab.

Der Stützung dieser These dient auch eine Studie, die Kurt Biedenkopfs *Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* unter dem Titel „Die verkannte Revolution“ dieser Tage vorgelegt hat; Verfasser ist Meinhard Miegel. *Zeit*-Autor Michael Jungblut hat es bei der Lektüre „gelegentlich die Sprache verschlagen“, und auch sonst hat das Werk Eingang in die veröffentlichte Meinung gefunden.

Miegels zentrale Aussage ist, daß die Deutschen mittlerweile so reich geworden sind, daß gesellschaftliche Absicherung nur noch ausnahmsweise notwendig sei: „Viele Haushalte könnten heute Aufgaben, die der Staat vor Jahrzehnten stellvertretend für sie übernahm, selbst lösen.“ Sie sollen etwa für Alters- und Krankenversorgung selbst sorgen, und Erwerbslose können sich von ihrem Vermögen über Wasser halten. Das alles paßt zu Helmut Kohls Hetzparole: „Derjenige, der soziale Leistungen in Anspruch nimmt, ohne darauf angewiesen zu sein, handelt unsozial.“ Und laut Miegel gehören dazu fast alle

Denn arm ist in der BRD „nur noch eine kleine Minderheit“. Im statistischen Durchschnitt verfügen die Haushalte über monatliche Nettoeinkommen in Höhe von 3400 DM, das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen soll bei rund 1400 DM netto liegen. Und reißerisch wird verkündet, das Durchschnittsvermögen des deutschen Haushalts habe 1983 einen Wert von schätzungsweise 230000 DM, zwei Drittel der Bevölkerung lebten in Haushalten mit einem Vermögen von mindestens 100000 DM.

Das Dilemma ist nur, daß die meisten gar nicht wissen, wie „reich“ sie sind – denn der größte Teil dieses „Vermögens“ ist für die Haushalte reines Gebrauchsgut, ob das nun die selbstgenutzte Wohnung, die Wohnungseinrichtung oder ein Auto ist. Da läßt sich daher auch nichts flüssig machen, wenn mal ein längerer Krankenhausaufenthalt etwa zu zahlen ist, jedenfalls nicht ohne Beschneidung der materiellen Versorgung.

Erhöhtes Realeinkommen ist nur eine Seite der Wirklichkeit; Raubbau an Mensch und Natur stehen dem ebenso entgegen wie wachsende Kapitalmacht.

Laut Miegel ist die Einkommensverteilung in Westdeutschland „gut“. Und er nennt auch Zahlen. Danach verfügt gegenwärtig die wohlhabendere Bevölkerungshälfte über etwa 70% der von allen Haushalten erzielten Einkommen; ihr Vermögensanteil liegt bei 80%. 70% gegen 30%, das ist, wie wenn einer 7000 Mark im Monat hat, der andere 3000.

Es kommt aber noch dicker. Denn die oberste Einkommensschicht erzielt heute verfügbare Einkommen, die im Schnitt zehnmal so hoch sind wie die Einkommen der niedrigsten Einkommensschicht. Und es wird uns mitgeteilt: „Dieser Abstand ist im internationalen und historischen Vergleich nicht übermäßig groß.“ Also, 1000 Mark oder 10000 Mark pro Monat, diese Unterschiede sind eher zu gering, drücken im Gier'schen Sinn auf das Motivations-Niveau. Auch sei die Zahl derer, die solch höchste Einkommen erzielen, keinesfalls klein wie ein paar Fettaguen in einer Bettelsuppe, „vielmehr sind die Reichen in der Bundesrepublik mit 2 v.H. der Bevölkerung eine nicht unbeachtliche Größe“.

Und da liegt dann der Hase im Pfeffer: „Diese Schicht der Reichen ist eine besondere politische Herausforderung ... Denn diese Gruppe, die sich fast ausschließlich aus Unternehmern, Freiberuflern und Führungskräften in Wirtschaft und Staat zusammensetzt, gibt der gesamten Gesellschaft unverzichtbare Impulse. Wenn diese Schicht nicht ausreichend kreativ und innovativ ist, gerät das Gemeinwesen unweigerlich ins Stocken.“ Die ungleiche Einkommensverteilung ist notwendig wegen der Wirtschaftsverfassung. Alles hängt an diesen zwei Prozent der Bevölkerung.

Deshalb ist es für Miegel auch kein Widerspruch zu seinen Folgerungen, wenn er feststellt, daß die untersten sozialen Schichten in den letzten zehn Jahren am schlechtesten abgeschnitten haben, weil die Sozialhilfesätze auf der realen Höhe von 1973 festgehalten wurden. Und auch die Arbeiterhaushalte haben relativ zu Beamten und Angestellten verloren.

Richtig bleibt die Feststellung, daß die Realeinkommen und damit die materielle Versorgung in den Nachkriegsjahren rascher gestiegen ist, als in früheren Jahrzehnten. Damit sind u.a. die objektiven Voraussetzungen gegeben, Grundbedürfnisse gesellschaftlich zu befriedigen. Ein Zurück zu lateinamerikanischen Verhältnissen verlangt bloß eine kapitalistische Ordnung, die diesen Möglichkeiten nicht mehr angemessen ist. fb.

Lehrstück über die wirklichen Machtverhältnisse, die einer Regierung wenig Spielraum gegen Kapitalinteressen lassen, selbst wenn sich diese Regierung auf eine Kapitalmehrheit in einem öffentlichen Unternehmen stützen kann. Erschwerend kommt allerdings hinzu, daß die „Arbeitnehmervertreter“ in diesem Fall stramm pro Atomstrom sind. □

## Technologiezentrum Japan und die Folgen

Zunehmend machen sich die westdeutschen Kapitalstrategen Gedanken um die Folgen der Verschiebung der technologischen Zentren von den USA nach Japan. Bis Ende der 50er Jahre waren Deutschland (bzw die BRD), Großbritannien und die Niederlande, und damit Westeuropa, in der Grundlagenforschung der Physik und später der Halbleiterphysik führend gewesen. Und auch die erste integrierte Schaltung wurde noch in Europa entwickelt, das erste Patent allerdings holte sich 1959 Texas Instruments in den USA. Fortan verlagerte sich das Entwicklungszentrum für integrierte Schaltungen eindeutig in die USA, 1985 wird in Europa weniger als ein Drittel des eigenen Bedarfs an integrierten Schaltungen hergestellt werden. In den 70er Jahren verschob sich die technologische Führung in einigen Bereichen der Mikroelektronik erneut, und zwar von den USA nach Japan. Nicht, daß die USA in absehbarer Zeit so abgeschlagen wären, wie es Europa schon ist, aber Japan und die USA werden in den beiden kommenden Jahrzehnten in diesem entscheidenden technologischen Bereich zwei konkurrierende Zentren bilden. Für die europäischen Mächte kam es seit dem Verlust ihrer technologischen Führungsposition darauf an, die führende Technologie möglichst rasch zu übernehmen. Daher stellt sich ihnen nun das Problem, ihre einseitige Ausrichtung auf die USA relativieren zu müssen, und das ist auch politisch von Interesse. Denn eine Änderung der technologischen Ausrichtung kann nicht ohne weitreichende Folgen für die gesamten interregionalen Beziehungen bleiben. Insofern kann der Aufholungsprozeß Japans nur begrüßt werden, da er schon unter den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen den Ablösungsprozeß Westeuropas von der Supermacht USA befördert.

### Selbstversorgungsgrad bei integrierten Schaltungen

Produktion in Prozent des Verbrauchs

Jahr	USA	Westeuropa	Japan
1980	154	18	86
1985	177	30	100

Quelle: A. Gerybadze: Ein internationaler Vergleich der Märkte für elektronische Bauelemente, 1981

**M**orgens 11 Uhr in der obligatorischen Fußgängerzone der Stadt, reger Verkehr, Vertreter besuchen Geschäfte, Hausfrauen kaufen ein, bummeln an den Schaufenstern vorbei, der freundliche KOB – Kontaktbereichs-Observations-Beamte – grüßt sich von Bekanntem zu Bekanntem, ermahnt und bestraft Fahrradfahrer, die durch die Menge flitzen, auf dem Platz mit dem Denkmal für die Helden des Krieges 1870/71 eine Gruppe junger Leute, 17, 18, 20 Jahre alt, laut, bunt, frech, sie werden mißbilligend betrachtet – Arbeitslose. Aber es sind nicht viele – 10, vielleicht 15, man kann sie hinnehmen.

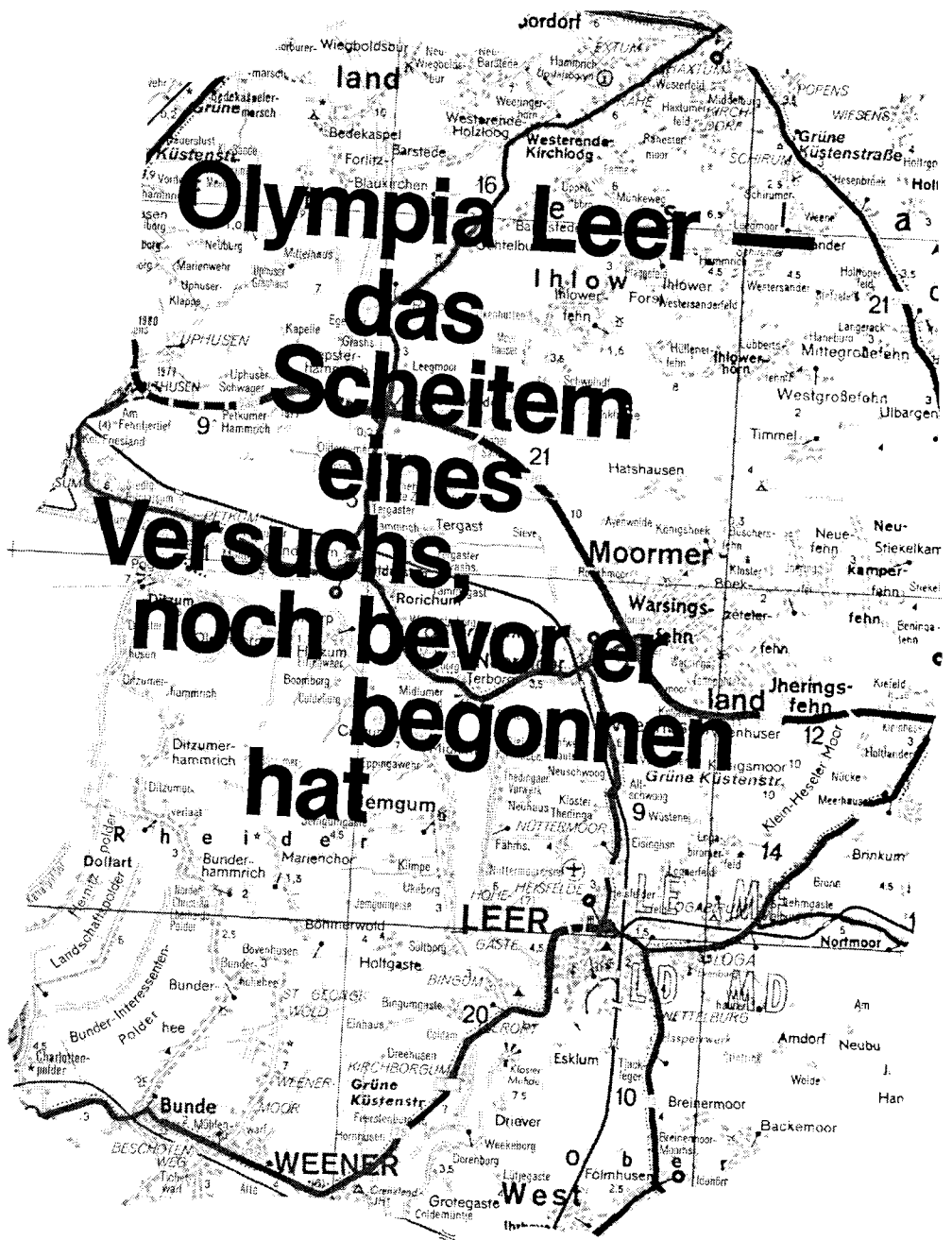
Man zeigt hier nicht, daß man arbeitslos ist, schon gar nicht lehnt man sich dagegen auf. Wie auch? Viele der Arbeitslosen sind Frauen, verheiratet, mit Kindern, sie verschwinden wieder hinter dem Kochtopf, wie es sich gehört nach Ansicht des Zeitgeists, der seit neuestem aus Bonn weht. Man versucht, sich mit Jobs über Wasser zu halten; das wird manchmal auch grotesk, wenn dann für ein Wochenende Taxifahrtbereitschaft in einer Gemeinde auf dem Lande ein Verdienst von insgesamt 40 bis 50 DM herauspringt – ein Stundenlohn von ca. zwei Mark!

Das Arbeitsamt bietet Umschulungen an, zahlt den Lohn ganz oder teilweise, so daß sich hier längst Betriebe herausgebildet haben, die nur Umschüler beschäftigen, Gewerkschafter, die die Lage in solchen Betrieben kennen, sprechen von Ausbeutung in wildeste Manier. Aber was soll man dagegen tun, viele Leute sind froh, wenn sie überhaupt Arbeit haben.

Spektakuläre Aktionen wurden auch schon versucht: die Besetzung der beiden Brücken über die Flüsse, an denen die Stadt liegt, so daß der Fernverkehr nach Nordholland und Nordrhein-Westfalen zum Erliegen kam; die Besetzung des Rathauses, als Ministerpräsident Albrecht zu Besuch war – sein ewiges Grinsen und die Zusage, man werde alles prüfen und in seiner Macht Stehende tun, war alles. Demonstrationen, Streiks. Ergebnis: Die Unternehmer machen trotzdem, was sie wollen, sie drücken es nur nicht so deutlich aus.

Das Paradebeispiel hierfür ist Olympia Leer – 25 Jahre hier ansässig, aber auf die Vierteljahrhundertfeier wurde verzichtet! Zu peinlich ist die Tatsache, daß in eben diesem Jahr das Werk dichtgemacht wird.

Die Olympia-Werke in Leer werden am 30.6.1983 geschlossen, so lautet der Beschluß des Vorstandes in Wilhelmshaven. Die Sanierung der AEG, deren Tochter Olympia ist, soll genutzt werden, um überflüssige Kapazitäten abzustößeln. Der Vorstand arbeitet dabei mit Verlustzahlen, bei deren Überprüfung selbst routinierte Betriebsprüfer in Schwierigkeiten kommen



würden, nachdem bekannt wurde, daß die Bilanz vom Vorstand regelmäßig durch Scheingeschäfte frisiert wurde.

Zur Zeit arbeiten im Werk Leer der Olympia Werke AG (OWAG) noch 430 Beschäftigte. Es finden jedoch ständig Entlassungen statt, so daß Anfang Juni die Belegschaft bereits auf 170 geschrumpft sein wird. Hergestellt werden noch ein Schreibmaschinentyp und Teile für eine Maschine, deren Produktion bereits vor zwei Jahren nach Ungarn ausgelagert wurde; weiterhin werden in der Werkzeugherstellung Fremdaufträge durchgeführt.

Für die Entlassenen wurde ein Sozialplan ausgearbeitet, nach dem Betriebsangehörige, die über 25 Jahre alt sind und fünf Jahre im Betrieb gearbeitet haben, eine einmalige Zahlung von 1800 DM steuer- und abgabenfrei erhalten. Bei höherem Alter und längerer Betriebszugehörigkeit kann diese Summe bis zu 20000 DM betragen.

Bereits frühzeitig, als die Belegschaft noch im Kampf um die Erhaltung des Betriebes als Werk der OWAG stand, wurden im Betriebsrat und im Vertrauensleutekör-

per Überlegungen angestellt, was unter- nommen werden könnte, falls der Betrieb doch geschlossen werden sollte, vor allem, da beim Olympia-Vorstand der feste Wille zu verspüren war die Zweigwerke in Leer und Norden (Ostfriesland) auf jeden Fall dichtzumachen.

### Fördergemeinschaft für „Alternative Produktion“

Aufgrunddessen wurde zunächst eine „Notgemeinschaft zur Erhaltung der Arbeitsplätze bei Olympia Leer“ gegründet, in der sich Angehörige der Olympia-Werke, der Parteien, Gewerkschaften, Vertreter des Handwerks und Handels in der Stadt sowie Kirchen und weitere Vertreter der Öffentlichkeit zusammenschlossen. Vor allem von seiten der IG Metall wurde ein Konzept entwickelt, nach dem das Werk hätte weiter bestehen können. Allerdings sollten vollständig andere Produkte hergestellt werden als bisher. Von der maschinellen Ausstattung des Betriebes her hätte dies durchaus im Bereich des Möglichen gelegen, da sehr verschiedene, leistungsfähige Maschinen



Leer, Ostfriesland,  
32000 Einwohner,  
eine Stadt, die in letzter Zeit  
zunehmend auf Karten der  
BRD eingezeichnet ist,  
die sonst nur Millionenstädte  
und Großstädte, deren  
Einwohnerzahl an die Million  
grenzt, aufweisen. Es sind  
Karten, auf denen die  
Arbeitslosigkeit im Land  
verdeutlicht wird. Denn Leer  
hat die höchste  
Arbeitslosigkeit im gesamten  
Bundesgebiet, und das  
schon seit Jahren!  
Offizielle 25% waren es  
gegen Ende des letzten  
Winters. Leute, die hinter die  
Kulissen blicken, meinen  
aber, in Wirklichkeit liege der  
Wert um 33% — ein Drittel  
der Erwerbstätigen.

vorhanden sind, z.B. Werkzeugmaschinen, Pressen u.a., mit denen unterschiedlichste neue Produktteile hergestellt werden könnten. Auch von den Kenntnissen vor allem der Facharbeiter her sah man die Möglichkeit bei eventueller Umschulung und Weiterbildung von Teilen der Belegschaft den Betrieb auf neuartige Produkte verschiedener Art umzustellen. Neben einigen Produkten, die noch nicht voll ausgereift waren, wurden dem Betriebsrat auch solche angeboten, die bereits im Stadium der Konstruktionsendstufe waren. Beispielsweise hätte ein verbesserter Rollstuhl, der an der Gesamthochschule Kassel entwickelt worden ist, in Leer gebaut werden können; ebenso ein treppengängiger Rollstuhl, der derzeit an der Fachhochschule Hamburg entwickelt wird.

Von der Universität Oldenburg gab es Vorschläge für verbesserte Fahrradkonstruktionen, besonders in Hinsicht auf die Rahmenkonstruktionen und den Dynamo. Sehr weit gediehen war bereits das Projekt eines „Pico-Trucks“, das ist ein Einfachschlepper der im Baukastensystem hergestellt werden kann und für Entwicklungsländer gedacht ist. Hierfür waren schon Prototypen angefordert für Kolumbien und den Sudan. Die Finanzierung der Prototypen hätte teilweise über Entwicklungshilfeorganisationen durchgeführt werden können; erste Kalkulationen ergaben einen Preis von 20000 DM für dieses Gerät.

Die Auswahl dieser Produkte zeigt das Konzept, bewußt den Gebrauchswertgesichtspunkt stärker in den Vordergrund zu rücken, was natürlich nicht bedeuten sollte, daß sie mit Verlust hergestellt werden. Gerade weil das Modell Olympia Leer innerhalb der Gewerkschaft stark diskutiert wurde, nicht nur auf den Raum Ostfriesland begrenzt, sondern auch weit darüber hinaus, kamen verhältnismäßig viele Produktangebote, vor allem solche, die heute unter dem Stichwort „alternativ“ zusammengefaßt werden.

### Engpaß war die Finanzierung

Der springende Punkt bei einem Projekt dieser Art und Größenordnung waren und sind natürlich Betriebsaufbau und Finanzierung. Hier wurde die Landesregierung von Niedersachsen gefordert, da sie es auch gewesen war, die durch ihre Politik den Olympia-Vorstand ermutigte, sein „Sanierungskonzept“ in Form von Entlassungen und Betriebsstillegungen voranzutreiben. Da die Arbeitslosenzahl im Arbeitsamtsbezirk Leer bekanntermaßen hoch ist, mußte die Landesregierung sich auf jeden Fall erst einmal auf die wohlwollende Prüfung aller Vorschläge einlassen. Diese halbwegs günstige Ausgangslage nutzend, wurde aus der „Notgemeinschaft“ heraus eine „Fördergemeinschaft Arbeitsplätze für Leer“ gegründet, die sich zum Ziel setzte, beginnend bei Olympia durch alternative Konzepte Arbeitsplätze in der Region zu „retten“ bzw. neu zu schaffen. Zunächst sollte die „Fördergemeinschaft“ als Auffanggesellschaft für das stillgelegte Olympiawerk in Leer dienen. Dazu war geplant, eine GmbH zu gründen, in der der Betriebsrat möglichst 51% der Gesellschaftsanteile halten sollte. Der Plan für den Aufbau des Betriebes sah vor den einzelnen Bereich — z.B. Werkzeug/Maschinenbau, Einzel-/Kleinserienfertigung, Entwicklung u.a. — eine möglichst große Selbständigkeit zu geben — sie sollten Profit-Center werden, wie das im Kapitalisten-Deutsch heißt. Jeder einzelne Bereich sollte seine Produkte nicht nur planen, sondern auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten kalkulieren, so daß bereits auf der Ebene der einzelnen Bereiche die Beschäftigten prüfen und klären könnten, inwieweit bestimmte Vorhaben durchführbar wären. Die verschiedenen Projekte sollten dann unter Zusammenarbeit der einzelnen Bereiche bis zur Fertigungsreife vorangetrieben werden, wobei ein Ziel dieser Einteilung ein möglichst guter Durchblick durch die Produktion im Betrieb seitens der einzelnen Arbeitenden sein sollte. Außer dem sollte auf besonders geisttötende und körperlich erschöpfende Formen der Arbeit wie z.B. Akkord am Band zugunsten ande-

rer, noch zu erprobender Organisationsformen der Arbeit verzichtet werden.

Geleitet werden sollte der Betrieb durch eine von der Gesellschafterversammlung der GmbH bestellte Geschäftsleitung, die dieser Versammlung gegenüber verantwortlich wäre. Ihre Hauptaufgabe sollte in der Koordination der verschiedenen Bereiche in bezug auf Planung und weitere Zusammenarbeit bis zur Erstellung der Produkte liegen.

Eine genossenschaftliche Organisation dieser Auffanggesellschaft unter Leitung der Gewerkschaften wurde schon zu einem recht frühen Zeitpunkt verworfen, da in den letzten Jahren ziemlich schlechte Erfahrungen gemacht worden waren, daß nämlich Belegschaftsmitglieder eigene Gelder in solche Betriebe gesteckt hatten, die dann schon nach kurzer Zeit von anderen Kapitalisten niederkonkurriert worden waren. Einen solchen Zuschußbetrieb aber so wurde argumentiert, könne sich die Gewerkschaft nicht leisten, weil damit zu rechnen sei, daß in nächster Zeit dringend Gelder benötigt würden, um den Kampf für die 35-Stunden-Woche organisieren und finanziell durchstehen zu können.

### Wirtschaftsministerin Breuel und IHK torpedieren das Projekt

Das Modell der Auffanggesellschaft, wie es sich der Betriebsrat — unterstützt von zwei Beratern — vorgestellt hatte, wurde zwar „wohlwollend“ geprüft, doch fand es keineswegs die wohlwollende Billigung von Birgit Breuel, Bankierstochter und Wirtschaftsministerin in Niedersachsen: Die Betriebskonstruktion habe Modellcharakter für die ganze Bundesrepublik, das unternehmerische Element sei zu schwach vertreten. Aus diesem Grund wahrscheinlich wurden die Verhandlungen von seiten des Wirtschaftsministeriums schleppend geführt, um interessierten Unternehmern die Möglichkeit zu geben, sich noch rechtzeitig zu melden. Der Punkt, der bei den Verhandlungen strittig blieb, war die Frage, ob das Wirtschaftsministerium der Auffanggesellschaft mbH mit der Mehrheit des Betriebsrates in der Gesellschafterversammlung die notwendigen Gelder zur Verfügung stellen würde oder nicht.

Nach dem Plan des Betriebsrates sollte die Finanzierung der Anfangskosten durch eine Stiftung der OWAG in Höhe von 6,5 Mio. DM und eine rückzahlbare Landesbürgschaft von 6 Mio. DM gesichert werden. Die OWAG hatte vor einigen Jahren dem Land Niedersachsen das Rechnerwerk in Braunschweig zu einem überhöhten Preis verkauft und dadurch praktisch 6,5 Mio. DM zur Verfügung gestellt bekommen mit der Auflage, dadurch Arbeitsplätze zu sichern. Nachdem der Beschluß feststand,



die Zweigwerke Leer und Norden zu schließen, äußerte Frau Breuel im Landtag, man werde diese Gelder jetzt zurückfordern, weil die Auflagen nicht erfüllt worden sind. Gebäude, Maschinen und Grundstück des Werkes Leer würden nach Meinung des Betriebsrates in etwa diesem Wert entsprechen und sollten in dieser Form von der OWAG in die Stiftung eingebracht werden. Nach dem Plan des Betriebsrates sollte das Land seine Forderungen an die OWAG auf diese Art und Weise eintreiben und somit tatsächlich etwas zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen.

Als die Verhandlungen so weit gediehen waren, schaltete sich die IHK Papenburg-Ostfriesland verstärkt ein, und entgegen dem Rat seiner Berater beschloß ein Teil des Betriebsrates, daß zur ausschlaggebenden Sitzung mit dem Wirtschaftsministerium eine größere Delegation der IHK mitkommen sollte. Daraufhin zogen sich die Berater zurück, da sie den Gang der Ereignisse, wie er schließlich eingetreten ist, richtig vorausgesehen hatten und sie sich an dieser Entwicklung nicht beteiligen wollten.

Auf der betreffenden Sitzung ließen die Vertreter der IHK die Katze aus dem Sack: Sie hätten einen potentiellen unternehmerischen Geldgeber an der Hand, der bereit sei, sich in der Auffanggesellschaft zu engagieren, allerdings nicht als kleiner Gesellschafter, sondern mit der Mehrheit. Jetzt war für die Vertreter des Wirtschaftsministeriums klar, daß sie nur noch mit diesem Geldgeber verhandeln und ihm auch die zu vergebenden Gelder zur Verfügung stellen wollten. Damit war die bisher starke Stellung des Betriebsrates so stark angeschlagen, daß man ihn als praktisch ausgebootet

bezeichnen kann. Er hat seitdem nur noch sozusagen beratende Aufgaben – wenn überhaupt! Offenbar verbieten Geschäftsgeheimnisse bislang die Bekanntgabe, wer denn der potentielle Geldgeber sei; im Betrieb schwirren eine Reihe unüberprüfbarer Gerüchte umher. Ein Berliner Stempelunternehmer? Ein Betriebsangehöriger dazu: „Jemand, der die ganzen Berlin-Vorzüge aufgibt, um hier anzufangen, der kann eigentlich nur etwas im Schilde führen. Der will sicher die Arbeiter aus ABM-Mitteln bezahlen lassen und dann nach zwei drei Jahren wieder verschwinden, in den Bayrischen Wald oder ins Zonenrandgebiet, um dort den gleichen Dreh nochmal zu machen.“

Zwar ist die Angelegenheit noch nicht endgültig entschieden, doch wird unter denjenigen Betriebsräten, die das gewerkschaftliche Konzept vertreten haben, vermutet, daß sich die Position des Wirtschaftsministeriums durchsetzen wird, vor allem, weil natürlich unter den noch verbliebenen Beschäftigten des Werkes Leer zum Teil Panikstimmung herrscht über die Frage, wer denn nach dem 30.6. übernommen werden soll. Da die Wirtschaftsministerin die Verhandlungen so führen läßt, daß nicht klar wird, ob im Werk überhaupt weitergearbeitet werden kann, scheint sich dort jetzt eine Stimmung breitzumachen nach dem Motto: Der Spatz in der Hand ist uns lieber als eine Taube auf dem Dach. Der Spatz, das wäre ein Betrieb mit anfangs 90 Mitarbeitern, die bis Dezember 1983 bis auf 170 aufgestockt werden sollen, unter Leitung eines Kapitalisten. Die Taube – entsprechend dem gewerkschaftlichen Konzept – würde einen Mitarbeiterstab von

300–400 bedeuten, unter Leitung im wesentlichen der Betriebsangehörigen selbst. Dies bedeutet auch die Entwicklung einer „alternativen Produktpalette“ die bisher dem Profit zum Opfer fiel.

In dieser verworrenen Situation macht sich bemerkbar daß auf denjenigen, die das fortschrittliche Konzept durchsetzen wollten, ein starker Druck lastet wegen der gewaltigen Arbeitslosigkeit in dieser Region. Noch 1978 waren bei Olympia Leer z.B. etwa 2500 Menschen beschäftigt, zum großen Teil Frauen, die oft direkt aus der Landwirtschaft geholt worden waren. Diese Leute haben natürlich zum größten Teil, nachdem sie entlassen waren, keine Arbeit mehr gefunden. Im Bewußtsein der noch verbliebenen Betriebsangehörigen breitet sich angesichts solcher Aussichten Resignation aus hinsichtlich der noch vorhandenen Möglichkeiten, etwas zu ändern.

Am 1. Mai zogen 500 Demonstranten durch die Stadt, auch um ihre Verbundenheit mit den Olympia-Arbeitern zu verdeutlichen. Auf der Maiveranstaltung wurde noch einmal das gewerkschaftliche Konzept gewürdigt, über das es sich, nach dem jetzigen Stand der Dinge, eigentlich gar nicht mehr zu reden lohnt. Gleichzeitig wurde die nächste Betriebsschließung bekanntgegeben. Am 1. August 1983 macht die Kaufhalle AG ihre Filiale in Leer dicht, insgesamt 82 weitere Arbeitslose werden dann beim Arbeitsamt anklopfen.

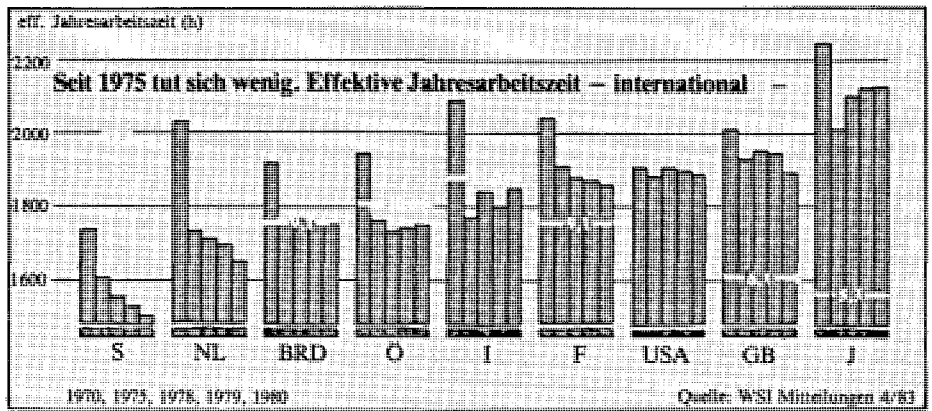
Der DGB will jetzt verstärkt eine „Arbeitslosen AG“ unterstützen, die von der Stadt Räume fordert, um ihre Tätigkeit dort zu organisieren und koordinieren, wenigstens reden könnten dann die Arbeitslosen miteinander □

## Testfeld Öffentlicher Dienst

Während Kohl den Tarifparteien Mäßigung bescheinigte, setzte sein Innenminister Zimmermann alles daran zu testen, wie weit der öffentliche Sektor von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung abgekoppelt werden kann. 2,3% bei drei Nullmonaten, wenn gleichzeitig die Rente für Angestellte auf 90% des letzten Nettoeinkommens beschränkt werde, dazu mochte er sich durchringen. Das hätte 1,65% aufs Jahr und damit nur die Hälfte der üblichen Gehaltsentwicklung in der Industrie bedeutet. Unannehmbar fanden die Tarifkommissionen. Die ÖTV setzt nun auf die ausschlaggebende Stimme des württembergischen Ex-Innenministers Krause (SPD) in der Schlichtung. Gleichzeitig verzichtet die ÖTV freiwillig für die Zeit der Schlichtung auf Streikmaßnahmen. □

## Rationalisierungsabkommen

Die HBV hat für die 205 000 Angestellten des Versicherungsgewerbes einen tarifverträglichen Rationalisierungsschutz vereinbart. Das Schwergewicht dieses Tarifvertrages liegt auf dem Erhalt des Arbeitsplatzes und nicht, wie bei früheren Rationalisierungsabkommen in anderen Branchen, bei der Vereinbarung von Abfindungen. Die fallen mit mindestens 1–3 Monatsgehältern bei mindestens 5–15 Jahren Betriebszugehörigkeit und bis zu 16 Monatsgehältern je nach dem verbundenem Lebensalter gering aus. Sie liegen damit noch unter der Faustformel der Arbeitsgerichte. Kernpunkt des Abkommens ist die Verpflichtung der Kapitalisten, bei Kündigungen oder Abgruppierungen einen gleichwertigen, falls nachweislich nicht im Betrieb oder einem anderen Betrieb des Unternehmens oder Konzerns vorhanden, einen geeigneten und zumutbaren Arbeitsplatz anzubieten. Die Beweislast fällt den Kapitalisten zu. Dies ist natürlich im stark verflochtenen Versicherungsgewerbe wirksam. Beim Verstoß gegen diese Regelungen ist die Kündigung oder Abgruppierung sozialwidrig und damit unwirksam. Der Geltungsbereich des Rationalisierungsschutzes wurde auf alle Änderungen und jeden Wegfall von Arbeitsplätzen durch betriebsorganisatorische oder technische Änderungen „mit dem Ziel des Erhalts oder der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens“ ausgedehnt. Die Kosten von notwendig gewordenen Umschulungen und Weiterbildungen sowie auch evtl. erforderliche Umzüge, müssen von den Versicherungskapitalisten getragen werden. Bei Abgruppierungen erhalten die Angestellten den Differenzbetrag zu ihrem früheren Einkommen bis die laufenden Gehaltssteigerungen – dabei werden die Altersstaffelungen nicht mit berücksichtigt – den Differenzbetrag wieder ausgleichen haben. □



## Und '84 geht die Sonne auf ...

... verschönt den Gewerkschaftsalltag? Ein ¼ Jahr noch, dann will die IG Metall die 35-Stunden-Woche erreichen. Im jetzt vorgelegten „Arbeitsprogramm zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit“ steht, was die Gewerkschaft bis dahin noch unternehmen will.

Plakate und Argumentationsbroschüren sollen Funktionären und Mitgliedern Ziel, Weg und Rahmenbedingungen nahebringen. Eine Mitgliederbefragung über Freizeitverhalten und -bedarf soll diesen Gesichtspunkt nochmal hervorheben. Diskussionsveranstaltungen, regionale Arbeitsmarkt-/zeit-Konferenzen sollen im Januar in eine zentrale Konferenz „Arbeitszeit verkürzen – Arbeitsplätze sichern – Lebensqualität verbessern“ münden.

Auf den IG Metall-Plakaten geht eine zufriedene lächelnde Sonne hinter der 35-Stunden-Woche auf. „Wir werden das erste Mal eine Tarifbewegung führen, in der die Arbeitgeber nicht nur die IG Metall, sondern auch neben der IG Metall eine breite Öffentlichkeit gegen sich haben werden. Ein ganz umgekehrtes Ergebnis, denn von der Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung ist heute landauf, landab ja jeder überzeugt.“ Die Hoffnungen des Tarifverantwortlichen Janßen sind verständlich. Aber erstens kommt es anders – zweitens als man denkt.

Auch beim Wunsch nach einem Sieg der Arbeiterbewegung, der die politischen Verhältnisse nach der März-Wahl positiv änderte – Skepsis ist geboten.

Denn nicht mal in den eigenen Reihen ist die Einheit für die Wochenarbeitszeitverkürzung groß: Nach einer DGB-Umfrage für das „Gewerkschaftsbarometer“ sind mehr als die Hälfte aller Arbeitnehmer für die Vorverlegung des Rentenalters und nur 23% geben der 35-Stunden-Woche den Vorzug. Und inzwischen ist ja aus dem ergänzenden Nebeneinander der verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung durch interne Rivalitäten

der Einzelgewerkschaften ein schwächeres Entweder–Oder geworden. Da sind „Querschüsse“ der neuen Regierung, wie Rentenaltervorlegung bei versicherungsmathematischen Abschlägen oder „Arbeitszeitflexibilisierung“ beispielsweise zu erwarten und sicher nicht wirkungslos.

Eben nicht „jeder“ ist landauf, landab von der „Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung überzeugt“. In Rechnung stellen muß man dabei, daß der CDU-Wahlsieg meist so interpretiert wird, daß sich darin eine Zustimmung zu dem wirtschaftspolitischen Weg, für den die CDU steht, widerspiegelt. Und da hatte die Arbeitszeitverkürzung bekanntlich das Etikett „arbeitsplatzvernichtend“.

Und warum sollten die Kapitalisten angesichts der bevorstehenden Auseinandersetzung sich nicht noch viele Propagandisten schaffen? Ihren moderaten Kurs, den sie bei den Löhnen steuern, der ihnen zugleich stillschweigende Zustimmung zur Rationalisierung durch die Gewerkschaften eingetragen hat, werden sie nun nicht so weitersteuern, wenn die IG Metall die Arbeits- und Leistungsbedingungen mit der Arbeitszeitfrage verknüpfen will. Warum sollten sich nach dieser Aufkündigung der stillschweigenden Übereinkunft nicht die im Kapitalistenlager durchsetzen, die schon beim Lohnkampf eine Zeichen setzende Niederlage der Gewerkschaften ansteuerten? Und wenn dann die Auseinandersetzung so Spitz auf Knopf steht, wird sich eine für die Arbeiterbewegung ungünstigere gesellschaftliche Polarisierung abzeichnen als sie Janßen heute noch in hellen Farben malt.

Der 1. Mai war jedenfalls kein großartiger Auftakt für die 35-Stunden-Woche. Hier zeigte sich, wie die Gewerkschaften nicht weitermachen können. Briefe, Appelle an die Bundesregierung, das hat schon bei der vorigen nicht geholfen. So wird der Fortschritt und der Druck der Demonstrationen des letzten Jahres für 'nen Appel und 'nen Ei hergegeben. gh

**F**ür die Charakterisierung der Situation in Polen fehlen langsam die Begriffe. Man hat vom „polnischen Patt“ gesprochen – aber der Ausdruck vermittelt eine zu statische Vorstellung, jede Woche sind neue Ereignisse in die Analyse einzubeziehen. Daß die Situation „verfahren“ wäre, ist sicher richtig, aber auch dabei kommt das Element der dauernden Bewegung im Bild zu kurz. „Gärung“ dagegen würde einen zu zielgerichtet ablaufenden Prozeß unterstellen, wäre zu objektivistisch. So verfallen einige darauf, die Szenerie als „surrealistisch“ zu beschreiben – womit zwar nichts Bestimmtes gesagt, aber doch etwas ausgedrückt ist.

„Die Polen waren dem Aufruf zum Generalstreik im vergangenen November nicht gefolgt, weil sie wissen, daß sie bei der Regierung nichts mehr erreichen können.

# SOLIDARITÄT

## — in Gottes Hand?

Aber Zehntausende folgten jetzt dem Mai-Aufruf der *Solidarność*, damit die Regierung weiß, daß sie bei den Bürgern erst recht nichts erreichen kann.“ So der *ZEIT* Korrespondent Schmidt-Häuer in einem jüngsten Lagebericht aus Warschau. In der Tat, man muß Paradoxe formulieren, um die Situation zu treffen.

Bei Jaruzelski, Rakowski und Barcikowski können die Polen nichts mehr erreichen, weil diese regierenden Zentristen selbst nichts mehr erreichen können, weil sie kein positives Ziel mehr verfolgen, in das sie irgendeinen Kompromiß, und sei er ganz zu ihren Bedingungen, noch taktisch einbauen könnten.

– War schon das Verbot der „Solidarität“ insofern ein Scheitern, als damit klar war daß keine gezähmte Schattenorganisation dieses Namens möglich war so haben die daraufhin gegründeten Betriebsgewerkschaften sich rundum als Fiasko herausgestellt. Nach den offiziellen, weit übertriebenen Angaben haben sie weniger Mitglieder als die alten regimetreuen Branchengewerkschaften auf ihrem tiefsten Punkt 1981 (rd. 2 Mio.), weniger auch, als die Partei Mitglieder zählt. Ja, der Gewerkschaftsminister hat nun zugegeben, „nach Plan“ wollte man bis zum Ende der Aufbauphase auch nur 30% aller Beschäftigten organisiert haben. Das wären 4 Mio. von über 13 Mio. insgesamt. Wenn man will, kann man das auch ein „Konzept“ nennen. Aber es drückt eben auch das wirkliche Unvermögen aus, mit dem alten Herrschaftsinstru-

ment der totalitären Erfassung und „Atomisierung“ der Gesellschaft weiterzuherrschen. Statt dessen ist eine Kombination von militarisiertem Arbeitszwang und sozialer Erpressung zum entscheidenden Mittel geworden. Das ist nun wirklich eine gefährliche Mischung.

– Dazu kommt das Scheitern der Wirtschaftsreform von oben. Das Sozialprodukt ist gegenüber 1978 um ein Viertel gesunken, die Wirklichkeit ist eher noch schlimmer. Die von oben verfügte Dezentralisierung und Selbstfinanzierung der Betriebe ist pure Fiktion angesichts der kriegsmäßigen Zentralbewirtschaftung aller Ressourcen und hat nur das Durcheinander noch vermehrt. Kaum absehbar sind die Langzeitwirkungen des industriellen Zusammenbruchs, etwa in der Landwirtschaft oder in ökologischer Hinsicht.

Der Versuch, eine neue Sammlung gesellschaftlicher Kräfte um das übergeordnete, scheinbar neutrale Ziel der „polnischen Staatsraison“ zu bewerkstelligen, wozu eine Reihe neuer Organisationen, namentlich die dieser Tage offiziell gegründete PRON („Patriotische Bewegung zur nationalen Wiedergeburt“) dienen sollte, erscheint auch schon so gut wie totgelaufen.

Bei alledem wird der Druck der Verbündeten immer stärker. In der offiziellen außenpolitischen Zeitschrift „*Neue Zeit*“ wurde den Warschauer Behörden vorgeworfen, „entrückt und teilnahmslos den gesellschaftlichen Prozessen zuzuschauen, statt in sie einzugreifen“. Die „lärmenden Demonstrationen“ und die „gedankliche Opposition“ der Intellektuellen wurden geißelt. Die tschechoslowakische Presse ist noch unverblümt. Hier wird der kommende Besuch des Papstes frank und frei als antikommunistischer Kreuzzug attackiert.

Dabei ist gerade der ausgehandelte *modus vivendi* mit der Kirche der vielleicht entscheidende Pfeiler der Strategie des Direktoriums um Jaruzelski und Rakowski. In diesem stillen Hafen soll die soziale Unrast sich langsam beruhigen, und sei es um den Preis eines Machtzuwachses der Kirche. Ja, der Kirche wurde geradewegs angeboten (so wie der „*Solidarność*“ in der ersten Phase nach dem August 1980), über prominente Laien ein Stück weit „Verantwortung“ zu übernehmen. Primas Glomp ist diesem Angebot sehr weit entgegenge-

kommen, aber der Episkopat als ganzer schon weniger: der niedere Klerus hat erstmals offen opponiert. So findet sich die Kirche mit Erwartungen und Ansprüchen von zwei Seiten her überfrachtet; ihre Stellung ist denkbar stark und trotzdem prekär. Der Papst hat angekündigt, die Aufhebung des Kriegsrechts und eine allgemeine Amnestie nachdrücklich und öffentlich zu fordern, wenn Jaruzelski sie von sich aus nicht gewährt – was er nicht kann.

Die Untergrundführung der „*Solidarność*“ hat mit ihrem zu Anfang des Jahres vorgeschlagenen Aktionsprogramm die Hoffnung auf einen Kompromiß mit dem herrschenden Regime aufgegeben und sieht in seinem Sturz letztlich durch einen Generalstreik, der nur als eine allgemeine Erhebung gedacht werden kann die Voraussetzung für eine nationale Verständigung. Es ist zugleich ein positives Programm für die Erweiterung legaler Handlungsspielräume und zur Vermeidung einer gesellschaftlichen Katastrophe.

Auf eine langfristige Unterstützung dieses Widerstandes hat sich das Anfang Februar in Form eines eingetragenen Vereins wiedergegründete „Komitee Solidarität mit *Solidarność* e.V.“ eingestellt. Seit der Bonner „Wende“ müssen wir weniger als je befürchten, damit im falschen Boot zu sitzen: Von der schwarz-gelben Koalition ist nicht einmal eine rhetorische Unterstützung der „*Solidarność*“ mehr zu hören; man übt sich auf diesem Gebiet in Kontinuität zur Schmidtschen Polen-Politik, und zwar im schlechtesten Sinne (wie von der Frankfurter City aus vorgezeichnet). Dafür ist eine zusätzliche Gehässigkeit ins Spiel gekommen: die von Bundesinnenminister Zimmermann Anfang des Jahres reklamierte Ausdehnung der „deutschen Frage“ auf die polnischen Westgebiete. Der polnische Außenminister Olszowski hat geradezu mit Begeisterung reagiert.

Jetzt, wo es darum ginge, eine selbständige „grüne“ Außenpolitik zu entwerfen, sollte eine allmählich fester geknüpft Verbindung mit der „*Solidarność*“-Bewegung in Polen einen festen Stellenwert erhalten. Denn verfahren oder gar „surreal“ wie die Situation in Polen ist, sie ist jedenfalls *unhaltbar* auf lange Sicht. Entgegen der Augenblickskonjunktur eines sinkenden Interesses möchte ich die Leser der „*Kommune*“ daher auffordern, bei „Solidarität mit *Solidarność* e.V.“ Mitglied zu werden. Das schließt ein Abonnement unseres Informationsbulletins ein. Eine neue Doppelnummer ist gerade erschienen, mit einer Masse Hintergrundinformationen, Dokumenten, Diskussionsbeiträgen u.a.m., 60 Seiten stark. Die Einzelnummer kostet 5 DM (ab 5 Ex. Büchertischrabatt von 20%). Bitte helft, das Heft auch weiter zu vertreiben!


Zu beziehen über: Solidarität mit *Solidarność*, Postfach 112051, 6000 Frankfurt 1 oder Junius Verlag / SOAK, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover 1

Gerd Koenen



# Selbstverwaltungs- experiment in Schwierigkeiten

Aspekte der jugoslawischen Krise



„Mußte soviel Zeit vergehen, bis man — erst leise und schamhaft, jetzt aber laut und klar — das eine Wort aussprach: Krise? Zunächst war es nur eine wirtschaftliche, jetzt aber bleibt niemandem verborgen, daß es eine gesellschaftliche und damit auch eine politische Krise ist.“

So beschreibt der Kommentator des Belgrader Nachrichtenmagazins NIN die Lage in Jugoslawien Ende 1982

**I**n der Tat: Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise sind drastisch und die Entwicklung ist teilweise dramatisch.

● *Rückgang des Wirtschaftswachstums:* Die Gesamtproduktion stieg 1980 um nur 2,5% verglichen mit einer jährlichen Steigerungsrate von durchschnittlich 7 bis 8% in den vorhergehenden drei Jahren;

● *galoppierende Inflation.* 1981 lag die Inflationsrate bei 50%, 1982 immer noch bei 40%. Der Preisindex der Lebenshaltung stieg um 30%, die Individualeinkommen nahmen real um 8,1% ab;

● *hohe Arbeitslosigkeit:* Anfang 1983 waren in Jugoslawien von 6 Mio. abhängig Beschäftigten über 1 Mio. arbeitslos. Infolge des innerjugoslawischen Gefälles ist das Land zugleich Inhaber des „Weltrekords“ an Vollbeschäftigung (nur 1,3% Arbeitslo-

se in Slowenien) und des „Europarekords“ an Arbeitslosigkeit (27,3% im Kosovo). Auf dieser Grundlage wurden die nationalen Widersprüche kräftig verschärft und haben zu einem Aufschwung von separatistischen Tendenzen geführt;

---

Von Georg Duffner

---

● *Unterversorgung an lebensnotwendigen Gütern.* Brot, Zitronen, Rindfleisch, Butter, Pflanzenöl, Waschmittel, Feuerholz, Zucker, Milch, Glühbirnen, Toilettenartikel und vor allem Kaffee verschwanden in den letzten zwei Jahren zu verschiedenen Zeiten in etlichen Regionen aus den Regalen der Läden;

● *Außenhandelsdefizit und Schulden:* Der Außenhandel erlebt 1979 ein beispielloses Defizit von 6,4 Mrd. US-Dollar. Dieses Loch in der Zahlungsbilanz konnte in den letzten beiden Jahren ein bißchen verkleinert werden. Grundsätzlich hat sich jedoch nichts geändert. Die Auslandsverschuldung, die 1971 noch bei harmlosen 2,7 Mrd. Dollar gelegen hatte, kletterte dann auch über 4,6 Mrd. im Jahre 1974 auf 8,4 Mrd. 1977 und erreichte Anfang dieses Jahres mit 20 Mrd. Dollar schwindelnde Höhen.

Kurzum: „Vielleicht zum ersten Mal innerhalb von drei Jahrzehnten ist die Gefahr einer gewissen Krise des Vertrauens in die Fähigkeit unseres Systems erwachsen.“ Zu dieser Feststellung sah sich Milojko Drulovic, Sekretär des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, gezwungen.

### Druck von allen Seiten

Manchem scheint die jetzige Lage günstig, um die Daumenschrauben anzuziehen und alte Rechnungen zu begleichen. Jurij Andropow jedenfalls soll die jugoslawische Delegation zum Breschnew-Begräbnis äußerst ungnädig empfangen haben: „Die jugoslawische Abordnung soll von Andropow mit einem fast halbstündigen Monolog berieselt worden sein. Die jugoslawischen Beziehungen, so der ungefähre Inhalt, seien stark verbesserungsfähig, und es liege an den Jugoslawen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Andropow soll sich über die jugoslawische Presse beschwert haben und ebenso über offizielle jugoslawische Stellungnahmen zu Afghanistan und Kambodscha, nicht zuletzt im Rahmen der Bewegung der Blockfreien. Der Sowjetführer habe das sowjetische Entgegenkommen gegenüber Jugoslawien auf wirtschaftlicher Ebene herausgestellt.“ (FAZ, 29.11.82) Das sind keine leeren Drohungen. Über 30% des jugoslawischen Exports gehen in die Sowjetunion, über die Hälfte in den Gesamt-Comecon. Mehr als 50% der Erdöllieferungen kommen aus der SU. Der Außenhandel Jugoslawiens mit der Sowjetunion wird in fünfjährigen Verträgen geregelt. Das nächste Abkommen wird 1984 ausgehandelt.

Von der anderen Seite wurde im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen verstärkt Druck gemacht, wobei dies dem „Balkan-Experten“ der FAZ, Viktor Meier, noch immer nicht weit genug ging: „Der IWF und noch mehr die privaten Banken beginnen zwar gewisse Bedingungen an ihre neuen Kredite zu knüpfen, aber diese betreffen im wesentlichen technische Dinge, nur nicht das, worauf es ankommt: daß nämlich das jugoslawische Regime endlich die Änderungen im wirtschaftlichen System vornimmt, die einzig eine Sanierung bringen können.“ (FAZ, 12.3.83) Denn: „Solange sich dieses politische System nicht ändert, ist eine wirtschaftliche Sanierung in Jugoslawien schwer abzusehen.“ (FAZ, 13.12.82) Meier kennt auch das Grundübel dieses „katastrophalen Wirtschaftssystems“: „Selbstverwaltung bedeutet vor allem Konferenzen.“ (FAZ, 12.3.83)

An diesem Punkt ist sich die westdeutsche Presse ziemlich einig. Der Spiegel stöberte den jugoslawischen Alt-Dissidenten Milovan Djilas auf, um ihn zu fragen: „Hat sich die damals so gefeierte Idee, daß die Arbeiter ihre Fabriken, Bürger ihre Gemeinden selbst verwalten, in der Praxis nicht längst als unbrauchbar erwiesen.“ „Aber sicher“ antwortet Djilas, „sie hat sich als nicht erfolgreich erwiesen.“ Djilas hat auch präzise Vorstellungen, was geändert werden muß: „Man müßte die Kompetenzen für wirtschaftliche Entscheidungen



Daß gerade auch die Unterentwicklung des Kosovo – hier lebt ein Großteil der albanischstämmigen Bevölkerung – zur Verschärfung sozialer Konflikte beigetragen hat, ist ohne Zweifel. – Bild: Ein moslemischer Handwerker aus dem Gebiet Kosovo.

aus der Selbstverwaltung herauslösen.“ Und auch das Rotationssystem war ganz von Übel. Denn: „Das bringt keine politischen Genies an die Macht. Einen Churchill oder einen De Gaulle wird man über die Rotation nicht entdecken!“ Und schließlich: „Die Krise wird hier auch dann noch bestehen, wenn der Westen seine momentanen Schwierigkeiten überwunden haben sollte. Denn bei uns ist es eine Krise des Systems.“ (Spiegel, 14.3.83)

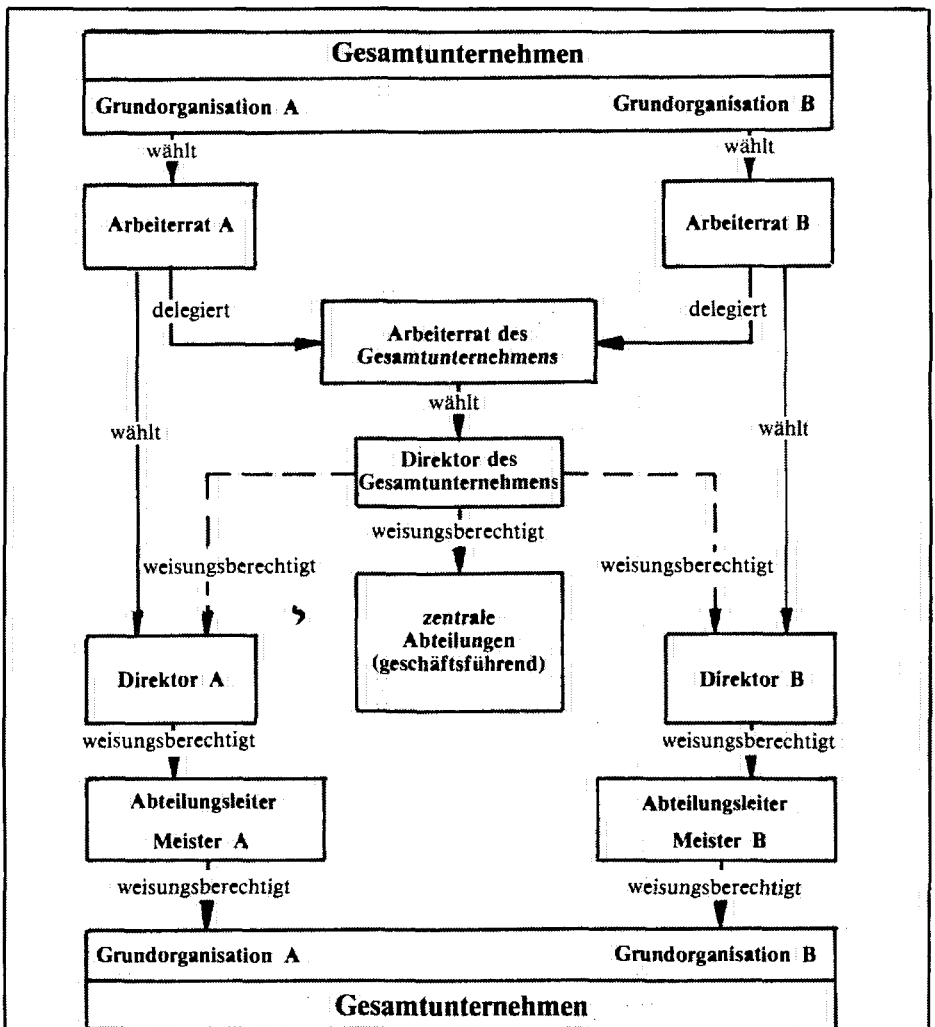
### Krisenursache Selbstverwaltung?

Selbstverwaltung am Ende? Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens sieht dies anders. Auf seinem letztjährigen Kongreß wurde festgestellt, daß „die ökonomischen Schwierigkeiten nicht Folge der Selbstverwaltung sind. Man müsse im Gegenteil dieses System weiterentwickeln.“ (NZZ, 25.6.82) Mitja Ribicic, Vorsitzender des Präsidiums des ZK des BdKJ beklagt im Gegenteil ein Zuwenig an Selbstverwal-

tung: „Man soll sich entschiedener an die neuen selbstverwaltenden Träger des wirtschaftlichen Fortschritts anlehnen. Die jetzigen Schwierigkeiten drängen den Bund der Kommunisten und alle selbstverwalteten und staatlichen Faktoren in die entgegengesetzte Richtung – zum Ergreifen zentralistischer und administrativer Maßnahmen.“ Und weiter: „Wir müssen den Bund der Kommunisten, wie Kardelj sagte, ver selbständigen, emanzipieren. Der Bund der Kommunisten ist heute zu sehr in den Zug des wirtschaftlichen Praktizismus eingespant. Er steht Pate bei allen Entscheidungen der Vollzugs- und geschäftsführenden Organe, weshalb er nicht fähig ist, das Her umwildern der Investitionen und aller Formen des ungedeckten Verbrauchs aufzuhalten. Das Verwachsen der Partei- und Staatsspitzen mit den Führungen der Wirtschaftsverwaltungen führt zu Unverantwortlichkeit, weil jeder sich mit der Autorität der Partei decken kann. Die arbeitenden Menschen stellen oft fest, daß ihnen die Kommunisten nicht mehr als die Staatsorgane, als Direktor oder Bürgermeister sagen; die Selbstverwalter glauben sogar, daß die Parteiorgane sie in den Selbstverwaltungsrechten behindern, daß die Vertreter der Partei bei Beschwerden stets auf der Seite der Behörden sind. Ein solcher Zustand bringt auch Privilegien hervor, die ein Ausdruck des Monopols der Bürokratie und des Technokratismus sind. Eine demokratische Kontrolle des Gespanns der Partei mit der Technobürokratie ist sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich.“ Konsequenz: „Die Delegiertenversammlungen, die Räte vereinter Arbeit, sind in vielen Fällen im Out.“ In diesem Zusammenhang stellt Ribicic fest: „Im Grunde handelt es sich um Klassenfragen.“ (*Sozialistische Theorie und Praxis*, 10/82). Diese Zustandsbeschreibung der Selbstverwaltung deckt sich mit einer Reihe von empirischen soziologischen Untersuchungen (so z.B. Soerger).

Wenn also nicht die langen Sitzungen, nicht das Übermaß an Selbstverwaltung die Krisenursachen sind – was dann?

Ribicic äußert sich hier nur vage: „Der größte Teil unserer Probleme und Schwierigkeiten geht aus der Langsamkeit und Inkonsistenz bei der Anpassung der Entwicklungspolitik, der Erwerbstätigkeit und des Lebens an die neuen Forderungen hervor die unserem gesellschaftswirtschaftlichen Wesen entsprechen würden.“ Auch die meisten anderen Krisenanalysen führender jugoslawischer Politiker sind von dieser Tiefenschärfe zumindest soweit sie öffentlich geäußert werden. Offenkundig gibt es innerhalb des BdkJ schwere Auseinandersetzungen über den weiteren Weg der jugoslawischen Gesellschaft. Aus-



## Betriebliche Selbstverwaltung in Jugoslawien

Die folgende Darstellung der betrieblichen Selbstverwaltung in Jugoslawien ist idealtypisch entsprechend der Verfassung von 1974 (in der Realität gibt es eine Menge Variationen, und ob die Rechte auch tatsächlich durchgesetzt werden, ist eine Frage der betrieblichen Kräfteverhältnisse) und stark vereinfacht (von der Vielzahl von Ausschüssen u.ä. wird abgesehen).

Grundlage des ganzen Wirtschaftssystems sind die „Grundorganisationen der Vereinten Arbeit“. Diese werden aus einem organisatorisch und technologisch abgerundeten Bereich des Unternehmens gebildet und sollen für jedes Mitglied überschaubar sein. Die „Grundorganisation“ soll im Prinzip in der Lage sein, ihr Produkt selbständig auf dem Markt absetzen zu können. Sie führt eine eigenständige Gewinn- und Verlustrechnung. Bei kleinen Betrieben ist die „Grundorganisation“ identisch mit dem Gesamtunternehmen. Die „Grundorganisation“ hat folgende Aufgaben und Rechte:

- Verwaltung der in ihrem Bereich befindlichen gesellschaftlichen Produktionsmittel,
- Verfügung über und Verteilung des von ihr geschaffenen Nettoeinkommens,
- Aufstellung der Produktionspläne und Gestaltung der Arbeitsabläufe,
- Entscheidung über Anzahl der Arbeitskräfte.

Organe der „Grundorganisation“ sind die Versammlung des Gesamtkollektivs, und der

Arbeiterrat. Mitglied der *Versammlung des Gesamtkollektivs* ist jeder Betriebszugehörige im Bereich der „Grundorganisation“ unabhängig von der Dauer der Betriebszugehörigkeit und Stellung im Betrieb. Die „Grundorganisation“ entscheidet über alle wichtigen betrieblichen Fragen. Sie wählt den Arbeiterrat.

Der *Arbeiterrat der „Grundorganisation“* ist das entscheidende Organ der Selbstverwaltung. Die Mitglieder des Arbeiterrates werden in geheimer Wahl bestimmt. Kein Betriebsangehöriger darf mehr als zweimal hintereinander gewählt werden. Betriebsmitglieder mit Leitungsfunktionen dürfen nicht gewählt werden. Die Mitglieder des Arbeiterrates sind ihren Wählern über alle Vorgänge berichtspflichtig und jederzeit abwählbar. Der Arbeiterrat verteilt die Nettoeinkommen entsprechend den von der Versammlung der „Grundorganisation“ beschlossenen Regelungen. Er beschließt über Arbeitsnormen, Arbeitsschutzmaßnahmen und über wichtige Fragen der Geschäftspolitik. Seine Beschlüsse sind für den Direktor der „Grundorganisation“ bindend. Der Arbeiterrat wählt den Direktor der „Grundorganisation“ und macht Vorschläge für die Ernennung der Abteilungsleiter und Meister. Er kann die Entfernung von Leitungsmitgliedern der „Grundorganisation“ initiieren. Der Arbeiterrat der „Grundorganisation“ delegiert aus seinen Reihen die Mitglieder für den Arbeiterrat des Gesamtunternehmens. Die Sitzungen des Arbeiterrates sind öffentlich.

einandersetzungen, die jedoch nicht öffentlich ausgetragen werden, so daß man allenfalls spekulieren kann, wer welche Positionen vertritt.

Die bisher ergriffenen Maßnahmen jedenfalls sind rein staatlich-administrativer Natur (Dinarabwertung, Devisenbewirtschaftung, Benzinrationierung, Beschränkung des Stromverbrauchs), womit dann der Ruf nach „Stärkung der Selbstverwaltung“ zunehmend hohl wird.

### Politik auf dem Lande im Dornröschenschlaf

So spielt zum Beispiel die Vergesellschaftung der Produktion auf dem Lande, die Agrarpolitik kaum eine Rolle in der gegenwärtigen Debatte. Dies, obwohl es den Anschein hat, daß dort eine der wesentlichen Quellen der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere sprudelt. Besitzersplitterung, unrentable Kleinstproduktion und fehlende maschinelle Ausrüstung halten die Produktivität der Landwirtschaft und den Lebensstandard der Landbevölkerung immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Immerhin sind auch noch Anfang der 80er Jahre fast die Hälfte aller Erwerbstätigen Jugoslawiens in der Landwirtschaft tätig. Die landwirtschaftliche Nutzfläche umfaßt mehr als die Hälfte der gesamten Landesfläche. Und die Landwirtschaft ist mit 40 bis 50% am Gesamtexport beteiligt. Alles Daten, die in einem krassen Mißverhältnis zu dem Mauerblümchendasein stehen, das die Politik auf dem Lande in der jugoslawischen Öffentlichkeit seit Jahrzehnten genießt.

Die Politik gegenüber den Bauern war von Anfang an verkorkst. Nach dem Krieg begann die KPJ eine Kollektivierungskampagne nach Stalinschem Muster. Gegen den breiten Widerstand der Bauern wurden um die Jahreswende 1949/50 innerhalb weniger Monate nahezu 20% des individuell bebauten Bodens kollektiviert. Angetrieben durch Nahrungsmittelknappheit – wohl aber auch, um den immer heftiger werdenden Vorwürfen der Kominform in punkto „Abweichlertum“ den Wind aus den Segeln zu nehmen – wurde das Kollektivierungsprogramm in einem Tempo und Ausmaß durchgezogen, wie in keiner anderen der neugeschaffenen Volksdemokratien. Der Mißerfolg war auch entsprechend. Die Bauern, im Krieg gegen die faschistischen Besatzer die Hauptträger des Kampfes, leisteten bewaffneten Widerstand. Es gab Tote und Verletzte. Hunderte wurden verhaftet und in Zwangslager deportiert. Zehntausende von Bauern wurden aus der KPJ ausgeschlossen. Der Widerstand konnte jedoch nicht gebrochen werden. Der verheerende Rückgang der Lebensmittelerzeugung zwang die Regierung zum mehr oder

weniger ungeordneten Rückzug. Nachdem man sich so die Finger verbrannt hatte, verfiel die jugoslawische Regierung ins andere Extrem und ließ die Bauern vor sich hinwursteln.

Die Auswirkungen dieser Episode sind bis heute nachhaltig spürbar, wenn auch nicht besonders spektakulär an der Oberfläche. Die Bauern – im Befreiungskampf wie gesagt, die Hauptkraft – zogen sich aus der Politik zurück. Stellten sie nach dem Krieg nahezu die Hälfte der Parteimitglieder, so sind es heute gerade noch 5%. „Das hat seinen Grund nicht zuletzt in einer sektiererischen Position gegenüber den Bauern“, schreibt hierzu der jugoslawische Ökonom Branko Horvat, „die aus der dogmatischen Auffassung der gesellschaftlichen Rolle des Bauern resultierte. Die Repräsentanten dieser Auffassung konnten sich den einzelnen Bauern nicht als Faktor des Sozialismus vorstellen. Sie begriffen unter sozialistisch allein die in ein staatliches hierarchisches Gefüge eingezogene und dem unmittelbaren Administrieren und Kommandieren unterlegene Gruppe von Produzenten. Alles, was einer solchen bürokratischen Kontrolle aus dem Wege ging, war unsozialistisch. Daher hielt man, nach der Preisgabe der administrativen Kollektivierung, die sozialistische Umgestaltung des Dorfes für aufgeschoben.“ Womit sie dann auch bis heute aufgehoben war Horvat weiter: „Der Bauer blieb sich selbst überlassen. Bis zum Jahre 1966 reduzierte sich die Zahl der Bauern in den dörflichen Parteiorganisationen auf ein Drittel der Mitgliederzahl. Auf dem Dorf blieben als Parteifilialen die Macht- und Verwaltungsorgane der allgemeinen Landarbeitergenossenschaften, denen ein kommerzielles Monopol verliehen wurde. Die politische Aufgabe dieses Angestelltenapparates bestand darin, unbotmäßige Individuen zu kontrollieren; mancherorts wurde diese Aufgabe auch als bewußtes Begrenzen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Bauern aufgefaßt.“ (Horvat, S. 154 f.)

Bis heute gibt es offenbar kein Konzept für die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion auf dem Lande. Die Investitionen dort rangieren unter ferner liefen. Im Vordergrund stand und steht die Industrialisierung: „Die Industrialisierung was das einzige Ziel und die Voraussetzung für jede weitere Entwicklung; man fragte nicht nach dem Preis und es gab keine Alternative.“ (Franjo Kozul in *Sozialistische Theorie und Praxis* 11/82)

Die Folgen dieser Politik gehen an den Nerv der jugoslawischen Gesellschaft:

● In zunehmendem Maße muß Jugoslawien landwirtschaftliche Erzeugnisse importieren. Die Ausfuhr von Landwirt-

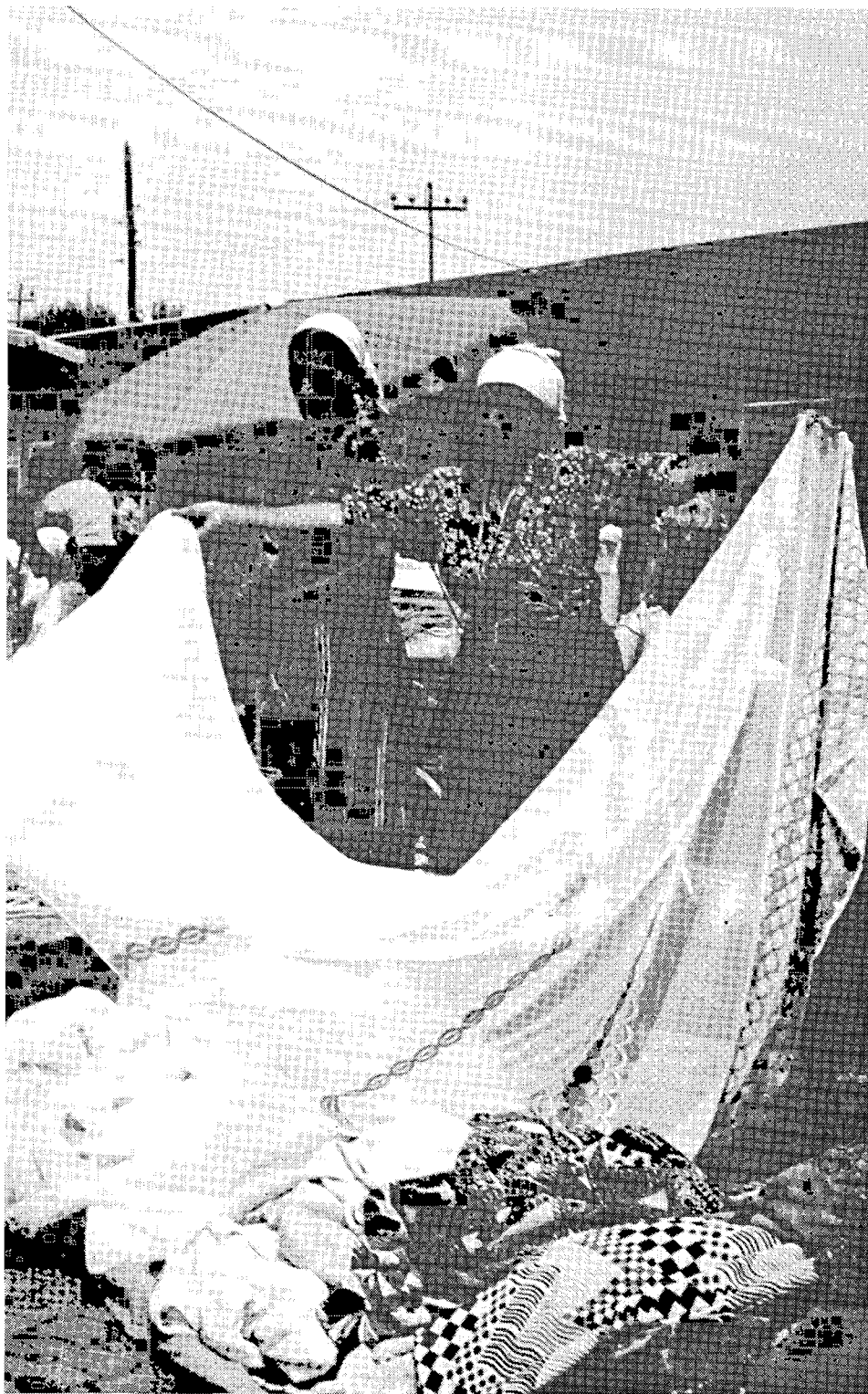


schaftsprodukten stößt an die Grenzen und war die letzten Jahre rückläufig. Ein Grund für das Defizit in der Handelsbilanz.

● Die unwirtschaftliche Zwergproduktion gerät immer mehr in ihre tödliche Krise. Bauern werden massenweise gelegt oder flüchten vor dem Niedriglebensstandard aus dem Lande. Ein Grund für die Massenarbeitslosigkeit.

● Lebensnotwendige Güter, wie Brot, Milch, Butter und Zucker werden nicht mehr ausreichend produziert. Ein Grund für die Unterversorgung.





„Bis heute gibt es offenbar kein Konzept für die Entwicklung der genossenschaftlichen Produktion auf dem Lande. Die Investitionen rangieren unter ferner liefen.“

● Gerade die unterentwickelten Gebiete, wie beispielsweise Kosovo, sind fast vollständig agrarisch. Die dortigen Bauern wurden mit hochspezialisierten Industriekomplexen beglückt, wofür dann die Arbeiter aus Slowenien herangekarrt werden mußten, weil den Einheimischen einfach die Qualifikation zur Bedienung der Maschinen fehlte. Dafür lagen dann weite fruchtbare Landstriche brach, die mit einem Bruchteil dieser Investitionen hätten erschlossen werden können. Auch ein Grund für die zunehmenden nationalen Spannungen.

### Schwierigkeiten bei der Vergesellschaftung von Staatsstätigkeiten

Eine andere Krisenursache ist – ganz im Gegensatz zur Landwirtschaft gegenwärtig sehr breit in der öffentlichen Debatte Jugoslawiens: die „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“. Diese Interessengemeinschaften wurden 1974 mit der Verabschiedung der neuen Verfassung aufgebaut und sollten einen großen Schritt voran bei der Rückführung von Staatsfunktionen in gesellschaftliche Tätigkeiten bringen. Auf folgenden Gebieten ist der jugoslawi-

sche Staat seit 1974 nicht mehr tätig:

- Erziehungswesen
- Gesundheitswesen
- Kulturbetrieb
- Sozialversicherungen
- Rentenversicherung
- Wohnungsbau
- öffentlicher Verkehr und Transport
- Elektro- und Wasserwirtschaft

Alle staatlichen Funktionen in diesen Bereichen wurden mit der neuen Verfassung von 1974 von den „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ übernommen. Diese Interessengemeinschaften werden von einzelnen Personen, Abteilungen von Unternehmen oder von ganzen Unternehmen, Ortsgemeinschaften, Gemeinden und Republiken durch Vereinbarungen („gesellschaftliche Verträge“) ins Leben gerufen. Mit der Übertragung der ehemals staatlichen Funktionen übernehmen die neuen Träger dieser Tätigkeiten – die Interessenten sowohl die Entscheidungsrechte wie auch die Pflichten zur Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse. Die Finanzierung erfolgt nicht aus dem Staatshaushalt, sondern über eigene Fonds, über deren Speisung und Verwendung gesellschaftliche Verträge zwischen allen beteiligten Gruppen abgeschlossen werden. In diesen Verträgen werden auch die Gehälter der Angestellten der Interessengemeinschaften geregelt.

Die politische Absicht ist klar: Wesentliche Funktionen der Gesellschaft sollen auch direkt von der Gesellschaft geregelt werden – und nicht vermittelt über den Staat. Insbesondere die Produzenten sollen durch die direkten Verträge der Betriebe mit den Interessengemeinschaften entscheidenden Einfluß bekommen. Es gibt nach den letzten Angaben inzwischen 4600 solcher „selbstverwalteter Interessengemeinschaften“ mit ca. 42000 Beschäftigten. Diese werden von 217000 Delegierten kontrolliert (jeder siebte Jugoslawe ist inzwischen in irgendeiner Form Delegierter). Das Einkommen der Beschäftigten dieser Interessengemeinschaften liegt um 24% über dem der Industriebetriebe. Und genau dort liegen auch die Probleme.

Die Beschäftigten der „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ können ihre Gehälter – wie jede Basisorganisation eines Unternehmens in Jugoslawien – selbst bestimmen. Die Bezahlung der persönlichen Einkommen richtet sich nach den „Resultaten der Arbeit“. Mit dieser Kategorie läßt sich in einem Produktionsbetrieb noch relativ problemlos operieren. Richtgrößen sind dort Stückzahlen u.ä. Doch was sind die Richtgrößen bei einem Lehrer, bei einem Arzt, bei einem Schauspieler? „Es war und ist z.T. gang und gäbe, Ärzte nach der Zahl der abgefertigten Patienten, Lehrer nach der Zahl der Examina etc. zu

S

Marxistische Zeitschrift

**Sozialismus** ist eine aktuelle 2-monatszeitschrift. Angesichts der breiten Bedrohung durch eine neokonservative Politik ist die Linke aufgerufen, konkrete und umsetzbare Alternativen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Sozialdemontage, Umweltzerstörung und Aufrüstung auszuarbeiten. **Marxistische Analysen** sind hierfür nötiger denn je.



Gesellschaftliche Veränderung ist nur möglich als gemeinsames politisches Projekt, in dem die kontroversen Positionen von Sozialisten, Kommunisten, Sozialdemokraten, Frauen-Ökologie- Friedens- und Gewerkschaftsbewegung aufeinander bezogen diskutiert werden.

**Sozialismus** erscheint 2monatlich im Großformat mit jeweils 96 Seiten und vielen Karikaturen und Abbildungen.

Einzelheft: DM 8,-, Jahresabonnement: DM 42,- + Porto

**Konkernangebot:** (Heft 6-82 und 2-83) zum Preis von zusammen DM 10. Schein oder Scheck in Umschlag stecken und loschicken an die Verlagsadresse!

**Prospekt anfordern**

VSA-Verlag  
Postfach 501571  
2000 Hamburg 50

bezahlen, aber man kann sich vorstellen, wo dies hinführt.“ (Herbert, S. 108) Da eine solche Interessengemeinschaft – im Gegensatz zu einem Industriebetrieb – auch kein vom Markt kontrolliertes Betriebsergebnis hat, also z.B. keine Verluste wegen zu hoher Gehälter machen kann, bleibt als einziger Gradmesser die „höhere Qualifikation der Arbeit“ Und mit diesem Argument – „höhere Qualifikation“ – haben die Angestellten der „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ in den letzten Jahren ihre Gehälter in lichte Höhen gepuscht. Diese Gehälter werden zwar durch Selbstverwaltungsverträge mit den Betriebe z.B. ausgehandelt. Diese wiederum haben kaum eine Möglichkeit, diese Verträge zu überprüfen und die Arbeit der Interessengemeinschaften zu beurteilen. Dies ist selbst für Experten eine ziemlich schwierige und zeitraubende Arbeit – ein Arbeiterrat oder gar ein einzelner Arbeiter hat hier keine Chance.

Die Folge: „Die ‚selbstverwalteten Interessengemeinschaften‘ sind nicht nur neue Machtzentren innerhalb der Teilrepubliken, sondern auch sprudelnde Quellen der Inflation geworden. Ihre selbstbestimmten Einkünfte steigen jährlich im Durchschnitt um mehr als 30% und wachsen somit schneller als das Bruttosozialprodukt und das Einkommen der Arbeiter“ (*Handelsblatt*, 15.11.79) Die Betriebe wiederum wissen sich nicht anders zu helfen, als ihrerseits mit Preiserhöhungen zu reagieren, um nicht vollständig ins Hintertreffen zu geraten. Ergebnis: Die Inflationsrate klettert und klettert.

Die höheren Gehälter in den „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ entwickeln schließlich noch eine Sogwirkung auf die in den Produktionsbetrieben beschäftigten kaufmännischen Kader. So klagt der Direktor einer großen Möbelfabrik im Nachrichtenmagazin NIN: „Wegen geringer Einkünfte und dem großen Arbeitsanfall fliehen unsere Kader in die nichtindustriellen Bereiche. Pro Jahr stellen wir zehn Ökonomen und Juristen ein, die, nachdem sie die Probezeit abgeschlossen haben, in die Banken und selbstverwalteten Interessengemeinschaften gehen.“ (Herbert, S. 111) Ergebnis: Die Produktivität der Industriebetriebe ist gefährdet und sinkt stellenweise.

Daß mit den „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ mehr Probleme geschaffen als gelöst wurden, ist inzwischen Allgemeingut in Jugoslawien. Eine der zahlreichen kritischen Stimmen sei hier zitiert. Franjo Kozul schreibt in der Zeitschrift *Sozialistische Theorie und Praxis* 11/82: „Bei der Übertragung der Kompetenzen des traditionellen Staates auf dezentralisierte Einheiten (als Form des Abster-

bens des Staates) erreichten wir die Zahl von 8000 Einrichtungen, die keine Mehrarbeit erzeugen, sondern diese verteilen. Der Form nach konnte das eine Annäherung der Entscheidungszentren der Vereinten Arbeit bedeuten, dem Inhalt nach ist dies eine rapide Zunahme des nichtproduzierenden Teils der Gesellschaft. Eine praktikable Lösung dieses Problems – ohne einen Rückfall in staatlichen Zentralismus – zeichnet sich bislang noch nicht ab“

Die beschriebenen Probleme sind nur zwei Aspekte der jugoslawischen Krise – wengleich auch wahrscheinlich zwei wesentliche. Einige weitere seien hier lediglich benannt:

- die starke Abhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes, verschärft durch die weitgehende Abschaffung des staatlichen Außenhandelsmonopols;
- die weitgehende Autonomie der einzelnen Teilrepubliken bringt eine Tendenz zur Unterhöhlung des einheitlichen jugoslawischen Marktes mit sich;
- der zum Gesetz erhobene Grundsatz, daß die staatlichen Einnahmen gleich den Ausgaben sein müssen, erzeugt eine prozyklische, krisenverschärfende Wirkung.

### Ist die Selbstverwaltung eine Krisenursache?

Bei den Problemen mit den „selbstverwalteten Interessengemeinschaften“ ist der Kern der Widerspruch zwischen geistiger und körperlicher Arbeit. Die Misere der Politik – oder besser Nicht-Politik – auf dem Lande hat ihren Kern im Widerspruch zwischen Stadt und Land. Es sind die grundlegenden Entwicklungsprobleme jeder Übergangsgesellschaft, die letzten Endes die gegenwärtige Krise Jugoslawiens erzeugen. Daß diese Gesellschaft sich die Aufgabe stellt, ihre Belange in Selbstverwaltung zu lösen, ist wohl weniger der Grund der Krise. Eher ein Grund, daß diese Widersprüche schwerer unterdrückt werden können und somit behandelbar sind. □

#### Benutzte Literatur

- Drulovic, M.. Die Arbeiterselbstverwaltung auf dem Prüfstand, Berlin und Bad Godesberg 1976  
Furtak, R.K.. Jugoslawien Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Hamburg 1975  
Herbert, G.. Das Einfache, das schwer zu machen ist, Frankfurt 1982  
Horvat B.. Die jugoslawische Gesellschaft, Frankfurt 1972  
Ihlau, O., Vukic, M.. Jugoslawien Modell im Wandel, Frankfurt 1973  
Lemán, G.. Das jugoslawische Modell, Frankfurt/Köln 1976  
diess.. Wirtschaftsplanung im System der jugoslawischen Arbeiterselbstverwaltung I und II, Köln 1982  
Soergel, W.. Arbeiterselbstverwaltung oder Managersozialismus, München 1979  
Statistisches Bundesamt: Länderkurzbericht Jugoslawien, Wiesbaden 1980

## Neuerliche „Lektion“?

In ihrer Ausgabe vom 14.4.1983 hat ein Kommentator in der *taz* zum jüngsten Konflikt China/Vietnam erklärt, daß erstens die Vietnamesen verrückt seien, wenn sie gegenwärtig Zwischenfälle an der chinesischen Grenze provozierten, und zweitens es langfristig in diesem Konflikt darum gehe, ob China oder Vietnam die Hegemonie in Indochina ausübe. Aus diesem Konflikt scheint für den Autor die Hauptgefahr für die Region auszugehen. Nicht ist die Rede von der realen Gefahr die die Aktionen der Vietnamesen gegen die Befreiungskräfte der Khmer und Thailand bedeutet.

Aus diesem Kommentar spricht eine bestimmte Sorte politischer Moral, wie sie vor allem im Schlußabschnitt deutlich wird: „Aus chinesischer Sicht ist Vietnam eine Marionette Moskaus – gerade deshalb würde eine solche Aktion (gemeint ist ein chinesischer Angriff) den mühsamen Prozeß der Normalisierung gefährden, der im letzten halben Jahr in die Wege geleitet wurde.“ Welche „Normalisierung“ meint denn der Autor?

Fakt ist, daß seit mehr als vier Jahren vietnamesische Truppen in Kampuchea ein Regime an der Macht halten, das allein auf vietnamesischen Bajonetten an die Macht gekommen ist und sich nur gestützt auf vietnamesisches Waffenpotential halten kann. Die Schaltstellen der Macht in Kampuchea (wie auch in Laos) sind fest in vietnamesischer Hand. Vietnam fordert die Einstellung der chinesischen (und anderer) Hilfe für die Koalition, die für die Befreiung Kampucheas von den Vietnamesen kämpft, fordert letztlich die politische Isolierung dieser Koalition. Allein, dies würde die Zerschlagung derjenigen Kräfte bedeuten, die ein neutrales und unabhängiges Kampuchea schaffen wollen, würde zugleich die politische Dominanz Vietnams über das Land der Khmer bedeuten.

Die Unterdrückung von Kampuchea soll nach unserem *taz*-Autor also normalisiert werden. Zudem habe Moskau seine Hände im Spiel, und „gerade deshalb“ sei die chinesische Politik gefährlich. Diese Sorte Demokratie und Internationalismus-Verständnis konnten wir erst vor einiger Zeit im Streit um die Unterstützung der Solidarność-Bewegung verfolgen, nach dem Motto Nur den russischen Bär nicht wecken! Sowieso scheint der Kommentator der Meinung zu sein, daß die vietnamesische Aggression im Grunde genommen gerecht gewesen ist.

Aber was hat dies mit dem gegenwärtigen chinesisch-vietnamesischen Grenzduell zu tun? Ist es so, daß die Chinesen

aus eigenen Hegemonialinteressen heraus der Agent provocateur sind, weil die vietnamesische Führung „verrückt“ sein müßte, wenn sie jetzt, wo sie „eine militärische Offensive in Kampuchea unternimmt, an ihrer Grenze zu China Zwischenfälle provozieren würde“? Man könnte diese Frage natürlich auch anders fassen: Vielleicht will Vietnam durch Grenzprovokationen im Norden von seiner Offensive in Kampuchea und seinen Einfällen in Thailand ablenken?

Der Sachverhalt an der chinesisch-vietnamesischen Grenze läßt sich im einzelnen von außen schwer feststellen. Daß es an dieser Grenze gärt, hängt zusammen mit dem Beziehungsgefüge China Vietnam und vor allem mit dem Vorgehen der Vietnamesen in Kampuchea. Mit den derzeitigen Artillerieduellen an der Grenze dürfte der chinesischen Seite zweifellos daran gelegen sein, die Vietnamesen vor weiteren Verletzungen thailändischen Territoriums zu warnen (der vietnamesische Vizeaußenminister Ha Van Lan hat erst kürzlich erklärt, die Truppen Vietnams hätten das Recht, die kampucheanischen Widerstandskämpfer auch auf thailändisches Gebiet zu verfolgen). Zugleich könnte China versuchen, durch militärischen Druck gegen Vietnam im Norden die Lage der bedrängten kampucheanischen Widerstandsgruppen etwas zu erleichtern. Führen die Vietnamesen doch derzeit ihre größte militärische Aktion gegen den kampucheanischen Widerstand seit ihrer Invasion vor vier Jahren durch, wobei Vietnam das Kampuchea-Problem militärisch zu lösen versucht, ehe es an den Verhandlungstisch geht. Zugleich soll diese zumindest indirekte Unterstützung Chinas ein Signal an die Asean-Länder sein, daß China im Falle militärischer Bedrohung durch Vietnam ihnen zu Hilfe kommen würde.

Nicht um die Frage der Hegemonie geht es China im Südostasien, sondern um die Frage, ob diese Region eine unabhängige, blockfreie und neutrale Existenz zu führen vermag (China fordert Einstellung der sowjetischen Hilfe für das Marionettenregime, Abzug der vietnamesischen Truppen und Abhaltung von freien Wahlen, in denen das kampucheanische Volk selber über Gesellschaftssystem und Regierungsform entscheiden soll) oder zunehmend unter sowjetisch-vietnamesischer Kontrolle gerät, d.h. eine sicherheitspolitische Gefahrenzone auch für China wird. Der kampucheanische Widerstand, von China und den Asean-Ländern unterstützt, ist von daher ein globalpolitischer Faktor, dem auch hierzulande stärkere Unterstützung zuteil werden sollte.

## isp-Verlag

Wang Fanxi

### Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs 1919-1949

Diese einzige umfassende Autobiographie, die jemals von einem Veteranen der chinesischen Revolution veröffentlicht wurde, ist zugleich der einzig vorhandene persönliche Bericht über bestimmte bedeutsame Perioden in der Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas. Sie ist weiterhin eine wertvolle Quelle zum Studium der Geschichte des chinesischen Trotzkismus, der bei weitem wichtigsten Gruppe der internationalen Linken Opposition außerhalb der Sowjetunion.

ISBN 3-88332-066-8  
336 Seiten, 26, DM  
Leinenausgabe 32,- DM

pocket 7

Jack London

### Krieg der Klassen

»Neulich erhielt ich einen Brief. Er kam von einem Mann aus Arizona. Er begann mit ‚Lieber Genosse und er schloß mit ‚Der Deine für die Revolution In den Vereinigten Staaten gibt es vier hunderttausend Männer ja fast eine Million Männer und Frauen, die ihre Briefe mit ‚Lieber Genosse einleiten und mit ‚Der Deine für die Revolution schließen. (...)

Fast alle Werke Jack Londons liegen auch auf Deutsch vor doch die zitierten Stellen aus ‚Revolution sind nirgends zu finden.

In diesem Band werden seine wichtigsten sozialistischen Schriften größtenteils erstmals einem deutschen Publikum vorgestellt.

ISBN 3-88332-067-6  
240 Seiten, 13,80 DM

internationale sozialistische  
publikationen  
Postfach: 11 10 17  
D-6000 Frankfurt am Main 1  
Tel.. 0611/736797

## Forderungen für UNCTAD VI

Die Gruppe der 77 traf sich Anfang April, um die Forderungen der Dritten Welt zur nächsten Welthandelskonferenz im Juni in Belgrad zu beraten. Sie kritisierten die wirtschaftliche Entwicklung, u.a. ging der Export für Primärprodukte von 74 Mrd. Dollar 1980 auf 53 Mrd. Dollar 1982 zurück, die Auslandsschulden verdoppelten sich auf 630 Milliarden. Schwerpunkt ihrer Forderungen ist die Linderung der Finanzierungsprobleme, d.h. Erleichterungen in der Kreditaufnahme und Zinssenkungen sowie Verlängerung von Fälligkeitsfristen. Die Entwicklung der Süd-Süd-Beziehungen wird als grundlegende Voraussetzung für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung angesehen. Die Forderung nach Globalverhandlungen wird vor allem von den USA abgelehnt. □

## Das kleine Algerien Mittelerrands

Als Kanaker bezeichnet sich die Urbevölkerung der französischen Kolonie Neukaledonien im südlichen Pazifik, die seit einigen Jahren um ihre Unabhängigkeit kämpft. Die Reformen der Regierung Mittelerrand werden von der Unabhängigkeitsbewegung zwar begrüßt, dennoch spitze sich der Konflikt zwischen den Melanesiern, die 41,7% der 140000 Bewohner der Inselgruppe stellen, und den Europäern (Caldoches), Nachkommen der Sträflinge und Siedler und mit einem Anteil von 38,1% (neben 12% Polynesiern und 8,2% Bewohnern aus anderen Pazifikregionen) eine fast ebensogroße Bevölkerungsgruppe, in den letzten Monaten zu. In Paris wird die Weigerung, das „überseeische Territorium“ (territoire outre mer T.O.M.) bald in die Unabhängigkeit zu entlassen, mit eben diesen Gegensätzen und den kolonialen Verhältnissen begründet. Tatsächlich aber stehen militärische und wirtschaftliche Interessen einer zügigen Dekolonisierung im Weg.

Neukaledonien ist der drittgrößte Nickelexporteur der Welt. Größter Förderer ist die SLN (Société Le Nickel), die je zur Hälfte der französischen Holding Imetal und dem staatlichen Energiekonzern Elf Aquitaine gehört. Mit 3000 Menschen beschäftigt sie 13% der Erwerbstätigen Neukaledoniens.

Die enorme Ausweitung der Verwaltungsapparate – die Zahl der Angestellten im öffentlichen Dienst wurde in den vergangenen drei Jahren von 5100 auf 7650 erhöht – spricht ebenfalls dafür, daß die Regierung in Paris den Bestrebungen der Unabhängigkeitsfront F.I., die bei der Wahl zur letzten Territorialversammlung 80% der Kanaker für sich gewinnen konnte und auch von Organisationen der Caldoches unterstützt wird, nicht nachzukommen gedankt.

„Mittelerrands kleines Algerien“ betitelt der *Nouvel Observateur* einen Kommen-

tar zu den Zusammenstößen im Januar dieses Jahres. Zwei französische Gendarmen waren von Kanakern getötet worden, als sie versuchten, einem Holzwirtschaft betreibenden Caldoche seine von Kanakern blockierten Landmaschinen zurückzugeben. Der Vorwurf der Kanaker: der Europäer verschmutze den Fluß und entvölkere den Wald. Ein Schadensersatzangebot in Geld, von einer Vermittlungskommission vorgeschlagen, lehnten sie ab, woraufhin der französische Hochkommissar den Polizeieinsatz befahl.

Ein kriegerischer Konflikt ist nicht aus-

zuschließen. Schließlich wurde der Einsatz der Urbevölkerung bisher unbekanntem Tränengases durch die Polizei von den Kanakern als Beginn des großen Krieges zwischen ihnen und den Caldoches angesehen. Und insbesondere das Landproblem drängt auf rasche Veränderungen, wenn man bedenkt, daß 2500 Caldoches mehr als 340000 ha Land besitzen, das sie noch nicht mal vollständig bewirtschaften, während 24000 Melanesier auf 163000 ha in den Reservations leben, in die sie von den Siedlern im Lauf der letzten 120 Jahre zurück gedrängt worden sind. □

## Der linke IWF

Seit langem hat die hiesige Solidaritätsbewegung ihre Lehren aus verschiedenen Lektionen gezogen und übt sich in *kritischer* Solidarität. Die hat aber einige Mucken, wie sich in ihrer Praxis herausstellt.

Ein beliebtes Argument angesichts der Ermordung einer Führerin der salvadorianischen Befreiungsorganisation FPL (mit anderen zusammengeschlossen in der FMLN) durch ein anderes führendes Mitglied der FPL selber ist, man müsse dies kritisieren und die Offenlegung der Geschehnisse fordern, aber „was hingegen nicht zur Diskussion steht, ist die Glaubwürdigkeit und Legitimation des Kampfes des salvadorianischen Volkes ...“ (Bundestreffen der El Salvador-Gruppen).

Dieser Hinweis nutzt für die Solidaritätsarbeit nicht viel. Die Befreiungsbewegungen in der FMLN sind der Transmissionsriemen zur westdeutschen Bewegung und an ihnen vorbei ist keine wirklich effektive Unterstützung möglich. Der Kampf des Volkes ist natürlich legitim, aber hat es nicht vielleicht auch die Organisationen, die es verdient?

Zu Recht wird befürchtet, daß Teile der Führung entsprechende terroristische Methoden auch nach der Machtergreifung anwenden könnten – gegen Bündnispartner in der Revolution. Noch schwerer wiegt vielleicht der politische Hintergrund der Tat: Die ermordete Melida Anaya Montez stand für einen möglichen Kompromiß mit den sogenannten gemäßigten Kräften in El Salvador einschließlich der Christdemokraten und unter Ausschluß der Rechtsradikalen.

Die äußerste Position hierzu hat wohl Cohn-Bendit eingenommen: „... fordere ich Schluß mit der Unterstützung der Befreiungsbewegung in El Salvador, bis

die Plattform für einen historischen Kompromiß vorliegt. Melida Anaya Montez sollte nicht umsonst ermordet worden sein. Die Bauern in El Salvador wollen Ruhe und Frieden. Die Revolutionäre und Faschisten mobilisieren nur noch Minderheiten. Die Regierung kann nur durch den Terror überleben. Die Revolutionäre durch die Verhandlungen dem Volk zum Überleben verhelfen oder mit Terror die Macht ergreifen und halten.“ Es hat einiges für sich, als eigentliche Selbstkritik der FPL nicht die Veröffentlichung der innerparteilichen Streitigkeiten anzusehen, sondern die Verfolgung eines nationalen Kompromisses, mit dem das Volk eine Verschnaufpause und Selbstbestimmung über seine Regierung erhält.

Das sind allerdings schwierige Entscheidungen, wie steht es z.B. mit der Ausschaltung der Einmischung von Amerikanern und Rechtsradikalen, die eine Wahl zur Farce machen könnte? Doch gehen wir einmal von der Richtigkeit dieser Kritik aus, dann stellt sich sofort die Frage, welche Macht dieser Kritik über den Druck des Arguments hinaus an die Hand gegeben werden soll. Cohn-Bendit und diejenigen, die z.B. die Aussetzung der *taz*-Sammlung „Waffen für El Salvador“ verlangen, plädieren im Grunde für einen „linken IWF“ mit Danton als Vorsitzendem. Mit dem Stellen von Bedingungen und Verhängen von Sanktionen hört aber die kritische Solidarität auf. Bedingungslose Unterstützung, die die Selbstbestimmung der Befreiungsorganisationen wahrt, schafft überhaupt den Boden, auf dem Kritik geübt und vielleicht auch gehört wird. Ohne dieses Prinzip wären alsbald weitere Beziehungen zu Befreiungsorganisationen anderer Regionen ebenfalls abbruchreif. *thm*





(Bild: Berliner Frauenhaus)

Von Gabi Böhmer

Daß Frauen zum Besitz des Mannes, auch des ansonsten besitzlosen, gehören, daß sie kein Recht auf die eigene Person und den eigenen Körper haben, daß ihre Menschenwürde antastbar ist — das war nicht nur in biblischen Zeiten oder im „finsternen“ Mittelalter so und wird heute keineswegs allein von islamischen Fundamentalisten vertreten. Die Frauenbewegung hat die alltägliche Gewalt gegen Frauen, wie sie hier und heute auftaucht, offengelegt. Grüne Frauen und schließlich die Grüne Fraktion in Bonn fordern einen Frauenausschuß — die Reaktionen im „Hohen Haus“ machen allein schon deutlich, welch tiefgreifende Änderungen der Verhältnisse wie des Bewußtseins erreicht werden müssen, soll die Verachtung der Frauen ein Ende haben.

**E**rst die Frauenbewegung der 70er Jahre begann damit, das gesellschaftliche Ausmaß der Gewalt gegen Frauen publik zu machen. Die männliche Öffentlichkeit weigert sich hartnäckig, die Fakten zu registrieren. Verständlich, werden die Herren z.B. auf Regierungsebene hier ja auch persönlich angesprochen. Die männliche Linke verbirgt ihre individuelle Betroffenheit hinter Begründungen wie fehlende Aktualität und geringe politische Relevanz des Themas. Grund genug, hier mit „Nachhilfeunterricht“ zu beginnen, was vielleicht die eine oder andere (oder den einen?) dazu anregt, sich die umfassende Literatur der Frauenbewegung anzueignen und sich persönlich zu engagieren.

Eine Gruppe feministischer Wissenschaftlerinnen hat heute, in der Zeit der Statistiken und Volksbefragungen, versucht, offizielle Daten, Statistiken und wissenschaftliche Untersuchungen über das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen, insbesondere in der Ehe, zu suchen. Sie fand nichts. Von soziologischer Seite war es zum großen Teil so, daß Frauen in den Untersuchungen nicht vorkamen. Auch den Psychoanalytikern, die ja spezielles Interesse an jeder Form sexueller Perversion zeigen, ist Vergewaltigung und Gewalt gegen Frauen wohl zu „normal“, um ein Thema zu sein. Daß es von staatlicher Seite keine Untersuchungen gibt, ist verständlich: Im Grundgesetz wird die Privatheit der Familie geschützt, und Gewalt gegen Frauen fällt meist in den Bereich des Privaten. Wo Gewalt von Männern gegen Frauen behandelt

wird, z.B. in der Rechtsprechung und in der Psychiatrie, wird dies als individueller Ausnahmezustand gesehen, der aus einer individuellen psychischen Störung des Mannes (gestörtes Selbstbewußtsein, Alkohol) bzw. der Frau (Hysterie, Masochismus) erklärt wird. Die Frauenbewegung versucht dagegen, die Gewalt gegen Frauen publik zu machen, sie aus ihrem individuellen und familiären Rahmen herauszulösen und historische sowie gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen. Sie kann ein Ergebnis für sich verbuchen. Eben erschien tatsächlich die erste offizielle wissenschaftliche Untersuchung in der BRD die sich mit den Spätfolgen von Vergewaltigung befaßt. (s. *Emma* Nr. 5, Mai 1983)

#### **Das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen: Historisches, Internationales, Ausnahmesituation Krieg**

Seit es schriftliche Überlieferungen gibt, ist von Vergewaltigungen die Rede und wurde versucht, die Sache mittels Gesetze in den Griff zu bekommen; was nicht heißt, daß die Gesetze zum Schutz der Frauen gemacht wurden. Es ging allein darum, den Besitz der verschiedenen Männer (Vater Ehemann) zu regeln und zu garantieren. Daß die Frauen Eigentum eines Mannes waren, stand fest. Aus dem ersten geschriebenen Recht des Hammurabi von Babylon geht hervor daß zwar Frauenraub außer halb des Stammes selbstverständlich war innerhalb des Stammes aber Ordnung geschaffen werden mußte. Statt Raub wurde

„Du sollst nicht begehren  
deines Nächsten Weib,  
Knecht, Magd, Vieh oder  
alles, was sein ist.“

(10. Gebot)

der Kauf eingeführt. Die Vergewaltigung einer Jungfrau wurde gleichzeitig strafbar, weil der Vater um den Verkaufspreis geprellt war. Bei Vergewaltigung einer verheirateten Frau ging es um den Besitz des Ehemannes: Vergewaltiger und Ehefrau wurden in den Fluß geworfen, der Ehemann konnte die Frau retten, wenn er wollte. Im alten Israel war es ähnlich, das Hymen einer Jungfrau wurde vom Vater für 50 Silberlinge angeboten. Bei Vergewaltigung innerhalb der Stadtmauer wurden Täter und Opfer gesteinigt (sie hätte gehört werden müssen, wenn sie geschrien hätte), außerhalb der Stadtmauer wurde die Frau „verschont“, der Vergewaltiger zahlte dem Vater die Summe und heiratete die Frau. Diese Art von Brautraub mittels Vergewaltigung war dann auch im europäischen Mittelalter verbreitet und ein beliebtes Mittel, in reiche adelige Familien einheiraten zu können.

Was die Rechtsprechung betrifft, so hat sich im Prinzip nicht viel geändert. Das Hauptproblem ist, daß eine Frau einen Mann absichtlich reinlegen könnte und er verurteilt würde. Ein entsprechendes Beispiel ist bereits in der Bibel breit ausgeführt, auf dieses Beispiel stützt sich die spätere Rechtsprechung bis heute. In England heißt es um 1700 in einer Ausführung über die Rechtsprechung:

„Wenn ihr Ruf schlecht ist und andere nicht für sie bürgen, wenn sie das Unrecht geraume Zeit verschweigt, obwohl sie Gelegenheit hatte, Anzeige zu erstatten, wenn der Ort, an dem der Akt angeblich verübt wurde, so gelegen ist, daß sie eigentlich hätte gehört werden müssen, sie aber nicht um Hilfe gerufen hat unter solchen und ähnlichen Umständen besteht dringender Verdacht, daß ihr Zeugnis falsch oder fingiert ist.“

Im Handbuch der kalifornischen Polizei steht heute: „Bei keinem anderen Verbrechen werden so viele falsche Angaben gemacht wie bei Vergewaltigungen.“ „Die Mehrzahl der am nächsten Tag angezeigten Vergewaltigungen entbehrt jeder Grundlage.“

Was die Mißhandlungen in der Ehe betrifft, so waren Züchtigungsrecht bzw. Züchtigungspflicht bis Ende des 19. Jahrhunderts in Mitteleuropa gesetzlich verankert. Die Unterordnung der Frauen war Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung, so war die Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse in der Ehe keine Privatangelegenheit, sondern ihre Einhaltung wurde beaufsichtigt und öffentlich sanktioniert. Der Mann hatte die Pflicht, sein Recht durchzusetzen. Schlug z.B. die Frau den Mann, so war das ein Verstoß gegen die Sozialordnung, und bestraft wurde öffentlich nicht



nur die Frau, sondern auch der Mann. Die Gewalt der Männer wurde deklariert als öffentliche und politische, der Stabilisierung von Ordnung dienende Gewalt.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus in Westeuropa wurde die öffentliche Gewalt zunehmend auf Staat und Institutionen übertragen, die Machtverhältnisse in der Ehe wurden Privatangelegenheit.\*

International gesehen ist es so, daß in einer Reihe von Ländern die offene Gewalt von Männern über Frauen noch gesetzlich und kulturell verankert ist. Als um die Jahrhundertwende in den mitteleuropäischen Ländern das Züchtigungsrecht verschwand, wurde es in den islamischen Ländern erst gesetzlich festgelegt. Als Grundlage gilt eine Koraninterpretation, die lautet: „Und wenn ihr fürchtet, daß Frauen sich auflieben, dann ermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie.“ Die von Familienmitgliedern vollstreckte Todesstrafe für „gefallene“ d.h. vergewaltigte Mädchen ist noch verbreitet. Klitorisbeschneidungen

\* Was sich nun in der Praxis geändert hat, wieweit sich Ausmaß und Formen der Gewalt in der Ehe geändert haben, welchen Anteil an der Änderung die allgemeine ökonomische Entwicklung und welchen die Frauenbewegung hatte, kann ich nicht feststellen. Ich nehme allerdings an, daß die Jahrtausende alten offen gewaltsamen Formen der Frauenunterdrückung sicher noch ihre Auswirkungen haben in den Köpfen der Männer und Frauen auch in der „fortschrittlichen“ westlichen Welt.

#### Benutzte Literatur:

- Cheryl Benard Edit Schläffer: Die ganz gewöhnliche Gewalt in der Ehe, Reinbek (Rowohlt) 1978  
Susan Brownmiller: Gegen unseren Willen. Vergewaltigung und Männerherrschaft, Frankfurt (Fischer) 1980  
Phyllis Chesler: Frauen, das verrückte Geschlecht, Reinbek (Rowohlt) 1977  
Frauen gegen Männergewalt. Berliner Frauenhaus für mißhandelte Frauen. Erster Erfahrungsbericht, Berlin-West (Frauenselbstverlag) 1978  
Susanne Lau u.a.: Aggressionsoffer Frau: Körperliche und seelische Mißhandlung in der Ehe, Reinbek (Rowohlt) 1979  
Ruth Schlötterer: Vergewaltigung. Weibliche Schuld männliches Vorrecht?, Berlin-West (Selbstverlag) 1982  
„Wendepunkte“ Verlag Frauen helfen Frauen (Frauenhaus Hamburg)

finden heute in 29 Staaten statt, betroffen sind ca. 30 Millionen Frauen. Im Iran ist Vergewaltigung von Ungläubigen, Kriegsgefangenen und Prostituierten offiziell erlaubt. In Kenia hat das Parlament vor zwei Jahren die Männer aufgefordert, ihre Ehefrauen zu verprügeln, wenn sie nicht gehorchen, und die Klitorisbeschneidung wird als wichtiges Kulturerbe propagiert. In Indiens Hauptstadt wurden 1980 400 Frauen von ihren Ehemännern verbrannt und 300 in den Selbstmord getrieben, weil den Männern die Mitgift zu gering war. In Ländern mit ökonomisch und politisch fortschrittlicher Entwicklung als Ergebnis von Befreiungskämpfen, die mit aktiver Beteiligung der Frauen geführt worden waren, werden die reaktionären Ansichten gegenüber Frauen oft beibehalten oder Reformen werden wieder rückgängig gemacht. In China wird heute offiziell zugegeben, daß im Massenumfang neugeborene Mädchen getötet werden, Frauen, die ein Mädchen geboren haben, zum Selbstmord getrieben werden und vorgeburtliche Geschlechtsbestimmungen gemacht werden zu dem Zweck, eine Abtreibung durchzuführen, falls ein Mädchen zu erwarten ist.

Extreme Formen der Gewalt gegen Frauen finden sich regelmäßig in Kriegssituationen. Es gibt wohl keine siegreiche Armee, die ihre Macht über die besiegte Nation nicht mit massenhaften Vergewaltigungen, Mißhandlungen und Ermordungen von Frauen bewiesen hat. Susan Brownmiller hat detaillierte Untersuchungen angestellt über Vergewaltigungen in beiden Weltkriegen, im Vietnamkrieg, in Nanking 1938 und Bangladesh 1971. Öffentlich in der Weltpresse diskutiert wurde das Problem der Vergewaltigungen erstmals bei Bangladesh, weil Mujibur Rahman die Weltöffentlichkeit um Hilfe gebeten hatte und sich gezwungen sah, die vergewaltigten Frauen zu „Heldinnen der Nation“ zu erklären. Von der Zahl her handelte es sich um 200 000 bis 400 000 Frauen, überwiegend Moslems, die gemäß den dort herrschenden Sitten von ihren Männern verstoßen worden waren und massenweise Selbstmord begangen hatten. So entstand ein Männerüberschuß als echtes nationales Problem. Brownmiller wies allerdings nach, daß es sich hier nicht um besondere Gewalttätigkeit exotischer Bengalen handelte, sondern daß prozentual und von der begangenen Grausamkeit her kein Unterschied besteht zu dem Verhalten der Deutschen in Belgien und Frankreich im Ersten Weltkrieg, der Deutschen in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, der Russen in Berlin und der Amis in Vietnam oder der Japaner in Nanking. Daß diese Vergewaltigungen ausschließlich eine Frage der Macht sind und nichts mit Sexualität und Triebstau zu tun

This is my weapon  
this is my gun  
one is for killing  
one is for fun

(Armeelied Vietnam)

haben, haben die Amerikaner selbst nachgewiesen. Sie hatten in Vietnam mobile Bordelle eingerichtet, was aber nichts geändert hat.

Männer, die im Krieg vergewaltigen, sind ganz normale Alltagsstypen, die ihre Normalität verlieren, wenn sie in den exklusivsten Männerclub eintreten. Der Körper der geschändeten Frau wird zum zeremoniellen Schlachtfeld. Die Tat, die an der Frau übt wird, ist eine Botschaft unter Männern – Siegesbeweis für den einen, Dokument der Niederlage für den anderen. Dschingis Khan hat im 13. Jahrhundert folgendes gesagt:

„Die höchste Aufgabe im Leben des Mannes besteht darin, den Widerstand seiner Feinde zu brechen, sie vor sich herzutreiben, all ihren Besitz zu nehmen, das Weheklagen ihrer Lieben im Ohr zu haben, ihre Pferde zwischen die Schenkel zu nehmen und die begehrenswertesten Frauen zu umarmen.“

### Die alltägliche Gewalt gegen Frauen

Unsere heutige, „normale“ Gewalt gegen Frauen umfaßt Mord, Totschlag, Vergewaltigung außerhalb und in der Ehe, Mißhandlungen, psychische Gewalt, Gewalt an Kindern einschließlich Vergewaltigungen. (Man könnte die Reihe noch fortsetzen mit Gewalt von Frauenärzten, Psychiatern, ökonomischer und politischer Gewalt über Frauen u.ä.)

Um beim Mord anzufangen: Nur jeder zwölfte Mörder ist eine Frau. Wenn eine Frau mordet, sind in 90% der Ehemann oder die Kinder die Opfer. Die Rechtsprechung bei Männern und Frauen ist durchaus unterschiedlich. Nicht nur A. Schwarzer, auch bürgerliche Psychiater in England haben festgestellt, daß Männer bei einem Mord an Frau oder Freundin durchweg mit milderen Umständen rechnen können: Zumeist haben sie Alkohol getrunken, sind also in einem Ausnahmezustand, sie wurden von der Frau abgewiesen oder beleidigt oder betrogen, also in ihrer Mannesehre gekränkt, sind beruflich im Streß – alles in allem meist eine Affekthandlung, die mit einigen Jahren Haft oder Gefängnisstrafe auf Bewährung abgegolten ist. Bei Frauen kommt Affekt seltener in Frage, weil sie kaum ein Mordinstrument mit sich herumtragen, Alkohol ist eher ein Beweis schlechten Lebenswandels, die Morde sind meist geplant und damit heimtückisch, was Höchststrafe bedeutet. Besonders was Tötung von Kindern betrifft, werden Frauen durchweg mit Höchststrafe für fehlende Mutterliebe bestraft, fehlende Vaterliebe hat so gut wie immer nur eine Bewährungsstrafe zur Folge.

Was die Vergewaltigung betrifft, so wur-

Gaby Potthast

## Wir brauchen einen Frauenausschuß!

Das zumindest war die einmütige Meinung aller frauenbewegten Frauen der Fraktion, eine Meinung, die dann auch die Zustimmung der gesamten grünen Bundestagsgruppe erhielt.

Grundlage dieser Forderung war die Überlegung, daß seit Jahren im Dickicht der Wissenschaft und durch die autonome Frauenbewegung ausreichend Material über die Unterdrückung und Diskriminierung von Frauen erarbeitet worden ist.

Niemand könnte behaupten, daß es an Analysen mangelte – allein: die realpolitischen Konsequenzen stehen umgekehrt proportional zum blühenden Reichtum verbal-radikaler Untersuchungsergebnisse. Auf allen Ebenen wie immer: männliche Interessenvertretungspolitik!!!!!!

Die Begründung für die Einrichtung eines Frauen-Ausschusses warf dann jedoch ein Problem auf: aus der Fülle von Problemkomplexen einen Bereich her auszugreifen, an dem die HERRschen Unterdrückungsmechanismen herauskristallisiert werden konnten.

Schamhaft hatte die von der Bundesregierung eingesetzte Enquêtekommission „Frau und Gesellschaft“ den gesamten Komplex „Gewalt gegen Frauen“ verschwiegen. Und genau dieses Thema als Schwerpunkt der Begründungsrede für einen Frauenausschuß führte dann zu „tumultartigen Unruhen“ (FR vom 31.3.83) im Bundestag.

Wie ich mich als Rednerin fühlte?  
In Wechselbädern watend!!!

Der Namensaufruf durch Annemarie Renger trifft mich stehenden Fußes. Denn: die Begründungsrede für die Einrichtung eines Frauenausschusses war nur zur Hälfte getippt; die noch fehlende Hälfte versucht Heidi im Hochhaus Tulpenfeld, unserer derzeitigen Arbeitsresidenz, 10 Minuten vom Bundestag entfernt, gerade fertig zu tippen, während ich im Plenarsaal sitze und mir Stichpunkte notiere für den Fall, daß Heidi nicht mehr rechtzeitig fertig wird.

Annemaries Aufruf kommt entsprechend verfrüht.  
Los geht's !

Mit einer Anrede, die über die „repräsentative Demokratie“ hinaus auf die Utopie einer „direkten Demokratie“ verweist, stehe ich in der zeitlich recht kur-

zen, zahlenmäßig an Redebeiträgen jedoch nicht geizenden Tradition grüner parlamentarischer Erfahrungen.

„Sehr geehrte Damen und Herren!  
Lieben Freundinnen und Freunde!  
Liebe Frauen!“

Ich nehme wahr, daß Unruhe entsteht, nehme wahr, daß die CDU/CSUler Bemerkungen in Richtung Redepult schreien – ohne den Inhalt dieser Zurufe akustisch verstehen zu können – sehe, wie sich ein schmieriges Grinsen von Mund zu Mund weiter fortpflanzt, spüre meine eigene Stimme lauter, schriller werden, gegen diesen Lärm anschreien. Ich will meine Stimme hören, will wahrnehmen, was ich sage. Der Geräuschpegel im Saal in den Rängen der CDU/CSU nimmt traumatische Höhen an.

In mir steigen Wut, Hilflosigkeit, Ohnmacht und Verachtung gegenüber dieser „Meute“ hoch; zeitweilig überkommt mich ein Gefühl der Absurdität der gesamten Szenerie. Es scheint alles so lächerlich zu sein! Da sitzen diese beschlippten Macht- und Würdenträger vor dir benehmen sich wie pubertierende Jünglinge, schlagen sich auf die Schenkel, als die Rede auf Vergewaltigung in der Ehe kommt. Vor meinem geistigen Auge läuft ein anderer Film ab: mißhandelte Frauen mit kleinen Kindern an der Hand suchen Schutz in Frauenhäusern – alltägliche Erfahrungen von Frauenhäusern – und dann dieser Ansturm von Unverschämtheit und Aggression mir gegenüber. Du nimmst das ölige Grinsen auf den Gesichtern wahr, vor dir Barzels Konterfei, da Zimmermanns, im Hintergrund dein Gegenkandidat Jochen Borchert alias „Hühner-Hugo“ (der seinen Spitznamen einem ihm gehörigen Hühner-KZ verdankt) von Bankreihe zu Bankreihe hüpfend, sich den Bauch vor Lachen haltend.

Vergewaltigung – Vergewaltigung –  
Vergewaltigung – Vergewaltigung

Im Nachhinein kommt es mir vor wie eine Grotteskerie, die von keinem Dramaturgen an Showeffekten hätte überboten werden können!

Absurdes Theater – leider hatte ich selbst eine Rolle in diesem Stück !!!

Gaby Potthast ist Mitglied der Grünen Fraktion im Bundestag



Eine männliche Reaktion auf die Aufklärungskampagne über Gewalt gegen Frauen

den 1976 in der BRD ca. 7000 Fälle polizeilich erfaßt, das sind 0,2% aller Straftaten. 72% der angezeigten Fälle wurden aufgeklärt, zu einer Verurteilung kam es in 15%. Die Dunkelziffer wird auf ca. 35000 geschätzt (wobei eine Schätzung hier kaum möglich ist, da sie die Frage der Definition, was überhaupt als Vergewaltigung angesehen wird, einschließt).

Bestraft wird Vergewaltigung nach § 177 StGB: „Wer eine Frau mit Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben zum außerehelichen Beischlaf mit ihm oder einem Dritten nötigt, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.“ (Höchstmaß 15 Jahre)

Das Erfordernis des Beischlafs, d.h. des vaginalen Geschlechtsverkehrs, für den objektiven Straftatbestand der Vergewaltigung deutet darauf hin, daß es hier ursprünglich um die Verhinderung unerwünschter Zeugung und damit um eine geordnete Fortpflanzung der Bevölkerung ging. Stünde tatsächlich die sexuelle Selbstbestimmung im Vordergrund, so wäre die Differenzierung zwischen Vergewaltigung und „sexueller Nötigung“ (die für die betroffenen Frauen oft schlimmer als der vaginale Verkehr ist) nicht erforderlich. Es heißt in § 178 (1) StGB: „Wer einen anderen mit Gewalt oder durch Drohung für Leib und Leben nötigt, außereheliche sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder an dem Täter oder einem Dritten vorzunehmen, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.“

Vergewaltigung oder „sexuelle Nötigung“ ist nur außerhalb der Ehe strafbar. Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie im *Stern* 1976 gaben 18% aller verheirateten Frauen an, schon einmal mit Gewalt vom Ehemann zur „ehelichen Pflicht“ gezwungen worden zu sein, vom Ehegatten bedrängt fühlten sich 64%. Der ausdrückliche Ausschluss der Ehe von der

Strafbarkeit bedeutet hier für die Frauen auch, daß ihnen der gesellschaftlich-moralische Rückhalt zur Durchsetzung ihrer grundlegendsten Rechte auf körperliche Selbstbestimmung und Unversehrtheit fehlt.

Die geringe Zahl von angezeigten Vergewaltigungen und die Tatsache, daß nur ein äußerst geringer Prozentsatz verurteilt wird, verdeutlichen, daß Frauen von einer Anzeige nur wenig erwarten können.

Die oben genannte Untersuchung über Spätfolgen von Vergewaltigung ergab, daß 48% der Frauen, die Anzeige erstattet hatten, dies nicht wieder tun würden. Die psychischen Folgen der Gerichtsverhandlung übertreffen z.T. die der Vergewaltigung selbst. Die Frau ist zuerst mit der Polizei konfrontiert, von der aus Befragungen bekannt ist, daß eine große Anzahl männlicher Polizisten schlicht der Meinung ist, Vergewaltigung ohne Einwilligung des Opfers gäbe es gar nicht. (Eine Erhebung nur unter Polizeibeamtinnen ergab dagegen, daß diese von nur 2% unbegründeten Anzeigen ausgehen).

In der Gerichtsverhandlung sieht die Frau sich dann (meist männlichen) Juristen gegenüber die ihr Wissen aus Lehrbüchern schöpfen, wo z.B. zu lesen ist: „Die meisten Frauen möchten bewußt oder unbewußt zum Geschlechtsverkehr gezwungen werden, um einen scheinheiligen ‚moralischen‘ Anspruch zu wahren. Es liegt ganz bei der Frau, den Akt als für sie und ihren Partner befriedigende ‚Eroberung‘ oder als kriminelle Handlung im nachhinein zu definieren.“

Selbst die minimalsten Möglichkeiten der Frau, nämlich als Nebenklägerin aufzutreten und so Einfluß auf die Verhandlung zu nehmen, dem Täter Fragen zu stellen u.ä., sind nicht gesetzlich garantiert. Bisher war das allerdings in vielen Fällen Rechtspraxis. Heute gibt es Bestrebungen, das Recht der Frauen auf Nebenklage für rechtsungültig zu erklären. Die Praxis ist bekannt: Der Tä-

„Ich würde meiner eigenen Tochter unter diesen Umständen nicht raten, eine Vergewaltigung anzuzeigen. Wenn die Frau nicht blutüberströmt und mit Würgemalen am Hals auf die Polizeistation kommt, wird ihr häufig mit größter Skepsis begegnet.“

(Ein Richter auf dem 3. Weltkongreß für Viktimologie 1979 in Münster)

ter kann schweigen, die Frau muß als Zeugin ihre Vergangenheit und ihr Sexualleben ausbreiten und nachweisen, daß es ihr tatsächlich keinen Spaß gemacht hat. Als tätförderndes Verhalten zählen dabei z.B. „aufreizende“ Kleidung, nachts alleine rumlaufen, trampeln u.ä.

### Wer sind die Täter?

Unter Kriminologen und Psychiatern wird unter Anwendung der Freudschen Theorie der Notzuchtäter als kranke Persönlichkeit dargestellt, der Opfer seiner Mutter und seiner Ehefrau ist, z.B. so:

„Es stellte sich heraus, daß die Ehefrauen der Sittlichkeitsverbrecher sich gegenüber Männern äußerlich unterwürfig und masochistisch verhielten, aber ihre Weiblichkeit latent neigten und eine männlich-aggressive Orientierung zur Schau stellten. Unbewußt begünstigten sie sexuelle Aggression, nur um dann kalt und abweisend darauf zu reagieren. Sie stimulierten ihre Männer zu Versuchen, sich zu beweisen, Versuche, die unweigerlich in Frustration endeten und die Zweifel der Männer an ihrer Männlichkeit noch verstärkten. Unbewußt setzten die Frauen damit jene Art der Beziehung fort, die der Täter zu seiner Mutter gehabt hatte. Ohne Zweifel ist die sexuelle Frustration, die von den Frauen ausging, einer der Faktoren, die zur Vergewaltigung motivieren, einer Tat, die mit aller Vorsicht als verschobener Versuch bezeichnet werden kann, eine verführerische, aber abweisende Mutter zur Unterwerfung zu zwingen.“

Diese Aussage basiert auf der Untersuchung von acht (!) Männern. Statistisch relevante Untersuchungen haben dagegen ergeben, daß ein Notzuchtäter kaum mehr ist als ein aggressiver, feindselig eingestellter junger Mann, der seine Gewalttätigkeit an Frauen ausläßt. Erkennbare krankhafte Symptome hat er nicht. Er gehört meist der sogenannten Unterschicht an und neigt auch zu sonstigen Straftaten.

Es ist hier von den Vergewaltigern die Rede, die bei der Polizei aktenkundig werden. Natürlich gibt es das bestätigen Untersuchungen besonders der Frauenhäuser – Notzuchtäter in allen gesellschaftlichen Schichten. In „höheren“ Schichten geschieht dies allerdings meist auf die „feinere“ Art: Opfer sind Ehefrau, Freundin oder Genossin, eine Anzeige bleibt den Tätern so gut wie sicher erspart.



## Wer sind die Opfer?

Grundsätzlich kann jede Frau vergewaltigt werden. Jugend, hohes Alter häßliches Aussehen und züchtiger Lebenswandel sind keine Garantie dagegen. In einem Krankenhaus in Washington lagen vergewaltigte Frauen im Alter zwischen 15 Monaten und 82 Jahren. Meist sind Frauen betroffen, die der gleichen Schicht wie der Täter angehören, einfach wegen der besseren Gelegenheit; Vergewaltigung ist ein typisches Gelegenheitsdelikt. Eine Untersuchung ergab, daß 50% der Opfer mit einer Waffe bedroht, 21% tödlich angegriffen und 12% verbal bedroht wurden. Nicht gewehrt haben sich 55% der Frauen, zu fliehen versuchten 27%, aktiven Widerstand leisteten nur 18%

Kommentar zu diesen Zahlen: „Es hat den Anschein, als sei das Opfer nicht willens, Widerstand zu leisten oder zu kämpfen, wenn sein Leben oder körperliches Wohlergehen in Gefahr sind.“ Dies hat rechtliche Konsequenzen, weil vom Opfer Widerstand verlangt wird. Nutzen hat das Opfer davon nicht.

Eine noch größere Dunkelziffer ergibt sich bei Vergewaltigung von Kindern (90% Mädchen), da die Täter meist Familienangehörige sind. 28% der Opfer gemeldeter Vergewaltigungen waren einer Studie in den USA zufolge unter 14 Jahre alt. Im Kinsey-Report berichten 25% der befragten Frauen von ungewollten sexuellen Erlebnissen in der Kindheit mit einem erwachsenen Mann. Kinsey mißt dem allerdings keinerlei Bedeutung bei, er bezeichnet die Abwehraktionen der Mädchen als „hysterisch“ und sieht nur ein Problem, wenn Erwachsene das „dramatisieren“

Zum Thema Mißhandlungen in der Ehe gibt es mehrere Untersuchungen von seiten der Frauenbewegung. Noch weniger als bei Vergewaltigung sind hier irgendwelche Zahlen über das Ausmaß der Mißhandlungen greifbar weil es sich hier eben um den „privaten“ Bereich handelt. Was die Täter betrifft, wird übereinstimmend festgestellt, daß sie in allen sozialen Schichten vorkommen. Die Untersuchungen im Berliner Frauenhaus (300 Frauen wurden befragt) hatte folgendes Ergebnis:

Bezüglich des Anlasses der Mißhandlungen wußten 41% kein besonderes Ereignis zu nennen. Als direkten Anlaß sahen 41% Alkohol, 30%, wenn es ihm paßte und 14%, wenn er herausgefordert wurde und die Frau sich wehrte. Die Art und die Schwere der Mißhandlungen wurde angegeben in 29% der Fälle mit Mordversuch oder Morddrohung, in 25% mit Schlagen mit Gegenständen; ausschließlich oder zusätz-

lich nervlich und seelisch fertiggemacht waren 41%, und 83% gaben an, geschlagen, getreten und gewürgt worden zu sein.

Das „seelisch Fertigmachen“ betraf Isolation von der Umwelt, Verbot jeglicher Kontakte, Verbot der Erwerbstätigkeit, Verweigerung von Geldmitteln, allgemeine Unterwerfung, Kontrolle, Bevormundung.

Zum Geschlechtsverkehr verpflichtet sah sich die überwiegende Mehrheit der Frauen. 50% wurden beim Geschlechtsverkehr „zu Sachen gezwungen, die sie nicht wollten“ 75% der Frauen wollten keine sexuelle Beziehung mehr zu dem Mißhandler nur 2% fanden ihr Sexualleben nicht beeinflusst. Allerdings konnte nur 1% durchsetzen, daß die sexuelle Beziehung abgebrochen wurde.

Ähnlich wie bei der Vergewaltigung wehrten sich auch in der Ehe 63% der Frauen nicht, 36% wehrten sich körperlich. Zur Folge hatte die Gegenwehr daß in 42% die Gewalttätigkeit verschärft, in nur 5% eingeschränkt wurde.

Auch wenn sie sich nicht körperlich gewehrt haben, so hat natürlich der große Teil der Frauen versucht, die Situation zu verbessern. Das Bemühen, die Beziehung zu dem Mann zu verbessern und ihn zu ändern, umfaßte: immer wieder mit ihm reden, vermeiden was er nicht mag, ihr Äußeres verbessern. Hilfe wurde zu  $\frac{2}{3}$  im privaten Bereich gesucht, zu  $\frac{1}{3}$  bei Institutionen wie Fürsorge, Polizei, Ärzte, Eheberatung.

Die Reaktion des Mißhandlers auf Hilfe suche war folgende: Zu 37% wurde er noch brutaler zu 43% verbreitete er Lügen über die Frau, zu 27% versuchte er sie für verrückt zu erklären, zu 30% hielt er sich zeitweilig zurück und nur zu 8% suchte er selbst Unterstützung.

Wie ist die Rechtslage bei Mißhandlungen in der Ehe? Körperverletzung ist prinzipiell strafbar Es wird unterschieden zwischen einfacher gefährlicher und schwerer Körperverletzung sowie Mordversuch. Mit Hinweis auf den Schutz von Ehe und Familie im Grundgesetz wird jedoch die einfache und die gefährliche Körperverletzung in der Ehe erst einmal von der Strafverfolgung ausgenommen, es wird nur ermittelt, wenn „öffentliches Interesse“ besteht, d.h. „wenn der Rechtsfrieden über den Lebenskreis des Verletzten hinaus gestört ist und die Strafverfolgung ein gegenwärtiges Anliegen der Allgemeinheit ist“

Die Strafbarkeit von Frauenmißhandlung wird damit effektiv aufgehoben. Wenn eine Frau ihren Mann vor Gericht bringt, wird das als ehe oder familiengefährdend angesehen und ist nicht erwünscht. „Die Einleitung eines Strafverfahrens könnte die Chance, die Ehe zu retten, er-



Frauenfeindliche Werbung

heblich verringern“ heißt es im Bericht des Bundestages zur Frage der Vergewaltigung in der Ehe.

Die Frau hat nur die Möglichkeit, Privatklage zu erheben, d.h. sie muß sich selbst ans Gericht wenden, die Prozeßführung anstelle des Staatsanwaltes vornehmen und die Prozeßkosten tragen.

Nur die schwere Körperverletzung ist von diesem besonderen Schutz ausgenommen. Darunter fallen aber nur Verletzungen mit Dauerschäden wie Verlust von Gliedmaßen u.ä. Mordversuch ist Haftgrund, es kommt aber so gut wie nie zur Festnahme, weil hier der Frau nicht geglaubt wird.

Ruft also eine mißhandelte Frau die Polizei, so kann es ihr schlimmstenfalls passieren, daß sie selbst wegen Ruhestörung verklagt wird. Die Polizei sieht sich aufgrund der Rechtslage nicht für zuständig. Ihr einziges Ziel ist, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Vorläufige Festnahmen kommen kaum vor und sind auch nicht effektiv. Oft wird die Frau im Beisein ihres Mannes gefragt, ob sie Zivilklage erheben will. Unabhängig davon, ob im Einzelfall die Frau ein gerichtliches Verfahren gegen den Mann wünscht, würde es das Rechtsempfinden mißhandelter Frauen unterstützen, wenn die herbeigerufene Polizei zumindest eindeutig die Strafbarkeit von Mißhandlungen feststellen würde. Aber gerade bei der Polizei kann der Mann oft genug auf Verständnis gegenüber der als hysterisch bezeichneten Frau hoffen. Polizisten stellen sowieso einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Mißhandlern.

Frauen ertragen Mißhandlungen oft jahre- und jahrzehntelang. Neben der ökonomischen Abhängigkeit und der Sorge um die Kinder bildet die „öffentliche Meinung“ einen Grund für das Schweigen der

Die Frauen vom Berliner Notruf für vergewaltigte Frauen schrieben in einer Presseerklärung:

Wir fordern:

- daß auch in der Ehe Vergewaltigung und sexuelle Nötigung bestraft werden;
- daß jede erzwungene Penetration (anal, oral und vaginal) als Vergewaltigung bestraft wird;
- daß auch psychische Gewalt als Form der Gewaltausübung bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung bestraft wird;
- daß Vergewaltigungen durch Freunde, Verwandte und Bekannte nicht als minder schwere Fälle abgeurteilt werden;
- die Zulassung von vergewaltigten Frauen und Frauengruppen, die gegen Männergewalt kämpfen, als Nebenklägerinnen;
- das Verbot von Fragen an die vergewaltigte Frau nach ihrem Vorleben und ihrer Sexualität.

Wir bitten, unsere Forderungen mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen (wobei diese bei einer Rechtsanwältin hinterlegt werden). Mit Hilfe dieser Unterschriften wollen wir Abgeordnete gewinnen, welche die Gesetzesänderung in den Bundestag einbringen. Unterschriften bitte an: „Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen e.V.“, Postfach 110471, 1000 Berlin 11.

Weitere Forderungen betreffen Polizei, Ärzte und Schule:

#### Polizei

- (a) Die Ausbildung von Polizisten muß die vorhandenen Vergewaltigungsmymen berichtigen und vermitteln, wie man mit einer Frau, die wegen Vergewaltigung Anzeige erstattet, rücksichtsvoll umgeht.
  - (b) Die Anzeige erstattende Frau soll zwischen einem männlichen und einem weiblichen Vernehmungsbeamten wählen können.
  - (c) Es soll ihr ohne Nachteile das Recht zugestanden werden (besonders unmittelbar nach der Tat), die Vernehmung abzubrechen und sich in ärztliche Behandlung oder nach Hause zu begeben.
  - (d) Während der Vernehmung soll der Frau eine Begleitperson ihrer Wahl zugestanden werden.
  - (e) Die Polizei sollte über Sexualdelikte eine wirklich aufklärende Öffentlichkeitsarbeit leisten.
- Die polizeilich empfohlenen Vorsichtsmaßnahmen sind mit Vorsicht zu genießen, da sie den Frauen viele Einschränkungen auferlegen

und ihnen damit wiederum die Verantwortung aufhalsen.

Wenn eine nächtliche Ausgangssperre – wie sie die Polizei in Yorkshire anriert – dann nicht für Frauen sondern für Männer!!!

#### Ärzte

- (a) Sexualverbrechen und ihre psychosomatischen Auswirkungen sollten in ihrer Ausbildung mehr behandelt und problematisiert werden.
- (b) Die psychische Verletzung des Opfers muß ebenso wie die physische gründlich festgestellt und auf Wunsch therapeutisch behandelt werden. Die Untersuchung darf also nicht nur der gerichtlichen Beweisaufnahme dienen.

#### Schulen

- (a) Ihre Aufgabe wäre es, eine sensiblere und freiere Aufklärung zum Sexualverhalten allgemein und besonders zum Problem Sexualität und Gewalt zu leisten.
- (b) Der Sport für Mädchen sollte mehr auf Kraft- und Selbstverteidigung ausgerichtet sein oder zumindest solche Möglichkeiten zur Verfügung stellen.

Bezüglich mißhandelter Frauen ist ein wesentliches Problem die Finanzierung der autonomen Frauenhäuser, die in akute Existenznot geraten sind, da die meisten ABM-Stellen zur Zeit nicht verlängert werden und kaum Zuschüsse gezahlt werden. Die Frauenhausgruppen fordern einen Haushaltstitel auf Länderebene, um von der jeweiligen politischen und ökonomischen Situation der einzelnen Kommunen unabhängig zu sein. Die Berliner Frauenhausfrauen haben folgenden Forderungskatalog veröffentlicht:

- Finanzierung weiterer Frauenhäuser, die von der Frauenbewegung initiiert werden und nach dem Prinzip der Selbstverwaltung organisiert sind.
- Es sollte selbstverständlich sein, daß diese Frauenhäuser nur mit weiblichen Mitarbeitern arbeiten. Erfahrungen mit den betroffenen Frauen haben gezeigt, daß auch die „sensibilisiertesten“ Männer in Frauenhäusern die Entwicklung der Frauen und die Beratung und Atmosphäre im Hause behindern.
- Alle Institutionen – Arztpraxen, Krankenhäuser, Unfallstationen, Bezirksämter, Gerichte, Polizei u.a. – müssen das Problem begreifen und in ihren Statistiken geschlechtsspezifisch ausweisen und ihre Funktion in der Unterstützung mißhandelter Frauen und Kinder sehen. Das bedeutet auch, daß Gesetze verändert oder erweitert werden. (Eine Stati-

stik von Angriffsoffern in einem Hospital in Boston/USA ergab, daß 70% davon Frauen sind!)

● Speziell weibliche Polizei sollte sich mit Problemen von mißhandelten und vergewaltigten Frauen und ihren Kindern befassen. Dadurch ist es wahrscheinlicher daß sich Polizistinnen als Frauen eher in die Lage der Opfer versetzen können und ihnen nicht mit Mißtrauen, Unverständnis oder Zynismus begegnen, was bisher immer wieder vorkommt.

● Gewalt in Ehe oder eheähnlichen Beziehungen muß als im öffentlichen Interesse liegend strafrechtlich verfolgt werden. Frauen, die bisher die übliche Einstellung ihrer Strafanzeige „mangels öffentlichen Interesses“ erhalten haben, sollten uns diese schicken. Wir sammeln alle Absagen von Strafanzeigen, um gemeinsam etwas unternehmen zu können.

● Ärztliche Atteste über Folgen der Mißhandlungen müssen im Zusammenhang mit der Aussage der Frau als Beweis für die Gewalttätigkeit des Mannes vor Gericht ausreichen. Ein Gesetz mußte erlassen werden, das alle Richter zu dieser Beweiswürdigung verpflichtet.

● Einrichtung von Unterhaltsvorschußkassen.

● Schnellere Regelung des Sorgerechts für die Kinder.

● Entsprechend der englischen Gesetzgebung muß der mißhandelten Frau grundsätzlich die gemeinsame Wohnung überlassen werden. Dabei darf die Form der Mietvertragsregelung und ob es sich um eine Ehe oder eine eheähnliche Beziehung handelt keine Rolle spielen.

● Unbürokratische Ausstellung von gemeinsamen Wohnberechtigungsscheinen mit Dringlichkeitsstufe und eine bevorzugte Vermittlung von preiswerten großen Wohnungen für mißhandelte Frauen und ihre Kinder, damit ihnen Wohngemeinschaften mit anderen Frauen und Kindern ermöglicht werden.

● Um unsere gemeinsamen Ziele besser durchsetzen zu können, sollten alle existierenden Frauenhäuser und Initiativgruppen, die aus der Frauenbewegung entstanden sind, einen Dachverband anstreben.

● Mißhandelte Frauen müssen bei der Unterstützung durch die Sozialämter als Haushaltsvorstand anerkannt werden und somit den vollen Regelsatz erhalten. In vielen Städten der BRD fallen mißhandelte Frauen unter den sogenannten Randgruppenparagraphen 72 BSHG, der mißhandelte Frauen als unfähige und hilflose Personen ansieht. Alle Frauenhäuser müssen sich dagegen wehren. □

Frauen. Viele Frauen betrachten es als ihr persönliches Versagen, eine Ehe als gescheitert zu erklären. Wird die Privatheit der Familie aufgehoben und die Gewalt öffentlich, so sind es meist die Frauen, die unter der Ächtung von Nachbarn und Verwandten zu leiden haben.

Denn Frauenmißhandlung ist kein individuelles Problem, nicht etwas, was ein einzelner Mann zufällig einer einzelnen Frau antut. Frauenmißhandlung ist kein ‚Ausreißer‘ bei ‚Eheschwierigkeiten‘. Frauenmißhandlung hat System, ist Teil und Resultat der gesamtgesellschaftlichen Verachtung der Frauen. Frauenmißhandlung

hängt damit zusammen, daß Männer Frauen als ihren Besitz betrachten, mit dem sie machen können was sie wollen. Eine Einstellung, die meist von Familienangehörigen oft sogar von den Frauen selbst von Eheberatungsstellen, Ämtern, Polizisten, Ärzten, Anwälten und Gerichten geteilt wird.

#### Ein öffentliches Bewußtsein schaffen

In den Parlamenten haben die Feministinnen unter den Grünen Frauen einen schweren Stand. Sie müssen sich durchsetzen gegen die Männer der bürgerlichen Parteien

wie gegen die Grünen Männer die beide dieselbe Methode anwenden: die Forderungen ignorieren und die Frauen lächerlich machen. Trotzdem bietet sich hier für die Frauenbewegung eine Möglichkeit, ihren Forderungen gegen die Gewalt an Frauen mehr Öffentlichkeit zu verschaffen.

Bezüglich der Vergewaltigung gehen die Forderungen dahin, auch die eheliche Vergewaltigung in den §177 StGB aufzunehmen, die Unterscheidung Vergewaltigung und sexuelle Nötigung aufzuheben, die psychische Gewalt stärker zu berücksichtigen und fehlende Gegenwehr der Frau nicht als Beweis ihrer Einwilligung zu sehen.

Adelheid Biesecker

# Verstaatlichung, Entstaatlichung – oder was?

## Plädoyer für die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft

*Mit der Verschärfung der Krise verstärkt sich auch der Ruf nach dem Staat. Geraten Unternehmen in Schwierigkeiten, drohen die Kapitalisten mit Entlassungen und Werksschließungen – am nahelegendsten erscheint immer noch die Forderung nach Verstaatlichung. Wird nicht die Verstaatlichung selber gefordert, dann wenigstens staatliche Investitionsprogramme, um der Arbeitslosigkeit gegenzusteuern. Herrschen solche Auffassungen vor allem in den Gewerkschaften und einem Teil der Sozialdemokratie vor – so wird von reaktionärer Seite an der Notwendigkeit eines starken Staates natürlich keinerlei Zweifel gelassen, aber der starke Staat soll vor allem die Bedingungen herstellen, unter denen die Akkumulation in den Unternehmen wieder in Gang kommen könnte: Einsparung von Reproduktionskosten der Arbeiterbevölkerung und Senkung der Kosten für die Allgemeinbedingungen der kapitalistischen Produktion und Zirkulation bei den Unternehmen.*

*So lauten die Losungen der Reaktion, die angeblich „weniger Staat“ in Wirklichkeit aber zusätzliche Mehrarbeit für Kapital und Staat, also „weniger Anspruchsdenken“ auf Seiten der von der Ar-*

*beit lebenden Bevölkerung im Sinn hat. Eine linke Politik kann sich auf die Alternative von mehr oder weniger Staat nicht einlassen, weil sich in Wirklichkeit Kapital und Staat in ihren Wirkungszusammenhängen wechselseitig bedingen. Die Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln wird in der Trennung von Gesellschaft und Staat nur nochmal verdoppelt. Will linke Politik Selbstverwaltung durch die Produzenten und Selbsttätigkeit der Gesellschaft, dann kann sie antikapitalistisch nur sein, wenn sie auch das Monopol des Staates in all seinen Formen in Frage stellt und bekämpft. Kapital und Staat sind wie Zahl und Wappen. Gegenüber den Selbstheilungskräften des Kapitals an den Staat zu appellieren, heißt von Pontius zu Pilatus rennen. Ablehnung des Vertrauens in den Staat und des Appells an den Staat kann aber nicht bedeuten, die Frage der politischen Macht als Kernfrage der gesellschaftlichen Umwälzung umschiffen zu wollen. Bloß, ihre eigene Macht kann die gesellschaftliche Bewegung, ihre politische Macht nie als Staatsmacht zur Geltung bringen. Das will der folgende Artikel begründen.*

**„Die Kommune war eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Rücknahme des eigenen gesellschaftlichen Lebens des Volkes durch das Volk und für das Volk. Sie war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen.“<sup>1</sup>**

Wenn es einen toten Hund in der derzeitigen linken Theorie Szene gibt, dann ist es die Staatstheorie<sup>2</sup> – beginnt Joachim Hirsch seinen jüngsten Beitrag zur Staatsdebatte.<sup>2</sup> Auf die Theorieszene mag das zutreffen, nicht jedoch auf die „Szene“ der Entwicklung alternativer Politikkonzepte. Sie beinhalten alle bestimmte Vorstellungen vom Staat und seiner Rolle bei der Umwälzung der Gesellschaft – und diese Vorstellungen sind ebenso zahlreich wie die Konzepte selbst. Da gibt es die gerade jüngst wieder erhobene Forderung nach Verstaatlichung (gefordert z.B. von verschiedenen Belegschaften in der Stahlindustrie, so von den Hoesch-Arbeitern sowie den Arbeitern bei Klöckner in Bremen), da findet sich die vielfältig begründete Vorstellung von der Transformation des Staates (z.B. bei den Sozialistischen Studiengruppen in ihren letzten Veröffentlichungen zum Staat<sup>3</sup>). Da gibt es auch schon Forderungen nach „Entstaatlichung“ über neue Formen der Verge-

sellschaftung (so z.B. bei Altwater<sup>4</sup>). Und der „postkeynesianische Sozialismus“ von Christine Buci-Glucksmann scheint ein bewußt antistaatliches Konzept zu sein, stark verknüpft mit Forderungen nach Selbstverwaltung.<sup>5</sup> Da finden sich auch Konzepte des „Vorbei“ am Staat, wie im „radikalen Reformismus“ von Hirsch<sup>6</sup> oder im Dualismus-Konzept von Gorz<sup>7</sup>, der seinen „informellen Sektor“ neben den bestehenden Großbetrieben einschließlich des bestehenden Staates aufbauen will. Häufig gibt es auch Vermischtes, Konzepte, die Staatliches und Nichtstaatliches scheinbar problemlos nebeneinanderstellen, wie das bei den Grünen der Fall ist. In ihrem „Sofortprogramm“ steht die Basisdemokratie als zentrales Element neben den Begriffen „ökologisch“ und „sozial“, Absage wird allen „bekannten Formen der Verstaatlichung“ erteilt<sup>8</sup>. Ein paar Seiten weiter wird dem Staat dann ein Investitionsprogramm für „ökologische und soziale Investitionen“ vorgeschlagen<sup>9</sup>. Und weiter hinten wird wieder stark auf Selbstorganisation gesetzt.

Wie sind diese verschiedenen Vorstellungen über den Staat einzuschätzen, was nützt in einem Gesamtkonzept der gesellschaftlichen Umwälzung, der Emanzipation der Arbeit, um deren Entwicklung es geht?<sup>10</sup> Was ist illusionär an den entwickelten Vorstellungen vom Staat, bzw. was ist direkt schädlich? Im folgenden soll versucht werden, den theoretischen Rahmen für die Beurteilung dieser Fragen zu entwickeln. Der „tote Hund“ Staatstheorie muß dazu wiederbelebt werden – nicht neu geboren, wie die Ausführungen zeigen werden.

**Noch einmal:  
Was ist der  
Staat?**

Um sich klarzumachen, was der Staat ist, ist es nützlich, sich die Gesellschaftsformationen ins Gedächtnis zurückzurufen, die ohne Staat auskamen, und den Übergangsprozeß zu Gesellschaften

mit Staat zu verdeutlichen. In den Entstehungsbedingungen für den Staat müssen sich seine Überwindungsbedingungen finden lassen.

Dabei liegen die Grundlagen für die Entstehungsbedingungen des Staates in den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen die Individuen miteinander produzieren und konsumieren, miteinander leben: „Die Tatsache ist also die: Bestimmte Individuen, die auf bestimmte Weise produktiv tätig sind, gehen diese bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ein Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber diese Individuen, nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie *wirklich* sind, d.h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind.“<sup>11</sup> Der Staat entsteht auf Basis dieser Entwicklung, auf Grundlage der Trennung von privater und gesellschaftlicher Sphäre, von besonderem und allgemeinem Interesse.

Die Menschen beginnen die Produktion auf sehr niedriger Stufe der Produktivkraft, so daß ihre ganze verfügbare Zeit auf die Beschaffung und Verarbeitung ihrer Lebens- und Produktionsmittel verwendet werden muß. In diesem gesellschaftlichen Urzustand gibt es noch kein Privateigentum, keine Arbeitsteilung, damit keinen Überschuß und keine ökonomische Grundlage für Klassenbildung. Dem niedrigen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte entspricht ein niedriger Stand der Bedürfnisse. Der gesellschaftliche Zustand besteht naturwüchsig und unentwickelt. Ebenso unentwickelt ist das Bewußtsein der Gesellschaft über sich selbst. „Dieser Anfang (des Bewußtseins, d. Verf.) ist so tierisch wie das gesellschaftliche Leben dieser Stufe selbst, er ist bloßes Herdenbewußtsein, und der Mensch unterscheidet sich hier vom Hammel nur dadurch, daß sein Bewußtsein ihm die Stelle des Instinkts vertritt, oder daß sein Instinkt ein bewußter ist.“<sup>12</sup> Die Menschen haben ein borniertes, kein bewußtes Verhältnis zur Natur, wie auch ein borniertes, bewußtloses Verhältnis zueinander Die gesellschaftlichen Einheiten sind klein, Familie oder Stamm (Gens). Die notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben sind ebenfalls gering (z.B. Beilegung von Streitigkeiten, Kriegsführung), sie werden gemeinsam gelöst bzw durch Wahl und Abwahl von Verantwortlichen. Der gesellschaftliche Zusammenhang ist durchsichtig, nicht wegen eines entwickelten Bewußtseins über die gesellschaftlichen Zusammenhänge, sondern wegen seiner eigenen Nichtentwicklung. Privatsphäre und gesellschaftliche Sphären sind noch nicht getrennt.

Diese Trennung entwickelt sich erst mit der Arbeitsteilung. Einerseits ein Mittel der gesellschaftlichen Steigerung der Produktivkraft der Arbeit und damit Grundlage für die Schaffung eines Mehrprodukts, bindet sie den einzelnen zunächst historisch fest in einem „bestimmten ausschließlichen Kreis der Tätigkeit, der ihm aufgedrängt wird, aus dem er nicht herauskann; er ist Jäger, Fischer oder Hirt oder kritischer Kritiker und muß es bleiben, wenn er nicht die Mittel zum Leben verlieren will“<sup>13</sup> Diese Arbeitsteilung besondert den einzelnen bzw die einzelne Familie und das Einzelinteresse, macht den einzelnen damit abhängig von der Gesamtheit, bildet so gegenüber den besonderen Interessen der einzel-

nen das Allgemeininteresse aller am gesellschaftlichen Zusammenhang heraus: „ und zwar existiert dieses gemeinschaftliche Interesse nicht bloß in der Vorstellung, als ‚allgemeines‘ sondern zuerst in der Wirklichkeit als gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, unter denen die Arbeit geteilt ist.“<sup>14</sup> Dieses gemeinschaftliche Interesse entwickelt sich also notwendig dort, wo die Gesellschaft, indem sie die Arbeitsteilung entwickelt, die Isolierung des Individuums bzw der Familie vorantreibt. Sie macht einen gesondert hergestellten gesellschaftlichen Zusammenhang, das „Allgemeine“ gegenüber dem jeweils Besonderen, nötig. Dieses „Allgemeine“ entsteht, weil der gesellschaftliche Zusammenhang auf dieser niedrigen Entwicklungsstufe der Gesellschaft bewußtlos ist, als dem Individuum gegenüber fremde Macht, die es nicht durchschaut: „Und endlich bietet uns die Teilung der Arbeit gleich das erste Beispiel davon dar, daß, solange die Menschen sich in der naturwüchsig Gesellschaft befinden, solange also die Spaltung zwischen dem besonderen und gemeinsamen Interesse existiert, solange die Tätigkeit also nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigene Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht.“<sup>15</sup> Die persönlichen Verhältnisse verwandeln sich in sachliche, die eigene soziale Tätigkeit und ihr Produkt bestimmen über die Menschen: „Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eigenen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung

“<sup>15a</sup>

Dieses „Allgemeine“ ist noch nicht Staat. Es läßt sich auch historisch sehen, daß zunächst die alte Gesellschaft, die Gentilordnung, versucht, diesen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang zwischen den arbeitsteilig produzierenden Gesellschaftsmitgliedern, die allmählich Warenproduzenten werden, gemeinschaftlich, über ihre alten gesellschaftlichen Organe, herzustellen.<sup>16</sup> Das gelingt aber nicht. Und zwar mißlingt es nicht deshalb, weil der Umfang der Aufgaben zu groß wäre, sondern weil sich mit der Absonderung der Sphäre des Allgemeinen auf der Grundlage der Arbeitsteilung die Bedingung für die Spaltung dieses Allgemeinen selbst entwickelt. Die Arbeitsteilung, die identisch ist mit der Herausbildung von Eigentum an den Produktionsmitteln und Produkten, erst als Stamm- oder Gemeindeeigentum, später als Privateigentum<sup>17</sup> hat die Grundlage für die Herstellung eines gesellschaftlichen Mehrprodukts über die unmittelbaren Bedürfnisse der Produzenten hinaus geschaffen, damit die ökonomische Grundlage für die Entstehung einer nicht-arbeitenden Klasse. Weil naturwüchsig, entwickelt sich das Eigentum von vornherein in ungleicher Verteilung. So ist mit der Teilung der Arbeit „die Möglichkeit, ja die Wirklichkeit gegeben ( ) daß die geistige und materielle Tätigkeit – daß der Genuß und die Arbeit, Produktion und Konsumtion, verschiedenen Individuen zufallen “<sup>18</sup> Die Wirklichkeit einer solchen nicht-arbeitenden Klasse, die Verfestigung der persönlichen Verhältnisse zu Klassenverhältnissen, wird durch die ungleiche Entwicklung des einmal begründeten Privateigentums gegeben, auf das die nicht-arbeitende Klasse ihre Macht begründet, auf dessen Grundlage sie sich das Mehrprodukt der arbeitenden Klasse aneignen kann. Der Prozeß der Klassenbildung verläuft in den verschiedenen Gesellschaften unterschiedlich. Elemente, die aus der inneren Entwicklung hervorgehen, wie die Arbeitsteilung, vermischen sich mit äußeren Einflüssen, wie z.B. der veränderten Rolle der



Kriegsgefangenen auf der Grundlage eines im Inneren produzierten Mehrprodukts in Sklaven. (Diese unterschiedlichen Prozesse der Klassenbildung und damit der Staatsbildung untersucht z.B. Engels in dem schon zitierten Text „Der Ursprung der Familie“) <sup>19</sup>

Mit der Ungleichheit in den ökonomischen Bedingungen (arbeitende nicht-arbeitende Klasse, Eigentümer – Nicht-Eigentümer) entwickeln sich auf beiden Seiten der Gesellschaft, in beiden großen Klassen, unterschiedliche „Allgemeininteressen“ Genauer: Es gibt dies Allgemeininteresse gar nicht, es gibt zwei „Allgemeininteressen“ Das Allgemeine ist die „illusorische Form der Gemeinschaftlichkeit“ <sup>20</sup> Mit Herausbildung der ökonomischen Macht der nicht-arbeitenden, besitzenden Klasse verwandeln sich die ursprünglichen gesellschaftlichen Organe in Organe ihres Interesses, werden aus den gesellschaftlichen Organen Klassenorgane. Die ursprünglich gesellschaftliche Amtstätigkeit verwandelt sich in Staatstätigkeit. Über diese wird der jetzt in Klassen gespaltenen Gesellschaft das besondere Klasseninteresse der besitzenden Klasse als Allgemeininteresse aller Klassen aufgezwungen. So z.B. Regelung zum Schutz und zur Vererbung des Eigentums, an dem Nicht-Eigentümer kein Interesse haben können. Und weil die arbeitende Klasse eben diese Interessen nicht teilt, weil andererseits das Interesse der nicht-arbeitenden Klasse an der Aufrechterhaltung ihres privilegierten Standes nur auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der Ungleichheit möglich ist, entsteht der Staat zunächst als Machtorgan, über das die eine Klasse ihr Interesse gegen die andere durchsetzt.

Es ist verschiedentlich die Frage aufgeworfen worden <sup>21</sup> weshalb der Staat entstehen *mußte*, weshalb nicht andere Entwicklungen möglich waren. Wenn die vorangegangene Analyse richtig ist, mußte das Allgemeine, Gesellschaftliche, Staatscharakter annehmen aufgrund der entstandenen Klassenspaltung. Insofern trifft die Bezeichnung jedes Staates als Klassenstaat zu. Zu verhindern wäre diese Entwicklung nur gewesen, wenn die noch nicht in Klassen geteilte Gesellschaft die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die Verteilung der Produkte sowie die Verwendung des Mehrprodukts, überhaupt die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenhangs einschließlich der Entwicklung des Verkehrs mit anderen Gesellschaften bewußt vorgenommen hätte und dadurch Klassenspaltung vermieden worden wäre. Das jedoch war aufgrund des Naturzustands der Gesellschaft unmöglich. Das Bewußtsein über die eigene gesellschaftliche Entwicklung, über die eigenen gesellschaftlichen Zusammenhänge konnte sich erst mit dieser Entwicklung selbst entfalten. Und da sich aufgrund der Klassenspaltung die geistige Arbeit gegenüber der körperlichen als Element der herrschenden Klasse entwickelt, ist auch dieser Bewußtwerdungsprozeß gespalten, für die unterdrückte Klasse daher enorm erschwert. Heute zu fordern, die Gentilgesellschaft hätte sich anders als in eine in Klassen gespaltenen Gesellschaft mit Staat entwickeln sollen, heißt, das heutige, auf Grundlage der gesellschaftlichen Entwicklung entfaltete Bewußtsein über diese Entwicklung als Maß anzulegen an eine Gesellschaft, die es notwendig nicht haben konnte. Anders ist es m.E. dagegen bezüglich der Möglichkeiten heutiger nicht-kapitalistischer Gesellschaften, sich ohne die Zwischenstufe des Kapitalismus auf ein hohes gesellschaftliches Niveau der Produktion hinaufzuentwickeln. Sie können das Wissen über die gesellschaftliche Entwicklung, das die unterdrückten Klassen trotz der bekannten Schwierigkeiten im Lauf der Geschichte sich angeeignet haben, anwenden, um planmäßig ihre gesellschaftlichen

Zusammenhänge zu entfalten. Wenn Kapitalismus und Staatsmonopolismus ihnen die Möglichkeit dazu lassen.

### Der bürgerliche Staat – Staat im eigentlichen Sinne

In allen Gesellschaftsformationen seit der Gentilgesellschaft wird ein so beschriebener Staat entwickelt. Er ist vor allem Gewaltapparat, Herrschaftsinstrument, konkret bestehend aus bewaffneten Formationen in irgendeiner Form, direkt sichtbar, für alle Gesellschaftsmitglieder begreifbar als Staat der herrschenden Klasse. Es gibt keine Grundlage für eine Staatsillusion, für eine Vorstellung also, der Staat sei Staat der ganzen Gesellschaft. Es gibt kein Gegenüber von Gesellschaft und Staat, es gibt zwei Klassen, und auf der Seite der herrschenden Klasse gibt es den Staat. Die Aneignung des Mehrproduktes durch die herrschende Klasse wird durch diesen Staat garantiert, ja physisch durchgesetzt. So brutal diese Verhältnisse sind – sie sind für jeden einzelnen durchschaubar, einsichtig.

Anders in der kapitalistischen Gesellschaft. Sie erst entwickelt die ökonomischen Formen, auf deren Grundlage sich der Staat im eigentlichen Sinne, wirklich erscheinend als Staat der ganzen Gesellschaft, erhebt. <sup>22</sup> Wenn ich für vor-kapitalistische Klassengesellschaften vom Staat gesprochen habe, so nur in dem richtigen Sinne der politischen Gewalt als Klassengewalt. Aber noch nicht im Sinne einer von der ganzen Gesellschaft abgesonderten Instanz. Diese Absonderung geschieht erst in der bürgerlichen Gesellschaft. Dabei kann es hier nicht um die historische Nachzeichnung der Herausbildung des bürgerlichen Staates gehen, sondern um die Analyse der systematischen Elemente. <sup>23</sup>

Die kapitalistische Produktionsweise gründet sich auf die Ungleichheit, Unfreiheit, Eigentumslosigkeit, Ausbeutung in der Produktion bei gleichzeitiger Herrschaft von Gleichheit, Freiheit, Eigentum in der Zirkulation. Was heißt das?

In der Produktion ist der Kapitalist der Herr. Er hat Produktionsmittel und Arbeitskraft gekauft, für beides ein Äquivalent gezahlt, er nutzt in der Produktion den Gebrauchswert der gekauften Waren, indem er den Arbeiter mit den Produktionsmitteln arbeiten läßt. Daß dabei die Arbeitszeit länger dauert als die, die zur Produktion der Lebensmittel für die Arbeiter selbst nötig ist, ist dabei ein Glück für den Käufer der Ware Arbeitskraft, den Kapitalisten, aber durchaus kein Unrecht gegenüber ihrem Verkäufer dem Arbeiter. Das Produkt, angereichert mit dieser zusätzlichen Arbeit, die „zu Recht“ unbezahlt ist, gehört dem Kapitalisten „rechtmäßig“, er verkauft es als Ware zum Äquivalent und realisiert dadurch den in der Ware steckenden, durch die unbezahlte Arbeit geschaffenen Mehrwert. Der Arbeiter kommt aus dem Prozeß heraus als Arbeiter, der wieder seine Arbeitskraft verkaufen muß, weil er sonst nichts hat, um für den Erlös (den Lohn) seine Lebensmittel kaufen zu können, der Kapitalist kommt heraus als Eigentümer von mehr Wert gleich mehr Geld, als er ursprünglich vorschob. Der Prozeß beginnt auf derselben oder erweiterter Stufenleiter von vorn.

Diese in der Analyse des Produktionsprozesses offenkundige Ungleichheit der Produktionsagenten, die Aneignung fremder unbezahlter Arbeit durch den Kapitalisten, wird in der Zirkulationssphäre, in der Sphäre des Warenkaufs und -verkaufs, undurchsichtig. Denn hier tritt der Kapitalist nicht als Kapitalist auf, sondern als einfacher Warenbesitzer. Was er verkauft, ist seine Ware. Sie ist

**G**leichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit“, die, wie wir gesehen haben, im Kern Unfreiheit und Ungleichheit bedeuten. Was ist der Staat in dieser Gesellschaft? Welche Rolle spielt er? Er bleibt zwar Klassenstaat, Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, aber: dieses sein Wesen verbirgt sich jetzt.

sein Eigentum. Daß sich dies Eigentum auf fremde, unbezahlte Arbeit gründet, sieht man der Ware nicht an. Er verkauft sie zu ihrem Wert, ausgedrückt im Tauschwert, in dem ebenfalls kein Unterschied zu sehen ist zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Er verkauft die Ware gegen Geld und erhält dadurch das Quantum an gesellschaftlicher Arbeitszeit zugewiesen, das in der Ware steckt. Dasselbe macht der Arbeiter Auch er verkauft seine Ware als ihr Eigentümer zu ihrem Tauschwert, erhält ebenfalls im Geld die zur Reproduktion seiner Ware notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit zugewiesen. Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches ist „in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham. Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, z.B. der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen. Der Kontrakt ist das Endresultat, worin sich ihre Willen einen gemeinsamen Rechtsausdruck geben. Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihres Eigennutzes, ihres Sondervorteils, ihrer Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den anderen kehrt, vollbringen alle infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge oder unter den Auspizien einer all-pfiffigen Vorsehung nur das Werk ihres wechselseitigen Vorteils, des Gemeinnutzens, des Gesamtinteresses.“<sup>24</sup>

Die Produktion geht außerhalb der Zirkulation vor, ist insofern Privatsphäre, Konsumtionsprozeß der Ware Arbeitskraft durch ihren Käufer, den Kapitalisten. Der gesellschaftliche Zusammenhang wird in der Zirkulation hergestellt. Er wird ausgedrückt im Tauschwert oder – im Geld.<sup>25</sup> Der Tauschwert ist das Allgemeine, das diese Gesellschaftsformation hervorbringt, ein Allgemeines, worin jede Individualität, damit auch jeder Klassenunterschied, ausgelöscht ist. Dies Allgemeine entsteht durch Vergleichung der Waren mit anderen Waren, in entwickelter Form mit Geld. Die Gesell-

schaftlichkeit wird also hergestellt als Beziehung von Sachen, nicht von Personen. Sie entsteht nur in dieser Vergleichung der Tauschwerte von Waren. Sie schließt damit Nicht-Warenbesitzer so wieso aus dem gesellschaftlichen Prozeß aus. „Das allgemeine Interesse ist eben die Allgemeinheit der selbstsüchtigen Interessen. Wenn also die ökonomische Form, der Austausch, nach allen Seiten hin die Gleichheit der Subjekte setzt, so der Inhalt, der Stoff, individuelle sowohl wie sachliche, der zum Austausch treibt, die Freiheit. Gleichheit und Freiheit sind also nicht nur respektiert im Austausch, der auf Tauschwerten beruht, sondern der Austausch von Tauschwerten ist die produktive, reale Basis aller Gleichheit und Freiheit“<sup>26</sup>, die, wie wir gesehen haben, im Kern Unfreiheit und Ungleichheit bedeuten.

Was ist der Staat in dieser Gesellschaft? Welche Rolle spielt er? Er bleibt zwar Klassenstaat, Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, aber: Dieses sein Wesen verbirgt sich jetzt. Er ist nicht mehr nötig als unmittelbare, sichtbare Gewalt zur Aneignung des Mehrprodukts. Daß der Arbeiter sich täglich neu ausbeuten läßt, besorgt der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse selbst, die Eigentumslosigkeit und persönliche Freiheit (er ist nicht mehr Sklave oder Lehnsmann, sondern „freier“ Warenverkäufer) des Arbeiters treibt ihn zum täglichen Verkauf seiner Ware Arbeitskraft. Das Produktionsverhältnis reproduziert sich selbst. Der Staat ist auch nicht nötig zur direkten Regulierung der Zirkulation. Hier herrschen die Gesetze des Tauschwertes. Sie bringen eine Gesellschaftlichkeit hervor, so allgemein, so gleichgültig (im Sinne von gleich geltend) den Individuen gegenüber (in der Kategorie des Warenbesitzers ist der qualitative Unterschied der Waren des Kapitalisten und des Arbeiters ausgelöscht), daß sie wirklich als „Allgemeines“ erscheint, das den Individuen äußerlich ist. Der Staat scheint nur noch Repräsentant dieses Allgemeininteresses aller Warenbesitzer zu sein, eines scheinbar wirklich Allgemeinen. „Die Individuen treten sich nur als Eigentümer von Tauschwerten gegenüber als solche, die sich ein gegenständliches Dasein füreinander durch ihr Produkt, die Ware, geben haben. Ohne diese objektive Vermittlung haben sie keine Beziehung zueinander, vom Standpunkt des in der Zirkulation vor sich gehenden sozialen Stoffwechsels aus betrachtet. Sie existieren nur sachlich füreinander, was in der Geldbeziehung, wo ihr Gemeinwesen selbst als ein äußerliches und darum zufälliges Ding allen gegenüber erscheint, nur weiterentwickelt ist. Daß der gesellschaftliche Zusammenhang, der durch den Zusammenstoß der unabhängigen Individuen entsteht, zugleich als sachliche Notwendigkeit und zugleich als ein äußerliches Band gegenüber ihnen erscheint, stellt *eben ihre Unabhängigkeit dar für die das gesellschaftliche Dasein zwar Notwendigkeit, aber nur Mittel ist, also den Individuen selbst als ein äußerliches erscheint, im Geld sogar als ein handgreifliches Ding*. Sie produzieren in und für die Gesellschaft, als gesellschaftliche, aber zugleich erscheint dies als bloßes Mittel, ihre Individualität zu vergegenständlichen. Da sie weder subsumiert sind unter ein naturwüchsiges Gemeinwesen, noch andererseits als bewußt Gemeinschaftliche das Gemeinwesen unter sich subsumieren, muß es ihnen als den unabhängigen Subjekten gegenüber als ein ebenfalls unabhängiges äußerliches, zufälliges, sachliches ihnen gegenüber existieren. Es ist dies eben die Bedingung dafür, daß sie als unabhängige Privatpersonen zugleich in einem gesellschaftlichen Zusammenhang stehen.“<sup>27</sup> Staatsillusion hat in diesen Formen, die der Kapitalismus in seiner Realität, nicht nur in den Köpfen seiner Agenten, hervorbringt, ihre Grundlage.

Das Kapital findet den Staat als Herrschaftsinstrument vor. Er besteht lange vor dem Kapitalismus. Mit der Entwicklung der skizzierten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten formt der Kapitalismus den vorgefundenen Staat um, entwickelt ihn zum abstrakten Staat, zum Staat im eigentlichen Sinne. Der Veränderungsprozeß geht darüber hinaus. Nicht nur verändert der Staat seine Form, auch sein Aufgabenbereich wird ausgedehnt:

Der Kapitalismus entwickelt, in diesen seinen kapitalistischen Formen, gesellschaftliche Zusammenhänge und damit gesellschaftliche Aufgabenbereiche, die, weil es nur den Staat als Repräsentanten der ganzen Gesellschaft gibt, staatlich werden, zur Entwicklung von Staatstätigkeit führen. Zum einen gesellschaftliche Aufgaben bezüglich der Zügelung der Konkurrenz der Warenproduzenten untereinander (dies sind in Wirklichkeit Aufgaben gegenüber nur der einen Seite der Gesellschaft, dem Kapital, nicht bezogen auf die Arbeit, sie entspringen dem Warencharakter des Produkts); zum zweiten gesellschaftliche Aufgaben zur Erstellung der materiellen Bedingungen der Produktion als Produktion von Waren, sogenannte Infrastrukturpolitik (für diese Aufgaben gilt das eben Gesagte gleichermaßen. Allerdings ist dieser staatliche Aufgabenbereich gleichzeitig geprägt von dem Ziel der kapitalistischen Warenproduktion, der Maximierung der Profitrate. Denn die Infrastrukturausgaben des Staates wie z.B. Ausgaben für Straßen, Häfen usw. verringern die Kapitalvorschüsse, damit die Produktionskosten für das private Kapital); zum dritten, mit Entwicklung des Kapitalismus und insbesondere in den letzten 15 Jahren in den kapitalistischen Staaten einschließlich der BRD herausgebildet, „gesellschaftliche“ Aufgaben bezüglich der Aufrechterhaltung der Produktion. Denn die Entwicklung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg hat die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus voll entwickelt, in allen kapitalistischen Ländern tendenziell zum Sinken der Profitrate geführt, auf dieser Grundlage auf dem kapitalistischen Weltmarkt einen enormen Konkurrenzdruck hervorgebracht und so insgesamt, auf hohem Niveau der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, zu gewaltigen Krisen und Zusammenbrüchen von ganzen Produktionsbereichen geführt. Der gesellschaftliche Charakter der Produktion, die Privatheit der Produktion als Hemmschuh ihrer Entwicklung, kommt in dieser perversen Form zum Ausdruck, daß der Staat direkt zur Unterstützung von Branchen oder Einzelkapitalen, zur direkten Förderung des Profits schreiten muß, um dieses Produktionssystem aufrechtzuerhalten. Der Charakter des Staates als Staat des Kapitals wird hier in einem Tätigkeitsbereich deutlich, der gerade auf die Überholtheit der kapitalistischen Privatheit hinweist.

All diese staatlichen Aufgabenbereiche resultieren aus der Entwicklung der kapitalistischen Akkumulation, die der Staat unterstützt, und der Konkurrenz der Kapitale untereinander die der Staat regelt und zügelt. Insofern kann man hier den Begriff des „ideellen Gesamtkapitalisten“ anwenden. Die Tatsache, daß der entwickelte Kapitalismus diese staatlichen Tätigkeitsbereiche wegen der Entwicklung des gesellschaftlichen Grades von Produktion und Zirkulation notwendig ausgedehnt hat, hat zu verschiedenen Verwirrungen bezüglich des Verhältnisses von Politik und Ökonomie im Kapitalismus geführt. So z.B. zu den Vorstellungen der Theoretiker des Spätkapitalismus, nicht mehr das Wertgesetz sei der Regulator sondern die politische Steuerung ersetze das Wertgesetz (so z.B. Offe<sup>28</sup>); oder den Begriff des Interventionsstaates (z.B. Altvater<sup>29</sup>), der den Staat „eigentlich“ als der Ökonomie äußerlich begreift, der aber im entwickelten und damit zunehmend

**D**a der Produktionsprozeß aber nach wie vor, auch auf gesellschaftlicher Stufenleiter, im Kapitalismus Privatsphäre bleibt, resultiert hier nicht unmittelbar Staatstätigkeit. Sie entwickelt sich erst, als mit dem Gesamtarbeiter auch die Arbeiterklasse entwickelt wird, als sich Klassenkämpfe entwickeln, in denen die Arbeiter Schutzrecht und allgemeine Regelungen ihrer Arbeitsbedingungen einfordern.

krisenhaften Kapitalismus immer mehr „intervenieren“ muß. Verkannt wird hier, daß der entwickelte Kapitalismus gesetzmäßig, und nicht im Verstoß gegen seine Gesetze, auch auf seiten des Kapitals Vergesellschaftungsprozesse hervortreibt, die in Staatstätigkeit resultieren.

Der Kapitalismus hat aber nicht nur neben den typischen staatlichen Aufgaben der Regulierung des Klassenverhältnisses gesellschaftliche Aufgabenbereiche, bezogen auf die eine Seite des Klassenverhältnisses, das Kapital, entwickelt, sondern auch bezüglich der Arbeit. Es handelt sich hier um Aufgaben, bezogen auf die allgemeine Regelung der Arbeits- wie auch der Lebensbedingungen der Arbeiter um das, was mit dem Begriff „Sozialstaat“ eingefangen werden soll.

Der Kapitalismus entwickelt, nachdem er sich die Arbeit im Produktionsprozeß formell unterworfen hat, diesen Prozeß auf ganz neuer Stufe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Produktivkraftentwicklung weiter, vereinzelt den Arbeiter, macht ihn zum Anhängsel der Maschine, um gleichzeitig den Gesamtarbeiter und den einzelnen Arbeiter als Teil des Gesamtarbeiters zu entwickeln. Da der Produktionsprozeß aber nach wie vor, auch auf gesellschaftlicher Stufenleiter im Kapitalismus Privatsphäre bleibt, resultiert hier nicht unmittelbar Staatstätigkeit. Sie entwickelt sich erst, als mit dem Gesamtarbeiter auch die Arbeiterklasse entwickelt wird, als sich Klassenkämpfe entwickeln, in denen die Arbeiter Schutzrechte und allgemeine Regelungen ihrer Arbeitsbedingungen einfordern. In diesen Kämpfen, in denen die Arbeiterklasse sozusagen ihr Sonderinteresse über Staatstätigkeit als allgemeine Regelung durchsetzen muß, tritt der Staat häufig offen als Machtinstrument der herrschenden Klasse auf.

Dies ist die eine Seite des „Sozialstaats“. Die andere betrifft nicht den Produktionsbereich, sondern den Lebensbereich der Arbeiter, der gemäß seiner ökonomischen Rolle Reproduktionsprozeß der Ware Arbeitskraft ist.

Der Kapitalismus durchdringt und verändert die Produktion aller Waren, auch die der Ware Arbeitskraft, d.h. den Lebensprozeß des Arbeiters. Er soll wirklich auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft reduziert werden. Der Kapitalismus löst alle herkömmlichen Formen der Reproduktion auf und isoliert die Privatsphäre in der Kleinfamilie. Damit schafft er jedoch auch die Grundlage für neue, gesellschaftliche Reproduktionsformen, die aber nicht plan-

mäßig entwickelt werden, sondern in langen Kämpfen der Arbeiter durchgesetzt werden müssen. So z.B. die Sozialversicherung, das Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung, ein öffentlicher Wohnungsbau. Weil der Staat Staat ist, wird auch diese gesellschaftliche Tätigkeit staatlich (ähnlich wie die Leitung des Produktionsprozesses Aufgabe des Kapitalisten wird, nicht weil er besser ist als der Arbeiter, sondern weil er Kapitalist ist). Jeder Fortschritt in der Entwicklung von gesellschaftlicher Tätigkeit im Rahmen der Reproduktion der Arbeitskraft heißt Vermehrung dieser Tätigkeit in Staatsform. Deshalb ist jede Entwicklung von Vergesellschaftung im Reproduktionsbereich ähnlich zwiespältig zu beurteilen wie im Produktionsbereich: Sie repräsentiert Fortschritt, weil gesellschaftliche Organisation der Reproduktion. Sie repräsentiert Kontrolle, Unterdrückung, Gewalt, weil sie Ausdehnung der Staatlichkeit bedeutet. (Sieht man nur letzteres, so muß jeder Kampf um Verbesserung des Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystems als sinnlos erscheinen, muß die Entwicklung solcher Systeme nur als Ausdehnung des Staatsapparats erscheinen. Diesen Fehler macht m.E. Hirsch in seinem Begriff des Sicherheitsstaats.<sup>30</sup> Die Kehrseite dieses Fehlers ist häufig mit dem Begriff des Sozialstaates verbunden: Hier wird die Tatsache, daß der Kapitalismus gesellschaftliche Formen der Reproduktion der Arbeitskraft nur in Staatsform entwickeln kann, mehr oder minder übersehen zugunsten des positiven Elements, eben des gesellschaftlichen Charakters der Reproduktion. Diesen Fehler machen m.E. die Sozialistischen Studiengruppen<sup>31</sup> in ihrem Sozialstaatsbegriff, diesen Fehler begeht z.B. auch Krätke, wenn er den Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, der über das Sozialsystem als „gesellschaftlicher Lohn“ gezahlt wird, nicht als Bestandteil des Wertes der Ware Arbeitskraft begreift und damit in der sozialpolitischen staatlichen Tätigkeit ein Element zur Aufhebung der Wertbestimmung der Ware Arbeitskraft sieht.<sup>32</sup>)

Die Entwicklung von gesellschaftlichen Tätigkeiten in Staatsform im entwickelten Kapitalismus hat zu einer Vielzahl von Irrtümern geführt, die alle darauf hinauslaufen, den Klassencharakter des kapitalistischen Staates zu negieren und auf eine allmähliche Transformation des Staates in ein Instrument der Arbeitenden zu setzen. Insofern ist die Staatsillusion vertieft worden. Der Begriff des „Euro-Kommunismus“ mag ungefähr für diese Ansätze als Sammelbegriff stehen. Im einzelnen kann ich hier nicht auf sie eingehen. Den Grundirrtum hat m.E. Schmierer<sup>33</sup> herausgearbeitet, indem er darauf hinweist, daß mit der Entwicklung von gesellschaftlicher Tätigkeit in Staatsform Verwirrung über den Charakter des Staates eintritt, als der eigentliche Staatsapparat mit dieser gesellschaftlichen Tätigkeit in Staatsform in eins gesetzt wird. Um dann nicht vor der Allgegenwärtigkeit des Staates zu zweifeln, muß faktisch eine Strategie der Transformation entwickelt werden.

Positiv von diesen Ansätzen hebt sich m.E. Buci-Glucksmann ab, die den „keynesianischen Staat“, die Ausdehnung des Staates in den entwickelten kapitalistischen Ländern unter der Herrschaft der Sozialdemokratie, ausdrücklich als eine spezifisch bürgerliche Lösung der Krise des Kapitalismus analysiert. Ihr Emanzipationskonzept ist denn auch ein bewußt antistaatliches. Allerdings mangelt es ihrer Analyse m.E. daran, daß die Ausdehnung des Staates vor allem als Entwicklung von Politikformen, zu wenig als basierend auf real sich herausbildenden Vergesellschaftungsprozessen analysiert wird. Daher wird das Verhältnis von gesellschaftlicher Tätigkeit und Staatstätigkeit bei ihr nicht deutlich, es scheint nur

Es kann heute, im entwickelten Kapitalismus, nicht um ein historisches Abbild der Pariser Kommune gehen, sondern um ein Lernen aus den von ihr entwickelten Prinzipien und deren Anwendung auf die heutige Zeit. Heute heißt Entstaatlichung Rücknahme der Staatstätigkeit in die Gesellschaft, z.B. auch Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten, Selbstverwaltung im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich und im Wohnungswesen durch die Betroffenen, je nach gesellschaftlicher Ausdehnung durch entsprechend zu wählende und jederzeit abwählbare Räte.

durch in der verwirrenden Vorstellung, die Arbeiterklasse könne ihre politische Rolle im Rahmen des erweiterten keynesianischen Staates ebenfalls ausdehnen. Ihr angedeutetes Konzept eines post-keynesianischen Sozialismus basiert daher auch nicht auf der Analyse realer Vergesellschaftungsprozesse im Kapitalismus, die die Grundlage für den Sozialismus schaffen, sondern ausschließlich auf neuen Politikformen der Selbstverwaltung. Auf dieser Ebene der Analyse allerdings ist das Konzept von Buci-Glucksmann m.E. ein Beitrag in die richtige Richtung<sup>34</sup>

### Die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft

Es ist üblich geworden, die wachsende gesellschaftliche Tätigkeit in Staatsform zum Anlaß zu nehmen, das Zerschlagen der Staatsmaschinerie, das Marx noch als „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent“ bezeichnet hat<sup>35</sup>, als historisch überholt abzutun.<sup>36</sup> Lassen wir die Entwicklung des Staates noch einmal Revue passieren, so lautet die Quintessenz: Die Gesellschaft entwickelt ein von den besonderen Interessen der Gesellschaftsmitglieder verschiedenes Allgemeininteresse, das, verwandelt in Staat auf Grundlage der Klassenspaltung, der Gesellschaftsmehrheit, der arbeitenden Klasse, feindlich gegenübersteht. Im Kapitalismus findet diese feindliche Macht ihre abstrakteste, allgemeinste Bestimmung. Die gesellschaftliche Tätigkeit wird entwickelt, aber, da der Staat existiert und die Gesellschaft repräsentiert, in Staatsform. Das heißt sowohl in bürokratischer, kontrollierender Form als auch dem Inhalt nach ausgerichtet aufs Kapitalinteresse. Für die Arbeitenden heißt das, die Staatstätigkeit zielt auf die Reproduktion der Ware Arbeitskraft (worin die Erhaltung des Klassenverhältnisses und der Arbeitenden als eigentumslos und damit lohnabhängig eingeschlossen ist), nicht auf die vielfältigen Lebensinteressen der Arbeitenden.



Der Staat ist entstanden auf der Basis der Klassenspaltung, die ihre Grundlage in der auf niedrigem Stand der Produktivkräfte begonnenen bewußtlosen Teilung der Arbeit und damit zusammenhängend dem Entstehen von Privateigentum an Produktionsmitteln hat. Insofern, als durch diesen Prozeß die gesellschaftliche Entwicklung vorangetrieben wurde, hatte die Klassenspaltung eine historische Berechtigung. Die gesellschaftliche Entwicklung seitdem, enorm vorangetrieben durch den Kapitalismus selbst, hat die Berechtigung der Klassenspaltung und damit des Staates beseitigt. Der Stand der Produktivkräfte macht eine planmäßige, selbstbestimmte Arbeitsteilung der Produzenten und eine bewußte Entwicklung der Gesellschaftlichkeit möglich.<sup>37</sup> Vorbedingung der Entwicklung wirklicher Gesellschaftlichkeit ist die Rücknahme der gesellschaftlichen Tätigkeit in die Gesellschaft im Zusammenhang mit der Aufhebung ihrer Klassenspaltung, die Rücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft, die Verwandlung des Herrschers über die Gesellschaft in ihren Diener

Dazu ist es aber nötig, den Gewaltapparat zu zerstören. Oder wie es in der Deutschen Ideologie heißt: sich klar zu machen, „daß jede nach der Herrschaft strebende Klasse, wenn ihre Herrschaft auch, wie dies beim Proletariat der Fall ist, die Aufhebung der ganzen alten Gesellschaftsform und der Herrschaft überhaupt bedingt, sich zuerst die politische Macht erobern muß, um ihr Interesse wie der als das Allgemeine, wozu sie im ersten Augenblick gezwungen ist, darzustellen.“<sup>38</sup>

Die Entstaatlichung des Gesellschaftlichen, um wirklich Gesellschaftlichkeit entwickeln zu können. Nichts anderes war übrigens die Pariser Kommune. „Die *Kommune* – das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigene lebendige Macht, anstelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die anstelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigene Gewalt schaffen; das ist die politische Form ihrer sozialen Emanzipation anstelle der künstlichen Gewalt (die sich ihre Unterdrücker aneigneten) (ihre eigene Gewalt, den Unterdrückern entgegengesetzt und gegen sie organisiert) der Gesellschaft, von ihren Feinden zu ihrer Unterdrückung gehandhabt.“<sup>39</sup>

Aus dem, was die Kommune tat, läßt sich auch entwickeln, was die Rücknahme der Staatstätigkeit in die Gesellschaft konkret bedeutet und welche Rolle dabei das Zerschlagen der Staatsmaschine spielt. Denn: „In ihrer einfachsten Konzeption bedeutete die Kommune die einleitende Zerstörung der alten Regierungsmaschine in ihren zentralen Sitzen, in Paris und in anderen großen Städten Frankreichs, und ihre Ersetzung durch wirkliche Selbstregierung, die in Paris und in großen Städten, den gesellschaftlichen Schwerpunkten der Arbeiterklasse, die Regierung der Arbeiterklasse war“<sup>40</sup> Zerschlagen der Staatsmaschine bedeutet in der Kommune Entwicklung von wirklicher Demokratie für das Volk, bedeutete Abschaffung des stehenden Heeres und Ersetzung durch das bewaffnete Volk, Wählbarkeit und jederzeitige Abwählbarkeit aller mit öffentlichen Aufgaben betrauten Personen einschließlich der Polizei sowie ihre Bezahlung nach Arbeiterlohn, die Einrichtung von gewählten und abwählbaren Räten, die Verwandlung des Parlaments in eine arbeitende Körperschaft, gesetzgebend und vollziehend zugleich u.a.m. Dies Zerschlagen der Staatsmaschine macht dann auch die Entstaatlichung der gesellschaftlichen Tätigkeit möglich und seine Umgestaltung und Entwicklung in wirklich gesellschaftliche Tätigkeit. Die Kommune verfuhr entsprechend,

soweit mir aus den Dokumenten bekannt ist, mit dem Bildungsreich. Ein Sozialsystem, wie wir es heute kennen, gab es nicht. Überhaupt kann es heute, im entwickelten Kapitalismus, nicht um ein historisches Abbild der Pariser Kommune gehen, sondern um ein Lernen aus den von ihr entwickelten Prinzipien und deren Anwendung auf die heutige Zeit. Heute heißt Entstaatlichung Rücknahme der Staatstätigkeit in die Gesellschaft, z.B. auch Selbstverwaltung der Sozialversicherungen durch die Versicherten, Selbstverwaltung im Gesundheits- Sozial- und Bildungsbereich und im Wohnungswesen durch die Betroffenen, je nach gesellschaftlicher Ausdehnung durch entsprechend zu wählende und jederzeit abwählbare Räte. Entwicklung der Demokratie für alle Arbeitenden, Entwicklung von Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der gesellschaftlichen Tätigkeit zu deren Entfaltung – das meint Rücknahme der Staatsgewalt in die Gesellschaft einschließlich des Zerbrechens der Staatsmaschine. Die umfassende Entwicklung der Staatstätigkeit im heutigen Kapitalismus macht diese Rücknahme nicht überflüssig oder unmöglich, sondern macht die Fesselung gesellschaftlicher Tätigkeit durch ihren Staatscharakter nur umfassend deutlich und zeigt so die Notwendigkeit der schon von der Pariser Kommune begonnenen Strategie. An die Stelle der alten Staatsmaschine wird keine neue gesetzt, die meisten Tätigkeiten des Gewaltapparates entfallen. Da die Hauptursache der ständigen Finanzkrise in der bürgerlichen Gesellschaft der Staat selbst mit seiner Bürokratie, seinem Beamtenapparat, seinem stehenden Heer ist, wird diese Ursache beseitigt. Insofern wird die neue „Regierung“ eine „wohlfeile Regierung“ Dagegen werden die gesellschaftlichen Tätigkeiten erst entwickelt, und in diesen Bereichen werden mehr Menschen arbeiten. Ihre Bezahlung wird aber den „Spareffekt“ bei weitem nicht aufwiegen. „Die Kommune machte das Stichwort aller Bourgeois-Revolutionen – wohlfeile Regierung – zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob.“<sup>41</sup> (Die gegenwärtig von der Bundesregierung betriebene Sparpolitik im Rahmen ihrer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zielt gerade nicht auf eine „wohlfeile Regierung“, sondern auf den Abbau gesellschaftlicher Tätigkeiten in Staatsform. Die Elemente des Gewaltapparats dagegen werden ausgebaut. Auch daran wird deutlich, daß es hierbei nicht um Sparen geht, sondern um Kürzung des gesellschaftlichen Lohnanteils und damit insgesamt um die Senkung des Werts der Arbeitskraft.)

### **Aktuelle Elemente der Rücknahme der Staatstätigkeit durch das Volk**

Inwiefern enthalten die aktuell erhobenen Forderungen bezüglich des Staates bzw die gegenwärtig entwickelten Konzepte solche Elemente der „Rücknahme des eigenen gesellschaftlichen Lebens des Volkes durch das Volk und für das Volk“? Dabei verstehe ich, wie aus den Ausführungen hervorgeht, unter dieser Rücknahme zweierlei: das Zerschlagen der Staatsmaschine und ihr Ersetzen durch gesellschaftliche Organe einerseits sowie die Entstaatlichung der gesellschaftlichen Tätigkeit durch die Entwicklung wirklicher Gesellschaftlichkeit andererseits. (Dabei ist der Begriff „Staatsmaschine“ dem des „Staatsapparates“ gleichzusetzen. „Entstaatlichung“ kennzeichnet m.E. besser als der Begriff des Aufhebens der „Staatsform“, worum es geht, nämlich nicht nur um die Änderung der Form der gesellschaftlichen Tätigkeit, sondern auch um die Neugestaltung ihres Inhalts.<sup>42</sup> Daß der Be-

griff der „Entstaatlichung“ mit dem der gegenwärtigen Regierungskoalition nicht identisch ist, sollte deutlich geworden sein. Die Regierungskoalition versteht unter Entstaatlichung genau das Gegenteil von der Entfaltung der Gesellschaftlichkeit, nämlich Reprivatisierung.) Bis zu einem gewissen Grad, als Element einer Gesamtstrategie, kann mit der Entstaatlichung der gesellschaftlichen Tätigkeit schon begonnen werden. Ohne das Zerschneiden der Staatsmaschinerie wird diese Entstaatlichung jedoch nicht vollständig durchgeführt werden können. (Dabei wird der Begriff „Zerschneiden“ oder „Zerschlagen“ der Staatsmaschinerie bzw. des Staatsapparates häufig deshalb abgelehnt, weil mit ihm Gewaltanwendung verbunden scheint. Nun ist es richtig, daß die meisten revolutionären Umwälzungen in der Geschichte nicht ohne Gewalt abgingen. Wer jedoch die nach Emanzipation strebende Arbeit als gewalttätig ansieht, der irrt. Die Gewalt steckt schon im Begriff des Staates selbst. Von ihm geht denn auch Gewalt aus, lange bevor sich Gegengewalt entwickeln kann.)

**A**us meiner Analyse des Charakters des bürgerlichen Staates heraus halte ich alle Verstaatlichungsforderungen für falsch. In ihnen wird der Staat wirklich als gesellschaftliches Organ gesehen, gerade nicht als Staat. Dabei erstaunt es nicht, daß die Forderungen nach Verstaatlichung als Krisenlösung gerade aus den Betrieben kommt: Gegenüber dem privaten Kapital kann der Staat nur zu leicht, wie gezeigt wurde, als wirklich gesellschaftliche Instanz erscheinen.

Aus meiner Analyse des Charakters des bürgerlichen Staates heraus halte ich alle Verstaatlichungsforderungen für falsch. In ihnen wird der Staat wirklich als gesellschaftliches Organ gesehen, gerade nicht als Staat. Dabei erstaunt es nicht, daß die Forderung nach Verstaatlichung als Krisenlösung gerade aus den Betrieben kommt: Gegenüber dem privaten Kapital kann der Staat nur zu leicht, wie gezeigt wurde, als wirklich gesellschaftliche Instanz erscheinen. Die Begründung für die Verstaatlichungsforderung z.B. bei Klöckner in Bremen<sup>43</sup>, die Verstaatlichung würde die Kampfbedingungen der Arbeiter verbessern, weil der Gegner dann der Staat, das Allgemeine, nicht das private Kapital sei, deutet ebenfalls auf diese Illusion hin. Aber zeigt nicht gerade die „Sanierung“ von HDW, die zu 100 Prozent staatlich ist, daß es hier keinen Unterschied gibt?

Und die staatliche Rolle bei der „Sanierung“ des Bremer Vulkan, an dem der Bremer Senat mit einer Sperrminorität beteiligt ist, hat dies ebenfalls bewiesen.<sup>44</sup> Dadurch werden auch „abgeschwächte“ Verstaatlichungsforderungen wie die nach staatlichen Subventionen, die zu staatlichen Beteiligungen führen sollen (z.B. gegenwärtig erhoben von den Jungsozialisten), fraglich. Allerdings wird die eigene Illusion den Belegschaften schon dort bewußt, wo sie eigene Kontrollrechte über die staatlichen Gelder<sup>45</sup> bzw. Anbindung der staatlichen Entscheidungen an das Votum des Betriebsrats fordern. Forderungen dieser Art halte ich für sinnvoll, da es gelingen kann, die Staatsbeteiligung bzw. die staatlichen Subventionen in ein Element der Stärkung der Belegschaft zu verwandeln. Das setzt allerdings Stärke der Belegschaft und der sie unterstützenden Bewegung voraus. Bisher sind mir jedoch gelungene Beispiele nicht bekannt. Eine sich gerade als „Experiment“ entwickelnde Form der staatlichen Unterstützung der Belegschaften ist bei Voith in Bremen zu beobachten: Der Bremer Senat plant, das Vermögen des in Konkurs gegangenen Unternehmens aufzukaufen und es der Belegschaft zur Verfügung zu stellen, damit sie den Betrieb weiterführen kann. Die Grundlage ist ein intensiver Kampf der Belegschaft um die Weiterführung des Betriebs. Wenn es der Belegschaft gelingt, ihre Rechte gegenüber dem Staat zu behaupten, kann dies ein positives Beispiel sein, nicht aber für Verstaatlichung, sondern für die Entwicklung zu selbstverwalteten, genossenschaftlichen Betrieben mit durch den Kampf der Belegschaft erzwungener Staatshilfe.

Auch einige neueste Werke der mehr theoretischen Literatur zum entwickelten bürgerlichen Staat greifen die Verstaatlichungsforderung in neuer Form wieder auf: so entwickeln die Sozialistischen Studiengruppen ein Konzept sozialistischer Antikrisenpolitik, in dem die Ausdehnung und Umgestaltung des öffentlichen Sektors, worin die „Verstaatlichung von größeren Teilen der gesellschaftlichen Produktivkräfte“ als „unverzichtbarer Zwischenschritt“<sup>46</sup> eingeschlossen ist, ein zentrales Element ist. Aus den entwickelten Gründen halte ich dieses Konzept ebenfalls für falsch. All diese Vorstellungen und Ansätze der Verstaatlichung setzen irgendwie bei der Umwälzung der Gesellschaft auf den Staat als Staat, negieren seinen Klassencharakter bzw. entwickeln die Illusion, der bürgerliche Staat, weil er schon so umfassend tätig ist und dazu notwendig Bedienstete aus dem Volk benötigt, könne transformiert werden, ohne seine Machtstruktur zu zerbrechen. Sie wollen den Staat vergesellschaften, weil er die Gesellschaft schon verstaatlicht hat. Unter anderem durch den sowjetischen Staatsmonopolismus hat aber auch die Geschichte solche Vorstellungen widerlegt.

Staatsillusion enthalten auch alle Konzepte des Links-Keynesianismus, es sind alle Konzepte des Mehr an Staat. Das in verschiedenen Konkretisierungen vorgelegte öffentliche Zukunftsinvestitionsprogramm der Grünen sitzt m.E. ebenfalls der Staatsillusion auf. So heißt es z.B. in dem schon zitierten Sofortprogramm: „Auch in der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft mit ihrer privaten Investitionsautonomie ist Arbeit und Leben in hohem Maße geprägt durch die besondere Form des öffentlichen Eingriffs und der entsprechenden Institutionen. Daher kann auch über diese Bereiche der Anfang für grundsätzliche Änderungen gemacht werden.“<sup>47</sup> Zu unterstützen ist der auf die Nützlichkeit der Produkte gerichtete Charakter dieses Programms, jedoch kann es nur dann als Element einer Emanzipationsstrategie dienen, wenn es verbunden wird mit Kontroll- und Entscheidungsorganen auf kommunaler Ebene, denn dort müßten diese Investitionen größtenteils

Jede bisherige Revolution hat nur die Form der Staatsmacht verändert, ihre Existenz aber nicht bedroht, weil nur die jeweils herrschende Klasse gewechselt hat. Bei der Befreiung von jeglicher Klassenherrschaft, um die es heute geht, kommt es jedoch auch auf die Befreiung von jeglicher Staatsgewalt an. Dazu eben ist der Aufbau von gesellschaftlichen Organen nötig gegen die bestehenden Staatsorgane, die Entwicklung von wirklicher Demokratie für die Mehrheit der Bevölkerung statt für die Minderheit, die Entwicklung von Rechten des Volkes und Pflichten der Volksvertreter.

durchgeführt werden, sowie mit Ausdehnung der Rechte der entsprechenden Betriebsräte. Dagegen reichen die geforderten „Rahmenbedingungen“ zur Durchführung der genannten Maßnahmen in dem Programm nicht aus. Sie sehen nur die Ausweitung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung sowie die Unterstützung selbstverwalteter, selbstbestimmter Organisationsformen vor, beinhalten jedoch kein Element des Aufbaus gesellschaftlicher Machtorgane gegen die Staatsorgane.

Jede bisherige Revolution hat nur die Form der Staatsmacht verändert, ihre Existenz aber nicht bedroht, weil nur die jeweils herrschende Klasse gewechselt hat. Bei der Befreiung von jeglicher Klassenherrschaft, um die es heute geht, kommt es jedoch auch auf die Befreiung von jeglicher Staatsgewalt an. Dazu eben ist der Aufbau von gesellschaftlichen Organen nötig gegen die bestehenden Staatsorgane, die Entwicklung von wirklicher Demokratie für die Mehrheit der Bevölkerung statt für die Minderheit, die Entwicklung von Rechten des Volkes und Pflichten der Volksvertreter. Die Elemente einer solchen Demokratie hat die Pariser Kommune schon entwickelt. Ansatzpunkte für solche gesellschaftlichen Organe sind seitdem erkämpft worden: in den Betrieben Betriebsräte bzw. in den öffentlichen Dienststellen Personalräte, in den Stadtteilen Stadtteilbeiräte, in den Schulen und Kindergärten Elternbeiräte und Schülervvertretungen, in den Hochschulen Studentenräte usw. Ihre Rechte gilt es überall auszubauen bzw. zu entwickeln. (So müssen z.B. Elternbeiräte und Stadtteilbeiräte in wirkliche Räte mit Rechten entwickelt werden.) Dabei ist der politische Ort und die politische Form dieser Entwicklung die Kommune, die Gemeinde. Nicht, weil es vor allem um Dezentralisierung geht; die ist, für sich genommen, kein Fortschritt. Sondern weil der moderne kapitalistische Staat nur von hier aus geschwächt und aufgehoben werden kann, weil nur von hier aus die Selbstbestimmung des Volkes entwickelbar ist. Die Entwicklung der demokratischen Kommune wird den Zentralstaat schwächen, nicht, um jede Zentralisierung abzuschaffen, denn diese ist für gesamtgesellschaftliche Belange

sinnvoll und notwendig. Sondern um die Bedingungen für das Brechen der Staatsmaschinerie zu verbessern und damit die Vorbedingungen für eine sinnvolle Zentralisierung auf Basis selbstbestimmter, selbstverwalteter Kommunen. Es gilt also, von der Ebene der Kommune her Rechte einzufordern, Finanzmittel und finanzielle Unabhängigkeit zu erstreiten, um die Kommune so zu einem gesellschaftlichen Kampforgan zu entwickeln.

Bei den „Grünen“ sind neben den schon kritisierten staatsillusionären Vorstellungen auch Elemente der Entwicklung der demokratischen Kommune zu finden: So, wenn sie das „Gemeinwesen mit demokratischem Anspruch“ fordern, wenn sie „Modelle und Alternativen freier, nicht staatlicher, sondern selbstverwalteter Verfügungsrechte“ entwickeln wollen, wenn sie „auf allen Ebenen demokratische Selbstverwaltungsgremien“ schaffen wollen, z.B. Wirtschafts- und Sozialräte, und wenn sie sich für „größere Entscheidungsbefugnisse gerade in den Kommunen“ aussprechen und eine „stärkere Verteilung der staatlichen Einnahmen auf die Gemeinden und Großstadtbezirke“ fordern.<sup>42</sup> Diese Elemente gilt es weiterzuentwickeln. Im Sofortprogramm der „Grünen“ sind sie noch nicht Teil eines Gesamtkonzepts zum Aufbau von gesellschaftlichen Organen gegen die Staatsorgane, als ein Element des Zerbrechens des Staatsapparats. Vor allem sind sie noch rein abstrakt benannt, ohne konkrete Vorstellungen ihrer Realisierung. Im Zusammenhang mit dem Teil über „Alternative Projekte und Selbstorganisation der Arbeitslosen“<sup>49</sup> nehmen diese Elemente eher den Charakter des Abkoppelns vom Staat in dem Sinne an, daß über „ganzheitliche Gemeinschaftsprojekte“ „modellhaft zu entwickelnde Großgemeinschaften“ sich selbst versorgende Gemeinschaften gebildet werden sollen, die als „Keimzelle einer neuen sozial und ökologisch verantwortlichen Gesellschaft“ vorgesehen sind. So soll „ein Höchstmaß an Unabhängigkeit von herkömmlichen, fremdbestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen“ erreicht werden.<sup>50</sup> Mir scheinen diese neuen Basisorganisationen insofern illusionär als Kernelemente der Umwälzung unseres Gesellschaftssystems zu sein, als sie vorbei an den bestehenden Strukturen entwickelt werden. Die bestehenden Strukturen werden nicht aufgebrochen. Hier scheint sich das Dualismus-Konzept von Gorz doch wieder stark durchzusetzen. Als ein Element in einem Gesamtkonzept der Emanzipation der Arbeit, dessen Durchsetzung ja nicht von heute auf morgen, sondern in und gegen die herrschenden Machtstrukturen nur schrittweise gelingen kann, können sie je doch eine sinnvolle Rolle spielen.

Zum Schluß noch ein Hinweis auf Elemente der Entstaatlichung von gesellschaftlicher Tätigkeit bzw. der Entwicklung von neuen Vergesellschaftungsformen<sup>51</sup>. Ältestes Projekt dieser Art waren die vor den heutigen staatlichen Sozialversicherungen geschaffenen Unterstützungskassen der Arbeiter selbst. Sie wurden später staatlich. Heute wird die Selbstverwaltung der Versicherungen durch die Versicherten wieder gefordert und ist als Element der Entstaatlichung von gesellschaftlicher Tätigkeit zu unterstützen. Die Alternativprojekte, selbstverwaltete Projekte vor allem im Reproduktionsbereich der Arbeitskraft, die gegenwärtig entstehen, stellen ebenfalls ein solches Element der Entstaatlichung dar. Sie entstehen allerdings eher aus der Not bzw. aus dem Mangel an staatlichen Einrichtungen heraus, wie z.B. bei den Kinderkrippen und den Kindergärten, weniger als Projekte der Umgestaltung der staatlichen Tätigkeit. Dennoch sind sie ein Element der Entstaatlichung im Sinne der Entwicklung gesellschaftlicher Tätigkeit durch die Gesellschaft selbst. Diese Projekte sollten m.E. vom Staat die

finanzielle Unterstützung fordern, aber ohne jede Kontroll- und Mitspracherechte. Die Auffassung, diese Projekte „ohne Staatsknete“ durchzuführen, halte ich für falsch. Es sind gesellschaftliche Tätigkeiten, die dort durchgeführt werden, die die Gesellschaft auch bezahlen muß. □

1 Marx, Karl: Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ geschrieben April/Mai 1871, in: MEW 17, S. 493 ff., S. 541

2 Hirsch, Joachim: Nach der Staatsableitung. Bemerkungen zur Reformulierung einer materialistischen Staatstheorie, in: „Aktualisierung Marx“ Argument-Sonderband AS 100, Berlin 1983, S. 158 ff.

3 Sozialistische Studiengruppen (SOST): Einführung Staatstheorie. Marxistische Analyse des Sozialstaats, Hamburg 1983. Bischoff, Joachim u.a.: Jenseits der Klassen? Gesellschaft und Staat im Spätkapitalismus, Hamburg 1982

4 Altwater, Elmar: Umbau oder Abbau des Sozialstaats?, in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla) Heft 49, Dezember 1982, S. 121 ff.

5 Buci-Glucksmann, Christine: Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung“ der Gesellschaft, Hamburg 1982

6 Hirsch, Joachim: Der Sicherheitsstaat. Das „Modell Deutschland“ seine Krise und die neuen sozialen Bewegungen, Frankfurt/M. 1980

7 Gorz, André: Abschied vom Proletariat, Frankfurt/M. 1980

8 Die Grünen: Sinnvoll arbeiten solidarisch leben. Sofortprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, verabschiedet auf der Bundesdelegiertenkonferenz vom 15./16.1.1983, S. 7

9 ebenda, S. 14 ff.

10 Den Begriff „Befreiung der Arbeit“ oder „Emanzipation der Arbeit“ verwendet Marx in seinem Bericht über die Pariser Kommune an die 1. Internationale. In seiner Grundsätzlichkeit bestimmt dieser Begriff die revolutionäre Aufgabe, die ansteht, m.E. am besten: „Sie (die Kommune, d. Verf.) vertritt die Befreiung der ‚Arbeit‘ d.h. der grundlegenden und natürlichen Bedingungen des individuellen und sozialen Lebens“ Marx, Karl: I. Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ a.a.O., S. 545/546. Jüngst wurde der Begriff wieder aufgegriffen von Schmierer, H.-G. in seinem Aufsatz „Krise und Emanzipation der Arbeit. Sozialistische Politik gegen Kapitalismus und Staatsmonopolismus“ in: Kommunismus und Klassenkampf, 1982 (10. Jg.), H. 11, S. 3 ff.

11 Marx, Karl und Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, geschrieben 1845–46, in: MEW 3, S. 9 ff., S. 25. Zu den Grundlagen der materialistischen Staatsauffassung vgl. auch Wagner, Bernd: Grundzüge der Staatsauffassung bei Marx, Engels und Lenin, in: Kommunismus und Klassenkampf 1982 (10. Jg.) H 6, S. 5 ff.. Vgl. auch Stremmel, P und Vorwerk, U.. Die Herausbildung und Konstituierung der materialistischen Staatsauffassung und deren Fortführung in der aktuellen Staatsdiskussion. Verschwindet der Gegensatz von „Basis und Überbau“?, Diplomarbeit an der Universität Bremen, Dezember 1982.

12 Marx, Karl und Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 31

13 ebenda, S. 33

14 ebenda

15 ebenda

15 a ebenda

16 Vgl. dazu die historische Untersuchung bei Engels, Friedrich: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, geschrieben 1884, in: MEW 21. Dort findet sich auch eine genaue Beschreibung der noch nicht in Klassen gespaltenen Gentilgesellschaft.

17 Zu den verschiedenen Eigentumsformen vgl. Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 20 ff. sowie Engels: Der Ursprung der Familie .., a.a.O.

18 Marx, Karl und Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie, a.a.O., S. 32

19 In der Deutschen Ideologie wird der Staat noch stark aus dem Widerspruch zwischen dem Einzelinteresse und dem gemeinschaftlichen Interesse abgeleitet: „... und eben aus diesem Widerspruch des besonderen und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit“ (ebenda, S. 33) Der Widerspruch wird hier noch vor allem gesehen als Widerspruch zwischen Staat und Gesellschaft, nicht als Widerspruch in der Gesellschaft selbst. Das ist noch der Auseinandersetzung mit und der nicht vollständigen Emanzipation von Hegelschem Gedankengut geschuldet. Der abstrakte Mensch ist noch nicht vollständig ersetzt durch den klassenzugehörigen Menschen. Doch stellt „Die deutsche Ideologie“ insgesamt eines der ersten Dokumente von Marx und Engels dar, in dem gründlich mit dem Idealismus gebrochen wird. Dies gilt auch für die Staatsauffassung, denn im weiteren Verlauf des Textes wird immer wieder deutlich, daß der Widerspruch als Widerspruch in der Gesellschaft, zwischen den Klassen, gesehen wird und insofern der Staat als Klassenstaat begriffen wird. So wird z.B. das oben begonnene Zitat fortgesetzt: „... und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit, aber stets auf der realen Basis der in jedem Familien- und Stamm-Konglomerat vorhandenen Bänder, wie Fleisch und Blut, Sprache, Teilung der Arbeit in größerem Maßstab und sonstigen Interessen und besonders, wie wir später entwickeln werden, der durch die Teilung der Arbeit bereits bedingten Klassen, die in jedem derartigen Menschenhaufen sich absondern und von denen einer alle anderen beherrscht.“

20 ebenda, S. 34

21 So z.B. Paschukanis, E.. Allgemeine Rechtslehre und Marxismus, Russ. Originalausgabe 1929, Frankfurt/M. 1970. Inwieweit die asiatische Produktionsweise hier anders zu beurteilen ist, habe ich nicht untersucht. Insofern bezieht sich meine Analyse auf die europäischen Staaten, in denen sich der Kapitalismus entwickelt hat.

22 Marx, Karl: Kritik des Hegelschen Staatsrechts, geschrieben 1843, in: MEW 1, S.

233: „Die Abstraktion des Staates als solchem gehört erst der modernen Zeit an, weil die Abstraktion des Privatlebens erst der modernen Zeit angehört.“

23 Zur historischen Herausbildung vgl. Gerstenberger, H.. Vom Ursprung bürgerlicher Staaten, in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla) Heft 47, 1982, S. 119 ff.

24 Marx, Karl: Das Kapital Bd. 1, erstmals veröffentlicht 1867 in: MEW 23, S. 189/190. Bentham, 1748–1832, Theoretiker der Nützlichkeitsphilosophie, des sog. Utilitarismus; dieser besagt, daß jeder zum maximalen Glück aller am besten dadurch beiträgt, daß er nach seinem höchstmöglichen Eigennutz strebt.

25 Vgl. zum folgenden Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie (Rohentwurf), geschrieben 1857–1858, fotomechanischer Nachdruck der Moskauer Ausgabe 1939 und 1941 bei EVA, S. 71-91, 151-162 und 901-918.

26 ebenda, S. 156

27 ebenda, S. 908/909

28 Offe, Claus: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M., 1972

29 Altwater, Elmar: Einige Probleme des Staatsinterventionismus, in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla) Heft 3, 1972

30 Vgl. zu dieser Kritik meinen Aufsatz: „Sicherheitsstaat“ und „Radikaler Reformismus“ Zur Kritik neuerer Staatstheorien, in: Kommunismus und Klassenkampf 1981 9. Jg H.4, S. 15 ff.

31 Vgl. Fußnote 3

32 Krätke, M.. Zur Politischen Ökonomie des Wohlfahrtsstaats, in: Probleme des Klassenkampfes (Prokla) Heft 49, Dezember 1982, S. 99 ff., S. 113. Auf diese m.E. falsche Auffassung gründet sich wohl auch die m.E. ebenfalls illusorische Perspektive zum Schluß des Aufsatzes, „daß die strukturelle Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft viel zu weit fortgeschritten, der ‚point of no return‘ zum unorganisierten Kapitalismus längst überschritten ist“ (ebenda, S. 118)

33 Schmierer, H.-G.. Staat und Revolution und die westdeutsche Linke, in: Kommunismus und Klassenkampf 1982 (10. Jg.) H. 6, S. 92 ff. Zur Staatsauffassung im Euro-Kommunismus vgl. auch ders.. „Eurokommunismus“ und Staat. Über den Zusammenhang zwischen fehlerhafter Analyse und falscher Strategie, in: Kommunismus und Klassenkampf 1982 (10. Jg.) H. 5, S. 17 ff. und Lehmann, V.. Analyse des Staates und Transformation bei P. Ingrao, in: Kommunismus und Klassenkampf 1982 (10. Jg.) H. 6, S. 66 ff.

34 Vgl. dazu Buci-Glucksmann, Ch. und Therborn, G., a.a.O., vor allem S. 110 ff. (Die Einführung des keynesianischen Modells: Ausweitung des Staates und Arbeitsteilung) und S. 279 ff. (Für einen post-keynesianischen Sozialismus: Marx ohne Keynes.)

35 Marx, Karl: Brief an Ludwig Kugelmann, 12. April 1871, in: MEW 33, S. 205.

36 So neuerdings auch wieder die Sozialistischen Studiengruppen in ihrer „Einführung Staatstheorie“ a.a.O., S. 140/141, während sie in dem Buch „Jenseits der Klassen?“ (a.a.O.) doch eine gewisse Einsicht in die Notwendigkeit der „Zerschlagung des Staates“ zumindest als ein Element einer Emanzipationsstrategie zeigten (ebenda, S. 159).

37 Marx und Engels nennen schon in der „Deutschen Ideologie“ (S. 34 f.) zwei praktische Voraussetzungen, die notwendig sind, um den Staatscharakter der Gesellschaftlichkeit aufzuheben: die Entwicklung der Produktivkräfte und die Entwicklung der Klassenverhältnisse zu einer „unerträglichen Macht“ für die Masse der Eigentumslosen. Hier ist das Bewußtsein der unterdrückten Klasse über ihre Lage angesprochen. Auf dessen Herausbildung geht der Artikel nicht weiter ein, was als Mangel empfunden werden mag. Nun wird das nicht vorhandene revolutionäre Bewußtsein in der europäischen Arbeiterbewegung heute oft zum Anlaß genommen, von dieser und damit auch von der Einsicht in die Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise und der Entwicklung von Bildungsfermenten einer neuen Gesellschaft in ihr Abschied zu nehmen. Das halte ich für falsch. Vielmehr kommt es darauf an, zu begreifen, daß und wie der entwickelte Kapitalismus die Formen, die notwendig falsches Bewußtsein hervorrufen, weiter entwickelt; und daß insbesondere der Aufschwung des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg die Illusion über ein „gutes Leben“ der Arbeiter in diesem System gestärkt hat. Hier ist viel zu tun, und die gegenwärtig weltweite Krise schafft eine neue Grundlage für die Zerstörung dieser Illusionen. Dabei spielt die Verbindung mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt eine große Rolle.

38 ebenda, S. 34

39 Marx, Karl: Erster Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ a.a.O., S. 543

40 ders.. Zweiter Entwurf zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ in: MEW 17 S. 572 ff., S. 559

41 ders.. Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17 S. 313 ff., S. 341

42 Zu den Begriffen vgl. Schmierer, H.-G.. Staat und Revolution und die westdeutsche Linke, a.a.O., sowie Wagner, B., a.a.O.

43 So z.B. mündlich vorgetragen in einer Arbeitsgruppe zum Thema „Wirtschaftsstrukturpolitik, Subventionspolitik, Industrieansiedlung, Haushaltspolitik und demokratische Kommune“ auf dem kommunalpolitischen Kongreß in Bremen am 12./13.3.1983 von Vertretern des betrieblich-alternativen Bündnisses in Bremen.

44 Vgl. dazu die Darstellung in der Broschüre „Krise ohne Alternativen?“ der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Bremen, vom Januar 1983

45 So z.B. das betrieblich-alternative Bündnis in einem Arbeitspapier für die in Fußnote 43 genannte Arbeitsgruppe.

46 Sozialistische Studiengruppen: Einführung Staatstheorie, a.a.O., S. 138 ff. Buci-Glucksmann, Ch.. Der sozialdemokratische Staat, a.a.O., S. 279 ff.

47 Die Grünen, Sofortprogramm, a.a.O., S. 14

48 ebenda, S. 5, 7 8

49 ebenda, S. 22 ff.

50 ebenda, S. 23 f.

51 Ich stimme Altwater in der Forderung nach der Entstaatlichung durch Entwicklung neuer Vergesellschaftungsformen zu, jedoch nur im Rahmen des skizzierten Gesamtkonzepts. Für sich allein bedeuten solche Formen ansonsten nur Rückzug vom Staat wie bei Hirsch. Dieser Rückzug ist genauso illusionär wie die Transformation des Staates.



Rudolf Bahro

# Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts

*Das ist der Text eines Vortrags, den ich vor nun ziemlich genau zwei Jahren in der venezolanischen Hauptstadt Caracas gehalten habe. Dort beging damals das in etwa „eurokommunistisch“ orientierte Movimiento al Socialismo seinen zehnten Jahrestag. Es war aus der Spaltung der alten, Moskau-treuen Kommunistischen Partei Venezuelas hervorgegangen, die inzwischen zu politischer Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Die Bewegung veranstaltete ein Symposium über „neuen Sozialismus“*

*Warum ich der Kommune vorschlage, diesen „alten“ Text, den ich in deutsch nicht veröffentlicht hatte, jetzt zu bringen? Ursprünglich hatte ich ihn Anfang Januar dieses Jahres der MOZ geschickt, nachdem ich mich darüber geärgert hatte, mit welcher Plumpheit sie dort auf meine Beiträge zur wirtschaftspolitischen Debatte der Grünen reagierten. Sie gingen – ich will nicht sagen ohne Ausnahme, aber besonders in der Übernahme einer platten Polemik aus dem „Arbeiterkampf“ – so mit dem Stoff um, der zur Debatte steht, als gäbe es noch immer eine irgendwo niedergelegte Meßlatte, von der abzuweichen nur einen Zettelkatalog satirischer Glossen als Kommentar verdient.*

*Da ist man sich von der EAP über Richard Löwenthal bis zu GAL-Kreisen darüber einig, daß die Leute in den Peripherien nicht etwa an dem nördlichen Industriesystem kaputtgehn, wenn es läuft, sondern wenn es stehenbleiben sollte. Wie ich erzählt bekam, kann in Hamburg ernsthaft vertreten werden, daß schon allein deshalb Tanker sein müssen, weil in Nigeria die Menschen verhungern, wenn wir der dortigen Filiale der internationalen herrschenden Klasse kein Öl mehr abkaufen. Ja freilich, wenn wir Vorschläge begründen müssen, Tanker mit doppeltem Boden auszustatten, nicht so sehr weil sie ein bißchen sicherer sind, sondern damit die Arbeitsplätze ausgelastet werden!*

*Wer es aber wagt, eine solche kenntnislose Politik, die sich prinzipiell in nichts von der „vernünftiger“ big-labour-Bürokratien unterscheidet, infragezustellen, muß als Arbeiterfeind madig gemacht werden, gemeint ist natürlich, als Menschenfeind. Und diese Demagogie, die dem „Arbeiterkampf“ noch anstehn mag, wird dann in einer Zeitschrift mit theoretischem Anspruch kolportiert.*

*Ich kann das privat vertragen, finde aber, daß dieser ungeistige Umgang mit den Grundfragen der Ökologiebewegung der gemeinsamen Sache schadet. Es ist nicht mal gut für die Interessen, die sich damit verteidigen. Ich schrieb der MOZ damals, ob sie denn nicht merkten, daß das immer Schüsse ohne Vorhalt seien, mit denen man das Ziel nie an seiner wirklichen Position trifft.*

*Nun fand ich meinen alten Text in zweierlei Hinsicht geeignet, was zu korrigieren: zum einen, sofern er Horizont und Herkunft der Gründe andeutet, die hinter meiner wirtschaftspolitischen Intervention vor und nach dem Hagener Kongreß standen, zum anderen, weil er in sich selbst die blöden Denunziationen meiner Ansichten als antikommunistisch oder antisozialistisch erledigt, ohne auf sie einzugehen. Ich meine damit nicht etwa den positiven Gebrauch des Sozialismus-Begriffs in dem Text, ich hätte genau dieselbe Sache für hiesige Zwecke wohl auch damals schon anders bezeichnet. Name ist Schall und Rauch. Ich meine den Geist des Ganzen.*

*Es lag natürlich bei der Redaktion der MOZ, mein Ansinnen zurückzuweisen und mir den Text zurückzugeben. Sicher wäre ihr eine Begründung eingefallen, die nicht direkt ausgesagt hätte, daß sie nur an der Entwicklung und am Festklopfen der eigenen Position interessiert ist und „Unterwanderung“ fürchtet. Indessen hat sie es vorgezogen, mich überhaupt keiner Antwort zu würdigen. Für mich ist das ein Unikum.*

R.B.

Natürlich bilden meine Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus, den ich als einen Weg autozentrischer Entwicklung auf nichtkapitalistischem Wege zu erklären suchte, den Hintergrund dessen, was ich im folgenden vortragen möchte. Aber ich hatte, als ich die DDR verließ, von vornherein nicht die Absicht, in Westeuropa die Rolle des osteuropäischen Dissidenten zu spielen, in die man aber leicht gerät, wenn man sich als Spezialist für Ostblock-Angelegenheiten einordnen läßt. Ich wollte ja zwar das Land, aber nicht die Front wechseln, und da war es mir zunächst am wichtigsten, möglichst viel von den Veränderungen zu begreifen, die in den Metropolen fällig sind.

Dies um so mehr als die ganze Geschichte der Sowjetunion seit

1917 und Osteuropas seit 1945 unverständlich bleibt ohne die von außen auf sie eindringende Herausforderung. Modernisieren, industrialisieren, aus dem hölzernen Rußland das eiserne Rußland schaffen, der Imperativ „Einholen und Überholen!“ – das ist der Grundtext dieser Geschichte. Und wenn dabei die direkte Abhängigkeit vermieden werden konnte, dann um so weniger die indirekte. Seit Beginn der Kolonialzeit können wir kein Ereignis und auch keine Ungeheuerlichkeit in irgendeinem Land der „östlichen“ Zweiten und „südlichen“ Dritten Welt sachlich richtig analysieren und historisch gerecht bewerten, ohne erst zu fragen, ob nicht die Endursache in der Ersten Welt, in letzter Instanz in der von dort ausgreifenden Akkumulation des Kapitals und Entwicklung des

Weltmarkts zu suchen ist. Natürlich ist das Verhältnis von Metropolen und Peripherie von Anfang an wechselseitig gewesen, aber unter der Dominanz der metropoliten Ökonomie.

Deshalb habe ich mich nach meiner Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR nicht als Emigrant verhalten, nicht als „Regimekritiker“, wie es in den bürgerlichen Medien hieß, sondern mich sofort in eine neue politische Praxis eingeordnet. Diese neue Praxis hat mit dem Thema zu tun, das jetzt in den Metropolen mehr und mehr den Schlüssel zu einer effektiven Politik der Linken darstellt: mit der Verbindung von Ökologie und Sozialismus, mit der Neubestimmung der sozialistischen Perspektive angesichts der globalen ökologischen Krise, mit der das kapitalistische Industriesystem der Menschheit jetzt eine Totalkatastrophe androht.

Diese ökologische Krise ist hier nicht mein Thema, aber sie ist das treibende Motiv meiner Bemühungen um einen aktuellen Sozialismusbegriff. Deshalb möchte ich kurz dem Mißverständnis vorbeugen, es handele sich da vornehmlich um das Problem der Umweltverschmutzung, das in Wirklichkeit nur *einen* untergeordneten Aspekt darstellt. Für sich genommen ist er vor allem deshalb wichtig, weil er in den Metropolen einen *unmittelbaren* Anknüpfungspunkt bietet, der die Menschen zum Widerstand von einer Radikalität motiviert, wie sie der traditionelle Klassenkampf um die Einkommensverteilung dort nicht mehr hergibt.

Die wahre Dimension der ökologischen Krise hat kürzlich der britische Historiker Edward P. Thompson, ein Vorkämpfer der neuen Friedensbewegung, auf einen einzigen Nenner gebracht. Er hat die Tendenz zur Selbstausrottung der Menschheit, die sich in der wachsenden Verselbständigung des Wettrüstens sogar gegenüber den rationalen Interessen der mächtigsten Protagonisten durchsetzt, als *Exterminismus* bezeichnet.

Aber dieser Exterminismus beschränkt sich nicht auf die atomare Kriegsgefahr. Er steckt ebenso in der absoluten Verelendung, zu der das kapitalistische Wachstumsmodell die halbe Menschheit verurteilt. Schon jetzt verursacht das metropolitane Industriesystem samt seinen Filialen auf den drei Kontinenten, daß ein Zehntel der Weltbevölkerung der physischen Degradation bis zum Verhungern ausgesetzt, ein weiteres Drittel unter das Existenzminimum gedrückt ist.

Nicht zuletzt, und im untrennbaren Zusammenhang mit der militärischen und ökonomischen Aggression, äußert sich der Exterminismus in der Zerstörung der Naturgrundlage unserer Gattungsexistenz. In den Metropolen selbst wird sie vorübergehend noch durch einen teuren, und, soweit sich das private Kapital beteiligt, profitablen Reparaturbetrieb kaschiert. An der Peripherie und in den sogenannten Schwellenländern werden die Folgen irreparabel sein und zuletzt auf die Menschheit als ganze zurückfallen.

Wir sind dabei, das Leben auf der Erde, d.h. die Biosphäre, die uns evolutionär hervorgebracht hat, ins Mark zu treffen. An unserem Erfolg gehen die Pflanzen und Tiere nicht in Individuen, sondern in Arten ein. Indem wir die Wälder abholzen, unterbrechen wir die Produktion des Sauerstoffs, den wir atmen, während unsere Industrie mehr und mehr Sauerstoff verbrennt. Wir vergiften die Atmosphäre, wir heizen sie auf, bis nicht nur lokal, sondern insgesamt die Selbstregulation des Klimas gestört ist. Wir lassen Millionen Chemikalien auf Menschen, Tiere, Pflanzen, Land und Meere los, ohne über den Einzelfall und die kurze Frist hinaus die Folgen abschätzen zu können.

Es handelt sich um eine Gesamtkrise unserer Zivilisation, die auf die menschliche Natur zurückschlägt. Kaum ist in den Metropolen

die ältere Art materieller Not annähernd gebannt, da werden die Menschen von Krebs und Kriminalität, Herzinfarkt und Psychiatrie heimgesucht. Naturzerstörung durch industrielle Akkumulation, Atomkriegsgefahr, Verelendung marginalisierter Massen in der Dritten Welt, psychische Verelendung in den Metropolen – das sind die apokalyptischen Reiter am Ende dieses zweiten christlichen Jahrtausends. Und abgesehen davon, daß Repressionen jeglicher Art die Antwort auf alle Versuche sind, ihnen noch Einhalt zu gebieten, haben wir unsere Erkenntniskräfte noch nicht genug darauf konzentriert, sie scharf ins Auge zu fassen, in ihren zahllosen Erscheinungsformen ihr Wesen und ihre Quelle auszumachen.

Letzten Endes haben wir es mit einer neuen, anfangs unvermuteten Dimension der Alternative Sozialismus oder Barbarei zu tun. Wir sehen uns dazu gezwungen, den Sozialismus vor allem in einem Punkt anders als Marx zu denken. Für ihn war er die klassenlose Industriegesellschaft; und um das Industrielle daran sollte der Kapitalismus ziemlich problemlos beerbt werden. Marx und Engels hatten im Kommunistischen Manifest auch dies geschrieben:

„Die Bourgeoisie hat durch die Exploitation des Weltmarkts die Produktion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Die Bourgeoisie reißt durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt.“ (MEW 4, S. 466)

Den Geist, in dem das gesagt ist, können wir heute nicht mehr teilen.

Wer in Osteuropa gelebt hat, besitzt darin eine Erfahrung, die über alle Theorie hinausgeht: Industrialisierung, Produktivismus, Fordismus usw. werden den sozialistischen Ausgang eher verstopfen als herbeiführen. Und inzwischen kommt der Verdacht auf, daß dies nicht nur bei direkt oder – wie im Osten – indirekt abhängiger Industrialisierung geschieht, sondern bei jeder bisher bekannten Art von Industrialisierung immer und überall, daß da also das Mittel generell den Zweck auffrißt, der doch Freiheit, Liebe, Glück für alle hatte sein sollen.

Als ich den Schlußteil meines Buches „Die Alternative“ schrieb, hatte ich schon eine Ahnung, daß wir nicht nur das Kapitalistische an der Industrie, an der Akkumulation zu kritisieren haben, sondern die Akkumulation selbst; nicht nur die ökonomische Form, sondern den materiellen Inhalt der industriellen Zivilisation. Und zwar deshalb, weil es in der Realität einfach nicht zu gelingen scheint, den theoretisch so einfachen Schnitt zwischen Wissenschaft und Technik einerseits und ihrer kapitalistischen Anwendung andererseits zu machen.

Zwar glaube ich auch heute noch, daß es für die russische Revolution keine reale Alternative zu der nachholenden Industrialisierung und daher zu dem politischen Despotismus gab. Aber ich bin dabei, die in den ersten beiden, den analytischen Teilen der „Alternative“ noch festgehaltene Auffassung zu revidieren, es müßten alle Völker durch den Schmelztiegel der Industrialisierung hindurch, der Sozialismus setze überall reifen Industrialismus voraus, und dies in dem Sinne, daß eben durch das jeweils in den Metropolen erreichte Niveau vordefiniert ist, was reifer Industrialismus ist, *auf welche Weise* der Mensch seine Bedürfnisse befriedigen müsse.

Dies war eine Befangenheit in der Erfahrung des sowjetischen Weges und – wie ich heute meine – in seiner ersten, bloß immanenten Negation, der trotzistischen, die noch nicht begriffen hat, daß Stalinismus zwar ein unvorhergesehen exzessiver Leninismus, aber doch Leninismus ist. Als ich die „Alternative“ schrieb, war mir noch nicht klar daß die Positionen, die nicht nur ein theoretisches und ideologisches, sondern wenigstens ansatzweise ein praktisches Gegenbild zu dem sowjetischen Modell aufscheinen ließen, viel eher in Kronstadt zu suchen sind als bei dem Sieger über Kronstadt und viel mehr bei dem sogenannten Rechten Bucharin, der den Bauern einen Spielraum für autonome Entwicklung lassen wollte, als bei den sogenannten linken Industrialisierern.

Damit habe ich, ehe ich nun auf das Thema eines „neuen Sozialismus“ zu sprechen komme, meine Ausgangspositionen angedeutet. Nur um die Orientierung darüber noch etwas zu erleichtern, möchte ich hinzufügen, daß ich auf Anhieb mit der allgemeinen Denkweise Darcy Ribeiros sympathisierte, als ich vor einiger Zeit sein Buch über den zivilisatorischen Prozeß las. Dasselbe Gefühl hatte ich vor eineinhalb Monaten bei einem Seminar in Oaxaca, als Fernando Cardoso über das Herangehen an die politischen Kräfte und Bewegungen sprach.

Da ich ja zu dem Schluß gekommen bin, daß der real existierende Sozialismus eben kein, zumindest *noch* kein Sozialismus ist, brauche ich an sich den Ausdruck „neuer Sozialismus“ für meine Perspektive nicht. Was den, zu dem „neuen“ komplementären, „alten Sozialismus“ als Ideologie der Stalinzeit – und nicht von Marx! – betrifft, so kenne ich seine lateinamerikanische Variante nur oberflächlich. In Prag wird vielsprachig die Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ herausgegeben. Darin habe ich seinerzeit hin und wieder etwas von – beispielsweise Arismendi gelesen. Ich werde jetzt nicht darauf eingehen. Ich kann aber auf einen Artikel des chilenischen Historikers Fernando Mires verweisen, den ich kürzlich in einem westdeutschen Lateinamerika-Jahrbuch fand. Er wurde im Dezember 1976 zur selben Zeit wie meine „Alternative“ fertig und er entwickelt von fast genau derselben Position eine Kritik an der „Unterentwicklung des Marxismus in Lateinamerika“, mit deren Aussagen ich mich weitgehend identifizieren kann.

Nach diesen Vorbemerkungen zum eigentlichen Thema. Was kann das heißen: „neuer Sozialismus“? Das Neue wird, wie mir scheint, mehr in den veränderten Bedingungen liegen, nicht so sehr in dem Sozialismusmodell selbst, nicht so sehr in der konkreten Utopie, die wir verfolgen wollen. Freilich scheint es mir wichtig, unsere Zielvorstellung von jeglichen industrialistischen und technobürokratischen Fortschrittsillusionen zu reinigen. Aber über diese Korrektur hinaus werden wir kaum auf Elemente kommen, die nicht schon bei irgendwelchen alten Sozialisten, darunter natürlich auch den utopischen, aufgetaucht sind. Übrigens rechne ich auch das anarchistische Erbe dazu, besonders die Orientierung auf über

**W**er in Osteuropa gelebt hat, besitzt darin eine Erfahrung, die über alle Theorie hinausgeht: Industrialisierung, Produktivismus, Fordismus usw. werden den sozialistischen Ausgang eher verstopfen als herbeiführen. Und inzwischen kommt der Verdacht auf, daß dies nicht nur bei direkt oder – wie im Osten – indirekt abhängiger Industrialisierung geschieht, sondern bei jeder bisher bekannten Art von Industrialisierung immer und überall, daß da also das Mittel generell den Zweck auffrißt, der doch Freiheit, Liebe, Glück für alle hatte sein sollen.

schaubare, kommunikativer genossenschaftlicher Selbstverwaltung zugängliche Gemeinwesen. Unverändert bleibt vor allem das Ziel der allgemeinen Emanzipation des Menschen, also einer in jeder Hinsicht klassenlosen Gesellschaft, das im Grunde genommen um ein Menschenbild herum konzipiert ist, um das Ideal der freien, allseitig entwickelten Individualität.

Abgesehen von den zeitbedingten Formulierungen kann es sich da ja nur um eine Konstante, um eine *anthropologische* Konstante handeln. Der Kommunismus sollte ja nicht eine willkürliche Konstruktion, sondern genau die der vollentfalteten menschlichen Natur gemäße Ordnung sein. Allerdings müßte diese vorgeschichtliche Konstante und ihre Einordnung in den allgemeinen Naturzusammenhang heute in unserer Theorie neu gewichtet werden. Wir sehen ja in den industriell entwickelten Ländern, daß man den Material- und Energieverbrauch pro Kopf ins Unendliche steigern kann, ohne daß sich für die konsumierenden Individuen der Sprung ins Reich der Freiheit abzeichnet, während sich dabei für die produktivistische Gesellschaft eher Orwells 1984 oder Huxleys Schöne Neue Welt ankündigt. Was sind also, unabhängig von der historischen Form ihrer Befriedigung, die vielleicht gar nicht mehr lange haltbar ist, die Grundbedürfnisse des Menschen als Gesellschaftswesen, d.h. nachdem er seine physische Reproduktion gesichert hat?

Wenn wir so fragen, stoßen wir auf Bedürfnisse wie das nach sozialer Sicherheit, das letztlich nur bei Geborgenheit in einer Gemeinschaft zu befriedigen ist. Dann auf das darauf aufbauende Bedürfnis nach Entwicklungsanreizen solcher Qualität, daß die Befähigung zur Aneignung der zeitgenössischen Kultur dabei entsteht. Dies setzt persönliche, Vertrauen und Hoffnung stiftende Kommunikation voraus. Weiter auf das Bedürfnis nach Anerkennung der so entstehenden Individualität durch die anderen. Schließlich auf das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung und Wachstum als Persönlichkeit.

Das sind lauter „immaterielle“, vielmehr unstoffliche Bedürfnisse; wenn man es altmodisch zu nennen wagt, solche des Herzens und des Geistes, welche beide zusammen früher auch Seele genannt

**N**ach meiner Überzeugung wird die sozialistische Idee erst dadurch radikal, daß sie in der angedeuteten Richtung über den Kampf um die Sicherung der Subsistenzmittel hinausweist. Andernfalls wird es immer wieder darauf hinauslaufen, gerade auch im Falle unseres Sieges, daß wir, wie in Dostojewskis berühmter Legende vom Großinquisitor, Brot und Freiheit einander gegenüberstellen, daß wir es um der materiellen Versorgung willen bei der Subalternität der Versorgten lassen.

wurden und deren letztes Band der Wunsch zu lieben und geliebt zu werden ist. Wir müssen das anerkennen und bis in den Hang nach spiritueller Transzendenz hinein als den unersetzlichen Quell begreifen, aus dem Revolution ihre endgültige Durchsetzungskraft beziehen kann und immer bezogen hat, dort wo sie siegte.

Nach meiner Überzeugung wird die sozialistische Idee erst dadurch radikal, daß sie in der angedeuteten Richtung über den Kampf um die Sicherung der Subsistenzmittel hinausweist. Andernfalls wird es immer wieder darauf hinauslaufen, gerade auch im Falle unseres Sieges, daß wir, wie in Dostojewskis berühmter Legende vom Großinquisitor, Brot und Freiheit einander gegenüberstellen, daß wir es um der materiellen Versorgung willen bei der Subalternität der Versorgten lassen. Dabei haben wir in den abhängig industrialisierenden Ländern eine Situation, wo das materielle Minimum nur erzwungen, d.h. wo die Marginalisierung nur überwunden werden kann, indem sich die Betroffenen zum politischen Selbstbewußtsein, zum vollen Anspruch auf die Menschenwürde, auf die freie Entwicklung eines jeden erheben.

Ich versuche mir vorzustellen, in welcher Lage Venezuela ist. Eine parasitäre halb Staats-, halb Privatbourgeoisie, die sich – 5% der Bevölkerung – mehr als die Hälfte der Einkommen unter die Nägel reißt. Eine Mittelklasse von ungefähr einem Drittel der Bevölkerung, deren Existenz größtenteils über den Grundeigentümerstatus des Landes, also über den Anteil an der Erdölrente der Staatsklasse und der Spekulanten, vermittelt ist. Die Parteien der Linken, gerade in dieser Mittelklasse verankert, zu der – was die Verhaltensweisen betrifft – auch die Arbeiter der modernen Schlüsselindustrie(n) tendenziell gehören. Fast zwei Drittel der Bevölkerung in verschiedenen Graden marginalisiert, jeder Art von Ausbeutung, Entbehrung und Demütigung unterworfen.

Da wird es die Politik des weitsichtigeren Teils der Oligarchie sein, das Vegetieren zu alimientieren, zwecks längerfristiger Sozialversicherung der Macht. Das Land läßt sich ja nicht nur mit Italien vergleichen, sondern auch mit dem Iran, und dann sieht es am Horizont viel bedrohlicher aus. Die marginalisierten Massen an den Rändern Teherans haben der islamischen Wendung gegen das ganze Modell der westlichen bürgerlichen Zivilisation, gegen alles, was

den guten Vierteln in den Städten der Dritten Welt, diesem Brückenkopf des kapitalistischen Industriesystems, heilig ist, die entscheidende Resonanz verschafft.

Gerade in ihrer Eigenschaft als hauptsächlich Grundrentnerklasse müßte die Oligarchie natürlich die Chance der Pazifizierung suchen, über den Staat für eine systematisch differenzierte Korruption sorgen. Zwar wird den Letzten immer genau zum Leben zu wenig, zum Sterben zuviel zukommen, aber inzwischen wird es abgestufte Rationen geben. Für uns erhebt sich die Frage, ob unser Druck bloß dazu gut sein wird, sie in diese reformistische Qualifizierung hineinzutreiben oder ihr die Lösung der Probleme aus der Hand zu nehmen, d.h. ihre Spitzen entweder im eigenen Land politisch an den Rand zu drängen oder nach Florida und in die Rocky Mountains zu verjagen, wo sie sich schon vorsorglich angekauft haben.

Wenn unser politischer und ideologischer Kampf seinen Schwerpunkt innerhalb des arrivierten Drittels der Gesellschaft haben wird, können wir nur reformistisch fungieren. Die soziologische Zugehörigkeit zur Mittelklasse, die vermittelte Abhängigkeit von der Grundrente, vom Grundrentnerstaat wird uns nicht freigeben. Selbst auf die Arbeiterklasse wird man sich dann primär unter jenem Aspekt beziehen, unter dem sie, jedenfalls in bestimmten Zweigen, zu den Privilegierten gehört. Der gewerkschaftliche Korporativismus ist ja nur der Ausdruck dafür. In den Ländern des abhängigen Kapitalismus, und angesichts der Krise des Weltsystems in seiner Eigenschaft als Industriesystems, kann sich die Alternative nicht primär auf die besonderen Interessen der zweiten industriellen Klasse gründen.

Arnold Toynbee hat den meiner Ansicht nach sehr nützlichen Begriff des „äußeren Proletariats“ im Unterschied zum inneren, metropolitanen Proletariat geprägt. Wir können ihn benutzen, indem wir betonen, daß die sogenannten Eliten in den Peripherien natürlich nicht dazugehören, sondern größtenteils Ausstülpung, Agentur des zentralen Kapitals sind, und – worauf es mir an dieser Stelle ankommt – daß das äußere Proletariat eine andere Struktur als das innere hat. Der Schwerpunkt wird hier, selbstverständlich ohne Ausschluß der Industriearbeiterinteressen, bei denen liegen, die, nach dem Terminus der ökonomischen Theorie, noch nicht „reell subsumiert“ sind, d.h. bei der in verschiedenem Grade und in verschiedener Weise marginalisierten Mehrheit der Bevölkerung.

Nachdem wir gewohnt waren, dem (metropolitanen) Proletariat das Menschheitsinteresse, die welthistorische Mission aufzubürden, sind wir jetzt vielleicht geneigt, völlig auf solche Zuschreibungen zu verzichten. Wie dem auch sei, es könnte sich lohnen, der Frage nachzugehen, in welchem Zusammenhang die unmittelbaren Interessen der Marginalisierten (und Marginalisierte, wenn auch anderer Stufenleiter, gibt es inzwischen vermehrt auch in den Metropolen) mit dem allgemeinen Interesse einer Menschheit stehen, die mit der industriekapitalistischen Expansion an die Grenzen der Erde stößt. Vielleicht ist es – um Marx zu variieren – jetzt *dieser* „naive Volksboden“, in den „der Blitz des Gedankens einschlagen“ muß, der also politisch und ideologisch beackert werden müßte.

Es gibt keine Lösung, wenn nicht das Volk der „Ranchos“ an den Stadträndern und das Volk der Dörfer zum Subjekt organisiert wird. Und wenn das geschieht, müßte nicht eine Alternative *innerhalb* der „Entwicklung“, der Industrialisierung, sondern *zur* „Entwicklung“, zur Industrialisierung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Eines scheint mir klar: Wer nach den Erfahrungen mit



dem sowjetischen Sozialismus, der in Wirklichkeit keiner geworden ist, in einem abhängigen, einem vom Kapitalismus eingegliederten und unterentwickelten Land diejenige Industrialisierung nachholen will, die in den Metropolen abgelaufen ist, der favorisiert, ob er will oder nicht, das sowjetische Modell.

Ich habe einen Zeitschriftenaufsatz von Stefan Welzk mitgebracht, der an dem bei mir nicht berücksichtigten rumänischen Beispiel die lückenlose Kohärenz dieses sowjetischen Modells herausarbeitet. Die Bedeutung dieses Nachweises wird noch unterstrichen durch die Tatsache, daß es seit Anfang dieses Jahrhunderts keinem anders als nach diesem Modell vorgehenden Land gelungen ist, sich in relativer Autonomie zu industrialisieren, eine einigermaßen vollständige und in sich geschlossene ökonomische Binnenstruktur zu schaffen. Es sieht also so aus, als könnte nur dann von einem „neuen“ einem anderen, kurz von wirklichem Sozialismus die Rede sein, wenn wir es *ablehnen*, auf nichtkapitalistischem Weg das kapitalistische Industriesystem nachholen, einholen und überholen zu wollen.

Ordnet man, wie es wohl auch noch die Strategie des Historischen Kompromisses in Italien vorsah, letztlich den subjektiven Aufstieg der Massen dem Industrialisierungserfolg, der Weltmarktträchtigkeit der nationalen Produktivkräfte unter, wird man nur in die etatistische Bürokratie einrücken. Es handelt sich dann nur noch um größere oder geringere Effizienz der Modernisierung und der kompensatorischen Abfindung der Massen für ihre fortgesetzte Subalternität. Sie würden real nicht viel gewinnen, wenn eine andere Mannschaft die Verantwortung für die Exportindustrien in Erdöl, Stahl, Aluminium und über die Großkraftwerke übernimmt. Das hängt nicht vom guten Willen einer Avantgarde ab, sondern von dem Herrschaftscharakter, der der Großtechnologie selbst inhärent ist, von den Weltmarktzwängen, die da durchdringen, ganz zu schweigen.

Wir müssen lernen, der Sozialismus kann nicht die Verlängerung *dieses* Industriesystems, er muß der Bruch mit ihm sein. *Dieses* Industriesystem schafft nicht die Grundlagen dafür, sondern entfernt uns immer weiter von seiner Möglichkeit. Es wird 99% des Landes, in dem wir leben, zerstören, um die Bevölkerungsmehrheit auf dem letzten Prozentteil des Territoriums in Slums zu verwahrlosen. Wenn sich die Aufstieghoffnung des „inneren“ europäischen Pro-

letariats aus dem neunzehnten Jahrhundert *infolge* des Kolonialismus noch partiell erfüllt hat für die „äußeren“ Proletariate der Dritten Welt verschließt sich diese Aussicht, weil es hinter ihnen niemand mehr gibt, auf dessen Kosten sie sich realisieren könnte. Selbst in den sogenannten Schwellenländern ist es zweifelhaft, ob die innere Polarisierung noch behebbar ist, weil ja eben die importierten modernen Technologien mehr Leute marginalisieren als beschäftigen.

Im Weltmaßstab *kann* die Industrialisierung nicht mehr vollendet werden, weil die Erde den materiellen Aufwand des nordamerikanischen Mittelstandes nicht für 10 und 15 Milliarden Menschen des nächsten Jahrhunderts hergibt. National löst sie erst recht keine Probleme *allgemeinen* Interesses mehr. Sie wird – wie die letzten sogenannten Entwicklungsdekaden zeigten – den Umfang der absoluten Verelendung nur vergrößern. Der Schluß, der sich aufdrängt, lautet: Abkoppeln, aber nicht für bessere Industrialisierung, sondern für einen anderen Typus der Zivilisation, nicht für die spätere Rückkehr auf den Weltmarkt, sondern als eine Option für Selfreliance angesichts der Notwendigkeit, den Weltmarkt selbst in eine Involution zu treiben.

In Wirklichkeit lautet unsere Alternative natürlich nicht, ob es eine Industrie geben soll oder nicht, sondern *was* für Produktionsmittel sich die Menschen anmessen. Wissenschaft und Technik *können* wirklich zu etwas anderem gut sein, wenn es eine andere Gesellschaft sein wird, die die Technologie nach ihrem Maß, nach dem Maß des Menschen, der sie konstituiert, gestaltet. Erst muß eine andere Gesellschaft im Entstehen sein, ehe aus den *Elementen* von Wissenschaft und Technik ein anderer ein anders produktiver Produktionsapparat geschaffen werden kann, entlang der Frage, was der optimalen Entfaltung des gesellschaftlichen Individuums dient. Effizienz, Ausstoß pro Zeiteinheit ist da *nicht* das Kriterium.

Wie könnte eine gesamt-nationale Lösung vom Standpunkt der wirklichen Verdammten dieser Erde aussehen? Woraufhin also wären sie zu trainieren? Müßten sich die Bewohner der Ranchos nicht für etwas organisieren, was dem alttestamentarischen Auszug aus Ägypten sehr ähnlich sieht: für den Aufbruch zurück ins Land?! Wie denken wir eigentlich über die Perspektive, daß Caracas in 20 Jahren 7 Millionen Einwohner hat? Wäre es dagegen nicht besser, die Menschen würden gemeinschaftlich lernen, unabhängig von den Segnungen des Agrobusiness Lebensmittel zu erzeugen? Man würde sich gesunde, menschenwürdige Häuser bauen. Schule und ärztliche Betreuung würden kommunal eingeordnet sein. Die einfache Reproduktion wäre wieder weitestgehend dem Markt entzogen. Der Ausbau der Infrastruktur (Elektrizität, Wasserversorgung, Abfallrückführung, Verkehrswesen, Kommunikationsmittel) müßte auf die Bedürfnisse dieser Gemeinwesen statt auf die der Exportindustrie bezogen sein. Das setzt natürlich voraus, den Boden, die natürlichen Ressourcen nicht nur zu nationalisieren, zu verstaatlichen, sondern zu vergesellschaften, d.h. in die Verfügungsgewalt derer, die ihn gemeinschaftlich nutzen, zurückkehren zu lassen. Solche Vorstellungen sind in unserer Bewegung häufig als romantizistisch abgetan worden. Jetzt, vor dem Hintergrund der Unverträglichkeit weiteren industriellen Fortschritts in den bisherigen Bahnen, müßten andere Argumente gefunden werden, um sie abzuweisen.

Nun möchte ich aber dabei bleiben, daß es sich viel weniger um einen „neuen Sozialismus“ handelt als um neue Bedingungen seiner Verwirklichung. Geht doch die zunehmende Bereitschaft in unseren Reihen, bisherige Zielprojektionen zu überprüfen, auf die

Es gibt keine Lösung, wenn nicht das Volk der „Ranchos“ an den Stadträndern und das Volk der Dörfer zum Subjekt organisiert wird. Und wenn das geschieht, müßte nicht eine Alternative *innerhalb* der „Entwicklung“, der Industrialisierung, sondern *zur* „Entwicklung“, zur Industrialisierung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Erfahrung zurück, daß in der Wirklichkeit vieles anders gekommen ist, als wir uns mit Marx, dann mit Lenin usw. gedacht haben. Marx selbst hat in der Deutschen Ideologie (MEW 3, S. 35) geschrieben, der Kommunismus sei „nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird“, sondern „die *wirkliche* Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt“

Für den entscheidenden Punkt greife ich noch einmal auf jene Erfahrung mit dem real existierenden Sozialismus zurück, die ich schon erwähnt habe: das Übergreifen der kapitalistischen Umwelt, die begrenzte Reichweite des dagegen erzielten Durchbruchs. Ich habe neulich in Mexiko die Erfahrung gemacht, man handelt sich hier leicht den Vorwurf des Eurozentrismus ein, wenn man über die Lage in den Metropolen spricht und dabei voraussetzt, sie hätte etwas mit den hiesigen Verhältnissen zu tun. Bei mir müßte das dann immer noch ein „Osteurozentrismus“ sein. Aber wir sollten zunächst zwischen eurozentristischer Betrachtungsweise, die einem unterlaufen kann, und der Realität des Metropolenkomplexes, der Realität seines Einflusses unterscheiden.

Nicht weil ich jetzt in Westeuropa lebe und natürlich dort – wie zuvor in Osteuropa – nach den Eingriffsmöglichkeiten frage, halte ich die Erfahrung fest, daß wir bisher an keinem Punkt der Welt den Wirkungen des kapitalistischen Antriebsmechanismus entgegen, der nach wie vor in den Metropolen seinen Motor und sein wichtigstes Schwungrad hat. Es ist bestimmt kein Zufall, daß gerade jene Ökonomen, die sich bis vor einigen Jahren in ihren Analysen besonders auf die Dritte Welt konzentrierten, ihre Aufmerksamkeit inzwischen wieder verstärkt dem Zentrum zugewandt haben. Genauer gesagt, der *Wechselwirkung* zwischen Metropolen und Peripherie innerhalb des einen und einzigen ökonomischen Weltzusammenhangs, der in dem bisher unaufhaltsamen Prozeß kapitalistischer Akkumulation liegt.

Wir haben ja eben erlebt, daß die russische Revolution den kapitalistischen Horizont der *Produktivkraftentwicklung* nicht zu sprengen vermochte. Wir haben gesehen, daß rings um den Erdball ein und dieselbe Technologie triumphiert. Selbst die gewaltige voluntaristische Anstrengung, die Mao Zedong unternommen hat, um das riesige China vor dem in diesem Sinne „kapitalistischen Weg“ zu bewahren, ist nicht durchgekommen. Ober was werden das für „vier Modernisierungen“ sein, die man jetzt, wenn auch langsamer als vor einigen Jahren gedacht, zu verwirklichen strebt? Das metropolitane Modell scheint unentrinnbar. Letzten Endes werden die einmal ausgebrochenen Teile mindestens tendenziell auch wieder in den kapitalistischen Weltmarkt zurückintegriert.

Wir haben ja einmal gelernt, es gäbe drei verbündet angreifende Kräfte. Das seien erstens das sozialistische Weltsystem, zweitens die Arbeiterklasse vor allem der kapitalistischen Metropolen, drittens die nationalen Befreiungsbewegungen. Ich will mich jetzt nicht darüber verbreiten, inwiefern, ich will nur feststellen, daß alles dies die Szene falsch beschreibt. Oder ist vielleicht die polnische Volksbewegung die Wahrheit des sozialistischen Weltsystems? Sind die sozialen Bewegungen im Zentrum, die der Ökologen gegen die Atomkraftwerke, die der Frauen gegen das Patriarchat, die der Sucher nach einer alternativen Kultur einer neuen Spiritualität usw. Verkleidungen jener revolutionären Arbeiterklasse? War die aus der Zerstörung der vorkapitalistischen Ökonomie und aus der kapitalistischen Marginalisierung hervorgegangene städtische Armut, die der iranischen Revolution die entscheidende antiamerika-

n Wirklichkeit lautet unsere Alternative natürlich nicht, ob es eine Industrie geben soll oder nicht, sondern *was* für Produktionsmittel sich die Menschen anmessen. Wissenschaft und Technik können wirklich zu etwas anderem gut sein, wenn es eine andere Gesellschaft sein wird, die die Technologie nach ihrem Maß, nach dem Maß des Menschen, der sie konstituiert, gestaltet.

nische, antiindustrialistische Stoßkraft gegeben hat, gemeint, als wir von nationaler Befreiung sprachen?

Der strategische Sinn dieser Dreikräftelehre bestand darin, einzelne Länder aus dem kapitalistischen Weltsystem herauszubrechen und ihm dann, durch die Befreiungsrevolutionen gegen das Kolonialsystem, die gesamte Peripherie als äußere Macht entgegenzusetzen. Als dritte Kraft sollte das metropolitane Proletariat von innen mitwirken, um den Kapitalismus/Imperialismus zu Fall zu bringen. Übriggeblieben ist davon nur die sterile und überaus gefährliche Konfrontation der Blöcke, der um zwei Supermächte gruppierten Militärpakte, die sich tendenziell über die ganze Welt ausbreitet und auf dem Rücken der armen Völker ausgetragen wird. Jetzt erhebt sich erneut die Frage, ob und wie es möglich ist, das System von innen zu überwinden, weil es in einem letzten Sinne gar kein Außen gibt.

So viel scheint klar: Das System kann letzten Endes nur von der kombinierten, in einem historischen Sinne synchronisierten Aktion der Gegenkräfte in der ganzen Ersten, Zweiten und Dritten Welt transformiert werden, und wir müssen danach Ausschau halten, ob nicht eine objektive Konvergenz in den verschiedenen Aktionsrichtungen liegt und wenn ja, worin sie besteht, damit mobilisierend Hoffnung darauf gesetzt und damit sie bewußt ausgenutzt werden kann.

Aber nun geht es offensichtlich nicht mehr: Proletariat der Metropolen gegen Bourgeoisie der Metropolen, wie es zu Marx' Zeiten erschien, sondern – und hier stocken wir angesichts der im Marx'schen *Kapital* nicht vorgesehene Komplexität der gegeneinanderstehenden sozialen Kräfte, die einfach nicht auf ein Zweifrontenschema reduzierbar sind. Es sind offenbar andere, jedenfalls anders zu definierende Gegenkräfte, als wir gelernt hatten, und die Vulgärsoziologie versagt uns den Dienst, wenn wir sie begreifen wollen. Eines jedoch haben sie gemeinsam: Das ist ihr Kampf um Selbstbestimmung gegen die Sachzwänge der Akkumulationslogik, die ihnen das letztlich eine und einzige Weltsystem der Unterdrückung, Ausbeutung und Entfremdung bis zur Konsequenz der physischen Vernichtung präsentiert.

Auch wenn wir von den sich sozialistisch nennenden Ländern absehen und die Unterscheidung zwischen Erster und Dritter Welt realistisch als *innerhalb* des kapitalistischen Weltsystems angesiedelt betrachten, kämen wir auf keinen Fall theoretisch weiter, wollten wir den alten metropolitane Klassengegensatz mechanisch ins

Internationale übersetzen. Weltproletariat gegen Weltbourgeoisie.

Man schämt sich eigentlich schon, diese Offensichtlichkeit zu wiederholen. Aber wo ist die Theorie, wo ist der Vorschlag, der dieses veraltete Schema erfolgreich ablösen könnte? Wenn ich es richtig sehe, haben wir einerseits die globalökonomischen Analysen, die aus der Großwetterlage um die Kapitalakkumulation Tiefdruckgebiete und Frontbildungen diagnostizieren. Dabei beziehen sich die Voraussagen stets auf das Paradigma des Verteilungskampfes. Wo und in welche Zweige wird das Kapital investieren, um dem Fall der Profitrate zu entgehen? Wo werden die Besitzstände in Gefahr geraten? Wohin wird die Verelendung exportiert? Wenn man bei den ökonomischen Analysen stehenbleibt, erweisen sie sich ohne weiteres Zutun als ökonomistisch. Denn die Aufforderung zum Kampf, falls man eine herauslesen kann, hat stets ein und denselben fatalen Fehler: Sie rät dazu, die Spielregeln des kapitalistischen Systems anzunehmen. Das Kapital heckt nach dem Prinzip der Quantität. Als Echo verlangt die Lohnarbeit – in ihrer Eigenschaft als Kapitalbestandteil: „We want more, more, more.“ Dies nicht nur dort, wo auf diese Weise das Existenzminimum gesichert werden muß, also am Ohnmachts- und Leidenspol der ausgebeuteten Menschheit. Das andere Leben, das der Mensch fordern muß, die andere Zivilisation tritt nicht ins Bild. Die Unaufhaltsamkeit der Kapitalakkumulation ist von der Theorie verinnerlicht.

Andererseits haben wir Detailanalysen der Sozialstruktur ihrer ökonomischen Ursachen, der politischen Kampfbedingungen für die einzelnen Länder. Hier treten dann die jeweils dominanten Fremdeinflüsse ohne ihren globalen Zusammenhang auf. Es gibt ein Defizit in der Vermittlung. Aber nun vermute ich, daß diese Vermittlung zwar auch auf dem Felde der ökonomischen Theorie gesichert werden muß, letzten Endes aber in anderen Dimensionen des sozialen Prozesses aufzusuchen wäre. Man kann und man muß weiter die verschiedenen Formen untersuchen, in denen sich das Kapital die Arbeitskraft subsumiert. Aber nicht aus der Verkürzung in den Rechten als Arbeitskraft, sondern aus der Verkürzung der Menschenrechte und der Menschenwürde wird die entscheidende Provokation für den Aufbruch hervorgehen. Nicht als Lohnsklaven, sondern als Menschen werden sie sich gegen das kapitalistische System erheben.

Wir müssen es ablehnen, unseren Kampf vornehmlich auf diejenigen Befriedigungen zu richten, die es uns nach seiner eigenen Logik, abgestuft und unsere Kräfte dividierend, zukommen läßt. Für den Lohnarbeiter in Europa jedenfalls steht jetzt die Frage so, daß er aus seiner Rolle als Lohnarbeiter als Charaktermaske des Faktors *v* wie variables Kapital, als Vertreter der darauf fixierten Ansprüche *heraustreten* muß. Sonst kann er das kapitalistische System als solches und als ganzes nicht bekämpfen. Wer das nicht tut, bleibt hoffnungslos an den Teufelskreis der Rationalisierung, der Exportrentabilität, der Konkurrenz zwischen den Monopolen, des aufgezwungenen Konsums, des standardisierten Lebens gebunden. Selbst der *politische* Kampf in den Fabriken treibt das System am Ende nur in *seiner* Richtung voran.

Und mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten der Dritten Welt müßten wir den Spielraum erkämpfen, in dem sie es ablehnen können, sich das gute Leben vorzustellen nach dem Zuschnitt von Washington, London und Paris, der eine Fata Morgana ist, unreal und unerreichbar für alle. Statt dessen brauchten wir den sinnfälligen Plan für den Aufbau alternativer Arbeits- und Lebenszusammenhänge, der hier viel zwingender ist als in den Metropolen, wo gleichwohl immer mehr Menschen dahin aussteigen, die oft nur

sehr bedingt materiell dazu gezwungen sind. Wenn die Radikalisierung der Ausgebeuteten und Marginalisierten, die wahrscheinlich ist, zunächst punktuell in praktische Versuche anderen Lebens, autonomer Gemeindebildung überginge, käme vielleicht eine Sogwirkung zustande. Und zugleich gewänne der Druck auf die Oligarchie, auf den Staat den konstruktiven Sinn, die Subventionierung der sozialökonomischen Rekonstruktion zu erzwingen. Der politische Prozeß könnte sich dann auf der polizeilich und militärisch ungreifbaren Mitte zwischen reformistischer Gestalt und revolutionärem Inhalt bewegen. Für die Linke würde das bedeuten, sich selbst mit dem Gedanken des Ausstiegs aus der bürgerlichen Kultur, in die sie größtenteils eingebunden ist, vertraut zu machen und von der Reflexion und dem faktischen Reformismus zur kulturevolutionären Praxis überzugehen. Kulturrevolution ist nicht weniger sondern mehr als politische und soziale, die sie beide mit umfaßt, nur daß sie von vornherein andersherum und vor allem tiefer ansetzt, beim Lernprozeß der Massen selbst und bei ihrem Lebensprozeß. Was ich meine, ist zunächst die ideologische Vorbereitung auf diese Wende.

Noch auf eines möchte ich zum Schluß eingehen, was wie ich sicherlich nur werde andeuten können – untrennbar zu dem ganzen Denkkontext gehört, aus dem ich spreche. Um beim Sinnlichen anzufangen: In ihrer Arbeit für die und mit den Marginalisierten würden die marxistischen Linken den besten Vertretern des Christentums begegnen. Das sind jene, die den Gedanken der Nachfolge Jesu ernst nehmen und mit denen gemeinsam man auch daran arbeiten könnte, den unvermeidlichen Paternalismus auch der Befreier zu überwinden.

Ich habe vorhin von dem Auszug aus den Ranchos gesprochen. Im Jahre 1790 schrieb Friedrich Schiller das Problem einer deutschen Nationalerziehung dabei im Sinne, einen Aufsatz „Die Sendung Moses“ jenes Mose, der den Auszug aus Ägypten anführte. Er beschrieb, um das Problem des Propheten zu erklären, den Zustand der Hebräer in Ägypten u.a. mit den folgenden Worten: „Das rohste, das bösartigste, das verworfenste Volk der Erde, durch eine dreihundertjährige Vernachlässigung verwildert, durch einen so langen knechtischen Druck verzagt gemacht und erbittert, durch eine erblich auf ihm haftende Infamie (den Aussatz) vor sich selbst erniedrigt, entnervt und gelähmt zu allen heroischen Entschlüssen“ – Schiller interessierte, wie man „einem so unwissenden rohen Hirtenhaufen Überlegenheit über seine verfeinerten Unterdrücker verschaffte?“

Die Lösung war ihm durch einen intensiven Glauben Identität und Selbstbewußtsein zu geben. Das war nur möglich, indem ihnen Mose einen wahren Gott predigte – als das gedachte, idealisierte Stammwesen, wie Marx übersetzte – und diesen Gott in fabelhafter Art: nämlich dem wenig entwickelten Fassungsvermögen der Leute angemessen. Ich habe mit Bewunderung gelesen, wie in der behutsamen und festen Hand Ernesto Cardenas der Urtext des Evangeliums bei den Bauern von Solentiname als ein Medium revolutionärer Volkserziehung wirkte, und so intensiv nicht trotz, sondern wegen der spirituellen Botschaft, die überall darin durchscheint. Soweit ich weiß, kennt man in den katholischen Ländern die Bibel wenig. Vielleicht sollten wir helfen, das Evangelium, die Erzählungen vom Leben Jesu und die Apostelgeschichte des Lukas, zu verbreiten. Das ist ein anderes kommunistisches Manifest, und zwischen seinen Zeilen, bei seiner Auslegung, hat alles Platz, was die Menschen über den Kapitalismus wissen müssen.

Um die in die Slums Geworfenen zu vereinen, bedarf es eines

Programms, das über die Unterschiede ihrer Notlage hinausweist. Das kann keine abstrakte Analyse sein, sondern nur ein Appell an ihre menschlichen Ansprüche, an ihre Substanz. Und die von Christus in einer Welt der Sklaverei behauptete Gleichheit aller Menschen vor Gott meint ursprünglich genau dies, nicht eine Tröstung, sondern einen Aufruf. Der Kampf gegen die Entmutigung, gegen die Degradation, die Zerstörung des menschlichen Potentials ist der Schlüssel jeder sozialistischen Perspektive. Die Erhebung in den Vorstädten – das ist ein immer wiederkehrender Topos – kann ihre beste Form nur in einer sozialrevolutionären Erweckungsbewegung finden. Das liegt uns nicht, weil wir da in unserer Tradition eine blinde Stelle haben, von der bürgerlichen Aufklärung geerbt. Aber wir müssen sie mitorganisieren, politisch qualifizieren.

Unsere Vorurteile gegen das Christentum, weil wir die Kirche nicht mögen, werden wir ablegen, sobald wir hinreichend begriffen haben, was mit und in den an der Macht befindlichen Parteien passiert, die wir zu unserer eigenen Bewegung gerechnet haben, und manchmal auch in Parteien, die sehr weit von der Macht entfernt sind. Die Theologie der Befreiung ist der Beweis dafür, daß die ursprüngliche Idee das Eis der toten Traditionen bricht, wie wir es ja auch in unserer Sache einstweilen leider noch mehr erhoffen als er leben. Ich bin davon überzeugt, daß die beiden Ströme emanzipa-

Ich halte den Zusammenschluß von Sozialisten und Christen in der Praxis und in der Idee, die Fusion ihrer emanzipatorischen Perspektiven, für den Schlüssel zur Revolution in Lateinamerika und für ein unerläßliches politisches Element überall dort, wo die Religion christlich ist.

torischen Denkens und Glaubens, historisch ohnehin Momente eines Prozesses, zur Wiedervereinigung bestimmt sind und daß es uns anliegen sollte, sie zu beschleunigen. Das war das Wichtigste an der italienischen Strategie des Historischen Kompromisses, daß sich die Italienische Kommunistische Partei dem Problem der katholischen Massen zu stellen versuchte.

Doch ist es auf der Ebene bloßer Bündnisüberlegungen, die den Kern der ideologischen Dimension ausklammern, nicht wirklich lösbar. Wir sollen nicht so gleichgültig gegenüber dem Glauben sein wie die christliche Demokratie in aller Welt, die die politischen Geschäfte der Reichen besorgt. In den sozialen Kampf stürzen sich auf christlicher Seite gewöhnlich jene, die auch den wirklichen, solidarischen Glauben haben. Er muß also eine gute Sache sein. Fast jeder Satz des Evangeliums ist ein Schlag ins heuchlerische Gesicht der Oligarchie, aller der Wechsler und Hohenpriester, Pharisäer und Schriftgelehrten innerhalb und außerhalb der Kirchen von heute. Ich halte den Zusammenschluß von Sozialisten und Christen

in der Praxis und in der Idee, die Fusion ihrer emanzipatorischen Perspektiven, für den Schlüssel zur Revolution in Lateinamerika und für ein unerläßliches politisches Element überall dort, wo die Religion christlich ist.

Es scheint mir auch eine Lehre der iranischen Revolution, daß die Beziehungen vorher hergestellt, die Konzepte vorher integriert werden müssen, so weit es immer geht. Der heutige Iran leidet darunter, daß die dortige Linke das Antlitz der Revolution nicht rechtzeitig erkannt hat, weil sie stets auf westliche Modernisierung setzte. Übrigens droht uns das wiedergeborene Christentum heute jedenfalls weit weniger mit dem Fanatismus und der unhistorischen Regression, die die islamische Renaissance begleitet. Die „Wiederkehr Christi“ am Ende seines zweiten Jahrtausends könnte auf der Höhe der Epoche erfolgen. Und wir müssen suchen, Anteil daran zu gewinnen, wenn wir dennoch und trotz alledem den Ausgang aus dem Kapitalismus finden wollen.

Immer in formativen Perioden – und das gilt eben nicht nur für archaische Zeiten, sondern auch für kulturelle Neubestimmungen in der Moderne – werden tiefere Schichten der sozialen Psyche mobilisiert als nur ökonomische und politische Interessen im engeren Sinne. Auf diesen Ebenen sind die Menschen im allgemeinen auch noch in ihren Alternativen fremdbestimmt durch das herrschende System. Wenn es gilt, nicht nur innerhalb gegebener kultureller bzw. zivilisatorischer Muster aufzusteigen, sondern diese Muster umzuformen – und das ist es, was jetzt ansteht über alle aktuellen Nöte hinaus, und um sie wirklich zu wenden –, dann müssen massenhaft unbestimmtere individuelle Energien freigesetzt und außerhalb aller der vorgegebenen Institutionen assoziiert werden. Das sind Energien, die in größerer Nähe zum Kern des Individuums wohnen und in der Spannung zwischen dem beschränkten, aber seiner Beschränkung bewußten Ich und dem unendlichen Anspruch existieren, der aus der ursprünglich universellen Anlage der menschlichen Natur aufsteigt. Es ist das, weswegen Beethoven von uns sagte, „wir Endlichen mit dem unendlichen Geist“. Dieser Tiefenbereich unseres Energiehaushalts ist die psychische Realität, auf die sich alle Religion gegründet hat. Wenn wir darum wissen, kommt es nicht auf den Namen an, den wir der Sache geben. Aber von hier stammt der Antrieb jedes kollektiven kulturrevolutionären Aufbruchs wie jeder Umkehr in der individuellen Lebenspraxis. Unsere unerläßlichen ökonomischen Analysen und politischen Programme leben und sterben daran, ob sie diese Energie mobilisieren oder nicht.

In der marxistischen Tradition gesprochen, handelt es sich – abschließend – um die zentrale Frage, mit welchen Kräften wir der Megamaschine aus vergegenständlichter toter Arbeit aller Art Herr werden wollen, die das Gesamtprodukt der Kapitalakkumulation und zugleich ihr stampfendes Dasein ist. Anthropologisch gesehen ist tote Arbeit wesentlich toter Geist, „vergegenständlichte Wissenskraft“ wie Marx selbst es nannte. Und der größte Teil unseres lebendigen Geistes und Bewußtseins ist nur der fremdbestimmte Spiegel dessen, was wir namens der Großen Maschine „objektive Erfordernisse“ nennen. Von diesen besetzten Gebieten unseres Bewußtseins aus können wir nicht gegen sie antreten. Marxens Forderung, die Entfremdung aufzuheben, die Herrschaft der lebendigen über die tote Arbeit herzustellen, hat die Konsequenz, dort in den Strom der psychischen Energie hineinzugehen, wo er noch unbesetzt, noch ohne fremde Lasten, ohne Wehr und Dämme ist. Die Assoziation dieser Kräfte des lebendigen Bewußtseins ist die allgemeinste und fundamentalste Bedingung der Befreiung. □

# ISRAEL IM MÄRZ 1983

**N**ein Monate nach dem Einmarsch im Libanon wird das öffentliche Leben in Israel immer noch von dieser Invasion bestimmt. Neben der fortdauernden Besetzung des Libanon durch ca. 30000 israelische Soldaten spiegelt sich dieser Effekt auch in den zunehmenden Angriffen palästinensischer und libanesischer Widerstandsorganisationen gegen die Besatzer wider. Während meiner zweiwöchigen Reise verging fast kein Tag, an dem die Medien nicht über irgendwelche Angriffe auf israelische Militärpatrouillen usw. berichteten. Selbst am sogenannten Guten Zaun, einem Grenzposten zwischen Israel und dem Libanon, der bereits 1978 nach der ersten Invasion in den Libanon eingerichtet wurde, um billige libanesischen Arbeitskräfte nach Israel holen zu können, konnte ein mit Dynamit beladenes Auto zur Explosion gebracht werden. Es entstand zwar nur geringer Sachschaden, dennoch zeigt diese Aktion, daß es der israelischen Armee selbst in diesem Gebiet nicht gelungen ist, den Widerstand total zu zerschlagen. Nach Angaben des israelischen Oberkommandos wurden seit September 1982 insgesamt 126 israelische Soldaten bei Aktionen der Widerstandsorganisationen getötet und 212 wurden verletzt.

Diese Aktionen haben natürlich auch zur Folge, daß sich sowohl innerhalb der Besatzungstruppen als auch innerhalb der israelischen Gesellschaft die Stimmen für einen sofortigen Rückzug aus dem Libanon mehrten. Auf die Frage eines Fernsehjournalisten nach dem Sinn und Zweck der Anwesenheit der israelischen Armee im Libanon äußerte ein Offizier der Besatzungstruppen: „Meiner Meinung nach gibt es keinen vernünftigen Grund mehr. Da aber die Armee nun mal hier ist, bin ich auch hier und versuche die entsprechenden Befehle auszuführen und das Beste daraus zu machen.“ In derselben Sendung wurden auch Freunde gefallener Soldaten interviewt, die feststellten, daß ihrer Auffassung nach ihre Freunde für nix und wieder nix gestorben seien.

Darüberhinaus wurden erneut zwei Reservisten zu insgesamt 35 Tagen Haft verurteilt, da sie sich weigerten, ihren Reservendienst im Libanon zu versehen. Nach Angaben der Organisation Yesh Gvul („Es gibt eine Grenze“ eine Organisation, die im Verlauf des Libanon-Krieges von israelischen Soldaten gegründet wurde) ist die Zahl der seit September verhafteten Soldaten damit auf insgesamt 29 Mann angestiegen.

Den Plänen des israelischen Oberkommandos zufolge ist auch weiterhin von einer Besetzung des Libanon auszugehen, da



Polizei „umrahmt“ eine Demonstration des „Rates gegen den Krieg im Libanon“

## Eindrücke von einer Reise

### Szenen aus dem Alltag der israelischen Besatzungsmacht

der Verteidigungsetat für das Jahr 1983/84, der gegenwärtig zur Verabschiedung vorliegt, auf Basis eines weiteren Verbleibens im Libanon kalkuliert wurde. Gegenwärtig wird ähnlich der geplanten Volkszählung in der Bundesrepublik seitens der israelischen Besatzungsbehörden im Libanon eine Erhebung durchgeführt. In der Einleitung des Fragebogens heißt es: „Sehr geehrter Bürgermeister, Sie werden aufgefordert, diesen Fragebogen deutlich und vollständig auszufüllen. Es sind alle Fragen zu beantworten. Der Fragebogen ist dem diensthabenden Offizier einschließlich eines Paßfotos von Ihnen auszuhändigen.“ Auf Seite drei des Fragebogens wird z.B. gefordert, eine Liste der Namen und Berufe der reichen und

wichtigen Persönlichkeiten sowie der Politiker des Dorfes zu erstellen. Darüberhinaus werden die Bürgermeister aufgefordert, die Namen aller Männer zwischen dem 13. und 65. Lebensjahr sowie eine Liste der schwangeren Frauen abzugeben und mitzuteilen, aus wieviel Mitgliedern die einzelnen Familien bestehen. Außerdem sind Angaben über die Anzahl der Fahrzeuge, deren Kennzeichen sowie die Namen der einzelnen Halter zu machen, und schließlich wird unter anderem verlangt, Angaben über möglicherweise im Dorf vorhandenes Dynamit zu machen. Sinn dieser Erhebung ist nach Aussagen des israelischen Kriegsministeriums, künftig die Infiltration von „Terroristen“ zu vermeiden.



## Die Lage auf den Westbanks und im Gazastreifen

Die Lage in den 1967 besetzten Gebieten war gekennzeichnet durch tägliche Demonstrationen und Streiks sowie die vergeblichen Versuche der Besatzungstruppen, diese Bewegung zu unterbinden. Anlässe wa-

**blätter** des **iz3w**

Informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:



### AFGHANISTAN 3 Jahre im Widerstand

Nr. 108 März 1983

Afghanistan – Widerstand im Wandel;  
Die Sowjetunion auf die Anklagebank

Außerdem:

Ausländer 'raus aus Nigeria Der  
„Leuchtende Pfad“ in Peru Ausländer  
in der BRD Berichte zu: Brasilien,  
Israel.

Einzelpreis DM 5,- Jahresabo: DM 40,  
(DM 30, für einkommensschwache  
Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.

Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg



Kundgebung anlässlich des Internationalen Frauentags vor dem israelischen Parlament

ren die gerade beendete Sitzungsperiode des Palästinensischen Nationalrates sowie der Besuch des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Carter. Sein Konvoi wurde während einer Fahrt durch die Westbank von Steinen getroffen, was zu wütenden Reaktionen der Besatzungsarmee führte. So wurden in verschiedenen Städten Jugendliche zu hohen Geldstrafen (zwischen 500 und 4500 DM) sowie etlichen Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Allein in Rammallah wurden sechs Jugendliche im Alter zwischen 17 und 18 Jahren zu sechs bis acht Monaten Haft mit einer achtzehmonatigen Bewährungsfrist verurteilt. Der Richter sagte hierzu, daß diese Urteile abschreckend wirken sollen, damit sich keiner mehr wagt, Steine zu werfen.

### Zur Situation in Israel selber

Während meines Aufenthaltes in Israel hatte ich Gelegenheit, an einer Kundgebung von Teilen der israelischen Frauenbewegung anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März sowie an einer Demonstration des „Rates gegen den Krieg im Libanon“ teilzunehmen. Die Kundgebung der israelischen Frauenbewegung war geprägt von Forderungen gegen die Unterdrückung der Frau in der israelischen Gesellschaft, gegen die geplante Verschärfung des Abtreibungsgesetzes sowie für den sofortigen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon. Insbesondere aufgrund der geplanten Verschärfung des Abtreibungsparagraphen hat die israelische Frauenbewegung während des Libanon-Krieges ein Plakat herausgebracht, welches sich ge-

gen die Darstellung der Frau als Gebärmachmaschine wendet.

In einem Gespräch mit einer Vertreterin der Frauenbewegung führte diese aus, daß noch während des Krieges ein stellvertretender Minister des Gesundheitsministeriums in einer öffentlichen Verlautbarung zum Ausdruck gebracht hat, daß ohne das bestehende Abtreibungsgesetz während des Libanon-Krieges zwei Kompanien mehr zur Verfügung gestanden hätten. Darüberhinaus äußerte er in dieser Erklärung seine Hochachtung vor einer arabischen Familie, die eine ihrer weiblichen Angehörigen getötet hat, da diese Frau ein nicht gewolltes Kind hatte abtreiben lassen. Seiner Auffassung nach zeugte dies von einem Respekt gegenüber dem ungeborenen Leben, welches der israelischen Frau fehle.

Allerdings war festzustellen, daß an dieser Kundgebung keine einzige Palästinenserin teilnahm. Vielmehr fand nur wenige Stunden später einige hundert Meter weiter eine Kundgebung des Palästinensischen Frauenverbandes statt, an der sich ca. 3000 palästinensische Frauen und Männer sowie auch einige Frauen der israelischen Frauenbewegung beteiligten.

An der Demonstration des „Rates gegen den Krieg im Libanon“ nahmen ca. 1000 bis 1500 Personen teil. Die Demonstration sollte eigentlich genau 30 Tage nach der Ermordung von Emil Grünzweig stattfinden, der anlässlich einer Demonstration der „Frieden-jetzt!-Bewegung“ durch eine von israelischen Rechtsextremisten geworfene Handgranate getötet worden war. Die Demonstration, die zunächst vom Jerusalemer Polizeipräsidenten verboten worden war, konnte schließlich aufgrund einer Entschei-

Plakat der israelischen Frauenbewegung anlässlich des Libanon-Feldzugs: „Wir sind keine Gebärmaschinen“

## Gespräche mit verschiedenen Vertretern der BIR ZEIT-Universität

*Albert Aqasarian* ist Dozent für Geschichte des Nahen Ostens und verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit.

*Kannst Du etwas zu den politischen Gegebenheiten sagen, unter denen der Studienbetrieb hier organisiert wird?*

Es gibt drei Prinzipien, auf denen das Studium an der hiesigen Universität aufbaut, und damit wird vielleicht klar, was wir hier machen. Das erste ist die Freiheit zu denken und sich auszudrücken. Das heißt vielleicht nicht viel für die Studenten an westlichen Universitäten, aber in einer Gesellschaft, wo es auf so vielen Ebenen Unterdrückung gibt, ist das etwas anderes. Da gibt es im familiären Bereich Unterdrückung, in der Beziehung der Geschlechter zueinander im religiösen Bereich und natürlich vor allem auf der politisch-nationalen Ebene. Die Tatsache, daß die Leute hier ermutigt werden, ihre Ansichten frei zu äußern, ist schon ein Punkt, der uns in einen Konfrontationskurs mit den Israelis bringt. Ein anderes Prinzip ist, daß wir davon ausgehen, daß Ausbildung und Gemeinwesen organisch in Beziehung stehen sollen. Das bedeutet, daß es nicht unser Interesse ist, hier möglichst viele Leute mit hohen akademischen Graden zu produzieren. Das Studium

soll viel eher dazu dienen, daß die Leute mehr Interesse entwickeln, sich verantwortlicher fühlen für die Belange der palästinensischen Gemeinschaft. Deshalb müssen die Studenten auch während des Studiums 120 Stunden Sozialarbeit verschiedenster Art leisten. Das dritte Prinzip ist, daß kein Student aus finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen sein soll. Das bedeutet für uns zwar eine zusätzliche Bürde, aber nur so können wir erreichen, daß wir hier Studenten aus allen Schichten haben.

*Wie Du uns vorhin erzählt hast, werden alle Institutionen in den 1967 besetzten Gebieten, die Ausdruck politischer Aktivität gegen die israelische Besatzung sein könnten, seit 1967 von der Besatzungsmacht nicht nur scharf kontrolliert, sondern in ihrer Existenz ständig bedroht. So wurde die Universität 1982 für insgesamt sieben Monate geschlossen. Was sind die Anlässe für diese Eingriffe in den Lehrbetrieb?*

Es gibt immer wieder Begebenheiten, die für die Palästinenser nationale Bedeutung haben. So gibt es zum Beispiel oft Wandparolen für die PLO, also die Palästinensische Befreiungsbewegung, oder jetzt für das Gipfeltreffen der arabischen Staaten in Algerien oder gegen die Angriffe von jüdischen

derung des obersten Gerichtshofes doch stattfinden. Allerdings wurde zu ihrem „Schutz“ seitens der Polizeiführung ein riesiges Aufgebot angeordnet, so daß die ca. 1500 Demonstranten von ca. 1000 Polizisten umrahmt waren.

Die Hauptforderungen dieser Demonstration waren: „Sofortiger Rückzug aus dem Libanon“ „Nein zum Faschismus“ „Ohne die Palästinenser wird es keinen Frieden geben“ „Sofortiger Rücktritt der Regierung Begin“

Ein weiteres Moment der innerisraelischen Diskussion bildet die nach wie vor schlechte wirtschaftliche Situation. Während insbesondere der Aggressionskrieg 1967 dazu genutzt werden konnte (aufgrund des nachfolgenden Baubooms in den besetzten Gebieten), die vorher herrschende wirtschaftliche Lage einigermaßen in den Griff zu bekommen, hat der jetzige Aggressionskrieg solche Ergebnisse nicht gezeigt. Im Gegenteil, die Staatsverschuldung ist weiter gestiegen, sie beträgt gegenwärtig 21 Mrd. \$ (!), d.h. die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt mittlerweile 5000 \$ gegenüber 1500 \$ vor sechs Jahren. Auch die Inflationsrate, die der Finanzminister in diesem Jahr auf 80% drücken wollte, wird nach der Entwicklung in den ersten beiden Monaten des Jahres wieder über die 130%-Marke steigen. Da die Löhne sich nicht im selben Verhältnis wie die Preise entwickeln, hat dies eine ständige Streikbewegung in Israel zur Folge. So fand während meiner Anwesenheit neben eintägigen Arbeitsniederlegungen (z.B. der Hafentarbeiter Lehrer Busfahrer Taxifahrer) auch ein mehrwöchiger Streik der Krankenhausärzte statt.

*Benjamin*

Israelische Soldaten rücken in die Altstadt von Jerusalem ein



Siedlern oder gegen die sogenannten Dorf-Ligen, die mit den Israelis zusammenarbeiten. Dann kommt die israelische Armee, sieht die Wandparolen und nimmt irgendwelchen Studenten, die da vielleicht gerade rumstehen, die Ausweise ab. Und dann sagen sie: Wir kommen morgen wieder und wenn ihr eure Ausweise wieder haben wollt, dann beseitigt die Schmierereien. Dann kommen sie also wieder am nächsten Morgen und die Parolen stehen immer noch da. Dann werden weiteren Studenten oder auch Dozenten die Ausweise abgenommen, und so geht das weiter, bis sie so vierzig, fünfzig Ausweise eingesammelt haben. Na ja, und dann stellen sie sich mit ihren Gewehren

sche Studenten darstellt, und das Resultat war daß die Universität für zwei Monate geschlossen wurde. So einfach geht das.

*Woher habt Ihr die finanziellen Mittel, um den Lehrbetrieb aufrechtzuerhalten?*

Die insgesamt drei Universitäten der Westbank werden von israelischer Seite aus nicht finanziert. Seit 1967 hat die Zahl der Studenten in Bir Zeit enorm zugenommen. 1967 waren nur 120 Studenten immatrikuliert, heute sind es bereits 2037, und die Anzahl der Studierenden soll bis 5000 steigen und das trotz der schwierigen Arbeitsbedingungen. Unterstützt wird die Universität durch verschiedene christliche

klärung dafür daß an der Bir-Zeit-Universität ein Drittel aller Studenten Frauen sind. (Im Vergleich zur Situation an anderen arabischen Universitäten ist der hohe Anteil studierender Frauen geradezu revolutionär d. Verf.) Zum anderen wurden die Möglichkeiten der Westbank-Palästinenser, an den Universitäten in den umliegenden arabischen Ländern zu studieren, beschränkt, so daß es oft gar keine Wahl gibt, vielmehr das Studium in der Westbank oft die einzige Tür zur akademischen Bildung darstellt. Im Vergleich zu den Universitäten in Israel selbst sind freilich die akademischen Bildungsinstitutionen der Westbank weit im Hintertreffen. Es gibt keine nationale Autorität in der Westbank, die für die Entwicklung der Universitäten in vollem Umfang sorgen könnte. Die israelischen Besatzer sind an einer Bildung für die Palästinenser in universitärem Rahmen nicht interessiert.

Ich kann mal ein Beispiel geben: An der Hebräischen Universität in Jerusalem werden über 300 Periodika aus der arabischen Welt bezogen, und die sind frei zugänglich, während unsere Bibliothekare eine Liste von 85 dieser Periodika erstellt haben, die wir am allerdringendsten für die Ausbildung brauchen. Und seit 1978 wird uns verweigert, diese Periodika zu beziehen. Oder dann ist es auch so, daß wir für alle Bildungsmittel voll besteuert werden. Wir haben sogar Schwierigkeiten mit den Telefonen. Stellt Euch einmal eine dynamische Universität vor mit über 3000 Leuten, die mit einer Telefonleitung zurecht kommen müssen, um mit der Außenwelt zu kommunizieren.

Zusätzlich erschwert wird zur Zeit die Lage durch eine militärische Anweisung mit der Nummer 854. Die Israelis sehen vor, daß in Zukunft die Universitäten der Westbank jährlich eine neue Zulassung benötigen sollen, um ihren Betrieb fortzusetzen. Eine solche Regelung würde der Willkür Tür und Tor öffnen. Des weiteren sieht die Anweisung vor, daß alle arabischen Studenten aus Ost-Jerusalem eine Sondererlaubnis einholen müssen, um in die Westbank zu reisen. Die Begründung lautet offiziell, daß sich diese Notwendigkeit aus der unterschiedlichen Rechtslage in Ost-Jerusalem und der Westbank ableitet: Ost-Jerusalem wird zivil, die Westbank wird militärisch verwaltet. Die Vermutung liegt nahe, daß die israelische Verwaltung die Kommunikation unter den Palästinensern verhindern will. Der Punkt der Anweisung 854, der am meisten Empörung unter den Universitätsangehörigen hervorgerufen hat, ist eine geplante Loyalitätserklärung aller auf der Westbank Lehrenden: Sie sollen schriftlich versichern, daß sie in keiner Weise die PLO unterstützen. Eine solche



„Sofortiger Rückzug aus dem Libanon“ „Ohne die Palästinenser wird es keinen Frieden geben“ „Nein zum Faschismus“

auf und zwingen irgendwelche Studenten, die Parolen zu entfernen. Als das das letzte Mal passierte, hat eine palästinensische Studentin die Nerven verloren und einen Stein geworfen. Sie hat versucht wegzulaufen, ist aber hingefallen und die israelischen Soldaten hatten sie gleich am Kragen. Doch da waren noch kleine Kinder die haben dann auch Steine geworfen und dann sind die Soldaten auf die Kinder los. Die Studentin ist währenddessen in die Universität geflüchtet. Die Israelis haben daraufhin verlangt, daß wir sie aus der Masse der Studenten herausfinden, aber wir wußten ja gar nicht, wer sie war. Und da haben die Israelis kurzerhand gesagt, daß das Universitätsgelände eine Festung für palästinensi-

Organisationen, durch Spenden reicher Palästinenser die im Ausland leben, und durch die Vereinigung der arabischen Universitäten, die einen Fonds für bedürftige Universitäten eingerichtet hat. Verschiedene Solidaritätsgruppen aus aller Welt steuern auch einen kleineren Teil bei, und die Studenten zahlen eine jährliche Studiengebühr von etwa 1200 Mark. Das starke Interesse an einem Studium in der Westbank rührt in der Hauptsache aus zwei Gründen: Zum einen wurde gerade durch die israelische Okkupation und den damit importierten Lebensstil die Bedeutung von Bildung in einem weit höheren Maß als in der alten, feudal strukturierten palästinensischen Gesellschaft angesehen. Dies ist auch eine Er



Anzeige

# ROTE ROBE

21. Februar 1983 März 1983 1 DM



Gotteslohn  
oder  
Arbeitslohn

Das  
Arbeits-  
recht  
der  
kirch-  
lichen  
Mitarbeiter

## Heft 1/1983

**Stephan Baier: Gotteslohn oder Arbeitslohn — Das Arbeitsrecht der kirchlichen Mitarbeiter**

**Michael Höfler, Hajo Köppen, Georg Legde: Auf dem Rückmarsch zur Elite-Universität**

**Bernhard Gerth: Gesetz zum Abbau des Mieterschutzes und zur Erhöhung des Vermietergewinns**

**Annemarie Nikolaus: Genossenschaft GmbH, mieten kaufen oder was sonst? Möglichkeiten der Legalisierung besetzter Häuser am Beispiel Westberlin**

**Eberhard Reinecke: Was damals Recht war, kann heute nicht unrecht sein! — 2. Teil**

**Eberhard Kempf: Rechtsstaat, Freistaat und KOMM**

**Dokumentation: Verfassungsgerichts Antrag der Grünen gegen die indirekte Parteienfinanzierung**

**Klaus Croissant: Die sogenannten Terroristenprozesse und -gesetzgebung. Zur Position der Verteidigung im Stammheimer Verfahren.**

Einzelheft 5 DM  
Jahresabo (6 Ausgaben) 30 DM

Zu beziehen (gegen Bargeld oder Verrechnungsscheck) bei

**Buchvertrieb Hager**  
Postfach 111162  
6000 Frankfurt 11



Von Karoline Kurt

Ich war 18 Jahre alt, als die Badoglio-Regierung nach dem Waffenstillstand vom 18. September 1943 mitten im Krieg die Fronten wechselte und gegen den eigenen Verbündeten ging, und so hatte die Verhaftungswelle durch die Deutschen angefangen, große geistige Verwirrung und Schrecken herrschten, jeder war sich selbst überlassen und versteckte sich, als wären alle Ideale von vorher plötzlich Verbrechen und alle Eide in den Wind gesprochen worden. Damals hatte ich mich selbst auf die Probe stellen wollen, um zu kontrollieren, ob ich mich auch bei der ersten Schwierigkeit zurückziehen würde. Ich brannte wie jetzt darauf, die bestmögliche Entscheidung zu treffen. Nachdenken und verwerfen, nachdenken und verwerfen — ich hatte begriffen, daß die einzige Möglichkeit, die Wahrheit über Faschisten und Antifaschisten herauszufinden ( ), darin bestand, mich selbst zu vergewissern. Nachdem ich das einmal begriffen hatte, dachte ich, daß es das beste wäre, wenn ich selbst an diese Orte ginge, über die das Schrecklichste erzählt wurde: in die Nazi-Lager. So war ich am 8. Februar 1944 von zu Hause ausgerissen (Luce d'Eramo in: Der Umweg, S. 135)

Wenige Worte für eine ganz außergewöhnliche Geschichte. Etwas Ähnliches habe ich nirgendwo sonst im Bereich der antifaschistischen Literatur gelesen: von einem Menschen, der vom überzeugten Faschisten zum Antifaschisten wird und diese Wandlung auf die schmerzhafteste vollstellbare Weise vollzieht: Luce d'Eramo begab sich freiwillig in die Position der Opfer — und

bezahlt für diese Radikalität teuer. Nachdem sie Arbeitslager KZ und einen Selbstmordversuch überlebt hat, verunglückt sie noch unmittelbar vor Kriegsende bei dem Versuch, verschüttete Bombenopfer zu retten. Sie bleibt, kaum 20 Jahre alt, querschnittsgelähmt.

Luce d'Eramo ist Italienerin, 1925 geboren; 1944 ging sie als überzeugte Faschistin nach Deutschland. Seit sie Ende 1945 bei einem Rettungsversuch Bombardierter schwer verunglückte, ist sie querschnittsgelähmt.

Nach der Trennung von ihrem Mann erzog sie ihren Sohn allein. Ihren Lebensunterhalt verdiente sie durch Nachhilfeunterricht, Schreiben von Dissertationen gegen Bezahlung etc., später durch literarische Veröffentlichungen.

Ihre Erlebnisse und Erfahrungen in den Lagern und als Flüchtling im faschistischen Deutschland sind der Hintergrund ihres Romans, der gleichzeitig die Darstellung ihrer eigenen, fast dreißig Jahre dauernden Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit ist. Der Roman behandelt die Ereignisse nicht chronologisch.

Luce d'Eramo sagt selbst zu ihrem Buch: „Der Umweg ist der Roman eines Konfliktes zwischen zwei Gedächtnissen: dem persönlichen und dem historischen. Um die Wirklichkeit aufzuschreiben, hatte ich keine andere Möglichkeit, als sie in Form der Sprache neu zu erfinden. Ich bin während der Auseinandersetzung damit zu der Überzeugung gekommen, daß es die Autobiographie im wörtlichen Sinne nicht gibt.“

Luce d'Eramo, *Der Umweg*, Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, 1981, DM 32,00





„Sich vergewissern, nachdenken, verwerfen, nachdenken und verwerfen“ 30 Jahre lang, so lange dauerte es, bis sie dieses Kapitel ihres Lebens für sich, auch mit Hilfe der literarischen Verarbeitung, bewältigen konnte.

Der Aufbau des Buchs rekonstruiert in etwa den Prozeß des Aufbrechens der Verdrängung. Die Geschichten sind nicht chronologisch geordnet. Am Anfang steht, worüber zu berichten ihr noch leicht fiel.

Die aufschlußreiche Passage oben allerdings steht im Buch erst auf der Seite 135, als recht versteckter Bestandteil von „Solange der Kopf lebt“, der dritten Geschichte, die den Unfall und den Krankenhausaufenthalt zum Thema hat. Vorangestellt sind die Geschichten „Thomasbräu“ und „Asyl in Dachau“, die eine 1953, die andere 1954 veröffentlicht.

Aus beiden Geschichten muß der Leser den Eindruck gewinnen, Luce d'Eramo sei zwangsweise nach Deutschland deportiert worden, und das ist auch die Absicht der Darstellung.

Das „Thomasbräu“ ist eine Kneipe beim Münchner Arbeitsamt, in dessen Ausländerlager die Flüchtlinge und Illegalen völlig unentdeckt leben. „Dachau“ in der zweiten Geschichte meint ein ebensolches Durchgangslager (in Steinwurfnähe des KZs), in dem ebenfalls Illegalen, Flüchtlinge sogar aus eben diesem KZ unentdeckt unter anderen Ausländern leben.

Jede der einzelnen Geschichten in diesem Buch ist für sich genommen schon erstaunlich genug. Sie behandeln bisher in der Lite-

ratur völlig zu kurz gekommene Bereiche und Aspekte der faschistischen Wirklichkeit. Hier zum Beispiel erfährt man, daß in diesem angeblich vollständig durchorganisierten, perfekt kontrollierten und ausspionierten Terrorsystem über drei Millionen illegale ohne Papiere, ohne festen Wohnsitz, ohne irgendein reguläres Einkommen gelebt haben. „Wie in Ländern mit einer geschlossenen, äußerst sittenstrengen Gesellschaft Inzest und Ehebruch mit tausend Tentakeln vor sich hinblühen, geschützt von absolutem Stillschweigen, unangetastet, solange der Schein gewahrt bleibt, genährt gerade von der Erbarmungslosigkeit der Sitten, so sind wir (die Flüchtlinge und Illegalen) ureigenstes Produkt der nazistischen Maschinerie, die die wahnwitzigste Kontrolle und Disziplin hervorbringt, und deshalb ist es einfach logisch und richtig, daß auch wir unter ihren Fittichen geschützt sind.“

Um den Überlebenskampf, die sozialen Beziehungen dieser „entwurzelten“ untereinander und die Beziehungen der Autorin, Tochter aus bestem Hause, zu diesen Menschen, unter denen sämtliche üblichen Maßstäbe von Recht und Unrecht, Moral und Unmoral aufgehoben scheinen, geht es in „Thomasbräu“ und „Asyl in Dachau“

Im Jahr 1961 erschien „Solange der Kopf lebt“. Der Bericht schildert Unfall, Überleben, Krankenhaus, wahnsinnige Schmerzen, Todesangst, Hoffnung auf völlige Genesung und den Schock bei Entdeckung der Lähmung, das physische und psychische Elend, den Ekel und die Scham wegen der Unfähigkeit, die Körperfunktionen zu beherrschen, mit, wie sie das selbst später nennt, einer gewissen Wurstigkeit, trotzdem ganz intensiv daneben Szenen, die so rührend sind, daß sie unter den geschilderten Umständen kaum möglich erscheinen. So glaubt Luce, die im Sterbezimmer aufwacht, wo sie wegen ihrer Schmerzschreie liegen muß, sie sei längst tot, könne aber Ärzte und Schwestern täuschen und ihren Körper zentimeterweise für das Leben zurückgewinnen; sie bleibt nach ihrer Genesung dort, um den Sterbenden zu helfen und sie aufzuheitern. Sie setzt trotz irrsinniger Schmerzen von einem Tag zum anderen das Morphin ab, gegen den Willen der Ärzte. Sie beginnt Russisch und Englisch zu lernen und philosophische Bücher zu lesen. Sie unternimmt die unglaublichsten Manöver, um der Rückkehr nach Italien, der Auseinandersetzung mit den Eltern um die Vergangenheit, um Erfolg und Mißerfolg ihres Unternehmens zu entgehen: So versucht sie mit falschen Papieren und einer Scheinheirat die Einreisemöglichkeit in die Sowjetunion zu bekommen.

# Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



Ja, ich bestelle Abo(s) ab Heft

Vorname Name

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl / Wohnort

Zustellpostamt

- Jahresabo der Kommune (12 Ausgaben) DM 60,00
- Halbjahresabo der Kommune (6 Ausgaben) DM 30,00
- Förderabonnement der Kommune DM 100,00
- Jahresabonnement Ausland DM 70,00
- Scheck Bargeld liegt bei
- Einzugsermächtigung liegt bei
- Überweisung auf das Postscheckkonto BUCHVERTRIEB HAGER Kto. Nr. 187 490-607 Ffm.

Garantie: Diesen Abonnementauftrag kann ich innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen.

Datum Unterschrift

## Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Geldinstitut

Ört

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Kündigungsfrist: Spätestens 6 Wochen vor Ablauf des Abonnements muß die Kündigung schriftlich beim BUCHVERTRIEB HAGER (gleiche Adresse) eintreffen.

Datum / Unterschrift

Einsenden an:

**Buchvertrieb Hager**  
Postfach 11 1162  
6000 Frankfurt am Main 11

Aber das läßt sich bei der Lektüre von „Solange der Kopf lebt“ erst ansatzweise begreifen. Die Beichte, die sie hier über ihre faschistische Vergangenheit ablegt, ist noch versteckt und eher beiläufig. Wirklich darüber schreiben kann sie erst 14 Jahre später 1975 erscheint „Im CH 89“ CH 89 ist die Abteilung der chemischen Werke Höchst, in denen Luce 1944 zu arbeiten beginnt: Tochter eines hohen faschistischen Beamten in Italien, die allen Ernstes die Lagerleitung unter Verweis auf die Volksgemeinschaftsversprechen auffordert, den Ostarbeitern besseres Essen zu geben.

Die Anschauung lehrt sie sehr schnell die Wahrheit über die Volksgemeinschaft. Sie sieht die Spaltung und Hierarchisierung der Arbeiter nach Rassen. Am untersten Ende stehen die Ostarbeiter, die die schlechteste

Verpflegung und die schwerste Arbeit haben. Aber sie ist unter den übrigen ausländischen Arbeitern isoliert, wird verspottet, gedemütigt und verstrickt sich völlig in ihre Wut und ihren Stolz auf und gegenüber anderen, die ihr mißtrauen, weil sie ihre soziale und politische Herkunft kennen, die es wagen, ihren persönlichen Mut, die Ehrlichkeit ihrer Empörung über die Unterdrückung und Ausbeutung anzuzweifeln.

Die Motive, die sie veranlassen, maßgeblich an der Organisierung eines Streiks mitzuwirken, sind durchaus gemischt. Empörung, der Wunsch, die persönliche Zuverlässigkeit und Tapferkeit zu beweisen und der ehrliche Wunsch, den Geknechteten, den Unterdrückten die Würde zurückzugeben. Sie tut das mit der gleichen Radikalität, mit der sie den Faschismus an seinem sozialen Anspruch gemessen hat. Der Streik bricht durch einen simulierten Fliegerangriff und eine Verbesserung der Ernährung durch die Lagerleitung zusammen. Luce wird zusammen mit anderen Frauen verhaftet. Sie kommt als einzige wegen der politischen Beziehungen ihrer Eltern frei, wird im Lager für eine Verräterin gehalten, begeht einen Selbstmordversuch, wird gerettet und nach Italien repatriert.

nunziert deren Haltung teilweise als Berührungsangst mit dem Schmutz des niederen Volkes. Sie untersucht die soziale Zusammensetzung der Gefangenen und kommt zu dem Ergebnis: „Während ich mir wie unter Zwang immer wieder sage ‚all dies ist nicht normal‘ überfiel mich eine furchtbare Ahnung: Die KZ-Gesellschaft trieb die Selektion, die in der Außenwelt stattfand, lediglich auf die Spitze: Sie war keine andere Wirklichkeit, sondern lediglich eine unerhörte Verschärfung der Ordnung draußen. Ich machte eine immer wiederkehrende Beobachtung: Wie in Frankfurt so gab es auch hier in Dachau keine Reichen, keine Mächtigen“

Genau die Aspekte, die in den mir bekannten Büchern hinter der „Heldenhaftigkeit durch politische Klarheit“ so oft verschwinden, werden hier behandelt: Dreck, die persönliche und moralische Verrohung hinsichtlich jeder Form von Sauberkeit, der Ernährung, den minimalsten Ansprüchen an Würde und Kultur. Obwohl das Grauen allgegenwärtig ist, ist die Schilderung gleichzeitig so intensiv wie distanziert, so daß die Schilderung der Brutalität niemals betäubt. Die faschistischen Lagerwachen, die Kapos, finden erstaunlich wenig Interesse. Das wirkliche Interesse gilt den subjektiven und objektiven Überlebensmöglichkeiten der Opfer im physischen und moralischen Sinn.

Mit der gleichen Radikalität, mit der sie in einem fast 30 Jahre dauernden Prozeß ihre Lebensgeschichte aufgedeckt hat, legt sie im letzten Teil die Geschichte dieses Aufdeckungsprozesses offen, beschreibt, in welchen persönlichen Krisen, wie der Trennung vom Mann mit widerwärtigsten Auseinandersetzungen, Kampf um die eigene Identität, um das Kind, nach physischem und psychischem Zusammenbruch, Verschuldung, Teile ihrer Verdrängung aufbrechen und wie die jeweiligen Wünsche, Ängste und Bedürfnisse ihres „neuen Lebens“ die Sichtweise in den 1953/54 und 1961 veröffentlichten Geschichten bestimmen haben. Sie untersucht jede Schilderung, jedes Motiv auf seine persönliche und politische Redlichkeit, stellt ihre Handlungen immer wieder in Frage, will wissen, ob sie 1944 tatsächlich einen Versuch hatte machen wollen, ihre Klasse zu verlassen, wirklich „Arbeiterin“ zu sein, oder ob sie sie sich lediglich aus der Höhe ihrer Klasse als barmherzige Samariterin zu den „anderen“ hinabbeugt hat. Sie schildert gleichzeitig ihr „neues Leben“ den Kampf, nicht als behindertes, unnützes, bedauernswertes Geschöpf dazustehen, aber auch die Verinnerlichung der Normen der anderen, mit denen sie sich selbst terrorisiert und die sie auf andere Behinderte anwendet. □

Das ist die Wahrheit und nicht, wie sie noch 1975 schreibt: „Deshalb war ich ins Gefängnis gekommen und dann nach Dachau gebracht und interniert worden“ Nach Dachau, diesmal in das KZ Dachau, kommt sie deshalb, weil sie sich in Verona freiwillig hat verhaften lassen, in der geheimen Hoffnung, dort die Gefährtinnen wiederzufinden und ihnen beweisen zu können, daß sie sie nicht verraten hat. Diese einerseits noch immer bodenlose Naivität, andererseits die immer wieder schier unglaubliche Radikalität sind bestimmend für die moralischen und politischen Ansprüche, die sie stellt und dann aber auch sofort in die Tat umsetzt.

Auch der Bericht über das KZ unterscheidet sich von anderen. Durchaus zu ihrer eigenen Beschämung wird sie nämlich nicht bei den politischen Gefangenen, sondern bei den Asozialen eingeliefert. Sie lebt unter Alkoholikerinnen, Diebinnen, Prostituierten, Mörderinnen, die sich prügeln, denunzieren, bestehlen, und dennoch eine Form von gemeinsamen Überleben entwickeln. Von der Spaltung der Kategorien von Gefangenen. Sie polemisiert gegen den Luxus der Moralität, den sich die politischen Häftlinge leisten können, de

Marinus van der Lubbe und der Reichstagsbrand

Edition Nautilus 19,80 DM



„Mit der Gestalt van der Lubbes hat man den Begriff des Rebellen verdammt, also des Menschen, der nach eigener Entscheidung eine eigene Tat begeht, die er für richtig hält, um statt dessen nur noch den politischen Soldaten gelten zu lassen. In diesem Sinn hat jede Partei die Soldaten für die andere Seite vorbereitet.“

Georg K. Glaser

Edition Nautilus

Verlegt bei Edition Nautilus  
Hassestr 22 2050 Hamburg

Die Mai-Nummer von **links** bezieht sich in ihrem Schwerpunkt „wie der geneigte Leser unschwer merken wird“ in „durchaus *kritischer* Solidarität“ auf die zweite *Konferenz für europäische atomare Abrüstung* in Westberlin. Rüdiger Pusch fragt in einem Artikel über atomwaffenfreie Zonen, ob diese eine „Perspektive für Europa oder Ausdruck europäischer Perspektivlosigkeit“ seien. Bleibt die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen isoliert, dann ist sie nach Ansicht des Autors eher letzteres. Der „Nuklearpazifismus“ führe in die Sackgasse:

„Das Gleichgewichtdenken und die Doktrin der Droh- und Abschreckungspolitik lassen sich nicht in einem Teilbereich bei ansonsten unveränderten Bedingungen brechen. Erst das Prinzip der Nichtbedrohung des Gegners durch die Rüstung des eigenen Staates und des eigenen Blockes vermag diesen für die Überwindung des Abschreckungssystems und der Blockkonfrontation entscheidenden Bruch herbeizuführen. Das wichtigste Ziel einer alternativen Sicherheitspolitik ist also nicht der Ausstieg aus dem atomaren Wettrüsten, auch wenn dies derzeit noch die wichtigste Ebene des Rüstungswettlaufes darstellt, sondern die Abschaffung des Prinzips der Vergeltung und die Rückführung von Verteidigung auf die Fähigkeit zu einer genügenden Gegenwehr ohne daß der Gegner durch die Form der Verteidigung selbst bedroht würde. Die Aufgabe der Friedensbewegung wäre folglich die Kritik und Bekämpfung jeglicher Offensivbewaffnung, jeglicher militärischen und politischen Doktrin, die vom Gegner als offensiv und aggressiv verstanden werden kann (also auch die Abschottung durch Abwehrsysteme bei unveränderten Offensivfähigkeiten), jeder Logistik und Infrastruktur die räumlich weitreichende strategische militärische Operationen erlauben würde. Hierbei spielt es keine Rolle, ob die jeweiligen offensiven Komponenten atomar oder konventionell sind. Die begonnene Vorwärtsverlagerung US-amerikanischer Truppen und ihrer Ausrüstung in grenznahe Gebiete gibt der Friedensbewegung im übrigen Anlässe genug, sich mit dem offensiven Geist der neuen Nato-Verteidigung auseinanderzusetzen.“

In einem weiteren Artikel, der sich mit dem Rogers-Plan auseinandersetzt, wird diese Argumentation unterstützt:

„Was die Friedensbewegung an Hand des Rogers-Plans einmal mehr lernen kann, ist, daß vorrangig militärisch orientierte Alternativkonzepte ebenso wie eine weitgehende oder gar ausschließliche Fixierung der Kritik auf Atomwaffen und die Atomkriegsgefahr zu kurz greift. Im Bewußtsein vieler Menschen, die heute mit der Friedensbewegung sympathisieren und deren

soziale Basis darstellen, dominiert vor allem die Angst vor der totalen Vernichtungswirkung des Atomkrieges, also das Element des Schadensrisikos. Hieraus gewinnt Rogers zwar keine Berechtigung, wohl aber die Grundlage für seinen taktischen Schachzug, zu behaupten, er wolle das gleiche wie die Atomrüstungsgegner Demgegenüber muß stärker ins Blickfeld kommen, welche verheerenden Folgen auch mit



einem modernen konventionellen Krieg verbunden sind, daß es um den Abbau, nicht den Umbau von Bedrohung und Rüstung zu gehen hat.“

In Kritik des Rogers-Plans betont Christian Wellmann, daß mit neu entwickelten konventionellen Waffen (Munition) quasi-nukleare Wirkungen erzielt werden könnten. Mit dem Rogers-Plan soll die Nato entgegen der bisherigen Konzeption in die Lage kommen, gegnerische Panzerspitzen bereits auf dem Territorium des Warschauer Paktes zu zerschlagen und die zweite und dritte Staffel der Warschauer Paktruppen noch in ihren Bereitstellungsräumen durch Raketenbeschuß zu vernichten. Da das ohne Atomwaffen gehen soll, versucht Rogers seinem Plan den Ruhm des Alternativen zu verleihen. Der Artikel Wellmanns erschien ursprünglich im **Antimilitarismusinfo** 1/83. Auch die **Moderne Zeiten** haben ihn in ihre Mai-Nummer aufgenommen. In Sachen Frieden und Friedensbewegung findet sich dort ein weiterer Artikel über „Konventionelle Rüstungspotentiale im Vergleich“ ein „**MOZ** Spezial“ über Aktionsformen der Friedensbewegung mit Interviews zur „Gewaltfrage“ und „gewaltfreien Blockadeaktionen“ Martina Fischer hat für die **MOZ** die „Hintergründe“ der Westberliner Konferenz für europäische atomare Abrüstung untersucht.

In die Mitte eingehftet ist eine vierseitige Werbung für das SDAJ-„Festival der Jugend“

Das „**MOZ**-Thema“ lautet „Arbeiterbewegung in den 80ern Krise und Neuanfang“ Jürgen Hofmann setzt sich mit der Konzeption der Gewerkschaften auseinander Michael Lucas / Frieder O Wolf mit „Ökologiebewegung und Klassenkampf“ und von K.H. Tjaden ist sein „Beitrag zur 5. Sitzung des Konferenz ‚Aktualisierung Marx‘ 17 – 20.2.83 in Berlin/West über

‚Politik und Perspektiven des Sozialismus‘“ abgedruckt.

Mit der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung befassen sich Artikel von Kurt Hübner Michael Ernst-Pörksen und von Franz Ossing / Werner Polster Umstritten ist, wie weit die Kontinuität reicht und wie weit die Wende schon geht. Allemal kann man Ernst-Pörksen zustimmen, wenn er meint „da kommt noch was nach“

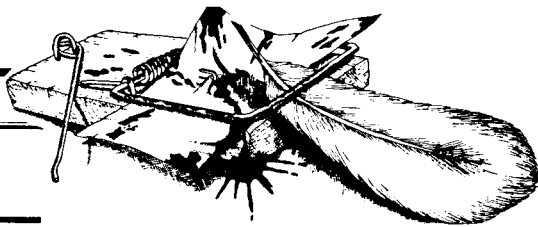
Ausführlich befaßt sich die Mai-Nummer von **Sozialismus** mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Es wird die These vertreten, der „zyklische Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung“ werde „von einer depressiven Entwicklung“ abgelöst:

„Erst ein weitergehender Prozeß der Brachlegung von Kapital in den reproduktiven Sektoren und die Vernichtung von fikтивem Kapital kann den Ausgangspunkt für einen neuen industriellen Zyklus begründen. Allein eine größere Entwertung des vorhandenen Kapitals kann den erreichten Grad der gefallen Profitrate auflösen und die Bildung von Neukapital ermöglichen. Es irren daher sowohl die, die von der gegebenen Grundlage aus einen Prozeß der beschleunigten Kapitalakkumulation für eröffnet sehen, als auch diejenigen, die aus der Extrapolation der augenblicklichen depressiven Entwicklung bereits auf ein endgültiges „Aus“ für die weitere Entwicklung der Kapitalakkumulation schließen. Allerdings wird jede Variante des notwendigen Kapitalentwertungsprozesses erhebliche Auswirkungen auf die soziale Lage der Klassen haben und die politische Struktur dieser Republik verändern.“

Gegenüber wem da so salomonisch recht behalten wird, bleibt dem Leser vorenthalten.

Die Gruppe Alternativer Sozialismus, die sich im vergangenen Jahr von den Sozialistischen Studiengruppen, dem Herausgeber der Zeitschrift, getrennt hat, polemisiert gegen in **Sozialismus** ins Kraut geschossene Hoffnungen auf eine rasche und tiefgehende Änderung sozialdemokratischer Politik. Ohne sich damit ausdrücklich auseinanderzusetzen, schieben die SOST eine weitere Reihe von „Thesen zur Entwicklung der Sozialdemokratie“ nach.

Im Editorial wird von einer „Talsole“ gesprochen, in der sich die Linke nach den Bundestagswahlen befände. Die Grünen richteten sich im Parlament ein und sonst laufe das Übliche: „Angesichts der wenig ermutigenden Aussichten bundesrepublikanischer Politik ist ein Blick in unsere westeuropäischen Nachbarländer lehrreich.“ Der Blick konzentriert sich auf den kürzlich durchgeführten Parteitag der PCI, an dessen Rand **Sozialismus** Interviews mit Bruno Trentin (CGIL), Michele Achili (PSI), Luciana Castellina (PdUP) und Pietro Ingrao (PCI) geführt hat. □



## Die Probleme mit dem BTX

Anmerkungen zu dem Artikel  
„Kommunikation statt Distribution“  
in Kommune Nr 3 vom 18.3.1983

Die folgenden Anmerkungen sollen einige Aussagen in dem o.g. Artikel präzisieren bzw. berichtigen; sie beziehen sich vor allem auf BTX, da ich auf diesem Gebiet gewisse Spezialkenntnisse habe. ( )

### 2. Zwei technische Korrekturen:

die Datenübertragungskapazität auf Telefonleitungen beträgt 2400 Bit/Sekunde und nicht 2000 Bit/Sekunde.

die Datenübertragungskapazität in Datenübertragungsnetzen der DBP beträgt i.a. mindestens 9600 Bit/Sekunde (Maximum z.Zt.. 48000 Bit/Sekunde) und nicht 4800 Bit/Sekunde. Dieses Maximum kann z.Zt. zum Beispiel im Datex-P-Netz oder auf festgeschalteten Verbindungen erreicht werden. ( )

4. Der bisherige BTX-Feldversuch und der zukünftige BTX-Dienst sind nur bedingt miteinander vergleichbar und zwar sowohl was die Technik betrifft (die Darstellungsmöglichkeiten sind z.B. beim BTX-Dienst weitaus umfangreicher als beim doch recht primitiven BTX-Feldversuch) als auch was die Ausbreitung betrifft (der Feldversuch betraf im wesentlichen nur die Städte Düsseldorf und Berlin, der Dienst wird nach und nach auf praktisch alle Orte der BRD ausgedehnt). Dementsprechend wird meiner Ansicht nach der BTX-Dienst eine weitaus größere gesellschaftliche Relevanz haben als der BTX-Feldversuch, der nur wenigen Fachleuten und Interessierten bekannt war. In Eurem Artikel scheint mir die Bedeutung von BTX etwas unterbewertet, wahrscheinlich aufgrund des doch recht unscheinbaren Verlaufs des Feldversuchs.

5. Eine ganz wichtige, vielleicht, sogar die wichtigste Komponente von BTX habt Ihr nicht erwähnt, nämlich die Möglichkeit, beliebige private Computer an das BTX-Netz anzuschließen (sogenannte externe Rechner). Der BTX-Benutzer kann dann mittels des BTX-Systems auf den gewünschten privaten Computer und seine Datenbestände zugreifen. Ein jetzt schon realisiertes Beispiel ist das Versandhaus Quelle, mittels BTX kann der Teilnehmer seine Warenbestellung direkt in den Quelle-Computer eingeben. Diese Computernutzung durch quasi jedermann ist etwas völlig neues; ich glaube, daß sich alle daraus ergebenden Konsequenzen noch gar nicht voll überblicken lassen. ( )

7. Meiner Ansicht nach wird die bisher recht geringe private Nutzung von BTX auch noch einige Jahre anhalten: BTX wird vor allem im geschäftlichen Bereich genutzt werden. Allerdings glaube ich, daß, sobald die Technik billiger und das Angebot attraktiver werden wird, auch die private Nutzung stark zunehmen wird. Der eigentliche Durchbruch von BTX wird meiner Meinung nach gegen Ende der achtziger Jahre erfolgen; dann werden auch die großen gesellschaftlichen Probleme, die damit im Zusammenhang stehen, erst richtig brisant werden.

8. BTX wird auf längere Sicht vor allem in den Bereichen des Handels und der Banken beträcht-

lichen Einfluß gewinnen und auch entsprechend viele Arbeitsplätze kosten. Es ist z.B. ohne weiteres vorstellbar, daß die Zweigstellen der Banken in kleineren und mittleren Orten völlig verschwinden, da im Prinzip alle Banktransaktionen per BTX (eventuell in Verbindung mit einem Geldausgabe-Automaten) erledigt werden können. Wieviele Arbeitsplätze durch BTX vernichtet werden, dürfte allerdings z.Zt. noch nicht quantifizierbar sein.

9. Worin liegen nun die fortschrittlichen und emanzipativen Potenzen von BTX? Meiner Meinung nach liegen sie vor allem in folgenden drei Punkten:

– durch BTX ist die Nutzung von Computer-Ressourcen wie z.B. Datenbanken durch fast jedermann möglich, da keine aufwendige Technik und keine Spezialkenntnisse erforderlich sind.

– BTX stellt ein Medium für die komfortable Kommunikation der Teilnehmer untereinander dar (elektronischer Briefkasten)

BTX kann eine Menge gesellschaftlich nutzlose Arbeit im Transport- und Kommunikationsbereich einsparen; man vergleiche nur z.B. den heutigen Bestellvorgang bei Quelle per Brief mit dem entsprechenden Bestellvorgang mittels BTX.

10. Mir scheint, BTX ist, wie so vieles in dieser Gesellschaft, „eigentlich“ ein gesellschaftlich sehr nützlicher Beitrag der Kommunikationstechnik, der der Gesellschaft großen Nutzen bringen könnte; wegen der kapitalistischen Organisationsform dieser Gesellschaft werden allerdings diese positiven Eigenschaften in ihr Gegenteil verkehrt, indem mit ihrer Hilfe massenhaft Arbeitsplätze vernichtet werden. Daraus den Schluß zu ziehen, deshalb müsse BTX bekämpft werden, wie dies manche linken Gruppen und Organisationen tun, halte ich für falsch. Nicht BTX schadet den Menschen, sondern die kapitalistische Gesellschaftsstruktur

H.R., Reinheim



### „AG Bildungswesen“

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit folgenden Themen: 1. Pädagogische Konzepte in der Alternativschulbewegung: Tvind, Freinet, Waldorfschulen, Freie Schulen. 2. Thesen zum Bildungswesen auf der Basis der Auseinandersetzung mit dem Buch „Selbstkritik der pädagogischen Linken“ 3. Thesen zum Buch von Fredrik Vester, „Denken, lernen, vergessen“ 4. Sichtung der bildungspolitischen Dokumente und Entwürfe der Grünen.

Termin: 28./29. Mai in Göttingen. Vorherige Anmeldung unbedingt erforderlich (auch wegen Sicherung der Übernachtung). Arbeitspapiere werden nach Anmeldung zugesandt.

Anmeldung: bis Dienstag, 24. Mai, bei Michael Ackermann, c/o Kommune-Redaktion, Tel.. 0611/730236

### „Leben und Arbeiten in Hessen“

Frankfurt 28. 29. Mai, Fachhochschule Nordweststadt. Beginn 28.5., 11 Uhr: Referate und Diskussionsbeiträge im Plenum. Ab 14 Uhr Arbeitsgruppen: Neue Technologien und Gegenwehr Automobilkrise und

Alternativen Kommunale Politik und Wirtschaftsentwicklung Konversion Arbeitszeitverkürzung: 35-Stunden-Woche Ausländerpolitik und Solidarität Selbstverwaltete Betriebe und Alternativprojekte Grenzen und Ziele parlamentarischer Arbeit Betriebsstillegungen und Betriebsbesetzungen Samstag abend: Kultur (Tanz und Unterhaltung), Sonntag vormittag: Referate und Diskussionsbeiträge zu den Arbeitsgruppen.

Kontakt: Franz Josef Hanke, c/o Die Grünen Hessen, Schwanthalerstr. 59, 6000 Frankfurt/M. 70, Tel.. 0611/626292 Horst Dieter Zahn, c/o Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel.. 0611/ 885006

### BBU-Kongreß Wirtschaft und Umwelt

Hannover, 27. 29. Mai. Information: BBU Hannover, Martin Nitz, Tel.. 0511/852680 oder BBU Bonn.

### „Frauen/Frieden/Militarismus“

Köln. 28. 29. Mai. Das bundesweite Treffen geht zurück auf eine im Rahmen der Friedenskonferenz im letzten Oktober getroffene Vereinbarung der drei Initiativen „Frauen in der Bundeswehr? Wir sagen NEIN!“ „Frauen gegen Krieg und Militarismus“ und „Frauen für den Frieden“ auch in diesem Jahr auf einem Treffen Positionen auszutauschen, sich kennenzulernen und gemeinsame Aktivitäten und Widerstandsmöglichkeiten ins Auge zu fassen.

Beginn: Samstag, 14 Uhr/ Ende: Sonntag, ca. 14 Uhr Pädagogische Hochschule Köln, Gronewaldstraße, 5000 Köln 41 (Lindenthal)

### Öffentliche Anklage: Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen

Frankfurt. 3. 5. Juni (Universität). Nach der Eröffnung am Freitagabend um 19 Uhr mit Klärung der Absichten der Veranstaltung folgen ein Referat: Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus sowie Beiträge zur Ausweisungspraxis. Am Samstag sollen in Arbeitsgruppen die vielfältigen Aspekte des Verhältnisses von Ausländern und Deutschen behandelt werden. Parallel dazu wird es vorbereitende demonstrative Aktionen wie Mahnwachen, Aktionen zum politischen Asyl, eine alternative Stadtrundfahrt und Straßentheater im Raum Frankfurt geben. Die Beiträge am Samstag nachmittag haben die Familienzerrüttungspolitik sowie die Asylpraxis zum Thema. Ab 20.00 Uhr Fest: „1001 Nacht“ Die Auswertung der Ergebnisse am Sonntag ab 11 Uhr wird die Protestveranstaltung beschließen.

### Arbeitstreffen von autonomen Frauen-Bildungsprojekten

Frankfurt. 4. 5. Juni. Informationen bei: Frankfurter Frauenschule, Verein SFBF Spohrstraße 17 6000 Frankfurt 1, Tel.. 0611/592379

### Bundesweites grünes Frauentreffen

10. 12. Juni im Tagungshaus Altenmelle (bei Osna-brück)

Beginn: Freitag 18 Uhr, Samstag und Sonntag jeweils 10 Uhr Anmeldung: Die Grünen NRW z.Hd. Shirley, Volksgartenstraße 35, 4000 Düsseldorf 1

(Rasch anmelden, der Anmeldeschluß ist schon verstrichen! Mit der Anmeldung 30,00 DM auf eines der beiden Konten überweisen: Migros Bank AG, Kto. 0011560000, BLZ 30030100 oder Postscheck Köln, Kto. 215929-506, BLZ 37010050

### „Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus“

Frankfurt. Wochenendseminar der Arbeitsgruppe II des KBW 25./26. Juni, Beginn Samstag, 14 Uhr, Mainzer Landstraße 147

### „Arbeitsgruppe Wohnungspolitik“

Frankfurt. 4./5. Juni, Beginn Samstag 14 Uhr, Mainzer Landstraße 147 Anmeldung: F Bleicher, c/o Kommune-Redaktion

### Kapitalschulungen des KBW in Frankfurt

Band 1: 13.8.1983, 14 Uhr 21.8.1983

Band 2,3: 6.8.1983, 14 Uhr 18.8.1983

Für die Schulung des Bandes 1 sind keine Vorkenntnisse erforderlich, an der Schulung der Bände 2 und 3 können alle Interessierten teilnehmen, die sich schon einmal mit Band 1 beschäftigt haben. Der Text wird jeweils abschnittsweise gelesen und diskutiert. Die Schulungen sollen jeden Tag von ca. 9 bis 19 Uhr stattfinden. Die Kosten betragen ca. 10 DM pro Tag für Verpflegung. Für die Übernachtung wird Unterbringung in Privatwohnungen angestrebt. Deshalb sollen sich alle Interessenten/innen möglichst bald anmelden unter Tel.. 0611/730231 bei Jürgen Schwemann oder schriftlich an KBW Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt



# Mit den Bäumen stirbt der Mensch

## Die Bedeutung der Photosynthese



## Andere Maifestspiele

### Wiesbaden

## Schiff um den Biß:

### Parodontose

## Rodtschenko -

### Ausstellung

# UMBRUCH

Ein Jahr ist er jetzt alt - Grund genug, uns mit der Mai-Ausgabe mal wieder reichlich Mühe zu geben. Neu ab sofort: Der erweiterte Teil "momentan", ein Magazin für Aktuelles aus Kultur und Wissenschaft. Überhaupt: Die Zeiten, in denen der UMBRUCH unter der Hand zu einer reinen Literaturzeitschrift zu geraten schien, dürften wohl endgül-

tig vorbei sein - ein Blick auf das Mai-Titelbild zeigt es. Nach solch großen Sprüchen noch ein diskreter Hinweis: Für neue Abonnenten haben wir uns ein kleines Lockmittel ausgedacht: Drei frühere UMBRUCH-Ausgaben nach Wahl - kostenlos. Gleich das INFO-PAKET bestellen!

**Kennlern-Coupon**  
So einfach ist's, den UMBRUCH kennenzulernen:  
Diesen Coupon + 1,40 DM in Briefmarken  
einsenden und schon kommt unser  
INFO-PAKET mit Probestück  
vom UMBRUCH,  
Mainzer Landstr.  
147, 6 Ffm.





Der Krieg klopft an. – Aus »Humoristic Listy«, Prag, 1897

**S**eit fünfundzwanzig Jahren rüstet ganz Europa in bisher unerhörtem Maß. Jeder Großstaat sucht dem andern den Rang abzugewinnen in Kriegsmacht und Kriegsbereitschaft. Deutschland, Frankreich, Rußland erschöpfen sich in Anstrengungen, eins das andre zu überbieten. Gerade in diesem Augenblick mutet die deutsche Regierung dem Volk eine neue, so gewaltsame Kraftanspannung zu, daß selbst der gegenwärtige sanfte Reichstag davor zurückbebt. Ist es da nicht Torheit, von Abrüstung zu reden? Und doch rufen in allen Ländern die Volksklassen, die fast ausschließlich die Masse der Soldaten zu stellen und die Masse der Steuern zu zahlen haben, nach Abrüstung. Und doch hat überall die Anstrengung den Grad erreicht, wo die Kräfte – hier die Rekruten, dort die Gelder, am dritten Ort beide – zu versagen beginnen. Gibt es denn keinen Ausweg aus dieser Sackgasse außer durch einen Verwüstungskrieg, wie die Welt noch keinen gesehen hat? Ich behaupte: Die Abrüstung und damit die Garantie des Friedens ist möglich, sie ist sogar verhältnismäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisierter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.

*Friedrich Engels, 1893*